Kaiser Wilhelm I

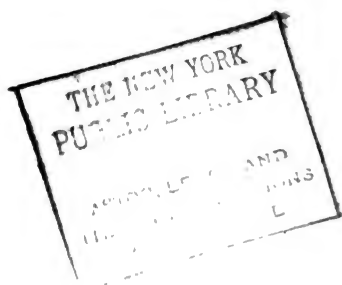
Gottlob Egelhaaf



Kaiser Wilhelm I.

1797—1888.

Dritte Auflage.


THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY



Kaiser Wilhelm I.

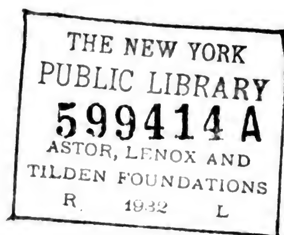
1797—1888.

Von

Dr. Gottlob Egelhaaf,
Professor am Karlsgymnasium in Stuttgart.

Dritte Auflage.

Stuttgart.
Verlag von Carl Krabbe.
1888.



Druck von Gebrüder Kröner in Stuttgart.

Vorwort.

Ich habe mir die Aufgabe gestellt, dem wiedererstandenen deutschen Volke das Leben, die Thaten und den Charakter seines ersten Kaisers, der nichts sein will als eben ein deutscher Kaiser, in kurzen Zügen vorzuführen und bin besonders bemüht gewesen, schon in den Entwickelungsjahren dieses Fürsten die Keime und Ansätze zu seinen späteren Plänen und Thaten nachzuweisen. Aber der Inhalt dieses gottbegnadeten Lebens ist die Wiederaufrichtung unseres in langen, trüben Jahrhunderten langsam vernichteten nationalen Staats, und so gestaltet sich die so zu sagen von Haus aus persönliche Aufgabe zu einer allgemeinen, wenn schon Bedacht darauf zu nehmen ist, daß die Person des Helden in jedem großen Moment hervortrete. Ich habe das kleine Buch mit der Hingabe und Begeisterung geschrieben, die sich von selbst aus dem Stoffe ergeben, einem der erhebendsten, welche einem deutschen Historiker vorgelegt werden können. Aber ich habe mich frei gehalten von dem abstoßenden und den Helden, den Geschichtsschreiber und die Leser gleichermaßen entwürdigenden Byzantinismus, von dem manche Lebensbeschreibungen Kaiser Wilhelms erfüllt sind.

Denn ein großer Mann wird durch nichts so geehrt, als durch strenge Wahrhaftigkeit, und das Wort, daß Preußens Geschichte seine Rechtfertigung sei, gilt von demjenigen Preußenkönig vor allem, welcher diese Geschichte zu ihrem Zielpunkte geführt hat.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erstes Buch: Der Prinz Wilhelm. 1797—1840.

Zweites Buch: Der Prinz von Preußen. 1840—1861.

Drittes Buch: König Wilhelm. 1861—1871.

Viertes Buch: Kaiser Wilhelm. 1871—1888.

Erstes Buch.

Der Prinz Wilhelm.

1797—1840.

Erstes Kapitel.

Einleitung. Die Lage Preußens um 1797. Geburt des Prinzen Wilhelm.

Wenn wir die deutsche Geschichte als Ganzes überblicken, so bietet sich uns das lehrreiche und warnende Bild dar, daß die Einheit unserer Nation wiederholt sich bildet und wiederholt zerbröckelt. Das starke Herrschergeschlecht der Karolinger, an ihrer Spitze Karl der Große (768—814 n. Chr.), hat im Lauf seiner ruhmerfüllten Geschichte alle Stämme unserer Nation zu einem Ganzen verschmolzen; es hat die widerhaarigen Sachsen mit scharfem Schwert zur Annahme des Christentums und zum Eintritt ins Frankenreich gezwungen; es hat die Bayern, die zu allen Zeiten der am meisten zur Absonderung neigende Stamm unseres Volkes gewesen sind, ihre Sonderexistenz aufzugeben genötigt und ihnen anstatt der Herzöge Grafen als Führer und Richter gesetzt; und wohl hatte Karl der Große ein Recht, da er ja die Germanen und die Romanen zumal beherrschte, sich am Weihnachtstag des Jahres 800 die Kaiserkrone des Abendlandes aufs Haupt zu setzen. Aber kaum war der große Kaiser verschieden, so begannen die Anzeichen der Auflösung des großen Reiches zu Tage zu treten; im Vertrag von Verdun (843) ging es in drei Staaten auseinander, von welchen sich die zwei auf nationaler Grundlage ruhenden, Deutschland und Frankreich, auf die Dauer behaupteten, während das doppel- oder gar dreisprachige Lotharingien bald wieder zerging. Deutschland war am Anfang des 10. Jahrhunderts nahe daran, sich in fünf Herzogtümer aufzulösen, in Sachsen, Lothringen, Schwaben, Franken und Bayern; durch kräftige, hochstrebende und weitschauende Könige aus dem Stamm der Sachsen, durch die sogenannten Ottonen, wurde die Einheit der Nation hergestellt, der Name der Deutschen kam infolge dieser nationalen Auferstehung jetzt erstmals in Gebrauch, und Otto I. gewann 962 in Rom die Kaiserkrone, welche von da ab über 800 Jahre mit der deutschen Königskrone vereinigt blieb. Im Mittelalter gab es nur zwei Kaiser, den

griechischen zu Konstantinopel im Morgenlande, den römischen im Abendlande, zu Rom; indem Otto Kaiser wurde, trat also das deutsche Volk an die Spitze der abendländischen Christenheit, und weitum im Kreise beugten sich vor unsern Kaiser-Königen die Fürsten und Völker Europas. Wir haben hier nicht zu erzählen, wie diese Herrlichkeit verging; wir haben nur den Zusammenhang hervortreten zu lassen, in welchem die Geschichte Kaiser Wilhelms allein völlig begriffen werden kann. Wir dürfen aber den Satz nicht unterdrücken, daß die schlimmsten Feinde der deutschen Größe stets die Deutschen selber gewesen sind, und daß nicht sowohl die allmählich anwachsende Macht der Franzosen, Ungarn, Polen, Russen und Schweden, auch nicht die Kraft des Papsttums, sondern vielmehr die innere Zwietracht der Deutschen, ihre schnöde Selbstsucht und ihre Sonderbündelei es gewesen sind, welche unsere Führerstellung in Europa niederbrachen. Und zwar trifft dieses Verdikt der Geschichte alle ohne Ausnahme, die Fürsten wie die Völker, und sogar die späteren Kaiser selbst, die mindestens seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, seit dem Aufhören des sogenannten Interregnums, oftmals mehr ihre besonderen Vorteile im Auge hatten, als das Wohl des gesamten Reiches.

Man hat schon oft die Reformation dafür verantwortlich gemacht, daß sie die Zerspaltung der Nation vollendet und besiegelt habe. Gewiß hat die Reformation den schon vorhandenen Gegensätzen einen neuen, über alle andern übergreifenden, hinzugefügt; aber es liegt doch für jeden, der sehen will, klar am Tage, daß nicht sowohl die Reformation die Zerklüftung Deutschlands herbeigeführt hat, als vielmehr, daß die Zerklüftung Deutschlands Anlaß war zum Scheitern der Reformation in vielen Teilen unseres Vaterlandes. Weil die Zerspaltung schon zu weit vorgeschritten war, deshalb vermochte die Reformation nicht allgemein durchzudringen, und deshalb vermehrte sie die Uneinigkeit, während sie eine Ursache zur Einigung hätte werden können. Man weiß, daß der religiöse Gegensatz am Ende zu einem fürchterlichen Bürgerkrieg geführt hat; weil die Protestanten das noch der Neuerung verschlossene Gebiet gewinnen, die Katholiken umgekehrt die von dem Papst abtrünnig Gewordenen wieder demselben unterwerfen wollten, kam es zum dreißigjährigen Kriege (1618—1648), dessen lange Dauer auch dadurch veranlaßt worden ist, daß die katholischen Kaiser die Gelegenheit ihrer Siege über die Protestanten dazu benutzen wollten, ihre ge-

schwächte monarchische Gewalt wieder zu verstärken. Den Vorteil von all dem hatten am Ende die Fremden; im westfälischen Frieden (1648) erhielten die Schweden Pommerns besten Teil mit Stettin, Stralsund und Rügen, dazu das Land zwischen Elbe und Weser; die Franzosen aber erlangten den österreichischen Teil des Elsaßes und umklammerten, was daselbst noch deutsch war, namentlich Straßburg, bis auch diese Perle der deutschen Städte ihnen 1681 anheimfiel.

Ohne Frage war die Zeit um 1650 die trübste unserer Geschichte. Der Wohlstand der Nation war in dem schrecklichen Kriege zerstört, ihr Selbstgefühl gebrochen, ihre alte Verfassung vollends gesprengt, die Schlüssel zu unsern Thoren in fremden Händen; „Rhein-, Weser- und Oderstrom waren fremder Nationen Gefangene."

Der also klagte, war Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Gerade von seinem Hause, von ihm persönlich sollte der Anfang besserer Zeiten ausgehen. Als Deutschland so gut wie aufgelöst, als es in eine Masse von Teilen und Teilchen zerschlagen war, da sollte seine Wiederzusammenfügung dadurch sich anbahnen, daß von diesen Teilen einer allmählich erstarkte, daß er sich nach Ost und West ausbreitete, daß seine Lebensinteressen mehr und mehr zusammenfielen mit denen des Ganzen, und daß so um diesen Teil allmählich die andern Splitter der Nation sich krystallisierten, sich gutwillig oder gezwungen an ihn anschlossen und am Ende die ganze Nation sich unter der Führung der Hohenzollern zusammenfand. Das ist der viel gerühmte und früher auch viel verhöhnte deutsche Beruf Preußens, daß es zu einer Zeit, wo die Centralgewalt fast ganz dahingesunken war, die Aufgabe übernahm, die deutschen Interessen zu vertreten, und daß es so der Führerschaft der Nation sich durch schwere Opfer würdig erwies. Nicht aus idealem deutschem Patriotismus handelten die Preußen deutsch; in den meisten Fällen waren sie so naiv oder so brutal selbstsüchtig wie die andern auch. Aber es blieb ihnen keine Wahl: wenn sie sich der eigenen Haut wehren wollten, mußten sie auch Deutschlands Sache führen; denn sie saßen fast an allen Grenzen, und wo sich Feinde gegen uns erhoben, da stießen sie überall auf die Preußen. Wenn Friedrich Wilhelm am 28. Juni 1675 die Schweden bei Fehrbellin schlug und sie aus Pommern jagte, so war das ein Sieg nicht bloß für ihn, sondern auch für Deutschland, in dessen Fleisch sich die Schweden eingewühlt hatten. Oder wenn

derselbe Fürst, den das Volk seit Fehrbellin als den „Großen Kurfürsten“ pries, sich den Legionen Ludwigs XIV. entgegenwarf, so wollte er wohl nur seine Besitzungen am Rhein, das Herzogtum Kleve, beschützen; aber er focht damit doch auch, ohne es zu wollen, für den deutschen Strom. Am deutlichsten aber trat diese enge, von oben her gefügte Verbindung Preußens mit Deutschland zu Tage, als Friedrich der Große gegen halb Europa in Waffen stand. Unwillkürlich ward es überall empfunden, daß sein Sieg über die Franzosen bei Roßbach eine nationale Heldenthat war, die erste wieder seit Jahrzehnten, und daß er durch den Sieg bei Zorndorf Ostpreußen, nach dem die Zarin Elisabeth die gierigen Hände ausstreckte, vor den Russen rettete. Wieviel auch gegen die Hohenzollern geeifert werden mochte, es stand unbestritten fest, daß Deutschlands Fahnen damals in ihrem Lager wehten und nicht in dem der Habsburger, die in blinder, wenn auch zum Teil verzeihlicher Erbitterung gegen den rasch und rücksichtslos emporstrebenden Nebenbuhler denselben um jeden Preis niederzuwerfen unternahmen, selbst wenn es auf Kosten des Besitzstandes der deutschen Nation geschehen sollte.

Aber noch in einem anderen Punkte trat schon frühzeitig die Eigenart der Hohenzollern glanzvoll hervor. Während die Mehrzahl der deutschen Fürsten ohne viel Bedenken sich von dem Vorbild Ludwigs XIV. berücken ließ und wie er unumschränkt und selbstsüchtig herrschte, so waren die Hohenzollern seit dem großen Kurfürsten von dem Gefühl erfüllt, daß sie „die Herrschaft so zu führen hätten, daß sie allzeit eingedenk wären, es sei des Volks, nicht ihre Sache“. Wohl haben auch sie mit wuchtiger Gewalt diejenigen überwältigt, welche ihnen bei der Regierung des Landes dreinreden wollten; der große Kurfürst hat seine Landstände in Preußen, Brandenburg und Kleve nach seinem Willen gezwungen und ihnen die Gelder abgedrungen, welche zur Erhaltung des miles perpetuus, des stehenden Heeres, erforderlich waren, und sein Enkel, König Friedrich Wilhelm I., hat den preußischen Ständen das bekannte Wort zugerufen: „ich stabiliere die Souveränität (die fürstliche Unabhängigkeit) wie einen rocher von Bronze“ (wie einen Felsen von Erz). Aber in unermüdlicher Arbeit waren diese Fürsten thätig, die Sicherheit ihrer Länder nach außen zu wahren, sie zu einem möglichst einheitlichen Ganzen zu verschmelzen, die natürlichen Hilfsquellen zu erschließen, Handel und Wandel, Gewerbe und Ackerbau zu fördern und zu

schirmen, Kunst und Wissenschaft zu pflegen, dem Volke für den notwendigen Unterricht zu sorgen. Von parlamentarischem Wesen wußte man damals auf dem Festlande Europas noch nichts; die Landstände, welche überall in deutschen Gauen vorhanden waren, stellten meist eine engherzige Vertretung bevorrechteter Klassen oder einzelner Stände dar, wobei die Bauernschaft politisch gar nicht zählte, und das volle Gefühl für die Gesamtinteressen des Volkes wohnte weit mehr in den Monarchen, als in diesen Landständen. Das Wort Friedrichs des Großen, daß er sich als den ersten Domestiken (Diener) des Staates ansehe, war die Losung, die unausgesprochen schon für seine Vorfahren maßgebend war; es sprach sich darin diejenige Auffassung des monarchischen Berufes aus, welche der Ansicht Ludwigs XIV.: „Der Staat, das bin ich!" schroff entgegengesetzt war. Wenn Ludwig XIV. den selbstsüchtigen Absolutismus vertreten hatte, so verkörperte sich in den Hohenzollern der aufgeklärte, volksfreundliche Absolutismus, welcher namentlich den trotzigen Adel im Zaume hielt und ihn gewöhnte, seine urwüchsige Kraft im Dienste des Königs, will also sagen des Staates, zu verwenden. Indem sich so allmählich ein wohlgeordneter preußischer Staat bildete, mit guten Finanzen und trefflichem Heer, wurde der Eckstein der deutschen Einheit gelegt.

Denn von Geschlecht zu Geschlecht dehnten die Hohenzollern ihren Staat mehr und mehr aus. Im Jahr 1618 erfolgte die Vereinigung von Ostpreußen mit der Kurmark Brandenburg; in einer Reihe von Verträgen von 1614—1666 wurde der Besitz von Kleve, Mark und Ravensberg gesichert; im westfälischen Frieden kamen Hinterpommern, Minden an der Weser, Halberstadt und Magdeburg hinzu; und wenn die Schweden durch das Einspringen Ludwigs XIV. wiederholt vor den Folgen der Niederlagen bewahrt wurden, welche ihnen der große Kurfürst beibrachte, so kam die Stunde des Verhängnisses doch auch für sie, als nach dem jähen Tode ihres Königs Karls XII. ihre Macht erlahmte und sie fast allen ihren Besitz am jenseitigen Ufer der Ostsee an Russen, Dänen, Hannoveraner und Preußen einbüßten; im Frieden von Stockholm gewann König Friedrich Wilhelm I. 1720 Vorderpommern bis zur Peene, einschließlich von Stettin samt den wichtigen Mündungen der Oder; unter demselben König deckte der preußische Adler seine Fittiche auch über Gelderns „Oberquartier" mit Geldern selbst und über Neufchatel. Dann

kamen die Tage des großen Friedrich (1740—86), welcher in dem ersten schlesischen Kriege fast ganz Schlesien, alte Ansprüche seines Hauses erneuernd, der Königin von Böhmen und Ungarn, Maria Theresia, entriß und das Gewonnene dann im zweiten schlesischen und im siebenjährigen Kriege (1756—63) behauptete. Die zunehmende Verwirrung im Königreich Polen, besonders die Unduldsamkeit der römisch-katholischen Mehrheit gegenüber der protestantischen und griechisch-katholischen Minderheit und der rücksichtslose Parteigeist, welcher den Adel des Reiches beherrschte, alle diese Umstände führten die Vernichtung Polens herbei, welche sich in drei Akten vollzog. Das ungestüme Vordringen Rußlands, dessen Zarin, die gewaltige Katharina II., gleichzeitig Warschau und Konstantinopel zu Zielpunkten ihres Ehrgeizes nahm, und die absolute Unfähigkeit der Polen, ihren Staat aufrecht zu erhalten, ließen den beiden deutschen Mächten keine Wahl als entweder den Russen alles zu überlassen oder selbst zuzugreifen und sich einen Teil der Beute zu sichern. So nahm Friedrich der Große 1772 bei der ersten polnischen Teilung Westpreußen, das in früheren Jahrhunderten der deutsche Orden mit seinen stolzen Burgen und mit stattlichen Städten überdeckt hatte, das dann unter der dreihundertjährigen polnischen Mißwirtschaft aufs äußerste heruntergekommen war und nun von Friedrich mit Aufgebot größter landesherrlicher Sorgfalt wieder in eine bessere Lage versetzt wurde. Unter Friedrichs Nachfolger Friedrich Wilhelm II. (1786—97), welcher der Sohn des Prinzen August und also der Neffe des großen Königs war, erfolgte 1793 die zweite und 1795 die dritte polnische Teilung, wodurch das polnische Reich vollends von der Bildfläche verschwand und Preußen in den Besitz ausgedehnter, rein polnischer Gebiete mit der früheren Reichshauptstadt Warschau selber gelangte.

Es waren Erwerbungen, die keineswegs in jedem Betracht zur Stärkung des preußischen Staates beitrugen. Er glich, wenn das Bild gebraucht werden darf, einem Menschen, der sich den Magen überladen hat. So rasch waren die polnischen Annexionen aufeinander gefolgt, so zahlreich waren die dadurch dem Staatsverbande eingefügten slawischen Elemente, daß Preußen sozusagen nicht imstande war, das Aufgenommene zu verdauen. Fast vierzig Prozent der Bevölkerung waren jetzt polnischer Nationalität, katholischen Bekenntnisses; es waren entweder halb vertierte Bauern, jeder staatlichen

Leistung ungewohnt, oder Edelleute, welche sich nur knirschend in die Zucht eines Königs, vollends eines deutschen Königs, fügten. Man darf es wohl sagen, der Staat war 1795 weniger fähig zu einer kühnen und thatkräftigen Politik als 1786; die fortwährende Rücksicht auf die Unsicherheit seines polnischen Besitzes, den ihm Rußland und Oesterreich mißgönnten, zwang ihn zu äußerst vorsichtigem Vorgehen in allen auswärtigen Dingen.

Diese Lage wirkte nun verhängnisvoll zurück auf das Verhalten Preußens in den damaligen westeuropäischen Wirren. Im Jahr 1789 war die französische Revolution ausgebrochen; nach dreijährigem Ringen mit dem Radikalismus war das Königtum Ludwigs XVI. im August und September 1792 erlegen, und die Heerscharen der neuen Republik überfluteten bald überall die Grenzen der Nachbarstaaten, um dem Namen nach „Krieg den Palästen, Friede den Hütten", in Wahrheit um Plünderung und Aussaugung überallhin zu bringen. Ob sie wollten oder nicht, Preußen und Oesterreich mußten diesem Sturme stehen; bei wahrhaft einträchtigem Zusammenhalten hätten sie ihn auch wohl beschwören mögen; aber sie waren durch alte Feindschaft, durch unvergessenen Haß entzweit, und nun kam die polnische Frage hinzu, bei welcher beide Mächte, ebenso wie im Westen, unter dem Anschein des Zusammengehens sich unter der Hand mit dem tiefsten Mißtrauen und Uebelwollen betrachteten und bekämpften. Im Januar 1795 vereinbarten Rußland und Oesterreich in der Stille einen Bund, der sich direkt gegen Preußen richtete; wenn es in der polnischen Frage sich widerspenstig erweise, so wollten beide Mächte mit Gewalt gegen Friedrich Wilhelm II. vorgehen. Unerhört war es, daß die Ostmächte sich anschickten, den Preußen in den Rücken zu fallen, während diese noch am Rheine fochten; sofort warf der König den Wagen herum und schloß im April 1795 zu Basel den Frieden mit der französischen Republik ab, wobei er, wenn auch nicht mit ausgesprochenen Worten, so doch thatsächlich den Ansprüchen der Franzosen auf den Besitz des linken Rheinufers wich. So hatte es die russisch-österreichische Selbstsucht dahin gebracht, daß auch Preußen notgedrungen lediglich seiner Selbstsucht folgte; den Anteil an der polnischen Beute konnte man ihm nun doch nicht verweigern, aber Frankreich gegenüber stand Oesterreich jetzt so gut wie allein. Wohl leuchtete der Stern des tapferen Erzherzogs Karl im Jahr 1796 in hellem

Glanze; durch glorreiche Siege, mit zermalmenden Schlägen jagte er die Franzosen aus Süddeutschland heraus; aber was er diesseits der Alpen gewann, das ging verloren durch die Triumphe, welche Napoleon Bonaparte jenseits des Gebirgs in Oberitalien davontrug. Am 2. Februar 1797 mußte sich ihm das feste Mantua ergeben; von hier aus drang er, ohne der Gefahren zu achten, die ihm in Rücken und Seiten drohten, gegen Wien selber vor, um den Kaiser Franz zum Frieden zu zwingen. Am 25. März stand er an der Spitze von 40 000 Mann in Laibach; von hier näherte er sich der feindlichen Hauptstadt bis auf wenige Tagemärsche; darauf willigte der Kaiser in den vorläufigen Frieden von Leoben, welcher im Oktober 1797 in den endgiltigen Frieden von Campo Formio verwandelt wurde. Der Kaiser Franz erhielt das Gebiet des bis dahin unabhängigen Freistaats Venedig; dafür willigte auch er insgeheim in die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich.

Als die Franzosen auf Laibach marschierten, war der Berliner Hof gerade in freudiger Aufregung. Am 22. März war dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem Sohn Friedrich Wilhelms II., von seiner 21jährigen Gemahlin Luise, einer Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, sein zweiter Sohn geschenkt worden, der in der heiligen Taufhandlung am 3. April die Namen Friedrich Wilhelm Ludwig erhielt, mit der Bestimmung, daß sein Rufname Wilhelm sein sollte.

Unter so düsteren Verhältnissen wurde dem Vaterlande sein künftiger Erretter geboren. Als wir die alten Kaiserpfalzen am Rhein von Ingelheim bis Aachen hinab den Welschen überlassen mußten, da lebte schon der Mann, welcher das Banner des geeinten Deutschlands auf den Wällen von Straßburg und Metz wieder aufpflanzen sollte.

Zweites Kapitel.

Bis zum Krieg von 1806.

Prinz Wilhelm war noch nicht acht Monate alt, als der Tod Einkehr hielt in dem Königsschlosse zu Berlin. Friedrich Wilhelm II. wurde am 16. November, erst 53jährig, aus dem

Leben abgerufen, und sein Sohn Friedrich Wilhelm III. (1797—1840) bestieg den Thron Friedrichs des Großen.

Betrachten wir, ehe wir weiter gehen, die königlichen Eltern des jungen Prinzen.

Friedrich Wilhelm III. war am 3. August 1770 geboren, also in dem Augenblick, da er die Zügel der Regierung ergriff, erst 27 Jahre alt. Kein Streit herrscht darüber, daß er persönlich ein Mann von dem achtbarsten Charakter gewesen ist, und wenn unter seinem Vater der Hof das Beispiel arger Sittenlosigkeit geboten hatte, das weithin vergiftend wirkte, so führte er mit seiner am 10. März 1776 geborenen, ihm am 24. Dezember 1793 angetrauten Gemahlin Luise ein musterhaftes Familienleben von fast bürgerlichem Zuschnitt und bürgerlicher Innigkeit. Nirgends weilten sie lieber als in dem Schlößchen Paretz am Havelflusse; da erquickten sie sich behaglich an dem Schauspiel, das ihnen die rasch sich vermehrende Zahl ihrer Kinder bot, die sich in der ländlichen Stille fröhlich tummelten; da liebten sie es, sich in der Mitte der treuen Landbevölkerung zu zeigen und ihr und ihren Kindern Gutes zu erweisen; scherzend konnte sich der König als „den Schulzen von Paretz" bezeichnen. Unsäglich wohl that dem ganzen Volk diese Reinheit des königlichen Familienlebens; hatte es doch sehen müssen, wie der redliche Friedrich Wilhelm I. mit seiner geistvollen Gemahlin sich nicht vertrug; wie der große Friedrich getrennt von seinem Weibe lebte und ihm, das stets voll scheuer Liebe an dem großen Gatten hinaufsah, nur die kalten Ehren erwies, die der Königin von Preußen schlechterdings gebührten; wie dann Friedrich Wilhelm II., der stattliche, gutherzige, aber halt- und charakterlose Mann, sich an Mätressen dahingab. Wie mancher verbürgte Zug, der im Gespräch herumgetragen ward, entzückte die Menge; man wußte, daß der König dem Adel nicht hold war; man hatte gehört, daß er den hochmütigen Offizieren einschärfte, sie sollten sich nicht unterstehen, den geringsten seiner Bürger zu verletzen; „die Bürger sind es, die das Heer unterhalten, nicht ich." Man erfreute sich auch an dem schönen Anblick, den das Königspaar bot, er eine „hohe ritterliche Gestalt mit schönen, treuen, blauen Augen," sie das Urbild weiblicher Anmut und weiblichen Liebreizes, nirgends doch schöner, als wenn sie am Arme des innigst geliebten Gatten ihren sich tummelnden „Flachsköpfen" zusah. Und doch hatte gerade dieses überaus innige Familienleben auch seine Nachteile für

den König. Durch Anlage und verfehlte Erziehung war er eine scheue, in sich gekehrte Natur; im engsten Kreise erschloß er sein Herz, machte er wohl selbst einen treffenden Witz; aber öffentlich aufzutreten war ihm widerwärtig; kurz, abgerissen, oft in barschem Tone sagte er dann heraus, was ihm auf der Seele lag. Er besaß nicht die Wucht königlicher Energie, die oft so gewaltig bei seinem Urgroßvater Friedrich Wilhelm I., so dämonisch bei seinem Großohm Friedrich hervorgebrochen war; ohne sich von jemand beherrschen zu lassen, gab er doch dem Rate solcher nach, die ihm mit dem Anspruch alter Erfahrungen, gereifter Einsicht gegenübertraten; auch wo er die bessere Erkenntnis hatte, getraute er sich nicht leicht sie rücksichtslos geltend zu machen. Alles in allem ein Mann, der ähnlich Ludwig XVI. für ruhige Zeiten gemacht war, nicht aber für schwere Stürme; bis dann diese Mast und Steuerruder des Schiffes brachen und in der Not sich alles das durchrang, was selbständig an ihm war, und er mit fester Entschlossenheit das Wrack wieder tüchtig machte zur neuen, entscheidenden Ausfahrt.

In der Obhut dieser Eltern wuchs Prinz Wilhelm allmählich heran. Es hat wenig Wert, die dürftigen Notizen zusammenzustellen, welche über seine Jugend vorliegen; denn was wird viel damit gewonnen, wenn man hört, daß er mit seinem älteren Bruder, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (geboren 15. Oktober 1795) und dem Prinzen Friedrich Louis in Potsdam von dem Unteroffizier Bennstein, in Berlin aber von dem Feldwebel Clery den ersten Exerzierunterricht empfing? Oder, daß er an Weihnachten 1803, als er nahezu sieben Jahre zählte, zum erstenmal eingekleidet wurde und in der Uniform der Rudorffschen Husaren vor die Mutter treten durfte? Man ersieht daraus nur, was jedermann weiß, daß im Hause der Hohenzollern jedem Sprossen des alten Stammes der militärische Geist frühzeitig anerzogen wird; Charakteristisches für den Prinzen begegnet dabei nicht. Wohl aber ist es sehr bezeichnend, daß die Königin einmal in einer Zuschrift an den Professor Heidenreich in Leipzig sich dahin äußerte: „Es ist mein heißester und liebster Wunsch, meine Kinder zu wohlwollenden Menschenfreunden zu bilden; auch nähre ich die frohe Hoffnung, diesen Zweck nicht zu verfehlen.“ Sie brachte in das frühzeitig beherrschend hervortretende militärische Element der Erziehung einen allgemein menschlichen Zusatz; ohne Zweifel geschah es auf Anordnung ihrerseits, daß die Prinzen

wiederholt, 1799 und 1800, bei der Bewirtung, beziehungsweise bei der Weihnachtsbeschenkung der Kinder des Berliner Friedrichswaisenhauses zugegen waren, daß sie in der Potsdamer Gewerbeschule einmal die Preise verteilten und dann am Festmahl der Schüler und deren Spielen sich beteiligten. Uns sind nicht viel andere derartige Züge überliefert; aber sie reichen aus, um den Einfluß zu erkennen, den die Königin auf die Erziehung ihrer Kinder übte; es galt sie frühzeitig zu „wohlwollenden Menschenfreunden" zu machen, sie für die Verlassenheit der Waisen und deren Beglückung zu interessieren, ihnen das Gefühl beizubringen, daß neben der Uebung in den Waffen auch den friedlichen Künsten ihre Stelle gebührt und die Sonne der königlichen Gnade nicht bloß den einen leuchten soll, sondern auch den anderen. Man erkennt unschwer in diesen, an sich vollberechtigten, ja notwendigen Ideen den Einfluß der Zeitströmung, welche inmitten der furchtbarsten kriegerischen Stürme doch einen auffallend friedlichen Charakter trug; es ist uns heute erstaunlich, mit welchem Gleichmut doch Schiller in dem Gedicht „Der Antritt des neuen Jahrhunderts" am Ende, nachdem er das furchtbare Ringen von Franken und Britten um den Besitz der Welt geschildert und die Trostlosigkeit der Weltlage beklagt hat, seinem „edlen Freund" den Rat geben kann, „aus des Lebens Drang in des Herzens heilig stille Räume zu fliehen, die Freiheit nur im Reich der Träume, das Schöne nur im Gesang zu suchen". Kein Gedanke daran dämmert in dem großen Dichter auf, daß es für die Deutschen vielleicht ganz andere und nötigere Dinge zu thun gelte, als sich in stille Beschaulichkeit zurückzuziehen; kein Gedanke daran, daß die Losung dieses eisernen Zeitalters war: Ambos oder Hammer sein.

Und doch trat es von Tag zu Tag mehr hervor, daß Deutschlands Verhältnisse in eine entscheidende Krisis eingetreten waren. Während Prinz Wilhelm heranwuchs, wurde die ganze Welt, abgesehen von dem durch den Baseler Frieden geschützten Norddeutschland, von gewaltigen Kriegsstürmen erschüttert. Der Friede von Campo Formio erwies sich bald als ein fauler Friede; die Anforderungen der Franzosen beschränkten sich nicht auf den Besitz des linken Rheinufers; sie griffen an mehreren Punkten über die ihnen gemachten Zugeständnisse hinaus, nach dem Vorbild desjenigen Königs, in welchem sich die nationalfranzösische Ansicht von der Stellung Frankreichs zu Europa verkörpert, nach dem Ludwigs XIV., welcher auch

aus den Paragraphen der Friedensurkunden stets neue Ansprüche herleitete; und nicht bloß in Deutschland suchten sie ihre Machtsphäre auszudehnen; in Rom, in Neapel, in der Schweiz errichteten sie Republiken nach dem Muster der französischen; Bonaparte warf sich auf Aegypten, suchte die Türkei in sein Machtsystem hereinzuziehen, nach Indien vorzudringen und die englische Kolonialmacht, welche dort in der Bildung war, wo möglich ins Herz zu treffen. Es kam 1799 zu erneutem Krieg der Franzosen gegen die Russen, Oesterreicher, Engländer, Türken, Neapolitaner; aber der Sieg, den Bonaparte im Juni 1800 bei Marengo in Oberitalien über die Oesterreicher erfocht, entschied den Kampf; Kaiser Franz willigte 1801 in den Frieden von Luneville, der den von Campo Formio bestätigte und das linke Rheinufer endgültig den Franzosen überlieferte. Damit waren auch die Würfel über das deutsche Reich, mindestens in seinem dermaligen Bestande, geworfen; zur Entschädigung derjenigen Fürsten, welche Land links vom Rhein besessen und nunmehr verloren hatten, wurden 1803 durch den „Reichsdeputationshauptschluß“ fast alle geistlichen Fürsten, so die Kurfürsten von Köln und Trier, und teilweise auch der von Mainz, und fast alle freien Reichsstädte ihrer Selbständigkeit beraubt und ihr Gebiet unter die weltlichen Fürsten verteilt. Alles geschah unter der obersten Leitung Frankreichs, dessen Geschick selbst mehr und mehr von dem sieggekrönten General Bonaparte bestimmt wurde. Bereits im November 1799 war er „erster Konsul“ geworden; im Jahr 1804 wurde ihm, unter dem Einfluß der Mordanschläge der Royalisten, welche ihn als Haupthindernis der Wiederherstellung der Monarchie beseitigen wollten, der Kaisertitel übertragen.

In einer Vorahnung dessen, was nun bevorstand, nahm der deutsche Kaiser Franz den Titel eines Erbkaisers von Oesterreich an; es war eine stille Ankündigung, daß er sich im Besitz des Titels eines deutschen Kaisers nicht mehr sicher fühlte und bei Zeiten Vorsorge traf, daß er hinter Napoleon an Würde nicht plötzlich zurückbleibe. Unersättlicher als je griff der kühne Emporkömmling um sich; er nahm den Titel eines Königs von Italien an, er drohte mit einer Landung in England. Gerade in dem Augenblick, wo die Hohlheit dieses Dräuens aller Welt hätte offenbar werden müssen — denn wie wollte er mit seinen Legionen den von 500 brittischen Schiffen bewachten Kanal ohne Fährlichkeit überschreiten? —

gerade da, 1805, erlaubte ihm die erneute Kriegserklärung Rußlands, Schwedens und Oesterreichs, seine Heersäulen von Boulogne nach Straßburg zu werfen, ohne daß diese Bewegung als ratloser Rückzug vor England ausgedeutet werden konnte. Viel zu langsam rückte der österreichische General Mack in Süddeutschland vor; das alte Reich brach indessen thatsächlich vollends zusammen, da Baden, Württemberg und Bayern sich an Napoleon anschlossen, teils der Not gehorchend, teils aus Mißtrauen gegen Oesterreichs Ländergier; Mack ward in Ulm mit 20000 Mann gefangen, und bei Austerlitz in Mähren erlag das russisch-österreichische Heer unter der Anführung der Kaiser Alexander I. und Franz II. der überlegenen Heeresleitung Napoleons. Im Preßburger Frieden vom 25. Dezember 1805 trat Franz Venedig an Napoleon, Vorderösterreich und Tirol an die süddeutschen Verbündeten des Kaisers ab, und am 12. Juli 1806 gingen eine Anzahl deutscher Fürsten, die neuen Könige von Bayern und Württemberg, die Großherzöge von Baden und Hessen-Darmstadt, der Herzog von Nassau u. a. den „Rheinbund" miteinander ein, der sich unter Napoleons Protektorat (Schutzherrschaft) stellte; verbrieft und versiegelt wurde, daß im Kriegsfall Frankreich und die Rheinbündner einander mit 200000, bezw. 63000 Mann beistehen sollten. Aus dem Verbande des Deutschen Reiches schieden die betreffenden Fürsten aus; sie erklärten, daß sie am Ende hätten auch innerhalb desselben verbleiben können, daß es ihnen aber ehrlicher erschienen sei, „ihrer Würde und der Reinheit ihrer Zwecke angemessener", aus dem Reich ganz auszutreten. Nun erklärte Franz II. am 6. August „das reichsoberhauptliche Amt und Würde" für erloschen und schied auch für Oesterreich aus dem Reiche aus, das damit, aufgegeben von allen Seiten, völlig zu Grund ging.

Aus drei Teilen bestand jetzt Deutschland: aus dem in der auswärtigen Politik ganz dem Cäsar an der Seine unterworfenen Rheinbunde, aus Oesterreich und Preußen, um das sich noch die kleineren und mittleren Staaten des Nordens gruppierten. Es war ganz selbstverständlich, daß Napoleon bei halbgethaner Arbeit nicht stehen blieb; er hatte Oesterreich einstweilen gedemütigt und geschwächt genug; es galt jetzt auch Preußen in Abhängigkeit von seinem Willen zu bringen. So ereilte die Strafe für die Uneinigkeit und Selbstsucht einen um den andern; es war ein furchtbares, aber gerechtes Gericht, das sich an den einzelnen Teilen unsrer Nation mit jäher Schnelle vollzog.

Zehn Jahre lang war Preußen neutral geblieben; vom Baseler Frieden an bis in den Oktober 1805 hinein widerstand Friedrich Wilhelm III. allen Versuchungen, durch die er in den Weltkampf hineingezogen werden sollte. Es war eine schwächliche Politik, daß er meinte, durch Enthaltung von allem Eingreifen in die Kriegsläufte seinen Staat am besten vor Schaden zu bewahren; er erreichte nichts dadurch, als daß er seinen Staat vereinzelt dem Stoße Napoleons preisgab. Schon während des sogenannten dritten Koalitions-(Bundes-) Kriegs von 1805 hatte Napoleon mit erschreckender Brutalität gezeigt, wie wenig er sich auf seinen Wegen durch Preußen aufhalten zu lassen gedachte. Mack konnte in Ulm nur dann mit Sicherheit abgeschnitten werden, wenn die in Hannover stehenden Truppen unter Bernadotte den direkten Weg an die Donau nahmen und ihm so den Rückweg donauabwärts verlegten. Dieser Weg führte durch Ansbach, und Ansbach war seit 1791 preußisch. Trotzdem befahl der Kaiser seinem Feldherrn durch dieses Land zu ziehen; er achtete nicht die Neutralität Preußens, er hatte nur sein nächstes militärisches Ziel im Auge. Als diese Nachricht nach Berlin kam, da begann auch Friedrich Wilhelms III. Geduld zu reißen; am Sarge Friedrichs des Großen in Potsdam gelobten er und Zar Alexander I., welcher auf seiner Reise zum Heere Berlin berührte, in Gegenwart der Königin Luise einander am 3. November 1805 ewige Freundschaft; Preußen begann ein paarmal hunderttausend Mann auf die Beine zu stellen, und Napoleon wurde ein Ultimatum überreicht, das er erfüllen sollte, wenn er Krieg mit Preußen vermeiden wollte. Aber jäh zwischen diese Rüstungen und Forderungen hinein traf wie ein Wetterschlag die Schlacht bei Austerlitz; Preußen mußte zurückweichen und in Schönbrunn einen Vertrag mit dem Kaiser eingehen, welcher ihm Hannover, das eigentlich dem König von England gehörte, zuwies, aber Ansbach und Wesel entriß und es zwang, alle Gebietsveränderungen in Süddeutschland gutzuheißen. Aus dem Staate, welcher Napoleon ein „bis hieher und nicht weiter!" zurief, war ein Staat geworden, der in den französischen Bahnen wandeln mußte; es war eine Niederlage ohne vorausgegangene Schlacht.

Dabei konnte es nicht bleiben, und Napoleon war derjenige, welcher sofort sich darüber klar war, daß er die Dinge bis zum Aeußersten treiben und Preußen, damit es gefügig bleibe, mit den Waffen überwinden müsse. Geflissentlich trug

er seine Geringschätzigkeit gegen Preußen zur Schau; wo es anging, arbeitete er dessen Interessen entgegen; um mit England zum Frieden zu kommen, bot er ihm ohne Bedenken die Rückerstattung Hannovers an, das er doch kaum erst an Preußen abgetreten hatte. Wie man in Berlin zur Einsicht kam, daß es gelte, entweder schweigend alles zu tragen oder zu schlagen, da raffte sich der König zu dem mannhaften aber späten Entschlusse des Krieges auf. Am 1. Oktober 1806 richtete er ein Ultimatum an Napoleon, in welchem er den Abzug der Franzosen aus Deutschland forderte; es hatte dies unmittelbar den Ausbruch des Krieges zur Folge. Friedrich Wilhelm III. hatte die Empfindung, daß er jetzt nicht bloß seine, sondern die deutsche Sache verfechte; er sprach es in dem Kriegsmanifest aus: „es gelte das unglückliche Deutschland von dem Joch, worunter es erliegt, zu befreien; vor allen Verträgen haben die Nationen ihre Rechte“: d. h. der Rheinbund ist wohl ein in aller Form abgeschlossener Vertrag; aber ihm geht vor das Recht der deutschen Nation auf Unabhängigkeit und Freiheit.

Der Krieg, der nun losbrach, ist ohne Zweifel das erste große Ereignis, das in der Seele des Prinzen Wilhelm unauslöschlich haftete. Er war, als sich die preußischen Heere nach Thüringen in Bewegung setzten, über neuneinhalb Jahr alt; noch trug er die Uniform der Rudorffschen Husaren; aber zum Mitausziehen war er noch zu jung. Ein Aquarellbild zeigt ihn, wie er mit seinem älteren Bruder, in Gegenwart ihres gemeinsamen Erziehers Delbrück, den Vorbeimarsch des Regiments Königin-Dragoner betrachtet; er ahnte nicht, daß die stattlichen Reiter dem Tode und der Niederlage entgegenritten und der Gruß, den sie zu den Fenstern des Schlosses hinaufsandten, ein Ave Caesar! morituri te salutant!*) war ein Gruß, wie ihn die todgeweihten Fechter in der römischen Arena ihrem Cäsar boten. Das Bild hat etwas Ergreifendes: unten die tapferen Reiter, die sich voll Stolz als Glieder des Heeres Friedrichs des Großen wissen und doch dem Unglück verfallen sind; oben, mit gespanntem Blick ihren Zug verfolgend, der junge Prinz, der einst ihre Niederlage rächen sollte.

*) D. h. Heil Cäsar dir! dich grüßen, die zu sterben gehen!

Drittes Kapitel.

Der Krieg von 1806—1807.

Am 1. Oktober war das Ultimatum des Königs an Napoleon ergangen; wenige Tage nachher stand man schon im vollen Krieg. Es war ein ungleicher Kampf; nicht mit Frankreich allein hatte Preußen zu ringen, vielmehr auch mit den Heerscharen Italiens und des Rheinbundes. Am 10. Oktober ward der tapfere und hochbegabte Prinz Louis Ferdinand von den Franzosen bei Saalfeld geschlagen, er fiel selbst unter den Hieben der feindlichen Reiter; am 14. Oktober wurden die zwei preußischen Heere unter dem Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen und dem Herzog von Braunschweig von Napoleon selbst und seinem Marschall Davoust bei Jena und Auerstädt angegriffen und gänzlich aufs Haupt geschlagen. Es war eine Niederlage, welche sofort den Zusammenbruch der ganzen preußischen Macht im Gefolge hatte. Die einzelnen Heeresteile wurden von den Siegern mit allem Nachdruck verfolgt und aufgerieben oder gefangen genommen; die stärksten Festungen ergaben sich ohne den Versuch ernsthaften Widerstandes in schmachvoller Weise an die Feinde; Berlin selbst ging verloren, und König Friedrich Wilhelm III. mußte seine Residenz nach Königsberg in Ostpreußen verlegen.

In diesen Tagen der tiefsten Schmach und des tiefsten Elendes für ganz Preußen können wir auch die Spur des Prinzen Wilhelm wieder wahrnehmen.

Vier Tage nach der unglücklichen Doppelschlacht von Jena und Auerstädt erhielten die königlichen Kinder Befehl, Berlin, das zu behaupten man verzweifeln mußte, zu verlassen; auf Schloß Schwedt trafen sie dann mit ihrer Mutter zusammen, welche anfänglich das Heer begleitet hatte, dann, vor der Schlacht, nach Berlin aufgebrochen war und unterwegs die Hiobspost empfing. „Ihr seht mich in Thränen," sagte sie zu ihren Kindern; „ich beweine den Untergang der Armee; sie hat den Erwartungen des Königs nicht entsprochen." Aus den Aufzeichnungen Delbrücks wissen wir, daß sie trotzdem der Verzweiflung nicht erlag. Durchdrungen von dem Schmerze darüber, „daß es keinen preußischen Staat, keine preußische Armee, keinen Nationalruhm mehr gab," richtete

sie sich doch an dem Anblicke der schuldlosen Jugend wieder auf, welche, nicht verstrickt in die Fehler und Sünden der letzten Jahre und Jahrzehnte, die Kraft besitzen mußte, eine neue Zeit zu begründen. Sie ermahnte ihre Söhne, sich nicht mit Thränen zu begnügen: sie sollten ihre Kräfte entwickeln. „Vielleicht läßt Preußens Schutzgeist sich auf euch nieder; befreit dann euer Volk von der Schande, dem Vorwurf und der Erniedrigung, worin es schmachtet. Suchet den jetzt verdunkelten Ruhm eurer Vorfahren von Frankreich zurückzuerobern, wie euer Urgroßvater, der große Kurfürst, einst bei Fehrbellin die Niederlage und Schmach seines Vaters an den Schweden rächte. Könnet ihr aber mit aller Anstrengung den niedergebeugten Staat nicht wieder aufrichten, so sucht den Tod, wie ihn Louis Ferdinand gesucht hat."

Es war in diesen schweren Tagen, daß Prinz Wilhelm am 1. Januar 1807 als Offizier eingekleidet wurde; es geschah vor seinem Eintritt ins elfte Lebensjahr, weil der Drang der Verhältnisse es zweifelhaft erscheinen ließ, ob an seinem Geburtstage dazu Gelegenheit sein werde. Denn noch waren die russischen Hilfstruppen nicht heran; der Abfall der Polen aber, welche von Napoleon die Herstellung ihres Staatswesens erhofften, machte selbst in Königsberg den Aufenthalt unsicher; der König erteilte den Befehl, daß seine Familie nach Memel gebracht werde, der äußersten Grenzstadt Preußens im Nordosten. Die Königin lag gerade damals am Typhus gefährlich danieder; kaum hatte die Krankheit eine günstige Wendung genommen, als die Notwendigkeit der Flucht sich unabweisbar herausstellte. Ihre eigene Empfindung war es, daß „sie lieber in die Hände Gottes als dieser Menschen fallen wollte;" so wurde sie am 3. Januar — nach der Erzählung ihres Leibarztes Dr. Hufeland — bei dem fürchterlichsten Sturm und Schneegestöber in den Wagen getragen und zwanzig Meilen weit über die sogenannte kurische Nehrung, jene langgedehnte schmale Landzunge zwischen Ostsee und kurischem Haff, nach Memel gebracht. „Wir brachten," so erzählt der wackere Arzt, „drei Tage und drei Nächte, die Tage teils in den Sturmwellen des Meeres, teils im Eise fahrend, die Nächte in den elendesten Nachtquartieren zu. Die erste Nacht lag die Königin in einer Stube, wo die Fenster zerbrochen waren und der Schnee ihr auf das Bett geweht wurde, ohne erquickende Nahrung. So hat noch keine Königin die Not empfunden! Und dennoch erhielt sie ihren Mut, ihr

himmlisches Vertrauen auf Gott aufrecht, und er belebte uns alle. Selbst die freie Luft wirkte wohlthätig; statt sich zu verschlimmern, besserte sie sich auf der bösen Reise."

Mit seinen Geschwistern hat auch Prinz Wilhelm diese schreckliche Fahrt durch die winterlichen Einöden mitgemacht; die Eindrücke dieser Tage müssen unzerstörbar in seinem Geiste gehaftet haben. Auch ihn selbst, der von Anfang an eine zarte Körperbeschaffenheit besessen hatte, so daß man ihm wohl kein hohes Alter wahrsagte, ergriff bald hernach ein heftiges Nervenfieber; während er noch daniederlag, wurde er an seinem zehnten Geburtstag zum Fähnrich in der Garde zu Fuß ernannt. Inzwischen vollendeten sich die Geschicke Preußens; am 14. Juni wurde das Heer Alexanders I. bei Friedland in Ostpreußen, während es unbedachterweise den stärkeren Feind angriff, gänzlich geschlagen; Alexander I. und Napoleon verständigten sich, und am 9. Juli 1807 mußte Friedrich Wilhelm III. den Frieden von Tilsit unterzeichnen, durch welchen er alle Lande westlich der Elbe samt den 1793 und 1795 gewonnenen polnischen Gebietsteilen abzutreten hatte und von neun Millionen Einwohnern kaum fünf behielt. Der Friede von Tilsit setzte das Siegel auf die Niederlage von Jena und Auerstädt; von einer Großmacht, ohne welche im Rate Europas nichts beschlossen worden war, sank Preußen zu einer Macht zweiten Rangs herunter, der zuzeiten selbst das schmachvolle Ansinnen gestellt werden konnte, daß es in den Rheinbund und damit in die völlige Abhängigkeit von Frankreich eintreten sollte.

Und doch wurde die Schwere der Niederlage der Anstoß zur Erhebung. So unglücklich der Krieg auch geführt worden war, so war der Entschluß, ihn zu unternehmen, doch aus einer sittlichen Erwägung hervorgegangen. Es war vollkommen wahr, wenn die Königin sagte: ihr Gemahl habe bewiesen, daß er nicht Schande, sondern Ehre wolle; Preußen habe nicht Sklavenketten tragen wollen; deshalb habe es die Waffen ergriffen. Dieses Bewußtsein, daß man „mit Ehren untergegangen sei", überdauerte die Niederlage; aus ihm schöpften König und Volk die Hoffnung auf eine bessere Zukunft; aus ihm erwuchs das Bestreben, die Schäden abzustellen, welche das Unterliegen herbeigeführt hatten; aus ihm erwuchs auch die zur Durchführung dieses Bestrebens erforderliche Kraft.

Viertes Kapitel.

Die Erhebung Preußens von 1807—1815.

Der Mann, durch welchen König Friedrich Wilhelm III. nach dem Tilsiter Frieden vor allem die Herstellung des preußischen Staats durchführen ließ, war der Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl von Stein, welcher aus nassauischem Adelsgeschlechte stammte, aber seit siebenundzwanzig Jahren in preußischen Diensten stand; ein Mann von damals fast fünfzig Jahren, verfügte er über die volle Manneskraft und ward von dem heißen Verlangen angetrieben, dadurch Deutschlands Zukunft zu sichern, daß er den preußischen Staat auf neue und festere Grundlagen stellte. Seither war Preußen eine absolute (unbeschränkte) Monarchie gewesen, in welcher der König durch seine Minister schlechtweg befahl und die Bürger schlechtweg gehorchten; fehlte es in einem solchen Staatswesen am Haupte, oder war dieses flüchtig vor einem siegreichen Feinde, so war das Rückgrat des Staates zerbrochen. Deshalb gab Stein die Losung aus, daß mit dem System der staatlichen Gängelbandleitung und Bevormundung des Bürgers gebrochen werde, daß man demselben möglichste Freiheit der Bewegung gewähre und ihn so gewöhne, selber, unter eigener Verantwortung, zu handeln. Die Hörigkeit der Bauern wurde abgeschafft, die Erwerbung von Rittergütern freigegeben, in den Städten durch eine neue „Städteordnung" die Selbstverwaltung der Gemeinden begründet; der städtische Haushalt, Armen- und Schulwesen und die Polizeigeschäfte wurden den Städten überwiesen; die Vorrechte der Zünfte, welche in jenen Tagen nur noch ihre Schattenseiten aufwiesen und die freie Entwickelung des einzelnen einschränkten, fielen hinweg. Nicht Stein allein hat das Werk der inneren Befreiung vollführt; er wurde schon im November 1808 durch Napoleons berüchtigten Erlaß gegen „den Menschen, genannt Stein" zur Flucht nach Mähren genötigt; aber andere, namentlich der Freiherr von Hardenberg, führten sein Werk in seinem Sinne fort; vor allem das Kriegswesen wurde durch den Kriegsminister Gerhard Scharnhorst gründlich umgestaltet; der Grundsatz wurde aufgestellt, daß die Beförderung in die höheren Stellen nicht von der Geburt, sondern vor allem von dem Verdienst abhängen

solle, und die Zulassung von Ausländern ins preußische Heer abgeschafft; wie durch den ersten Grundsatz das Offizierscorps erneuert wurde, so trat durch die zweite Verfügung an die Stelle des bunt zusammengewürfelten und halb aus geworbenen Ausländern bestehenden Heers ein nationales Heer. Noch erlaubten es die finanziellen und politischen Verhältnisse des Staates nicht, daß man ohne weiteres die allgemeine Dienstpflicht durchführte; die Gegenwart, die trotz gesteigerter Erwerbsgelegenheit oft weichlich über die unerschwinglichen Lasten des neuen Reiches jammert, wird nicht ohne Nutzen erfahren, daß der niedergeworfene Staat zur Bestreitung der Kriegskosten in Ost- und Westpreußen eine Einkommenssteuer erheben mußte, welche bis zu einem Fünftel des gesamten Einkommens ging, daß „ein keineswegs reicher Stettiner Kaufmann in dem Jahre nach dem Frieden für Kontribution und Einquartierung mehr als fünfzehntausend Thaler zahlen mußte". Aber so wenig auch thatsächlich alle Wehrfähigen zur Fahne gerufen werden konnten, so fest und sicher wurde doch der Grundsatz hingestellt, „daß alle Bewohner des Staats geborene Verteidiger desselben seien". Es war ein Markstein für die späteren Zeiten, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Zur politischen und militärischen Wiedergeburt Preußens trat die sittliche und religiöse. Der Philosoph Fichte hielt 1808 seine „Reden an die deutsche Nation", in welchen er die Not der Zeit beleuchtete und die Mittel zur Rettung angab. Es war die zwölfte Stunde angebrochen, das verkündete er seinen Zuhörern in Berlin und in allen deutschen Gauen; es war keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn man sich jetzt nicht aufraffte, so war die letzte Frist verstrichen, innerhalb deren es noch besser werden konnte. Die Entscheidung mußte fallen, ob es noch ein Deutschland geben sollte oder nicht. Nach den seitherigen Gepflogenheiten des lebenden Geschlechts war es nur allzu sicher, daß jeder die Verantwortung für den Ausfall dieser Entscheidung würde von sich ab auf andere wälzen wollen. Deshalb rief Fichte jedem ins Gedächtnis, daß es gerade auf ihn ankomme, daß er so handeln müsse, als ob von seinem Verhalten das Schicksal des Ganzen abhänge. Er schärfte das Gefühl der individuellen Verantwortlichkeit bis aufs äußerste; an alle Stände der Nation wandte er sich gleichermaßen, um ihnen ihre Pflicht in dieser schweren Krisis zum Bewußtsein zu bringen; er rief die Fürsten auf, die Gelehrten, die Geschäftsleute; er sprach

zu den Alten, welche in blasierte Teilnahmlosigkeit gegen alles Hohe versunken seien, ebenso wie zu den Jungen, welche noch die Fähigkeit begeisterter Hingabe an ein Ideal besäßen. Und wie er die sittlichen Aufgaben der Zeitgenossen mit patriotischer Wärme bezeichnete, so verhalf der Theologe Schleiermacher denen, welche mit der Religion im Zerfall waren, wieder zur Teilnahme am religiösen Leben. Er brach die Ketten, in welche ein einseitig auf den Verstand Gewicht legendes Zeitalter die Menschheit geschlagen hatte. Er zeigte, daß wir nicht bloß aus dem Verstand bestehen, daß auch das Gemüt seine Rechte hat und daß dieses die Anlehnung des Endlichen an das Unendliche gebieterisch fordert; die tiefe Wahrheit des Augustinischen Wortes: „Unser Herz ist unruhig in uns, bis daß es Ruhe findet in dir,“ gilt für die Gebildeten so gut wie für die Ungebildeten. Es ist der Mühe wert, mit einigen weiteren Strichen dieses Bild zu vervollständigen; denn es ist ja immer unser Ziel, das Individuelle des Helden dieser Lebensbeschreibung in das große Ganze einzufügen; und die geistige Atmosphäre, welche Schleiermacher in Berlin erzeugte, muß auch auf den Hof, auf Prinz Wilhelm eingewirkt haben, wenn auch dessen religiöse Ansichten sich später viel enger noch an die Lehrüberlieferung der lutherischen Kirche anschlossen, als dies bei Schleiermacher zunächst der Fall war. „Dichte Scharen Andächtiger,“ sagt Heinrich von Treitschke, „drängten sich in den engen Rundbau der dürftigen kleinen Dreifaltigkeitskirche, wenn er in seinen breit dahinrauschenden, echt rednerischen Sätzen, in immer neuen Wendungen den sittlichen Grundgedanken dieser neuen Zeit verkündigte: daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens, in der freien Hingabe an das große Ganze liege: mehr denn jemals gelte jetzt die Mahnung des Apostels, zu haben als hätten wir nicht, Besitz und Leben nur als anvertraute Güter zu betrachten, die dahinfahren müßten für höhere Zwecke, und die Feinde nicht zu fürchten, die nur den Leib töten können; wieviel höher sei doch die sittliche Würde dessen, der in Liebe seinem Lande lebe, und wie verkomme in weichlicher Empfindsamkeit der Sinn, der nur an sich selber denke; wieviel Grund zur Liebe und Treue biete dieser Staat, der einst den anderen Deutschen ein Muster gewesen und noch immer eine Freistatt sei für jeglichen Glauben, ein Staat der Rechtlichkeit und des ehrlichen Freimuts. Das alles war so einfach fromm, dem schlichtesten Sinne verständlich, und doch so geistvoll, tief aus dem

Borne der neuen Bildung geschöpft; so glaubensinnig und doch so klug auf die politischen Nöte des Augenblicks berechnet. Die praktische Theologie, die so lange seitab von den geistigen Kämpfen der Zeit im Hintertreffen gestanden, wagte sich wieder heraus auf die freien Höhen der deutschen Bildung, und die getrösteten Hörer empfanden, daß das Christentum in jedem Wandel der Geschicke immer neu und lebendig, immer zeitgemäß zu wirken vermag."

Es wird sich schwer feststellen lassen, ob eine direkte Einwirkung von Schleiermachers Gedanken auf Prinz Wilhelm stattgefunden hat. Wer aber dessen späteres Leben überblickt, dem muß sich die Wahrnehmung aufdrängen, daß die sittlichen Grundgedanken des großen Theologen für den Prinzen thatsächlich die Leitsterne seines Lebens geworden sind; „er hat immer gehabt als hätte er nicht", hat immer sich willig gezeigt, Besitz und Leben dahinzugeben für höhere Zwecke, hat immer aus der Religion Jesu Christi Kraft für alle neuen Aufgaben geschöpft, vor welche die Vorsehung ihn stellte. Der Geist jener schweren und doch so erhebenden Jahre hat ihm seinen Stempel auf immer aufgedrückt.

Die Anwesenheit der siegreichen Feinde, dann der im Jahre 1809 zwischen Napoleon und Kaiser Franz II. abermals ausgebrochene Krieg hielten den preußischen Hof noch lange zuerst in Memel, dann in Königsberg fest. Prinz Wilhelm wurde an Weihnachten zum Sekondelieutenant ernannt und genoß den Unterricht Zellers, eines Schülers des bekannten Pädagogen Pestalozzi, und des Professors Reimann. Unter den eigenen Ahnen hatte der Prinz einen ebenso gefeierten Kriegshelden wie Schriftsteller; es wird berichtet — und was wäre glaublicher? — daß er Friedrichs des Großen Geschichte des Hauses Brandenburg und des siebenjährigen Krieges mit besonderem Eifer las. Neben dem allgemein bildenden Unterricht ging die kriegerische Schulung; es wird dem Prinzen bezeugt, daß er nach zwei Jahren mit dem preußischen Infanteriedienst nach jeder Richtung vertraut geworden und daß er mit Leib und Seele Soldat sei; und wieder bestätigt sein späteres Leben die Richtigkeit dieser Beobachtung.

Es war am 25. Dezember 1809, als der König mit seiner Gemahlin wieder in Berlin einzog; unter den Gardetruppen, welche an dem Einzug Anteil nehmen durften, war auch Prinz Wilhelm. Mit Freuden empfing die Hauptstadt ihr Herrscherhaus, das vor mehr als drei Jahren durch die

Wetterschläge des Krieges verjagt worden war; aber der König war ernst und in sich gekehrt, und die Königin Luise weinte bitterlich. Zu schroff war der Abstand zwischen den Tagen, da sie dereinst aus Berlin geschieden war, und der Gegenwart; allein schon das Brandenburger Thor, von welchem das krönende Viergespann nach Paris fortgeschleppt worden war, legte Zeugnis ab von dem Wechsel der Zeiten und des Glückes. Mit Recht hat man gesagt, daß die edle Königin am Elend des Staates dahinschwand; in ihr häusliches Leben, in die trautesten Stunden des Familienglücks ragten die düsteren Schatten herein, welche die Zukunft Preußens verhüllten. Am 5. Dezember 1806 hatte sie zu Ortelsburg in ihr Tagebuch die erschütternden Verse aus Goethes Wilhelm Meister eingetragen, in denen die himmlischen Mächte angeklagt werden, daß sie den Menschen ins Leben hineinführen, ihn schuldig werden lassen und ihn dann nach dem ehernen Gesetz der Vergeltung der Pein überlassen. Seit dieser Zeit rang sie mit dem Gefühl bitteren Wehs über ein nur halb verdientes entsetzliches Los und mit der Ergebung in den Willen Gottes, von dem sie auch wieder Zeiten der Gnade erhoffte. Wie in den Tagen des Glücks ihr Mann und ihre Kinder ihr Höchstes gewesen waren, so noch weit mehr in diesen Zeiten des Elends. In jenem denkwürdigen und oft abgedruckten Briefe an ihren Vater aus dem Jahre 1810 spricht sich die zärtlichste Liebe zu dem Gemahl aus, „der gütiger und liebevoller ist als je,“ und freudige Zuversicht auf eine gute Entwickelung ihrer Kinder. „Unser Sohn Wilhelm wird, wenn mich nicht alles trügt, wie sein Vater, einfach, bieder und verständig. Auch in seinem Aeußeren hat er die meiste Aehnlichkeit mit ihm; nur wird er, glaube ich, nicht so schön. Sie sehen, lieber Vater, ich bin noch in meinen Mann verliebt.“ Als sie diese Zeilen schrieb, hatte schon der Tod die schwarzen Schwingen um ihr Haupt gebreitet. Ende Juni 1810 traf sie zum Besuch ihres Vaters in Strelitz ein, und auf Schloß Hohenzieritz erkrankte sie schwer. Bald zeigte sich, daß der schwache Leib der königlichen Dulderin dem Angriff der Krankheit nicht mehr würde widerstehen können; man rief schleunigst Friedrich Wilhelm III. herbei, der nach Charlottenburg zurückgereist war. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli sagte die Königin mit bebendem Herzen zu ihrem Arzte: „Ach, bedenken Sie, wenn ich dem König stürbe und meinen Kindern!“ Früh um fünf Uhr traf der König auf Hohenzieritz ein, von den

beiden ältesten Söhnen Friedrich Wilhelm und Wilhelm begleitet, der eine bald fünfzehn-, der andere über dreizehnjährig; mit herzlicher Freude umarmte und küßte die Sterbende den teuren Mann, der bitterlich weinte; sie bat, er solle nicht thun, als ob er Abschied nehme, sonst sterbe sie sogleich. Auch die Söhne wurden an das Sterbebett der Mutter geführt; sie vernahmen noch einmal die freudige Anrede: „Ach, lieber Fritz, lieber Wilhelm! seid ihr da?“ Sie knieten am Bette nieder, und der Arzt hörte sie laut weinen. Wenn die Brustkrämpfe zu qualvoll wurden, gingen sie hinaus; wenn „die Waffe des Todes,“ um mit dem Dichter der Nibelungen zu reden, „minder scharf schnitt,“ durften sie wieder zurückkehren, um wieder zu knieen, wieder zu schluchzen. Morgens um neun Uhr, am 19. Juli 1810 richtete die Königin die Augen gen Himmel, sprach: „Ich sterbe, Herr Jesus, mach es leicht,“ und verschied. Der König drückte ihr die Augen zu, während seine Thränen auf das bleiche Antlitz der Toten niederrollten. Kaum war der Tod eingetreten, so erschien die Prinzessin Charlotte, die spätere Kaiserin von Rußland, in dem Schlosse — „Ach, meine liebe, liebe Mama!“ rief sie weinend, als sie die Nachricht vernahm — Worte, so schlicht als möglich und doch Zeugnisse des schneidendsten Wehs.

Man hatte überall in Deutschland das Gefühl, daß Luise nicht schon im fünfunddreißigsten Lebensjahr dahingeschieden wäre, wenn ihre Kraft nicht verzehrt worden wäre durch den Kummer über des Vaterlandes Elend und Schmach. Der reinste aller der Jünglinge, welche 1813 in die Saiten griffen, Theodor Körner, widmete ihr eine fast abgöttische Verehrung und rief sie an, als Schutzgeist der Rache den Fahnen Deutschlands voranzuziehen. Und stärker noch als all dies zeugt für den Märtyrertod der Mutter der Sohn selbst, der am Vorabend des entscheidenden Kampfes gegen Frankreich, am 19. Juli 1870, der Mutter Grabmal zu Charlottenburg besuchte, um durch die Erinnerung ihres Todes sich zu weihen für den Krieg, in welchem endgültig, dem Vermächtnis der Mutter gemäß, „der verdunkelte Ruhm der Vorfahren von Frankreich zurückerobert“ werden sollte. Würde der Kaiser Wilhelm nicht am Sterbebette der Mutter die Gewißheit empfunden haben, daß sie mittelbar als Opfer unserer nationalen Schmach dahinstarb, so würde er nicht in dem Augenblick ihr Grab aufgesucht haben, da es die völlige Abrechnung mit dem alten Feinde galt. Im königlichen Hause lebt die Ueberzeugung

fort, daß die Ahnfrau zu den Blutzeugen unserer nationalen Größe zählt, und die unparteiische Geschichtschreibung wird diese Ansicht nicht verwerfen können. Auch außerhalb des Schlachtfeldes kann man um des Vaterlandes willen sterben, und dies schöne Recht ist nicht auf die Männer beschränkt.

Trüber und trüber freilich gestalteten sich in der nächsten Zeit die Geschicke Preußens. Noch ehe Luise dahinschied, war dem König von seinem Minister Altenstein der Gedanke nahe gelegt worden, durch Abtretung eines Teils von Schlesien an Napoleon den Nachlaß der noch nicht ganz bezahlten Kriegsentschädigung zu erlangen; mit Entrüstung lehnte der König diesen verzweifelten Gedanken ab, seine Unterthanen um schnöde Silberlinge zu verhandeln; aber als Napoleon 1811 gegen Rußland rüstete, da sah sich Preußen doch gedrungen, wenn es nicht den Grimm des Imperators und sofortige Vernichtung auf sich herabziehen wollte, mit Frankreich einen Waffenbund gegen Rußland abzuschließen. Jedermann weiß, was für ein Gottesgericht dann im Jahre 1812 in Rußland über Napoleon ergangen ist. Nachdem es ihm gelungen war, bis nach Moskau vorzudringen und diese Hauptstadt des Feindes in Besitz zu nehmen, wurde er durch den Brand der Stadt, den der Befehlshaber, Graf Rostopschin, mit Absicht geboten hatte, hart vor Einbruch des Winters zum Umkehren genötigt, und in den sechs Wochen, welche sein Heer für den Weg von Moskau bis Wilna etwa brauchte, ging es durch die Unbilden der Witterung und die Waffen der verfolgenden Feinde fast gänzlich zu Grunde. Auf wohl eine halbe Million Menschen wurde der Verlust geschätzt, den Napoleon, oder richtiger, den ganz Westeuropa in fünf Monaten erlitten hatte.

Die schreckliche Katastrophe der „großen Armee" wurde das Zeichen zum Losbruch der lange geknechteten Völker. Preußen, dem sein General York das Zeichen gab, schloß sich an Rußland an; am 22. Januar reiste Friedrich Wilhelm III. von Berlin, wo noch französische Truppen standen, nach Breslau ab, wo er Herr seiner Entschlüsse war, und gab den Befehl zu kriegerischen Rüstungen. Am 3. Februar wurde der Aufruf zur Bildung von Abteilungen freiwilliger Jäger erlassen, welche sich selbst bekleiden und bewaffnen und so die Lasten des Staates erleichtern sollten; am 28. Februar erfolgte der Abschluß des Bundes mit Alexander I. zu Kalisch, durch welchen Preußen die Wiederherstellung seines früheren Besitzstandes gewährleistet erhielt; am 10. März, am Geburts-

tage seiner verewigten Gemahlin, stiftete der König den für alle Kämpfer gemeinsamen Orden des eisernen Kreuzes, den jeder Tapfere, der gemeine Soldat so gut wie der höchste Befehlshaber, sich sollte erwerben können. Am 15. März hielt Zar Alexander seinen Einzug in Breslau, am 16. erfolgte die Kriegserklärung Preußens an Frankreich, und am 17. ergingen die beiden berühmten Aufrufe des Königs „An mein Volk“ und „An das Heer“. — „Keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegengehen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag.“ Die ernste, mannhafte Sprache des Königs erweckte ein tausendfältiges Echo in den Herzen seines Volkes. Eine Erhebung Preußens fand statt, welche durch ihre Allgemeinheit und Hingebung fast beispiellos in der Geschichte dasteht. Alt und jung, reich und arm, Edelmann, Bürger und Bauer wetteiferten in dem Bestreben, „zu haben als hätten sie nicht, Besitz und Leben nur als anvertraute Güter zu betrachten, die dahinfahren müßten für höhere Zwecke;“ selbst auf den weiblichen Teil der Bevölkerung erstreckte sich die patriotische Begeisterung; es werden Fälle erwähnt, daß Mädchen in Verkleidung in das Heer eintraten. Binnen weniger Monate stellte ein Volk, das nicht ganz fünf Millionen Köpfe zählte, dessen Kräfte nichts weniger als unversehrt waren, 271 000 Mann Linie und Landwehr, auf siebzehn Seelen einen Soldaten. Mit Recht weist Heinrich von Treitschke darauf hin, daß Frankreich im Jahre 1793, als es jene berühmte und oft übertriebene Massenbewaffnung gegen die eindringenden Oesterreicher und Preußen veranstaltete, nicht soviel geleistet hat, als das preußische Volk 1813.

Sechs Tage, nachdem die Kriegserklärung an Frankreich erfolgt war, vollendete Prinz Wilhelm sein sechzehntes Lebensjahr. Er hatte seine militärische Ausbildung sich sehr angelegen sein lassen; der Hauptmann von Reiche, welcher seit 1810 sein Lehrer war, rühmte an ihm sein schnelles Auffassen und seinen praktischen Verstand, seine große Ordnungsliebe, sein Talent zum Zeichnen und seinen für sein Alter ernsten und gesetzten Charakter. „Es lag in ihm der wahre zuverlässige Soldat und Anführer.“ Man kann sich denken, daß er den Vater bestürmte, ihn gleich dem Kronprinzen mit ins Feld zu nehmen; aber es wurde ihm mit Rücksicht auf seine schwächliche Gesundheit abgeschlagen, und auch die am 15. Juni erneuerte

Bitte konnte keine Erhörung finden; doch beförderte ihn sein Vater zum Premierlieutenant, und als der Prinz einwarf: „Aber wie kann ich mit Ehren vorrücken, da ich hinter dem Ofen gesessen habe, während mein Regiment im Feuer stand?“ gab der König zur Antwort: „Thut nichts! Weil ich dir befohlen habe, zurückzubleiben, sollst du deswegen nichts verlieren.“

So geschah es, daß Prinz Wilhelm an den großen Thaten des Jahres 1813 keinen Anteil nehmen durfte; er vernahm es nur aus der Ferne, wie am Ende, nach manchem Wechsel des Schlachtenglücks, sich die Entscheidung gegen Napoleon kehrte und derselbe in der Völkerschlacht bei Leipzig, vom 16. bis 18. oder eigentlich 19. Oktober 1813, gänzlich überwunden wurde und nur einen kleinen Teil seines Heeres über den Rhein retten konnte. Die Katastrophe des Jahres 1812 hatte sich erneuert; von über 400 000 Streitern, mit welchen er Preußen, Rußland, Oesterreich und Schweden hatte niederwerfen wollen, brachte er kaum den siebenten Teil bei Mainz über den Strom zurück, welcher damals die Ostgrenze Frankreichs bildete. Und während ihm die Sieger mit gewaltiger Uebermacht zu folgen sich anschickten, drängten schon auch Englands und Spaniens Heere unter der Anführung Wellingtons gegen die Pyrenäen und gegen den Süden Frankreichs heran. Noch stand es bei dem Kaiser, durch verhältnismäßig geringfügige Opfer den Frieden zu erlangen; noch konnte er die Rheingrenze behaupten; aber zu schwer fiel dem Maßlosen auch die kleinste Nachgiebigkeit; er hoffte, durch eine letzte Anstrengung doch noch das Schicksal zu wenden, das untreue Glück wieder an seine so oft schon bedrohten und so oft doch noch siegreich gewesenen Banner zu fesseln. Der Kampf begann aufs neue; Napoleons Hartnäckigkeit zwang das volle Gericht über ihn herauf, und Blüchers Meinung ging in Erfüllung, welcher damals schrieb: „Die Vorsehung hat uns das Mittel gegeben, die gepeinigten Völker an einem Ungeheuer zu rächen. Thun wir das nicht, so sind wir solcher Wohlthaten nicht wert.“

An diesem zweiten Akt des Krieges durfte nun auch Prinz Wilhelm teilnehmen. Als der König aus dem Feldzug auf kurze Zeit nach Breslau zurückkehrte, sagte er ihm: „Ich will dich mit in den Krieg nehmen; doch nur auf sechs Wochen, denn du bist noch zu schwächlich.“ Demgemäß erhob er den Sohn zur Würde eines Hauptmanns der Garde und

nahm ihn mit sich an den Rhein, wobei das Schlachtfeld von Leipzig passiert wurde. Am 1. Januar 1814 überschritten die Heere der Verbündeten an verschiedenen Punkten den Rhein; das Armeecorps des russischen Generals Sacken that dies bei Mannheim, und bei ihm befand sich der Prinz, welcher hier zum erstenmal das Krachen der feindlichen Geschütze vernahm. Unter den zahlreichen Gefechten der nächsten Wochen sind für den Biographen zwei bemerkenswert: das bei Brienne am 28. Januar, wobei Blücher ohne Erfolg gegen Napoleon focht, und das bei Bar sur Aube am 27. Februar. Im ersten Treffen geriet der Prinz Wilhelm in den heftigsten Kugelregen, während er die Truppen durchritt; im zweiten legte er eine entschiedene Probe von Kaltblütigkeit ab, welche bei einem nicht siebzehnjährigen Jüngling gewiß doppelten Lobes wert ist. Der König sieht, wie ein Regiment besonders vom Feinde mitgenommen wird, und gibt seinem Sohne Befehl, sich nach dessen Namen zu erkundigen. Der Auftrag bringt ohne Frage besondere Gefahr; aber ohne Schwanken, wie sich's für einen Hohenzollern ziemt, sprengt der Prinz auf das Regiment zu und erscheint plötzlich, zum größten Erstaunen der Soldaten, mitten im schärfsten Gewehrfeuer; „unbefangen, als ob ihn keine Kugel treffen könne, entledigt er sich seines Auftrags," und jagt, nachdem ihm der Oberst von Luck die Hand gedrückt hat, wieder zu seinem Vater zurück, um die Meldung zu erstatten; nachher machte er den Sturm des russischen Regimentes Kaluga auf die Höhe von Malepin mit. Gewiß war es nur verdient, wenn Zar Alexander am 5. März dem Prinzen den St. Georgsorden dritter Klasse verlieh, welcher vorschriftsgemäß nur als Lohn der Unerschrockenheit erteilt werden darf, und wenn der Vater ihm am Geburtstag der unvergeßlichen Mutter das eiserne Kreuz verlieh; die Offiziere des Heeres aber meinten, aus ihm könne noch einmal ein zweiter Prinz Heinrich werden, der so heldenhaft neben seinem Bruder, dem großen Friedrich, gestanden, und vielen gefiel der tapfere Prinz besser, als der „unsoldatische, ästhetische" Kronprinz.

Die Versuche Napoleons, den überlegenen Feind durch die Entfaltung einer glänzenden Feldherrnkunst zu schlagen, hatten keinen dauernden Erfolg. Am 30. März waren die Heere der Verbündeten schon vor Paris, zum Sturme fertig, und trotz des tapferen Widerstandes, den die Polytechniker und die alten Soldaten leisteten, trotz der schlechten Anord-

nungen, welche der oberste Befehlshaber, Fürst Schwarzenberg, traf, wurde doch der Sieg erfochten und Paris zur Ergebung gezwungen. Die preußischen Garden nahmen unter Oberst von Alvensleben die feindlichen Batterien bei dem Dorfe Pantin im Osten von Paris; sie schlugen sich, sagt ein Bericht, wie die Löwen, und mit Staunen sah Prinz Wilhelm den Geist furchtlosen Todesmutes, der diese Scharen beseelte. Am anderen Tag erfolgte der feierliche Einzug der Sieger in Paris; hinter Alexander und Friedrich Wilhelm ritten der Kronprinz von Preußen und Prinz Wilhelm, der dann im Hause der Ehrenlegion Quartier nahm. Napoleon, den die Hiobspost zu spät ereilte, sah sich genötigt, abzudanken und den Aufenthalt auf der Insel Elba anzunehmen, den ihm die Verbündeten anboten; an seine Stelle trat der Bruder des 1793 enthaupteten Ludwigs XVI., Ludwig XVIII.

Im Verlauf der Verhandlungen, welche nun gepflogen wurden, erschien es geboten, daß der Zar und der König von Preußen dem Prinzregenten von England ihren Besuch in London abstatteten; bei dieser Reise durfte Prinz Wilhelm, der am 30. Mai zum Major vorgerückt war, den Vater begleiten, und er war Zeuge der außerordentlichen Begeisterung, mit welcher namentlich Blücher von dem englischen Volke aufgenommen wurde. Von London reisten Vater und Sohn nach der Schweiz, um von Neufchatel Besitz zu ergreifen, da dasselbe Preußen zugesprochen war; damit verband sich eine noch im Juli ausgeführte Reise ins Berner Oberland, dessen Naturwunder gewiß auf den Jüngling, der das Hochgebirge nur etwa aus Schillers Tell kennen mochte, die tiefste Wirkung ausübten. Am 3. August fand der feierliche Einzug der Garden in Potsdam, am 7. der Einzug in Berlin selber statt; es ist bezeichnend für das Zartgefühl des Königs, daß er nicht bloß den gefangenen König von Sachsen, Friedrich August, der als treuester Bundesgenoß Napoleons zu Leipzig in die Hände der Verbündeten gefallen war, nach Friedrichsfelde überführen ließ, damit ihn der laute Jubel des festlichen Tages nicht betrübe, sondern daß er auch befahl, die an den Siegessäulen befestigten französischen Fahnen und Waffen sollten durch dicke Kränze verhüllt werden; jede Spur von stolzem Triumph über den besiegten Feind sollte dem Feste ferne bleiben, und auch Blücher mahnte jedesmal, wenn er mit begeistertem Jubel und Dank aufgenommen ward, daß man Gott allein die Ehre geben solle.

Ein kurzes Nachspiel hatten die großen Kämpfe doch noch. Nicht sowohl der maßvolle und gutherzige König Ludwig XVIII. selbst, als die mit seiner Rückkehr wieder ans Ruder gelangte reaktionäre Partei rief im französischen Volke bald eine solche Verstimmung hervor, daß Napoleon Hoffnung faßte, seinen gestürzten Thron wieder aufrichten zu können. Plötzlich verließ er die Insel Elba, landete im Süden von Frankreich und erreichte, da alles zu ihm abfiel, am 20. März 1815 Paris. Es war ihm wohl bewußt, daß er damit die verbündeten Mächte aufs äußerste herausforderte und daß jedermann von seiner Rückkehr auch die Wiederkehr der kriegerischen Zeiten befürchten müsse; er verkündigte deshalb schon in Lyon, „daß das Kaiserreich von nun an der Friede sein solle," und lud die Monarchen Europas ein, „in die schönste Bahn einzulenken, zum heiligen Wettkampf um die Beglückung der Völker". Niemand sah in diesen an dem Kriegsfürsten so ungewohnten Worten etwas als ein Anzeichen, daß die Klauen des Löwen stumpf geworden seien; sofort wurde er von den in Wien zum Kongreß versammelten Monarchen für geächtet erklärt, und am 18. Juni erlag er dem zähen Ausharren Wellingtons, dem rechtzeitigen Eingreifen Blüchers in der Schlacht bei Belle Alliance oder Waterloo. Während Ludwig XVIII. auf seinen Thron zurückkehrte, trug ein englisches Kriegsschiff den gefangenen Kaiser nach dem kleinen Eilande St. Helena im Atlantischen Ocean, wo er am 5. Mai 1821 am Magenkrebs starb.

Der kurze Feldzug des Jahres 1815 war schon so gut wie beendigt, als König Friedrich Wilhelm III. sich mit Prinz Wilhelm aufmachte, um an dem Kriege teilzunehmen; schon in der Nähe von Merseburg erreichte ihn die Kunde von der entscheidenden Schlacht. Trotzdem setzte er den Weg fort und traf am 13. Juli mit Alexander I. und Franz II. in Paris ein, wo nach langen Verhandlungen im November 1815 der zweite Pariser Friede zustande kam. Durch diesen büßte Frankreich, das 1814 ohne allen Verlust davongekommen war, doch einen Teil des Raubes ein, welchen dereinst Ludwig XIV. gemacht hatte, nämlich Landau, das an Bayern, und Saarlouis, das an Preußen fiel. Durch die Vereinbarungen auf dem Wiener Kongresse war dieser letztere Staat für die polnischen Gebietsteile, die er an Rußland überließ, und für Ostfriesland, welches hannöverisch wurde, mit der Hälfte von Sachsen und mit den früheren Kurfürstentümern Köln

und Trier entschädigt worden, wodurch Preußen namentlich in Westdeutschland und am Rhein festeren Fuß faßte. Indem die alten Kultursitze am Rhein, wie Köln, Aachen, Trier, preußisch wurden, geschah wieder ein Schritt auf jener schon früher bezeichneten Bahn der Verschmelzung Preußens mit Deutschland; die Wacht am Rhein lag von jetzt ab nicht mehr, wie vormals, nur in den Händen kleiner und militärisch fast unfähiger Staaten, sondern wurde von dem größten unter den rein deutschen Staaten besorgt, der auch soeben seine erneute kriegerische Tüchtigkeit auf einer langen Reihe von Schlachtfeldern bewährt hatte. Die Aufgabe freilich, die neuen Gebiete allmählich mit den alten zu einem Ganzen zu verschmelzen, nahm lange Zeit alle Kräfte des Staats in Anspruch und nötigte denselben, in den von Oesterreich und dessen Minister Metternich vorgeschriebenen Geleisen sich in allen Fragen der großen Politik zu bewegen. Vorläufig ward Preußen ein Glied der im September 1815 auf Wunsch Alexanders I. abgeschlossenen „heiligen Allianz", welche alle Fragen des Völkerlebens im Geiste des Christentums lösen sollte, aber freilich durch Metternich wesentlich zu einem Werkzeug freiheitsfeindlicher Reaktion gemacht ward.

Fünftes Kapitel.

1815—1840.

Ehe Prinz Wilhelm zum zweitenmal vor Paris zog, wurde an ihm die feierliche Handlung der Konfirmation durch den Hofprediger und Oberkonsistorialrat Dr. Ehrenberg in der Schloßkapelle zu Charlottenburg vorgenommen. Es war am 8. Juni 1815; der Prinz war also achtzehn Jahre und zwei und einen halben Monat alt; er war, um in unserer Sprache zu reden, reif zum Besuch der Universität, und deshalb wird man auch, ohne sich eines Irrtums oder der Liebedienerei schuldig zu machen, annehmen dürfen, daß die „Lebensgrundsätze und Gelöbnisse", welche der Prinz bei diesem Anlaß ablegte, von ihm selbst verfaßt sind und seine damaligen Ansichten wiedergeben. Ist diese Annahme begründet, so hat es auch das höchste Interesse, alles Wesentliche dieses Schriftstücks kennen zu lernen; es ist die erste Urkunde, welche uns

einen deutlichen Einblick in das Denken und Fühlen des Prinzen eröffnet.

„Ich erkenne es," sagte der Prinz vor dem Altar, „mit dankbarem Herzen für eine große Wohlthat, daß mich Gott in einem hohen Stande hat geboren werden lassen, weil ich in demselben mehr Mittel, meinen Geist und mein Herz zu bilden, ein reiches Vermögen, außer mir Gutes zu stiften, besitze. Ich freue mich dieses Standes — nicht um der Auszeichnung willen, die er mir unter den Menschen verleiht, auch nicht um der Genüsse willen, die sich mir in demselben darbieten, sondern um deswillen, daß ich in demselben mehr wirken und leisten kann. Ich freue mich meines Standes in Demut und bin weit entfernt zu glauben, Gott habe mir hier einen Vorzug vor anderen geben wollen, auch weit entfernt mich meines höheren Standes wegen für besser zu halten. Mein fürstlicher Stand soll mich immer an die größeren Verpflichtungen, die er mir auferlegt, an die größeren Anstrengungen, die er von mir fordert, und an die größeren Versuchungen, mit denen ich zu kämpfen habe, erinnern.

„Ich will nie vergessen, daß der Fürst doch auch Mensch — vor Gott nur Mensch ist, und mit dem Geringsten im Volke die Abkunft, die Schwachheit der menschlichen Natur und alle Bedürfnisse derselben gemein hat; daß die Gesetze, welche für andere gelten, auch ihm vorgeschrieben sind, und daß er, wie die anderen, einst über sein Verhalten wird gerichtet werden.

„Mir soll alles heilig sein, was dem Menschen heilig sein muß.

„Ich will dem Glauben der Christen, für den ich mich in diesen Tagen bekenne, immer getreu bleiben, ihn jederzeit in Ehren halten und mein Herz immer mehr für ihn zu erwärmen suchen.

„Mein Fürstenstand soll mich nicht verhindern, demütig zu sein vor meinem Gott. Bei allem Guten, welches mir zu teil wird, will ich dankbar auf Gott blicken, und bei allen Uebeln, die mich treffen, will ich mich Gott unterwerfen, fest überzeugt, daß er überall mein Bestes beabsichtige. Auf Gott will ich unerschütterlich vertrauen, ihm alles anheimstellen, und mir im Glauben an seine Vorsehung einen getrosten Mut zu erhalten suchen.

„Meines Gottes will ich überall gedenken, an ihn will ich in allen Angelegenheiten mich wenden, und es soll mir eine süße Pflicht sein, im Gebete mit ihm meine Seele zu vereinigen. Ich weiß, daß ich ohne ihn nichts bin und nichts vermag.

„Ich will mich vor allem hüten, wodurch ich mich als Mensch erniedrigen würde; als Fürst würde ich mich dadurch

noch weit mehr erniedrigen. Vorzüglich will ich die Sünden der Unmäßigkeit und Wollust, welche die tiefste Erniedrigung der menschlichen Natur sind, vermeiden.

„Ich will an meiner Geistes- und Herzensbildung unablässig arbeiten, damit ich als Mensch und Fürst einen immer höheren Wert erlange.

„Ich weiß, was ich als Mensch und Fürst der wahren Ehre schuldig bin. Nie will ich in Dingen meine Ehre suchen, in denen nur der Wahn sie finden kann.

„Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterlande. Ich will daher unablässig in dem mir angewiesenen Kreise thätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht.

„Ich will ein aufrichtiges und herzliches Wohlwollen gegen alle Menschen, auch gegen die geringsten — denn sie sind alle meine Brüder — bei mir erhalten und beleben. Ich will mich meiner fürstlichen Würde gegen niemand überheben, niemand durch mein fürstliches Ansehen drücken, und wo ich von anderen etwas fordern muß, mich dabei herablassend und freundlich zeigen und ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht, soviel ich kann, zu erleichtern suchen. Ich achte es viel höher, geliebt zu sein, als gefürchtet zu werden, oder bloß ein fürstliches Ansehen zu haben.

„Ich will das Verdienst aufmuntern und belohnen, und besonders das bescheidene und verborgene ans Licht ziehen.

„Den Pflichten des Dienstes will ich mit großer Pünktlichkeit nachkommen, und meine Untergebenen zwar mit Ernst zu ihrer Schuldigkeit anhalten, aber ihnen auch mit freundlicher Güte begegnen.

„Ich will unablässig an der Verbesserung meines Herzens und Lebens arbeiten. Jeden Tag will ich mit dem Andenken an Gott und meine Pflichten beginnen und jeden Abend mich über die Anwendung des verflossenen Tages sorgfältig prüfen.

„Verderbte Menschen und Schmeichler will ich entschlossen von mir weisen. Die Besten, die Geradesten, die Aufrichtigsten sollen mir die Liebsten sein. Die will ich für meine wahren Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, wo sie mir mißfallen könnte.

„Jeder Versuchung zum Bösen will ich kräftigen Widerstand leisten und Gott bitten, daß er mich stärke.“

So lauten im wesentlichen die Vorsätze, mit welchen der Prinz ein selbständiges Glied der christlichen Gemeinschaft

wurde. Auf den ersten Blick entnimmt man der Niederschrift, daß sie das Bekenntnis eines Fürsten ist. Mit schärfstem Nachdruck betont der Prinz zu wiederholtenmalen, daß er nicht bloß Mensch, sondern auch Fürst ist. Aber seine Aeußerungen haben deshalb doch nichts Abstoßendes; sie sind erfüllt von dem Geiste des Worts, daß „Adel verpflichtet". Der Prinz weiß recht wohl, daß Gott ihm durch die fürstliche Geburt hat keinen Vorzug vor andern geben wollen; daß er aus derselben nicht ein Vorrecht auf Genuß und Ehre ableiten darf, sondern daß er durch sie vor allem erhöhte Pflichten erhalten hat. Vor allem bezeichnend erscheint uns der Satz, laut dessen er sich vornahm, ein aufrichtiges und herzliches Wohlwollen gegen alle Menschen zu hegen, auch gegen die geringsten; „denn sie sind alle meine Brüder". In unseren Tagen tritt mehr als je die sociale Aufgabe des Königtums in den Vordergrund. Die politischen Fragen sind in Deutschland im wesentlichen gelöst; wir haben ein verfassungsmäßiges Regiment in den Einzelstaaten wie im Reiche, und die Hauptsache bleibt nur die, daß Fürsten und Völker das bestehende Recht achten und in seinem Geiste an die Verwaltung der öffentlichen Dinge herantreten. Aber noch ungelöst sind die socialen Fragen; die Gesellschaft muß auf haltbarere Grundlagen gestellt, die Gegensätze zwischen arm und reich müssen zwar nicht ausgeglichen, aber doch abgeschwächt werden. Wir werden später vielleicht das ruhmvollste Blatt der Geschichte des Kaisers Wilhelm mit der Schilderung der Thätigkeit zu füllen haben, welche er der Lösung der socialen Frage widmete. In dem Gelöbnis aber, mit welchem er vor den Altar zu Charlottenburg trat, sehen wir bei dem Achtzehnjährigen schon die Ansätze zu dem, was er als Achtzigjähriger dann ausführte, und der Grund, aus welchem diese Gesinnungen und Entschlüsse zum Wohl der Geringsten im Volke hervorwuchsen, ist gelegt in der Religion Jesu Christi, für welche der Prinz sein Herz immer mehr zu erwärmen gelobte.

Nun begannen für ihn wie für den preußischen Staat Jahre unscheinbarer, aber doch emsiger und erfolggekröntre Arbeit. Noch bei seinem zweiten Aufenthalte in Paris hatte sich abermals die Zartheit seiner Körperbeschaffenheit geoffenbart, indem er durch eine Brustfellentzündung, die ja dem stärksten Organismus gefährlich wird, an den Rand des Todes gebracht ward. Aber dieser anscheinend so schwache Körper erwies eine merkwürdige Elasticität; er überwand die Krank-



heit so rasch, daß er schon im September an den Exercitien des 1. Garderegiments auf dem Marsfeld Anteil nehmen konnte; im Oktober 1815 kehrte er nach Hause zurück, und von da scheint sein Körper die entscheidende Probe überstanden und die völlige Kraft erlangt zu haben, so daß er bald ob seiner Stattlichkeit gerühmt ward.

Da menschlichem Ermessen nach damals keine Aussicht war, daß der Prinz ans Ruder des Staates kommen werde, so ergab sich für ihn von selbst die Aufgabe, dem älteren Bruder da helfend zur Seite zu stehen, wo ihm seine natürlichen Anlagen dies am besten ermöglichten. Dieses Gebiet war das militärische; was der Hauptmann von Reiche früher schon erkannt hatte, daß in ihm „der wahre, zuverlässige Soldat und Anführer liege", das trat immer deutlicher hervor, je mehr der Prinz heranreifte. So wurde er denn im März 1817 zum Obersten befördert und erhielt gleichzeitig, als Zwanzigjähriger, Sitz und Stimme in Staatsrat; im März 1818 wurde er Generalmajor, 1819 erhielt er auch Sitz und Stimme im Kriegsministerium; 1825 wurde er an seinem Geburtstage zum kommandierenden General des III. (brandenburgischen) Armeecorps erhoben und empfing ein Vierteljahr später dazu noch den Rang eines Generallieutenants.

Während dieser militärischen Laufbahn trugen sich auch andere in der Kürze zu bemerkende Ereignisse im Leben des Prinzen zu. Von ihrer Tochter Charlotte hatte die Königin Luise einstens geurteilt: „Sie macht mir immer mehr Freude; sie ist zwar verschlossen und in sich gekehrt, verbirgt aber, wie ihr Vater, hinter einer scheinbar kalten Hülle ein warmes, teilnehmendes Herz. Sie hat etwas Vornehmes in ihrem Wesen. Erhält sie Gott am Leben, so ahne ich für sie eine glänzende Zukunft." Die Ahnung der Mutter sollte sich erfüllen; der Bruder des Zars Alexander, der künftige Thronerbe von Rußland, Großfürst Nikolaus, warb 1815 um die Hand der Königstochter, und im Juni 1817 geleitete Wilhelm die zärtlich geliebte Schwester zur Vermählungsfeier nach St. Petersburg. Am 13. Juli fand die Feier statt, nach deren Abschluß der Prinz auch Moskau besuchte, das aus seiner Asche sich größtenteils wieder erhoben hatte, und zwar herrlicher, als es zuvor gewesen war. Für den Eindruck, welchen er in St. Petersburg hinterlassen hat, ist die wiederholte Aeußerung der Kaiserin-Mutter bezeichnend, welche die Großfürsten mahnte, „sie möchten sich an dem Prinzen Wilhelm ein Beispiel

nehmen.“ Die ganze Reise trug dazu bei, die Menschen-, Welt- und Sachkenntnis des Prinzen zu vermehren; es wird erzählt, daß sein Vater „mit nicht geringer Befriedigung das ruhige und sachverständige Walten innerhalb des dem Prinzen zuerteilten Beschäftigungskreises bemerkte“; und als sichtbares Zeichen dieser Befriedigung konnte es gelten, daß, als der König Ende Mai 1818 nach St. Petersburg reiste, um seine Tochter zu besuchen und den inzwischen geborenen Enkel Alexander zu sehen, er dem Prinzen die einstweilige oberste Leitung aller Militärangelegenheiten übertrug. Vom Oktober 1822 bis Februar 1823 durfte der Prinz Wilhelm den Vater auf einer italienischen Reise begleiten, welche über Neufchatel nach Verona, Venedig, Rom, Neapel und Pompeji führte; auch der Papst Pius VII. ward dabei besucht. Von Interesse ist das Urteil des Legationssekretärs Dr. Bunsen, dem der Prinz als „ein ganz besonders ernster und männlicher Charakter“ erschien, „den man nicht sehen kann, ohne ihm von ganzem Herzen ergeben zu sein und ihn aufrichtig hoch zu achten“.

Die nächsten zwei Ereignisse, die zu erwähnen sind, bilden untereinander einen eigentümlichen Gegensatz. Einen traurigen Anlaß hatte die zweite Reise, welche Prinz Wilhelm im Januar 1826 nach St. Petersburg antrat; denn sie galt der Anteilnahme an den Leichenfeierlichkeiten für den am 1. Dezember 1825 verschiedenen Zaren Alexander I., den persönlichen Freund seines Vaters, an dessen Stelle nun der Großfürst Nikolaus den Zarenthron bestieg.

Ein Jahr nachher, 1827, verlobte sich des Prinzen jüngerer Bruder, Karl, mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Weimar, und aus diesem Anlaß kam Prinz Wilhelm einige Zeit nachher an den weimarischen Hof, wobei ihn unter anderen der Freiherr von Gagern sah und ihn „die edelste Gestalt, die man sehen kann,“ nannte, „den Imposantesten von allen, dabei schlicht und ritterlich, munter und galant, doch immer mit Würde. Unsere Prinzessin Augusta schien ihn sehr anzuziehen, und die Berliner träumen schon von einer zweiten Verbindung.“ Dieser Traum ging in der That in Erfüllung; die Fürstentochter, an welcher der bekannte Staatsmann und Gelehrte Wilhelm von Humboldt trotz ihrer Jugend schon „einen festen und selbständigen Charakter, einen lebendigen und durchdringenden Geist“ rühmte, „der sich in ihrem Blick und in ihren im höchsten Grade bedeutungsvollen Zügen ausspreche,“ machte in der That einen bleibenden Eindruck auf den, als er sie im

August 1827 sah, dreißigjährigen Prinzen, und am 19. Oktober 1828 erfolgte das Eheversprechen zwischen ihm und der etwas über siebzehnjährigen Prinzessin. Die Verlobung ward dann am 11. Februar 1829 feierlich bekannt gegeben und am 11. Juni desselben Jahres erfolgte die Hochzeitsfeier im Schlosse zu Berlin, die durch allerlei Festlichkeiten verherrlicht wurde. Die Prinzessin Augusta beschenkte ihren Gemahl am Jahrestage der Leipziger Völkerschlacht, am 18. Oktober 1831, mit einem Sohne, welcher Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl genannt wurde, und über sieben Jahre später, am 3. Dezember 1838, mit einer Tochter Luise; der Sohn ist als „unser Fritz" der Liebling des deutschen Volkes geworden, die Tochter trägt die großherzogliche Krone von Baden. Die Kaiserin Augusta aber hat zeit ihres Lebens sich als eine echte Fürstin von stolzem, selbständigem und gediegenem Geiste erzeigt und hat auf manche Zweige des öffentlichen Lebens nachdrücklichen und segensreichen Einfluß geübt, namentlich alle Werke christlicher Liebe stets thatkräftig gefördert. Ueber manche gegen sie erhobene Anklagen, wie ob der Ermunterung der ultramontanen Opposition in den siebziger Jahren, läßt sich heute wohl nicht schon mit Gerechtigkeit urteilen; die niedrigen Schmähungen aber, in welchen sich die französische Schandschrift La société de Berlin 1884 erging, prallen an dem Rufe einer deutschen Kaiserin machtlos ab.

In Berlin bewohnte das Prinzenpaar das ehemals Tauentziensche Haus Nro. 37 unter den Linden, das dem Prinzen Wilhelm anfänglich als Dienstwohnung zugewiesen war, das er aber dann kaufte und 1834—36 seinem Geschmacke und dem seiner Gemahlin gemäß ausbauen ließ. Als Landsitz aber erkor sich der Prinz den Babelsberg an der Havel, wo er im Sommer 1811 als Vierzehnjähriger seine erste Feldschanze hatte erbauen helfen; hier, wo sich ein reizender Blick auf den Strom und dessen Seen öffnet, schuf ihm 1835 bis 1849 der große Baumeister Schinkel ein liebliches Schloß in normännischem Stil, auf welchem der Prinz und später der Kaiser regelmäßig einen großen Teil der schönen Jahreszeit zu verbringen pflegte.

Bereits galt er als der berufene Vermittler der freundlichen Beziehungen zwischen den Höfen von St. Petersburg und Berlin; so ging er denn auch im September 1834 wieder nach der russischen Hauptstadt, um als Führer einer Abordnung preußischer Veteranen aus den Freiheitskriegen der Enthüllung der Alexandersäule anzuwohnen, aus welchem Anlaß er von seinem Schwager, Zar Nikolaus, den St. Wladimirorden erster

Klasse mit dem Wahlspruch: „Verdienst, Ehre und Ruhm!“ erhielt; und 1835 befehligte er bei den denkwürdigen Manövern von Kalisch, wo zur Bekräftigung der 1807 geschlossenen Waffenbrüderschaft russische und preußische Truppen zusammen wirkten, ein gemischtes Reitergeschwader, und zwar trotz der Schwierigkeit dieser eigenartigen Aufgabe mit großem Erfolg. In Preußen selbst wurde er im März 1838 zum kommandierenden General des Gardecorps erhoben, dessen Führung ihm schon das Jahr vorher thatsächlich zugefallen war; zur gleichen Zeit wurde ihm auch die Generalinspektion des VII. und VIII. Armeecorps übertragen, die sich aus Rheinland und Westfalen rekrutierten; aus diesem Anlaß kam der Prinz wiederholt in den Westen der Monarchie, einmal auch nach Stuttgart, wo ihm der König Wilhelm von Württemberg selbst seine Truppen vorführte. Auch eine erneute Lebensgefahr blieb nicht aus: bald nach seiner Ernennung zum Befehlshaber der Garde wurde er von einer Brustentzündung befallen, infolge deren er genötigt wurde, in Ems und Baden Kuren zu gebrauchen und im Herbst am Vierwaldstätter See und in Oberitalien die Vollendung der Genesung zu suchen.

Mittlerweile neigte sich das Leben seines königlichen Vaters, Friedrich Wilhelms III., dem Ende zu. Noch konnte derselbe am 1. Juni 1840 der Grundsteinlegung des Denkmals für Friedrich den Großen zusehen, dessen Ausführung der Meisterhand Rauchs übertragen war; aber schon war seine Haltung matt und gebrochen, sein Gesicht vom Tode gezeichnet. Eiligst hatte man die Kaiserin Charlotte von Rußland herbeigerufen, damit sie, die einst der geliebten Mutter nicht mehr hatte die Augen zudrücken können, doch noch an des Vaters Sterbebette rechtzeitig erscheine. Dem Prinzen Wilhelm, der sie vor dreiundzwanzig Jahren auf den Zarenthron geleitet hatte, fiel die Aufgabe zu, sie in Küstrin in Empfang zu nehmen und ihre Seele für das bevorstehende schwere Geschick mit brüderlichem Zuspruch zu stärken. Am 7. Juni ward noch einmal das Abendmahl im Königsschloß gefeiert; nachmittags, zwanzig Minuten nach drei Uhr, entschlief der König, und am 11. Juni wurde er seinem letzten Wunsche gemäß durch die Reihen des vom Prinzen Wilhelm geführten Gardecorps hindurch nach der Kapelle von Charlottenburg gebracht und hier neben seiner ihm vor fast dreißig Jahren im Tode vorangegangenen Gemahlin beigesetzt. Soviel Liebe er auch bei seiner zweiten ihm 1824 morganatisch angetrauten Gemahlin, der Gräfin

Augusta von Harrach, Fürstin von Liegnitz, gefunden hatte, im Tode kehrte er doch zu der Unvergeßlichen zurück, welche die Schmach von Jena und Tilsit mit ihm getragen hatte und von ihm gegangen war, ehe auf den Schlachtfeldern an der Katzbach, bei Großbeeren, Dennewitz und Leipzig der verpfändete Ruhm der Monarchie wieder eingelöst wurde. Auf immer ruhen nun der König und seine Gemahlin in jener wundervollen Kapelle zu Charlottenburg, unten in der Erde ihre Ueberreste, auf dem Sarkophag sie selber beide in Marmor gehauen, der von blauen Lichtern magisch umflossen wird.

Seit 1815 war die Regierung Friedrich Wilhelms III. ebenso friedlich verlaufen, wie vor 1806; aber unvergleichlich inhaltvoller und segensreicher ist die zweite Friedensperiode als die erste. Zwar soll es nicht verhehlt werden, daß auch ihr schwere Schatten anhaften. So gewiß der Abgeordnete Otto von Bismarck recht hatte, wenn er am 17. Mai 1847 im „Vereinigten Landtag“ mit Nachdruck den Satz verfocht, daß die Mißhandlung und Erniedrigung Preußens durch Napoleon I. allein hinreichend gewesen sei, „um das Blut des Volkes in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle zu übertäuben,“ ebenso gewiß ist doch auch, daß, als der Krieg nun einen günstigen Verlauf nahm und die Frage hervortreten durfte: Was nun? daß da fast allerseits der Wunsch sich geltend machte, daß Deutschland erstlich durch ein strafferes Einheitsband zusammengehalten werde als früher, und zweitens, daß an Stelle des alten absoluten Regiments nun auch das Volk in den öffentlichen Angelegenheiten zur Mitwirkung berufen werde. Beide Forderungen aber, von welcher die letztere sogar in der deutschen Bundesverfassung vom Juni 1815 feierlich anerkannt war, blieben unerfüllt; der Bundestag zu Frankfurt am Main, welcher aus den Gesandten der Fürsten und freien Städte bestand, hatte keinerlei wirksame Befugnisse, durch welche eine einheitliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse ermöglicht worden wäre, und wenn auch die kleineren Staaten allmählich Verfassungen mit Volksvertretungen bei sich einführten, so blieben doch gerade die Vormächte Deutschlands, Oesterreich und Preußen, mit der Erfüllung der gegebenen freiheitlichen Verheißungen zurück. Nun wird man heutzutage gewiß dieses Verhalten milder beurteilen, als es vor 70 Jahren geschah; man wird zugeben, daß eine parlamentarische Verfassung in Preußen das Verschmelzen der drei neuen Provinzen mit

den fünf alten mehr erschwert als erleichtert hätte, und ob Oesterreich auf die Dauer überhaupt bei seinem Völkergemisch parlamentarisch regiert werden kann, das ist eine Frage, welche heutzutage viele zu verneinen geneigt sind. Aber alles dies zugegeben, so war die Art, in welcher Metternich alle freiheitlichen Regungen verfolgte und in welcher Preußen ihm dienstwillige Hilfe leistete, nur geeignet, gerechte Erbitterung hervorzurufen, und die „Demagogenverfolgungen" bilden kein Ruhmesblatt in der Geschichte des sonst so wackeren Friedrich Wilhelm III.; die Abneigung, welche lange Zeit im deutschen Süden gegen Preußen geherrscht hat, empfing gutenteils aus ihnen ihre giftige Nahrung. Aber es ist diese Seite des Bildes doch nicht das ganze Bild. In den 25 Friedensjahren, welche dem schwer geprüften Monarchen nach dem zweiten Pariser Frieden noch beschieden waren, haben sich zwei wichtige Thatsachen vollzogen: die Sachsen, Rheinländer und Westfalen söhnten sich mit ihrer Vereinigung mit den Preußen, Pommern, Brandenburgern, Schlesiern und Posenern unter dem Scepter der Hohenzollern aus; und in langer, zäher Arbeit haben die preußischen Staatsmänner den deutschen Zollverein aufgerichtet, welcher seit dem 1. Januar 1834 fast alle deutschen Staaten außer Oesterreich zu einem wirtschaftlichen Ganzen zusammenschloß und damit die Grundlage schuf für den entsprechenden politischen Verband, das jetzige Deutsche Reich. Es traf den Nagel auf den Kopf, wenn Hoffmann von Fallersleben sang:

„Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettig, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs!

Und ihr andern deutschen Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht:
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden,
Mehr als unser Bund dies Band!"

Zweites Buch.

Der Prinz von Preußen.

1840—1861.

Erstes Kapitel.

1840—1848.

Der neue König, Friedrich Wilhelm IV., war im Augenblick, da er den Thron antrat, noch nicht ganz 45 Jahre alt, und so anhänglich auch das Volk stets an seinen Vater gewesen war, so versprach es sich doch, wie das bei jedem Regierungswechsel zu geschehen pflegt, von dem neuen Herrscher eine glücklichere Zeit; namentlich erhoffte man mit Sicherheit den Uebergang Preußens zum konstitutionellen (verfassungsmäßigen) Regiment vollzogen zu sehen, zu dem der alte König sich nicht mehr hatte entschließen mögen. Friedrich Wilhelm IV. war eine glänzend begabte Natur und auch nicht ohne Scharfblick, vermöge dessen er oft weiter sah als seine ganze Umgebung; aber er war kein eigentlich praktischer Mann; er war von romantisch-mittelalterlichen Gedanken erfüllt, und deshalb, weil er die Beziehungen zwischen Volk und Fürst in christlich-patriarchalischem Geist und mit persönlicher Innigkeit auffaßte; weil ihm beide durch Treue hier und Huld dort verbunden zu sein schienen: deshalb wollte er von einer Verfassung im modernen Sinne nichts wissen; eine solche erschien ihm nach seiner bekannten Aeußerung als „ein Blatt Papier, das sich zwischen König und Volk dränge"; er wollte das Verhältnis zwischen beiden nicht kalt geschäftlich in Artikeln und Paragraphen festlegen lassen; wenn beide vom rechten Geist erfüllt waren, wenn der König, seiner königlichen und christlichen Pflicht eingedenk, seinem Volke volle Huld entgegenbrachte und das Volk dem König von Herzen Treue bewies, so war nach seiner Meinung der ideale Zustand des Staates verwirklicht. Diese Ansicht, so gemütvoll sie auch war, paßte nun freilich wohl ins Mittelalter und dessen Gesamtauffassung der Welt hinein, nicht aber in die neue Zeit, welche mit der Befreiung der amerikanischen Kolonien vom englischen Joch 1783 und mit der französischen Revolution von 1789 angebrochen war; die Völker forderten, daß ihnen politische Mündigkeit zuerkannt

werde, und wollten ihren Anteil an der Staatsverwaltung rechtlich gesichert, verbrieft und versiegelt haben; sie begnügten sich nicht mehr mit der patriarchalischen Ordnung, in welcher der König der Hirt der Herde war, mit den Pflichten, aber auch den Rechten des Hirten; und schon vor Jahrzehnten hatte Ludwig Uhland ganz dem Geiste der Zeit gemäß dem König von Württemberg zugerufen:

„Ob einer im Palast geboren,
In Fürstenwiege sei gewiegt,
Als Herrscher wird ihm erst geschworen,
Wenn der Vertrag besiegelt liegt."

Diesen Anteil an der Staatsverwaltung aber dachte man sich nun fast allgemein in Deutschland in der Form, wie sie in der Neuzeit zuerst in Frankreich verwirklicht worden war: eine vom ganzen Volke ohne Unterschied der Stände, höchstens unter Einhaltung einer gewissen Vermögensschranke gewählte „Repräsentation" d. h. Vertretung sollte bei Gesetzen und Steuerverwilligungen eine entscheidende Stimme erhalten, so daß ohne ihr Ja weder neues Recht im Lande geschaffen, noch Steuern eingetrieben werden könnten. Nun war Friedrich Wilhelm IV. nicht ganz abgeneigt, dem Volke einen gewissen Anteil an der Staatsleitung zu gewähren; aber er wollte nichts wissen von einer „Konstitution" oder Verfassung im modernen Sinn, worunter eine nach französischem Muster gewählte Volksvertretung mit verstanden war; sondern seinem Sinne nach sollte Preußen eine „ständische" Verfassung erhalten, d. h. die Reichsversammlung sollte nicht aus direkten Volkswahlen in so und so vielen Wahlkreisen hervorgehen, sondern aus den sogenannten „Provinzialständen". So hießen die 1823 von dem verstorbenen König eingerichteten Landtage der acht Provinzen, zu welchen nur die Grundbesitzer adligen, städtischen und bäuerlichen Standes wahlberechtigt waren, wobei der Adel naturgemäß ein großes Uebergewicht hatte; von etwa 5—600 Mitgliedern aller acht Provinziallandtage zusammen entfielen auf die Bauern 124, auf die Bürger der Städte gegen 200, auf den Adel aber fast 300. Frühzeitig neigte sich Friedrich Wilhelm IV. dem Entwurfe zu, aus einer Vereinigung dieser acht Stände die Reichsversammlung zu bilden; aber dies genügte der öffentlichen Meinung mit Recht nicht; man hob mit Grund hervor, daß bei diesem System die große Zahl solcher Staatsbürger, welche keinen Grund

und Boden besitze, von allen politischen Rechten ausgeschlossen sei, und daß eine Reichsversammlung, in welcher der Adel die volle Hälfte der Stimmen besitze, den wirklichen Verhältnissen und den Bedürfnissen des Staats nicht entspreche; gewiß kam dem Adel, namentlich in den alten Provinzen, vermöge seines großen Grundbesitzes das sociale Uebergewicht zu, was notwendig auch auf das politische Gebiet hinüberwirken und dem Adel auch hier einen bedeutsamen Einfluß sichern mußte; aber die alten Provinzen waren doch nicht die ganze Monarchie. Unwillkürlich mußte man an die Vorgänge in Frankreich vor 1789 erinnert werden, wo auch die Frage die gewesen war, ob dem Adel — und der in Frankreich damals auch noch bevorrechteten Geistlichkeit — ein überwiegender Einfluß in der zu berufenden Nationalversammlung eingeräumt werden sollte oder nicht; man wollte in Preußen von vornherein die Kämpfe verhüten, welche den Anfang der französischen Revolution bezeichnet hatten; man wollte sogleich keine ständische, sondern eine allgemeine Vertretung des Volks eingerichtet haben.

Jahrelang dauerte die Bewegung, die sich an diese Frage knüpfte. Der hinreißende Eindruck, welchen die mächtige, von bedeutungsvollem Gebärdenspiel unterstützte Beredsamkeit des Königs anfänglich hervorbrachte, ward bald verwischt, als man seine Abneigung gegen eine moderne Verfassung erkannte. Nicht bloß ihm schrieb man diese Abneigung zu; man wollte wissen, daß er von seinen Brüdern Wilhelm und Karl in dieser Abneigung noch übertroffen werde. Auf den letzteren kam so sehr viel nicht an, da ihm eine entscheidende Stimme nicht zustand; um so wichtiger, war das Verhalten des Prinzen Wilhelm; denn da Friedrich Wilhelm IV. und seine Gemahlin Elisabeth ohne Kinder waren, so war Prinz Wilhelm seit dem Regierungsantritt seines Bruders der mutmaßliche (präsumtive) Thronfolger und hatte deshalb auf Befehl seines königlichen Bruders seit dem 12. Juni 1840 den Titel „Prinz von Preußen" angenommen; bald nachher war er zum Statthalter von Pommern und zum General der Infanterie erhoben worden.

Man wird nun auch die Haltung Friedrich Wilhelms IV. heute wesentlich anders beurteilen, als die Zeitgenossen thaten. Es ist eine bemerkenswerte Eigentümlichkeit unserer „entschiedenen" Liberalen (Freisinnigen), daß sie von jeher ihre Grundsätze mit fast absoluter Nichtbeachtung oder absoluter Unkenntnis

derjenigen Rücksichten verfochten haben, welche die auswärtigen Beziehungen unserer Nation erfordern. Als sich die Polen 1830 gegen Rußland erhoben, da nahmen so gut wie alle deutschen Liberalen — und sie beherrschten fast ganz die öffentliche Meinung — Partei für die „edlen Polen“, ohne daran zu denken, daß die Polen seit Jahrhunderten erbitterte Feinde des Deutschtums gewesen waren und daß diese Gesinnungen der polnischen Nation seit ihrer Zerteilung an Schärfe eher gewonnen, als verloren hatten. Zwischen den Polen aber und den Franzosen bestand seit den Tagen, da ein französischer Prinz polnischer König gewesen war, seit 1573, eine enge Beziehung; noch Napoleon I. hatte von 1807—1813 das alte Freundschaftsverhältnis mit scharf berechnender Klugheit erneuert. Nun hatte gerade in dem Jahr, da Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gelangte, gerade 1840, der französische Minister Adolf Thiers die Gelegenheit benutzt, welche die Kämpfe zwischen dem türkischen Sultan Mahmud und seinem aufrührerischen Statthalter Mehemed Ali von Aegypten darboten, um Europa wo möglich in diese orientalischen Wirren hineinzuziehen und aus diesem Anlaß die Rheinlande anzugreifen; von Thiers ist damals die Befestigung von Paris durchgesetzt worden, um für alle Zwischenfälle, die ein Krieg bringen mochte, die Hauptstadt von Frankreich zu sichern. Es war nun wesentlich der Festigkeit, mit welcher Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. auftrat, zuzuschreiben, wenn der König Ludwig Philipp von Frankreich sich am Ende eines Besseren besann und lieber den Minister Thiers entließ, als sich in einen gewagten Krieg stürzte; es blieb ohne Kampf bei dem, was damals Nikolaus Becker sang: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, ob sie wie gier'ge Raben sich heiser darnach schrein!“ Aber das war doch offenbar geworden, daß die Ruhe und der Friede Europas wesentlich davon abhingen, daß Preußen sich von dem Bund mit Oesterreich und Rußland nicht löste; als Thiers bald hernach nach Berlin kam, sagte er zu dem berühmten Geschichtsschreiber Leopold von Ranke nicht unzutreffend: La coalition existe encore! (= der Bund, der von 1813, besteht noch.) Aber eben aus dieser allgemeinen Lage ergab sich auch ein Hemmnis für die inneren Zustände Preußens. Oesterreich unter Kaiser Ferdinand, dem Nachfolger des 1835 verstorbenen Franz II., ging noch ganz in den Geleisen, welche Metternich von jeher inne-

gehalten hatte; der Einfluß des Staatskanzlers, welcher von allen liberalen Gedanken Gefahr für den österreichischen Staat fürchtete, war noch ungebrochen. Rußland unter Zar Nikolaus war vollends ein abgesagter Feind der vom Westen herkommenden liberalen oder gar demokratischen (volksherrlichen) Ansichten; es machte den Stolz der Zaren aus, daß Rußland von dieser Pest unberührt geblieben sei, daß der Erbe der Revolution, Napoleon I., nachdem er alle anderen Völker des Festlandes besiegt, am Ende an dem Widerstand des rechtgläubigen Rußland erlegen sei. Wenn Preußen mit seinen alten Verbündeten politisch auch ferner zusammenhalten wollte, so durfte es die liberale Fahne nicht rückhaltslos aufpflanzen; es durfte sich auch in inneren Fragen nicht schroff den östlichen Großmächten entgegenstellen, wenn es in auswärtigen Dingen mit ihnen Schulter an Schulter stehen wollte. Friedrich Wilhelm wollte einen Schritt vorwärts thun; er wollte eine Reichsvertretung, wie wir sahen, gewähren; aber dies sollte so geschehen, daß darin kein Entgegenkommen gegen die „französischen" Meinungen liege, sondern ein Gegensatz; er wollte wo möglich die Preußen zum Widerstand gegen diese Meinungen um sich scharen, deren gefährliche Folgen für das alte Königtum von Gottes Gnaden er scharfblickend erkannte. So nahm er eine Mittelstellung ein; er gehörte nicht mehr ganz der alten Schule an und hatte sich doch auch nicht mit der neuen völlig vereinigt; so erhielt er bald Feuer von beiden Seiten.

Am 3. Februar 1847 erließ er das Patent, wodurch er alle Mitglieder der acht Provinzialstände zur Anteilnahme an dem „Vereinigten Landtag" nach Berlin berief; es war das erste Mal, daß eine, wie auch immer gestaltete, Vertretung des ganzen preußischen Volkes zusammentrat. Nicht ohne heftige Kämpfe mit seinem Bruder hatte der König den bedeutungsvollen Schritt gethan. Der Prinz von Preußen war überzeugt, daß man nicht mehr anders handeln könne, als eine Verfassung zu gewähren, und zwar eine moderne, dem Sinne der Zeit entsprechende; aber so wie er seinen Bruder kannte, hielt er ihn für ungeeignet diese Veränderung selbst durchzuführen und beschwor ihn, diesen Schritt ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen; und als der König sich dazu nicht willig zeigte, drohte er sogar mit einem feierlichen Protest, der ihm als dem Thronfolger ohne Frage zustand. Am Ende kam ein Ausgleich dahin zustande, daß nur

bei Beratung von Steuern und Anleihen — und gerade die Notwendigkeit einer großen Eisenbahnanleihe drängte zur Berufung des Landtags — der Vereinigte Landtag in einer Versammlung tagen sollte; bei Gesetzesvorlagen sollte er sich in eine Herrenkurie und eine Dreiständekurie teilen: zur ersten sollten die königlichen Prinzen und die Standesherren gehören, die zweite sollte aus Rittern, Bürgern und Bauern gebildet werden.

Man wird es sagen dürfen, daß in der Haltung des Prinzen von Preußen in dieser ganzen Angelegenheit der praktische Staatsmann sich kundgibt. Die Art, wie Friedrich Wilhelm IV. sich bald nachher der Revolution gegenüber benahm, erinnert sehr an Ludwig XVI.; so entscheidende Maßregeln aber, wie die Berufung von Reichsvertretungen in seither absolut beherrschten Staaten, erfordern eine feste Hand am Steuerruder, wenn das Schiff nicht seinen Kurs verlieren soll. Deshalb war der Wunsch des Prinzen, daß ihm oder seinem Sohne der Schritt zur verfassungsmäßigen Monarchie vorbehalten bleibe, an sich ganz gerechtfertigt; die Offenheit, womit er dem Bruder dessen Unzulänglichkeit in den obschwebenden Verhältnissen vorhielt, gereicht ihm nur zur Ehre; das Interesse des Staates ging ihm vor aller persönlichen Rücksicht. Aber freilich muß von uns die Ansicht, als ob der Uebergang Preußens zum konstitutionellen System sich noch lange, bis zu dem damals noch sehr entfernt scheinenden Tode Friedrich Wilhelms IV., hätte hinausschieben lassen, als irrtümlich angesehen werden; die Strömung war schon längst zu stark geworden, als daß man hätte noch so lange warten können. Dagegen zeugt es wieder unfraglich für die Weisheit des Prinzen, daß er sich dem ursprünglichen Gedanken des Königs entgegenstellte, der aus dem Vereinigten Landtag ohne weiteres eine einheitliche Kammer bilden wollte. Es waren die Grundsätze der englischen Verfassung, denen der Prinz von Preußen, im Gegensatz zur Idee des französischen Konventes, den Weg bahnte, wenn er wenigstens für alle Gesetzgebungsfragen eine Trennung des Landtages in zwei Kammern, eine obere und eine untere, durchsetzte; man wird unwillkürlich an ein Wort von Bunsen erinnert, welcher anläßlich einer englischen Reise des Prinzen im Jahre 1844 geäußert hatte: „Der Prinz von Preußen hat England lieb gewonnen; er bewundert seine Größe und begreift, daß sie eine Folge seiner politischen und religiösen Einrichtungen ist.“

Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags verliefen nicht so glatt, wie man wohl auf seiten der zuversichtlichen Optimisten vermutet hatte. Der König hatte etwas gegeben; aber was den einen zu viel war, das war den anderen zu wenig. Die freisinnige Partei, in welcher so gut wie ausnahmslos treue Royalisten saßen, stellte den Satz auf, daß den Rechten der Krone die Rechte des Volkes gleichwertig gegenüberstünden; sie berief sich auf die Erlasse Friedrich Wilhelms III. vom Jahre 1820, in denen dieser ehrliche Fürst, obschon er sich damals außer stande fühlte, eine Reichsversammlung zu errichten, doch die dieser Reichsversammlung später zustehenden Rechte namhaft gemacht hatte; sie vertrat die Ansicht, daß der Vereinigte Landtag diese Versammlung sei und daß ihm also alle diese Befugnisse zukämen. Namentlich wollte man statt der bloß beratenden Stimme des Landtags eine beschließende bei allen Gesetzesvorlagen, und außerdem forderte man, daß die Versammlung binnen gewisser Fristen regelmäßig zusammentrete und ihre Berufung nicht bloß vom königlichen Ermessen oder von dem unabweislichen Bedürfnis abhänge.

Es kam über diesen Fragen zu sehr erregten Debatten; der liberalen Opposition zur Linken warf sich eine äußerste Rechte entgegen, die entschlossen war, alle Befugnisse des Königs mit äußerster Zähigkeit zu verteidigen; zu ihr zählte bezeichnenderweise damals schon der Freiherr Otto v. Bismarck-Schönhausen, welcher es als ein Beispiel ohnegleichen in der Geschichte bezeichnete, daß eine nicht von Volkes, sondern von Gottes Gnaden unumschränkte Krone freiwillig von ihren Rechten einen Teil dem Volke verliehen habe, und — der Prinz von Preußen, welcher in der Herrenkurie die Erklärung abgab, „daß er eine Voraussicht bei seiner Zustimmung zur Berufung des Landtags gehabt habe, daß diese Verordnungen, die zum Besten des Vaterlandes gegeben wurden, Freiheiten und Rechte der Stände niemals auf Kosten der Rechte und Freiheiten der Krone gewähren sollten.“ Da nun jede Berufung von Landständen ohne Frage auf Kosten der absoluten Krongewalt erfolgen muß, so konnte diese Verwahrung des Thronfolgers nur den Sinn haben, daß er angenommen hatte, die Krone werde von dem durch ihren Entschluß berufenen Landtag nicht zu weiteren Einräumungen gedrängt werden, als sie selbst zu machen für gut befunden habe. So verstanden, hat die Erklärung ihren guten und vollauf berechtigten Sinn; für den Prinzen von Preußen

handelte es sich nicht sowohl um die Frage: soll die Reichsversammlung eine beschließende Stimme bei Gesetzen haben, oder nicht? soll sie regelmäßig zusammentreten, oder nicht? Sondern ihm galt es, festzustellen, daß vorläufig die Krone der Versammlung beide Befugnisse nicht gewährt hatte, daß sie also derselben gesetzlicherweise auch nicht zustanden und die Krone nicht gedrängt werden durfte, diese Rechte zuzugestehen. Wir begegnen schon hier demselben Rechtsstandpunkt, welchen Kaiser Wilhelm in dem Erlaß vom 4. Januar 1882 in denkwürdiger Weise ausgesprochen hat, daß die Befugnisse der Krone in Preußen nur durch die klare preußische Verfassung beschränkt sind, nicht durch irgend welche konstitutionelle Lehrmeinungen allgemeiner Art, welche aus den Verhältnissen anderer Länder hergeleitet sind.

Am 26. Juni 1847 ging der Vereinigte Landtag auseinander, und zwar nicht im besten Einvernehmen mit dem König Friedrich Wilhelm IV.; er hatte zwar dem Willen des Monarchen gemäß Ausschüsse gewählt, deren Bestehen die Berufung der ganzen Versammlung weniger dringlich machte; aber es hatten doch 58 Mitglieder des Landtags ihre Anteilnahme an der Wahl mit der Begründung verweigert, daß durch diese Ausschüsse den Rechten des Gesamtlandtages Eintrag geschehe, und 156 hatten die Wahl nur unter Verwahrung dieser Rechte vorgenommen. Der König nahm denn auch nicht selbst den Schluß des Landtags vor, sondern übertrug dieses Geschäft einem seiner Minister, welcher der Opposition „bittere Worte“ sagen mußte. Der Eindruck einer Verstimmung blieb zurück; das Entgegenkommen des Königs war von der öffentlichen Meinung als nicht genügend befunden worden.

In dieser Lage traf den preußischen Staat die Revolution.

Zweites Kapitel.

Die Revolution von 1848—1849.

Am 24. Februar 1848 wurde König Ludwig Philipp von Frankreich durch einen Aufstand der Pariser gestürzt und daselbst die Republik zum zweitenmal ausgerufen. Wie dies

1830 bei der Entthronung der (1815 wieder hergestellten) Bourbons geschehen war, so übte auch diesmal das französische Vorbild einen ansteckenden Einfluß auf Deutschland; Zündstoff war in den allgemeinen Verhältnissen der Nation wie in den Zuständen der einzelnen Staaten genug aufgehäuft, und so ergriff eine mächtige Bewegung, die zugleich auf nationale Einheit und innere Freiheit sich richtete, unwiderstehlich alle Geister. In sämtlichen Staaten wurden im Lauf des März die reaktionären Minister durch liberale, die sogenannten „Märzminister", ersetzt, und die Bewegung erhielt noch einen weiteren Antrieb durch die Erhebung der Schleswig-Holsteiner, welche angesichts der Gefahr der Zerreißung des sie seit vielen Jahrhunderten einigenden Bandes sich gegen die rechtsbrüchige Dänenherrschaft bewaffnet hatten.

Man kann sich denken, wie heftig die Wirkung der Bewegung in Preußen sich äußerte, wo die Geister seit dem Zusammentritt des Vereinigten Landtags schon in lebhafter Aufregung waren. Um von sich aus Entgegenkommen zu bethätigen, gestand der König, und zwar auf den Rat des Prinzen von Preußen, am 6. März dem Vereinigten Landtag die sogenannte Periodicität zu, d. h. das Recht regelmäßigen Zusammentritts in gewissen Fristen; aber es genügte dieses Zugeständnis schon nicht mehr. Man wußte, daß der Bruder des Königs seit langem der Krone eine feste politische Haltung empfohlen hatte; daß er keineswegs Absolutist, d. h. keineswegs Anhänger einer unbeschränkten Königsgewalt war, wußte man nicht oder wollte man nicht wissen. Angesichts der öffentlichen Meinung war für den Thronfolger schon kein Raum mehr zu friedlicher und erfolgreicher Thätigkeit im Staate; der König wollte den „bestgehaßten Mann" aus Berlin entfernen, indem er ihm den Oberbefehl über ein Heer übertrug, welches er am Rhein zur Abwehr eines etwaigen Angriffs seitens der französischen Republik versammeln wollte. Da stellten die Behörden der Rheinprovinz dem Monarchen vor, der Prinz sei so unbeliebt, daß seine Ankunft die ohnehin schon bestehende Unzufriedenheit aufs äußerste steigern werde; so ward der Befehl zurückgenommen. Nun hieß es aber in Berlin, dies geschehe bloß deshalb, damit der Prinz bei der Hand sei, um nötigenfalls das Volk in der Hauptstadt zu Boden zu schlagen. Die aufreizende Wirkung, welche man am Rhein von seinem Kommen gefürchtet hatte, wurde in Berlin durch sein Bleiben hervorgebracht, und hier war sie

gefährlicher. Um die sich steigernde Erregung abzuschwächen, erließ der König am 18. März ein Patent, das der Prinz von Preußen als erstes Mitglied des Staatsministeriums unterzeichnete, und kraft dessen der Vereinigte Landtag auf Anfang April berufen und außerdem angekündigt wurde, Preußen werde bei seinen deutschen Bundesgenossen eine Bundesrepräsentation beantragen, die aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet werden solle und unverzüglich zu berufen sei; eine solche Bundesrepräsentation aber erheische eine konstitutionelle Verfassung in allen Ländern; ferner solle die Errichtung einer gesamtdeutschen Wehrverfassung unter einem Bundesbanner, ein Bundesgericht, ein allgemeines deutsches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit, das Fallen aller noch vorhandenen Zollschranken, gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß, gleiches Handelsrecht erstrebt werden.

Das Patent enthielt, wie man sieht, das völlige Eingehen der preußischen Krone — ihres derzeitigen Inhabers sowohl als des Thronfolgers — auf die Forderungen der deutschen Nation; es wurden sowohl verfassungsmäßige Ordnungen in den einzelnen Staaten von dem Patent gefordert, als die Verwandlung des lockeren deutschen Staatenbundes in einen enger zusammengeschlossenen Bundesstaat. Indem der Prinz von Preußen seine Unterschrift unter das Patent setzte, schien jeder Grund zur weiteren Uneinigkeit zwischen Volk und Herrscher wegzufallen. Allein Vorurteile, welche einmal Boden gewonnen haben, schwinden nicht so schnell, und so genügte ein Zwischenfall von geringem Gewicht zur Entfesselung der Revolution.

Um die Mittagsstunde des 18. März wurde das Patent in Berlin bekannt; der nächste Eindruck war der völliger Genugthuung; in dichten Massen wälzte sich das Volk, es war gegen zwei Uhr nachmittags, nach dem Schlosse, um dem König zu danken. Dieser erschien auf dem Balkon, nahm den Gruß der Tausende entgegen und zog sich dann zurück. Nicht so das Volk; als es aufgefordert wurde, auseinanderzugehen, antwortete es mit dem Ruf, das Militär solle sich vorher entfernen. Während hierüber mit dem König verhandelt wurde, fielen zwei Schüsse, die aber niemand verletzten; sofort wurde laut ausgerufen, die Gewehre seien zufällig losgegangen; aber es fruchtete nichts mehr. Die Masse schrie über Verrat, eilte, sich zu bewaffnen; in rasender Hast wuchsen die Barrikaden aus dem Boden, und der Kampf

zwischen Heer und Volk hub an. Er dauerte den 18. März hindurch, er erneuerte sich am 19. Die Truppen, 14000 Mann mit 36 Geschützen, gewannen an Boden, mit Kartätschen und Bajonetten nahmen sie die Barrikaden zwischen der Straße Unter den Linden und der Leipziger Straße, und säuberten die Königsstraße. Aber es stellte sich doch heraus, daß sie trotz aller Mannszucht nicht imstande waren, die ganze große Stadt zu erobern; dem König wurde diese Lage in demselben Augenblick mitgeteilt, in welchem ihn Abordnungen zwar liberaler, aber daneben auch gut royalistischer Männer nachdrücklich bestürmten, dem Blutvergießen durch Zurückziehung der Truppen aus Berlin ein Ziel zu setzen. So gab der König nach langem Schwanken am 19. März den Befehl, daß die Regimenter teils in die Kasernen zurückkehren, teils die Stadt verlassen sollten. Durch ein Mißverständnis, wie es heißt, räumten aber alle Truppen Berlin; es hatte den Anschein, als ob das Königtum vollständig vor den Barrikadenmännern seine Fahne gesenkt habe. Die Massen, vom Gefühl ihres Sieges geschwellt, trugen die Leichen der im Straßenkampf gefallenen Bürger, gegen 200 an der Zahl, in den Schloßhof; der König mußte mit seiner kranken Gemahlin erscheinen und das Haupt vor diesen Opfern des Bürgerkrieges, die doch gegen seine Autorität gekämpft hatten, entblößen; dann sang das Volk den Choral: „Jesus meine Zuversicht", und zog mit den Toten ab.

Nun richtete sich aber die Wut der Massen mit verdoppelter Stärke gegen den Prinzen von Preußen; ihm, den freche Zungen den „Kartätschenprinzen" nannten, wurde die Verantwortung dafür zugeschrieben, daß Blut geflossen sei. Diese Ansicht enthielt Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit. Soldat und Royalist, wie er war, wie er vom Scheitel bis zur Zehe war, hatte der Prinz allerdings seinem Bruder geraten, vor dem Straßenaufruhr unter keinen Umständen zurückzuweichen und die Empörer mit der Schärfe des Schwertes zur Unterwerfung unter die Obrigkeit zu zwingen; nicht ohne Grund war er der Meinung, daß es sich hier um Sein oder Nichtsein des königlichen Ansehens handle. Aber ebenso klar war dem Prinzen die Notwendigkeit, mit der Einführung der Verfassung in vollem Ernste und schnell vorzugehen; geschah hier das, was doch einmal unvermeidlich geworden war, rasch und ohne verdachterweckendes Zögern, so scharte man alle Liberalen, die nicht geradezu republikanisch dachten, um das

Banner des Königs und entkräftete den Argwohn, als ob das Herrscherhaus insgeheim wieder nach den Zeiten der absoluten Gewalt sich zurücksehne. Friedrich Wilhelm IV. hatte anfänglich den Rat des Bruders ausführen wollen; am Ende aber versagte ihm die Kraft, und es war nur folgerichtig, daß er den Bruder jetzt nicht mehr halten konnte, so gern er es auch gethan hätte und so entschieden er öffentlich bezeugte, „daß sein Bruder unschuldig an den Handlungen sei, deren ihn Böswillige bezichtigten“.

Auf den Rat von Freunden hatte der Prinz am 19. März Berlin verlassen und war zunächst nach Spandau, von da nach dem königlichen Landhause auf der Pfaueninsel in der Havel gegangen; in der Hauptstadt legte man dieser Entfernung die Absicht unter, als ob der Prinz sich an die Spitze der in der Nähe der Residenz in Besatzung liegenden Regimenter stellen und Berlin mit den Waffen niederwerfen wolle. Die neuen Minister Graf Arnim-Boitzenburg, v. Auerswald, Graf Schwerin glaubten in dieser Lage dem König raten zu müssen, daß er den Prinzen zu einer Reise ins Ausland veranlasse und so zur Beruhigung des Volkes beitrage. Es ist bezeichnend für den Prinzen, daß er erklärte, auf bloße mündliche Andeutungen das Land nicht verlassen zu wollen, weil er nicht den Schein auf sich laden dürfe, als ob er vor der Revolution flüchte; er müsse einen klaren Befehl des Königs schwarz auf weiß erhalten, daß er abreisen solle: dann könne er es mit Ehren thun. Auf dies hin sandte Friedrich Wilhelm IV. dem Bruder durch eigenhändiges Schreiben die Weisung, er habe sich nach London zu begeben, um dem befreundeten englischen Hofe Aufklärungen über die Zustände und die Ereignisse in Preußen zu geben.

Es war am 22. März 1848 — an dem Tage, da der Prinz ins zweiundfünfzigste Lebensjahr trat — daß er die Reise nach London unternahm, das er nun zum drittenmal sehen sollte. Am 25. schiffte er sich in Hamburg an Bord eines englischen Fahrzeugs ein und langte am 27. früh acht Uhr im preußischen Gesandtschaftshause zu London an, „unangemeldet,“ wie der Gesandte v. Bunsen schreibt, „und daher große Ueberraschung verursachend; gnädig nahm er das Anerbieten an, in dem preußischen Gesandtschaftspalast eilig einige Zimmer für seine Aufnahme einzurichten.“ Wohl hätte der Prinz Grund gehabt, erbittert zu sein; aber nichts von dem trat zu Tage. Bunsen rühmt seine Würde, seine

männliche Heiterkeit und huldvolle Güte, seine beständige Rücksichtnahme auf die Bequemlichkeit anderer, seine Standhaftigkeit bei den täglich neuen Erfolgen der Revolution. Vor allem aber war er erstaunt, bei näherem Verkehr mit dem Prinzen wahrzunehmen, wie irrig denselben die öffentliche Meinung beurteilte. Bereits gerieten die Dinge in Deutschland in raschen Fluß: am 21. März hatte Friedrich Wilhelm IV., begleitet von Prinzen, Ministern und Generalen, mit einem schwarz-rot-goldenen Bande als dem Abzeichen des geeinigten und freien Deutschlands geschmückt, einen Umritt durch die Straßen von Berlin gehalten und öffentlich erklärt: „Ich übernehme heute die Leitung für die Stunde der Gefahr; mein Volk wird mich nicht verlassen und Deutschland mit Vertrauen sich mir anschließen; Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Am 31. März traten zahlreiche Mitglieder deutscher Landtage als „Vorparlament“ in Frankfurt am Main zusammen und setzten bei dem Bundestag, welcher schon die Berufung eines deutschen Parlaments beschlossen hatte, die Anwendung des unbeschränkten allgemeinen Stimmrechts bei der Parlamentswahl durch; im Namen des Ausschusses von 17 Vertrauensmännern der deutschen Regierungen, welcher sich auch in Frankfurt versammelte, arbeitete der Professor der Geschichte zu Bonn, Dahlmann, einen Verfassungsentwurf aus, welcher dem Parlament vorgelegt werden sollte und ein erbliches Oberhaupt der Nation mit einem Oberhaus und einem Unterhaus in Vorschlag brachte. Bunsen teilte dem Prinzen von Preußen diesen Entwurf mit, welcher für Gesamtdeutschland das konstitutionelle System begründen wollte; gerade deshalb wurde er zum Prüfstein für die Gesinnungen der Menschen: wer ihn annahm, bekannte sich zum Grundsatz verfassungsmäßigen Regiments. Und nun begrüßte der Prinz den Dahlmannschen Entwurf „als eine großartige Erscheinung unserer Zeit“ und erkannte ihn „wegen seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als meisterhaft“ an. „Die Grundsätze,“ sagte er weiter, „auf welchen das Ganze beruht, sind diejenigen, welche zur wahren Einheit Deutschlands führen werden; es sind dieselben, welche jeder einzelne Staat in Deutschland zu den seinigen machen muß, wenn diese Einheit erstrebt werden soll. Daß auch ich die Annahme dieser Grundsätze für Preußen unerläßlich fand, beweist meine Unterschrift unter dem Patent des Königs vom 18. März, und daß ich hier in England nicht anderen Sinnes

geworden bin, ist mehr wie begreiflich.“ Trotzdem nahm der Prinz den Entwurf nicht ohne Kritik an; und was er an ihm aussetzte, ist höchst lehrreich für die Ansichten des Prinzen von dem, was in Deutschland not thue, und zeugt von seinem praktischen Scharfblick. Er, obwohl der Thronfolger des größten reindeutschen Staats, war so wenig schroffer Unitarier (Einheitsmann), daß er Dahlmanns Forderung verwarf, nach welcher das Reichsoberhaupt alle Offiziere des stehenden Heeres und die Stabsoffiziere der Landwehr ernennen sollte; es schien ihm zu genügen, wenn das Reichsoberhaupt die Befehlshaber der Armeecorps ernenne und das Recht erhalte, jährliche Besichtigungen (Inspektionen) der Bundestruppen vorzunehmen. Andererseits beanstandete der Prinz den Punkt des Entwurfs, nach welchem im Oberhaus die deutschen Fürsten mit 160 teils gewählten, teils ernannten Reichsräten zusammen sitzen sollten; mit Recht erklärte er es für eine unzulässige Zumutung an die Fürsten, welche ohnehin der Einheit des Vaterlandes vielfache Opfer an ihrer Macht und Selbständigkeit bringen mußten, wenn man auch noch von ihnen verlange, daß sie mit ihren eigenen Unterthanen in einer Kammer zusammensitzen, mit diesen öffentlich verhandeln und sich vorkommenden Falls gar von diesen überstimmen lassen sollten. Statt dessen schlug er vor, daß man aus den Fürsten eine „Fürstenbank für sich“ bilde, ohne deren Anhörung das Reichsoberhaupt dem Parlament keine Gesetze vorschlagen solle. Wenn man die Verfassung des heutigen Deutschen Reiches betrachtet, so springt einem sofort in die Augen, daß gewisse Bestimmungen derselben sich haarscharf mit den 1848 geäußerten Ansichten des Prinzen von Preußen decken; die „Fürstenbank für sich“ heißt heute Bundesrat, und in denjenigen Staaten, welche nicht in die engste militärische Verbindung mit Preußen getreten sind, bestehen ungefähr gerade diejenigen militärischen Befugnisse der Reichsgewalt, welche der Prinz in seiner Beurteilung des Dahlmannschen Entwurfes als hinreichend bezeichnete.

Es ist kein Wunder, wenn Bunsen, als er diese Ansichten des Prinzen kennen gelernt hatte, an Dahlmann selber schrieb: „Ist der Prinz ein Absolutist oder Reaktionär (Rückschrittler)? Daß er durchaus offen, redlich und folgerichtig sei, haben selbst die Ungünstigen nie geleugnet, wenn sie mit Kenntnis des Mannes schrieben und sprachen. Der Prinz hat sich gleich in den ersten Tagen (er kam damit hier an)

zu einer vollkommenen Klarheit über seine und des Königtums Stellung emporgerungen, mit der stillen und redlichen Verständigkeit, die ihm eigen ist."

Der Aufenthalt in England war doch nichts anderes als eine Art von ehrenvoller Verbannung; in der Form einer legatio libera, einer „freien Gesandtschaft", wie einst die Römer gesagt hatten, war der Prinz des Landes, wenn auch nur auf Zeit, verwiesen. Aber seine Stellung war nicht so, daß man ihn zu Hause hätte lange entbehren können; als eine nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählte „Nationalversammlung" zur Beratung einer preußischen Verfassung in Berlin zusammentreten sollte, da bedurfte man auch der Gegenwart des Thronfolgers zur Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung, und so beantragte das Ministerium am 10. Mai bei dem König die Zurückberufung des Prinzen von London, „damit die Versammlung ihre Beratungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ihrer Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ihre Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sei." Man sieht deutlich, daß es galt, das immer noch bestehende Mißtrauen zu zerstreuen, als ob der Prinz etwa dem Beispiel des Königs Ernst August von Hannover (im Jahr 1837) folgen und eine Verfassung, bei welcher er nicht mitgewirkt, als nicht verbindlich für ihn ansehen könnte. Deshalb betonte auch der Prinz, nachdem er am 28. Mai von London abgereist war, in wiederholten Kundgebungen, daß er den freieren Einrichtungen, welche der König mit den Vertretern des Volkes begründen werde, seine Kräfte mit Zuversicht und Treue widmen wolle; aber er unterließ auch nicht, gegenüber den in Berlin herrschenden radikalen Bestrebungen, sich als dazu berufen zu bezeichnen, daß er Recht, Ordnung und Gesetz aufrecht erhalte; er kam mit offenem Visier, als der, welcher er war, ebenso entschlossen, den neuen Verhältnissen sich unterzuordnen, als einen Zustand der Zuchtlosigkeit zu verhindern. Als ein Beweis seiner ehrlichen Gesinnung mußte es auch gelten, daß der Prinz einen Sitz in der Nationalversammlung annahm, welcher ihm von dem Wahlkreis Wirsitz in Posen übertragen worden war; er begrüßte am 8. Juni seine Kollegen von der Volksvertretung mit freundlichen Worten, erklärte es für Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor allem also für die seinige, als des ersten Unterthans des Königs, daß man der konstitutionellen

Monarchie als der Regierungsform, welche der König vorgezeichnet habe, mit Treue und Gewissenhaftigkeit sich weihe, und ersuchte dann den Präsidenten, seinen Stellvertreter einberufen zu lassen, da er wegen seiner anderen Geschäfte an den Sitzungen nicht regelmäßig Anteil nehmen könne. Denkwürdig ist es aber doch und nicht ohne Bedeutung für manche Epoche im Leben unseres Kaisers, daß er auch einmal Mitglied einer Volksvertretung gewesen ist und die öffentlichen Dinge, die er sonst vom Throne aus zu betrachten hatte, auch einmal, wenn auch nur kurz, vom Standpunkt des Abgeordneten ansah; die Ueberzeugung, daß in einer ehrlich konstitutionellen Monarchie die Interessen von Fürst und Parlament stets in Einklang gebracht werden müssen, daß jede von beiden Gewalten die andere achten muß, ist dadurch in dem Prinzen sicherlich nur bestärkt worden.

Die frohen Hoffnungen freilich, mit welchen man längere Zeit der Entwickelung der öffentlichen Dinge in Deutschland entgegengesehen hatte, wurden nicht erfüllt. Fast überall hob der Radikalismus, welcher mit allen Monarchien, vielfach auch mit der Geltung aller durch Besitz oder Bildung bedingten Unterschiede aufräumen wollte, sein Haupt kühner und kühner empor; die Schwierigkeit, dem seit alten Zeiten zerspaltenen deutschen Land und Volk eine einheitliche Verfassung zu geben, die den Erfordernissen der Lage genügte und doch den starken Sondergeist (Partikularismus) nicht ohne Not verletzte, und die Bedrängnis von Schleswig-Holstein, dessen Befreiung vom dänischen Joche England und Rußland aus Furcht vor einer daraus sich entwickelnden Seemachtstellung Deutschlands nicht zugeben wollten: all das vermehrte noch die Spannung, die aus der Einführung freisinniger Verfassungsordnungen erwachsen war. Der Prinz von Preußen lebte meist in der Zurückgezogenheit in Babelsberg und sah von hier aus mit an, wie monatelang in Berlin Zustände herrschten, welche an die Pariser vom Jahre 1789 erinnerten, wie Straßenaufläufe an der Tagesordnung waren und in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni gar das Zeughaus von den Pöbelmassen geplündert wurde. König Friedrich Wilhelm IV. wand sich grimmerfüllt unter den Griffen der Revolution; alles, was er sah, erlebte und erlitt, galt ihm nur als ein erneuter Beweis davon, daß aller und jeder Liberalismus ein Irrtum, ja eine Sünde, ein „Abfall von Gott“ sei. Allmählich trat auch bei der Bürgerschaft von Berlin eine Abspannung ein; die besitzen-

den Klassen wünschten insgeheim, daß der König sich ermanne und die Truppen nach Berlin zurückkehren sollten. Als die Nationalversammlung am 12. Oktober bei der Beratung der vom König zu führenden Titel den Zusatz „von Gottes Gnaden“ strich, war der König begreiflicherweise aufs äußerste entrüstet; er übertrug am 2. November seinem Oheim, dem Grafen von Brandenburg, dem Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, das Ministerium; und Brandenburg ließ die Truppen unter General v. Wrangel in Berlin wieder einmarschieren und verlegte dann den Sitz der Nationalversammlung nach Brandenburg, in die dortige Domkirche. Anfänglich versuchte die Versammlung unter dem Präsidium des Herrn v. Unruh doch in Berlin zu bleiben; sie erklärte auch das Ministerium so lange für nicht berechtigt, Steuern zu erheben, als die Versammlung an der ungestörten Beratung in Berlin verhindert sei; aber am Ende fand sich doch die Mehrheit der Abgeordneten in Brandenburg ein, wo freilich sofort eine solche innere Zerklüftung des Parlaments zu Tage trat, daß eine gedeihliche Frucht seiner Beratungen nicht mehr zu erwarten war. Deshalb löste Friedrich Wilhelm IV. am 5. Dezember 1848 die Versammlung auf und gab von sich aus („octroyierte“) eine Verfassung für die preußische Monarchie, welche fast wörtlich dem Entwurf des Demokraten Waldeck entsprach und nur in §. 105 dem König das Recht erteilte, in Abwesenheit der Landstände, die aus dem Herrenhaus und dem Haus der Abgeordneten bestehen sollten, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Der Prinz von Preußen war in der ganzen Krisis nur einmal öffentlich hervorgetreten, als er einer Abordnung der Nationalversammlung gegenüber, unter welcher sich der Professor des öffentlichen Rechts an der Hochschule zu Berlin, Dr. Rudolf Gneist, befand, den Ungehorsam der „Fraktion Unruh“ gegen die Verlegung der Kammer nach Brandenburg tadelte und erklärte, wenn die Krone fallen sollte, so solle sie wenigstens mit Ehren fallen; mit der Fraktion Unruh könne nicht verhandelt werden, solange sie den Befehlen des Königs (nach Brandenburg überzusiedeln) nicht unbedingt Gehorsam leiste; aber gleichzeitig gab er „sein heiliges und feierliches Versprechen und fürstliches Wort darauf, daß die königlichen Verheißungen vom März buchstäblich erfüllt werden würden;“ Gneist fand die Erklärungen des Prinzen „offen, charakterfest und klar;“ und in der That, wir sehen mit Staunen und Genugthuung, daß der Prinz auch in dieser

scharf zugespitzten Lage sich nicht aus der Fassung bringen, sich nicht von dem klar erkannten Ziele abdrängen ließ, das lautete: Weder Absolutismus des Königs noch Absolutismus des Parlaments, sondern ehrlicher Konstitutionalismus, welcher nicht bloß die Krone kennt und nicht bloß den Landtag, sondern beide.

Während dieser Vorgänge in Preußen tagte zu Frankfurt am Main eine verfassunggebende (konstituierende) Nationalversammlung für ganz Deutschland, welche nach langen und schweren Kämpfen am 28. März 1849 den König von Preußen mit 290 gegen 248 Stimmen zum erblichen Kaiser von Deutschland erwählte. Es war eine That, deren Gedächtnis niemals verlöschen wird, obwohl ihre unmittelbaren Folgen gleich null waren. Eine auf der Grundlage des schrankenlosen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts erwählte Vertretung des deutschen Volks hatte mit einer Mehrheit von 42 Stimmen aus freien Stücken die Hohenzollern als die Erben der Herrlichkeit der Hohenstaufen bezeichnet; wenn man die 100 österreichischen Abgeordneten, welche sich unter der Minderheit befanden, in Abzug brachte (wie man thun mußte, da Oesterreich nicht zu dem erbkaiserlichen Deutschland gehören sollte und konnte), so war diese Wahl sogar mit einer Mehrheit von etwa zwei Dritteln der Stimmen vollzogen worden. Es war der erste hoffnungsfrohe Gruß, mit welchem die deutsche Nation ihr künftiges Herrscherhaus grüßte; aber es glich dem glänzenden Aufgang der Sonne, auf den zunächst dichte Nebelschleier folgen, bis dann wohl im Verlaufe der Stunden das leuchtende Gestirn des Tages sich freien Raum erkämpft. Am 2. April abends kamen die 33 Abgeordneten in Berlin an, welche Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Krone anbieten sollten; am 3. April erhielten sie eine feierliche Audienz, in welcher der König ihnen unter allerlei höflichen Wendungen eine ablehnende Antwort gab. „Der Ruf des Parlaments," sagte er, „gebe ihm ein Anrecht, das er zu schätzen wisse; aber er würde das ihm erwiesene Vertrauen verletzen, wenn er ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter die Wahl annähme; an diesen sei es jetzt, die Reichsverfassung in gemeinsamer Beratung zu prüfen; auch in der Zwischenzeit jedoch werde Preußens Schwert und Schild Deutschland gegen innere und äußere Feinde schützen und getrost werde er, der König, den Weg seines Hauses

und seines Volkes wandeln, den Weg der deutschen Ehre und Treue."

Man macht sich heute kaum eine Vorstellung von der niederschmetternden Wirkung, welche dieser Bescheid des Königs in der Nation hervorrief. Fast allerwärts war man seit Jahr und Tag gewohnt, in dem Willen der Volksvertretung das höchste Gesetz zu sehen; vollends gab es nach allgemeinem Ermessen nichts Ehrenvolleres als durch einen Beschluß eines frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments zum deutschen Kaiser gekürt zu werden. Und für all diesen Zauber erwies sich gerade der Mann völlig unzugänglich, der sonst mit seinem ganzen Wesen in der alten Herrlichkeit unseres Volkes wurzelte und sie mit der neuen Zeit auszusöhnen sich mühte. Wir wissen nun freilich wohl, was den König bestimmte. Es war in erster Linie seine Abneigung gegen die Revolution, die er erst vor kurzem in seiner eigenen Monarchie niedergeworfen hatte und als deren so zu sagen organisierte Vertretung ihm das Frankfurter Parlament erschien; er wollte die Kaiserkrone nicht aus den Händen der Revolution empfangen, zumal die Reichsverfassung, auf die hin er Kaiser werden sollte, mehrere sehr bedenkliche demokratische Bestandteile enthielt; und so hat er wohl an Bunsen nach London geschrieben: „Dieses Parlament habe gar nichts zu bieten." Aber hatten diese Worte nur den einen Sinn, daß der Versammlung nicht das Recht zustehe überhaupt einen Kaiser zu küren? War es wirklich nur die Rücksicht auf die anderen Fürsten Deutschlands, auf ihr historisches Recht, bei der Kaiserwahl ebensogut gehört zu werden wie die Nation, was den König bestimmte? Man wird diese Frage doch wohl verneinen müssen. Das Frankfurter Parlament hatte auch in anderem Sinne nichts zu bieten. Es war eine ideale Macht, aber es hatte über keine Kanonen und Bajonette zu verfügen; das hatte es schon bewiesen, als es unfähig gewesen war, den schmählichen Vertrag von Malmö umzustoßen, der im August 1848 den Dänen wieder Macht über Schleswig verschafft hatte. Friedrich Wilhelm IV. fühlte, daß ein deutscher Kaiser nicht auf der Rednerbühne des Parlaments, sondern auf dem Schlachtfeld gekürt werden müsse, vollends damals, wo das nebenbuhlerische Oesterreich im Begriffe stand, aus schwerer Not sich wieder emporzuarbeiten; zum Krieg aber fehlte ihm persönlich Lust und Fähigkeit, und seinem Staate fehlte damals die Kraft; so machte er nicht einmal den Versuch, auf die Stimme der

Nation gestützt um die Zustimmung der anderen Fürsten zu werben.

Wie urteilte aber der Prinz von Preußen über des Bruders Entschluß, welcher Deutschland ins Chaos stürzte? Die Kaiserdeputation wurde auch von ihm empfangen, und er „eröffnete eine förmliche staatsrechtliche Erörterung über die Lage der deutschen Sache". „Er redete hierbei" — wir folgen dem Bericht eines Ohrenzeugen aus der Mitte der Deputation — „mit Geist und Gewandtheit, in fließender, beredter Sprache, mit Ernst und Gefühl für die große Angelegenheit des Vaterlandes, mit Schwung und hoher Achtung vor unserer, der seinigen entgegengesetzten Auffassung. Denn natürlich mußte er den Standpunkt des Königs einnehmen; es war dies eine gebotene Pflicht für ihn als Prinzen des Hauses, und doppelt schicklich, da er als Thronfolger jeden Schein eines Prätendenten (d. h. selbstsüchtigen Gegners des Königs, der sich selbst auf den Thron Rechnung macht) oder auch nur der Opposition vermeiden muß. Endlich, als er nicht uns und wir nicht ihn überzeugen konnten, schloß er mit der Versicherung, daß der König von der besten Absicht getragen sei, daß nur die notwendig gebotenen Rücksichten auf das Verhältnis zu seinen Mitfürsten, welches von zartester Natur sei, ihn auf den eingeschlagenen Weg geführt hätten, in der Ueberzeugung, daß gerade dies der Weg zum Ziele sei und wir alle gewiß noch dies Ziel erreichen würden, insofern nur die Reichsversammlung und mit ihr die Deputation der ruhigen Entwickelung nicht vorgreife und nicht vorschnell die Sachlage alteriere (ändere). Mit dieser Schlußerklärung zog er sich zurück."

An diesen Erklärungen hebt der Berichterstatter selbst mit Recht den ungemeinen Takt hervor, mit dem der Prinz von Preußen sich völlig dem Standpunkte des Bruders anschloß; wenn er seinem eigenen kühneren Naturell gefolgt wäre und vielleicht zur frischen That geraten und sich offen dafür ausgesprochen hätte, so würde er in seiner Stellung der Sache nichts genützt und nur den ohnehin vorhandenen Elementen der Verwirrung ein neues hinzugefügt haben, die Spaltung gerade der Dynastie (Herrscherfamilie), auf welche sich die Hoffnungen der Nation damals zum erstenmal mit überwiegender Kraft und Energie richteten. Aus seinen Worten geht aber deutlich hervor, daß er das Ziel selbst für erreichbar ansah, wenn es gelinge die Fürsten zu gewinnen und wenn die Reichsversammlung auch ferner bei ihrem Beschlusse verharre,

wenn ihr moralisches Ansehen auch fernerhin hinter den Hohenzollern stehe. Wohl sind beide Voraussetzungen nicht eingetroffen; die Fürsten ließen sich damals gütlich für das Erbkaisertum der Könige von Preußen nicht gewinnen und die Reichsversammlung erhielt durch die Ablehnung Friedrich Wilhelms IV. den Todesstoß. Aber wenn auch später der König Wilhelm I. zur Lösung der deutschen Frage die Hilfe des Schwertes anrufen mußte, so hat er doch seine Ansicht vom April 1849 nicht vergessen; nur diejenigen Fürstenhäuser, bei denen die dringendsten politischen Gründe dies erheischten, sind 1866 nach ehrlichem Kriege ihrer Länder beraubt worden; alle anderen hat der König und der Kaiser Wilhelm stets mit voller Loyalität (Ehrlichkeit) und Bundestreue behandelt, und eine neue Reichsversammlung, aus denselben allgemeinen Wahlen hervorgegangen wie die von 1848, wurde zur Gutheißung der deutschen Verfassung berufen; durch die Zustimmung der Fürsten und Völker hat dieselbe 1867, wie es der Prinz 1849 andeutete, ihre feste Rechtsgrundlage erhalten.

Das positive Ergebnis der ganzen politischen Arbeit des Frankfurter Parlaments, der Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit, war die Reichsverfassung mit dem preußischen Erbkaisertum an der Spitze. Mit der Ablehnung der Kaiserwürde durch den Träger der preußischen Krone war dieses Ergebnis schwerer, langwieriger Kämpfe vernichtet. Nach der Meinung des Prinzen von Preußen hätte das Parlament „die Sachlage nicht vorschnell alterieren", d. h. ruhig bei dem gefaßten Beschluß stehen bleiben und den Ausgang der Verhandlungen Friedrich Wilhelms IV. mit seinen Mitfürsten abwarten sollen. Der Rat zeugt von derjenigen politischen Weisheit, welche Stein auf Stein langsam und vorsichtig fügt, welcher eine gewonnene Stellung zäh verteidigt und zu guter Stunde von ihr aus den weiteren Vorstoß wagt; der Prinz, als Militär kühn, schneidig, entschlossen, erwies sich auch als ein Staatsmann, der geduldig seine Laufgräben gegen die Festung vorschiebt, welche nicht sofort mit stürmender Hand genommen werden kann. Aber die Reichsversammlung hatte nicht den festen Boden unter sich, daß sie hätte abwarten und einen diplomatischen Feldzug führen können. Sie war hervorgegangen aus dem stürmischen Verlangen des deutschen Volks nach Einheit und Freiheit; sie hatte, aber erst nach langen Mühen, die richtige Lösung ihrer Aufgabe gefunden, und zwar gerade unter der Einwirkung der Professoren Dahlmann,

Beseler, Gervinus, Waitz u. a., nach denen es den Spottnamen des „Professorenparlaments“ bekam. Was klar politisch dachte, das fand sich zumeist unter der Partei dieser Professoren, und was in Hohn und Spott gesagt wurde, ist eigentlich ein Ehrenname für unser erstes Parlament. Nun aber, als die gemäßigte Mehrheit mit ihrer Lösung in eine Sackgasse geraten und gerade von dem Manne verlassen war, dem sie das Banner der Nation hatte übergeben wollen, da sank dieser Mehrheit der Mut; ihre Wähler verzweifelten oder gerieten in hellen Grimm, der sie ins Lager der Gegner hinübertrieb. Die Führung der Bewegung ging so über an die Männer der Linken, welche seither in der Reichsversammlung in der Minderheit gewesen waren. Ihre Vergangenheit war freilich nichts weniger als fleckenlos. Schon im April 1848 war von Mitgliedern der äußersten Linken in Baden ein Aufstand versucht worden, um die Republik aufzurichten; eine deutsche Verfassung von ernsthaft monarchischem Charakter wurde von dieser Partei mit allem Nachdruck bekämpft, und als das Parlament den Malmöer Waffenstillstand (S. 63) zuerst verwarf und dann guthieß, verschuldete sie einen Aufruhr in Frankfurt selbst. Niemals wird sie den schwarzen Fleck von ihrer Ehre abwaschen, daß sie auf jener berüchtigten Versammlung auf der Pfingstweide bei Frankfurt am 17. September 1848 die ohnehin schon gereizten Massen zur Schilderhebung gegen die Reichsversammlung aufgehetzt hat. „Es muß jetzt mit Frakturschrift geschrieben werden!“ rief damals der Abgeordnete Zitz aus, und als der selbst der Linken angehörige Abgeordnete Louis Hentges, ein wackerer Bierbrauer aus Heilbronn, welcher im Wahlkampf Märklin, den Freund des theologischen Kritikers Strauß, besiegt hatte, sich mit besonnener und warnender Rede an die Versammlung wandte und ihr von gewaltsamem Vorgehen abriet, wodurch bloß die von der Linken vertretenen Grundsätze und Anschauungen in Mißkredit gebracht werden würden, da verhielten sich die Massen wider Erwarten ruhig, weil sie die Wahrheit des Gesprochenen empfanden, die Abgeordneten der Linken aber machten dem Redner, als er die Tribüne verließ, die bittersten Vorwürfe darüber, daß er die erhitzten Gemüter mit einem so kalten Strahl übergossen habe*). Es wurde dafür gesorgt,

*) Dieser bezeichnende Zwischenfall ist hier nach einem ungedruckten Briefe erzählt; er ist aber auch außerdem von dem damaligen

daß die Aufregung wiederkehrte, und dadurch wurden der Aufstand vom 18. September und die schauerliche Hinmordung der zur konservativen Partei gehörigen Abgeordneten Fürst Lichnowsky und General v. Auerswald durch den Pöbel hervorgerufen. Als dann die Ruhe mit Waffengewalt hergestellt und im Parlament der Antrag eingebracht wurde, daß die Linke als schuldig an dem Aufruhr vor Gericht gezogen werde, da verfaßte der bekannte Naturforscher und Abgeordnete Karl Vogt eine Rechtfertigungsschrift für seine Partei, worin die früher so mißfällig aufgenommene Rede von Hentges jetzt ausdrücklich als Beweis verwertet wurde, daß die Linke sich dem Aufruhr entgegengestellt habe.

Es war dieselbe Doppelzüngigkeit, welche die Linke nunmehr, nach der Ablehnung des Erbkaisertums, entfaltete. In Sachsen, in der Pfalz und in Baden rief sie, die sich doch mit aller Kraft gegen die Annahme der Reichsverfassung angestemmt hatte, Aufstände für die Aufrechterhaltung ebendieser Reichsverfassung hervor; der Großherzog von Baden, den seine eigenen längst politisch bearbeiteten Soldaten treulos verließen, mußte flüchten, und die Aufregung warf ihre Wellen schon auch nach Württemberg herüber, wohin derjenige Rest des Parlaments, welcher auch jetzt noch beisammen blieb, das nur aus Männern der Linken bestehende „Rumpf-Parlament", sich von Frankfurt aus gewendet hatte, freilich nur, um bald mit Waffengewalt zur Einstellung seiner Sitzungen genötigt zu werden (18. Juni 1849); eine in Reutlingen abgehaltene Pfingstmontagversammlung stieß ganz in das Horn der Aufrührer. Es war so, wie damals der Abgeordnete Rümelin, der spätere württembergische Kultminister, dem „Schwäbischen Merkur" schrieb: „Die Reichsverfassung ist nur der Aushängeschild; in Wahrheit gilt es die Errichtung einer oder mehrerer südwestdeutscher Republiken."

In dieser Lage riefen die vertriebenen oder in ihrem Besitz bedrohten süddeutschen Fürsten, der Großherzog von Baden und der König von Bayern, die Hilfe Preußens an, und es läßt sich denken, daß Friedrich Wilhelm IV. bei seiner geschworenen Gegnerschaft gegen alle Revolution dieses Begehren gern erfüllte. Am 8. Juni übertrug er seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, der am 3. Mai seinen siebzehn-

---

braunschweigischen Gesandten freiwillig bei dem Untersuchungsrichter in derselben Weise dargestellt worden.

jährigen Sohn hatte in die Garde eintreten lassen, den Oberbefehl über die gegen die pfälzischen und badischen Rebellen bestimmten Streitkräfte. Es war das erste Mal, daß der Prinz als Anführer im Krieg an die Spitze des preußischen Heeres trat, und seltsam genug war dieser Krieg. Auf der einen Seite standen geschulte Truppen unter regelmäßigem Oberbefehl; auf der anderen teils die von ihrem Fürsten abgefallenen badischen Regimenter, teils Freischaren, die sich meist aus Turnern und Bürgerwehren gebildet hatten. Auf der einen Seite fochten die Soldaten des Königs von Preußen; auf der anderen die, welche dem Vorgeben nach den König von Preußen so zu sagen wider seinen Willen zum erblichen Kaiser von Deutschland machen wollten, da sie ja auf der Durchführung der Reichsverfassung bestanden; thatsächlich würde freilich ihr Sieg nicht zur deutschen Einheit, sondern eher zum Anschluß des republikanischen Südens an die Schweiz geführt haben. In den Reihen und an der Spitze der Aufständischen fochten auch jene polnischen Flüchtlinge, welche vor Zar Nikolaus hatten aus ihrer Heimat entweichen müssen und deshalb überall mithalfen, wo eine Revolution losbrach, in der Ueberzeugung, daß nur ein allgemeiner Umsturz der europäischen Staatenverhältnisse ihrem heißgeliebten geknechteten Vaterland wieder zur Selbständigkeit verhelfen könne.

Bereits am 12. Juni 1849 hielt der Prinz von Preußen, mit dem ein Corps „Reichstruppen“ unter General Peucker zusammenwirken sollte, einen Kriegsrat in Mainz, auf welchem beschlossen wurde, zuerst den Aufstand in der bayerischen Pfalz niederzuwerfen. Nach dem Gefecht bei Kirchheim-Bolanden wurde die von den Aufständischen umlagerte Feste Landau befreit, darauf am 20. Juni der Rhein bei Germersheim überschritten und dann auch Baden durch eine Reihe von Treffen, so bei Waghäusel am 21. Juni, bei Ubstadt, Durlach, Bischweiler und Kuppenheim, überwältigt. Am 25. Juni wurde Karlsruhe, am 7. Juli Freiburg im Breisgau besetzt; die Aufrührer, soweit sie nicht im Kampfe fielen, flüchteten sich in die nahe Schweiz oder warfen sich, etwa 5000 Mann stark, in das feste Rastatt, das nach einer fünftägigen Belagerung am 23. Juli sich an den Prinzen von Preußen ergeben mußte; um sechs Uhr abends streckte die Besatzung im Angesicht des zweiten preußischen Operationscorps auf dem Glacis die Waffen, und eine Stunde nachher besetzten die Preußen die durch 300 Kanonen verteidigte Stadt,

welche infolge der Beschießung vielfachen Schaden erlitten hatte.

Der sechswöchentliche Feldzug war von dem vollständigsten Erfolge gekrönt; der Traum der südwestdeutschen Republik war vor derselben realen (wirklichen) Macht zerstoben, welche ein halbes Jahr vorher das preußische Königtum aus der Fesselung durch die hauptstädtische Revolution und die Parteien des Parlaments befreit hatte: vor dem in seiner Mannszucht und seiner Treue nicht einen Augenblick wankend gewordenen preußischen Heer. Gewiß hatte der Prinz von Preußen den Feldzug mit sicherer Hand geleitet und des Ordens pour le mérite („für das Verdienst"), den ihm der König am 31. Juli verlieh, sich wohl wert erwiesen. Allzu schwer war freilich der Kampf nicht gewesen; denn die abtrünnigen badischen Linientruppen und die Freischärler, welche an ihrer Seite gestritten hatten, hielten aus naheliegenden Gründen einen Vergleich mit den regulären und vom Bewußtsein soldatischer Pflicht getragenen preußischen Truppen und den von Peucker befehligten Hessen, Mecklenburgern und Württembergern nicht aus, so tapfer sie auch namentlich bei Waghäusel und hinter den Flüssen Neckar und Murg sich gegen den andringenden Feind geschlagen hatten. Noch weniger konnten ihre Anführer, die Polen Sznayde und Mieroslawski, es mit dem Prinzen und seinen Unterbefehlshabern an feldherrlicher Begabung aufnehmen. Der Gesamteindruck war und blieb, daß wohl vorgebildete und moralisch unversehrte Linientruppen stärker seien als alle, wenn auch noch so begeisterten und hingebenden Freischaren.

Während des Kampfes wurden eine Anzahl von Führern des Aufstandes gefangen, über welche nun ein strenges Gericht erging; laut kriegsrechtlichen Spruchs wurden die am schwersten Belasteten, wie Maximilian Dortu von Potsdam und der Sachse v. Trützschler, erschossen, andere zu lebenslänglichem oder mehrjährigem Gefängnis verurteilt. Dieses Nachspiel hat den Glanz des siegreichen Feldzuges nicht erhöht: wohl waren vom Standpunkte des Rechts aus die Verurteilten Rebellen gegen den Großherzog, auf welche der Spruch sich anwenden ließ, daß, wer ans Schwert appelliert, durchs Schwert umkommen soll; wohl würde das Gelingen des Aufstandes thatsächlich den deutschen Südwesten von Deutschland losgerissen haben; aber trotzdem — gar manche von denen, welche damals ihr Leben in den Festungsgräben von Rastatt lassen mußten,

waren ehrliche, patriotische, wenn auch verblendete Männer gewesen, die bei längerem Leben noch ihres Irrtums hätten innewerden müssen, und thatsächlich trug der Umstand, daß sich Friedrich Wilhelm IV. der Nation so gänzlich versagt hatte, mit schuld an einem Aufstande, der sicherlich nicht ausgebrochen wäre, wenn in Berlin jenes verhängnisvolle unverhohlene Nein nicht gesprochen worden und dadurch die Verzweiflung vieler Patrioten an einer gesetzlichen Lösung der deutschen Einigungsarbeit hervorgerufen worden wäre.

So oder so, der Prinz von Preußen hatte schlechtweg als Soldat gehandelt und den Feind besiegt, gegen den sein von den süddeutschen Fürsten aufgerufener Bruder und König ihn gesandt hatte. Er führte am 18. August den Großherzog nach Karlsruhe zurück und hielt, zum Militärgouverneur (=Statthalter) von Rheinland und Westfalen ernannt, am 13. Oktober seinen Einzug in Berlin.

Drittes Kapitel.

Die Niederlage zu Olmütz und die Zeit der Reaktion. 1849—1858.

Friedrich Wilhelm IV. war glücklich und stolz auf den Sieg, den seine Truppen über die süddeutsche Revolution erfochten hatten; er widmete seinem Bruder für dessen Babelsberger Landsitz eine Bildsäule des heiligen Georg, wie er den Drachen tötet, die von dem bekannten Meister Kiß entworfen und von Fischer ausgeführt war: der Drache versinnbildete die Revolution, deren der Bruder Herr geworden war. Man darf es sagen, daß, soviel Teilnahme einzelne Opfer der Kriegsgerichte auch fanden, doch die Mehrheit der Nation dem Urteil des Königs über den sinnlosen und wüsten Aufstand im ganzen beipflichtete; es konnte niemand entgehen, daß aus demselben unter keinen Umständen etwas Gutes für Gesamtdeutschland oder auch nur für Baden und die Pfalz selbst erwachsen wäre.

Die Lage des preußischen Königtums war zunächst durch das erfolgreiche Vorgehen derselben gegen die Revolution im

Süden — wie auch in Sachsen — außerordentlich verbessert worden; es hatte sich als der feste Pfeiler erwiesen, an welchem sich die Wogen des Umsturzes brachen. So unternahm nun Friedrich Wilhelm IV. auch wirklich den Versuch, durch Verständigung mit seinen Mitfürsten Deutschland eine einheitliche Verfassung zu geben, eine „deutsche Union" zu errichten; aber dieser Versuch des Königs ohne das Nationalparlament mißlang ebenso vollständig, wie das Nationalparlament ohne den König Schiffbruch gelitten hatte. Wohl gelang es anfänglich, schon Ende Mai 1849, mit Sachsen und Hannover das „Dreikönigsbündnis" zu vereinbaren, das sich allmählich zu einem Vollbündnis der außerösterreichischen Deutschen erweitern sollte; wohl hielten die Politiker der erbkaiserlichen Partei auch in diesem Stadium der Sache zur preußischen Fahne, und ein Reichstag, welcher Anfang 1850 in Erfurt seine Sitzungen hielt, stellte die Vertretung der in der „deutschen Union" vereinigten Völker dar. Aber alle diese Schöpfungen entbehrten des inneren Haltes und der Dauerhaftigkeit. Schon wenige Wochen, nachdem Sachsen und Hannover sich dem Dreikönigsbündnis angeschlossen hatten, traten sie auch wieder davon zurück, ermutigt durch den Protest, welchen Kaiser Franz Joseph von Oesterreich gegen eine politische Organisation Deutschlands ohne Oesterreich erlassen hatte, und durch den offenen Widerstand der süddeutschen Könige gegen ein engeres Bündnis mit Preußen. Bayern, dem die preußischen Waffen doch kaum erst die Pfalz wieder zurückerobert hatten, ließ keinen Augenblick darüber Zweifel aufkommen, daß es sich von Oesterreich nicht trennen werde; und König Wilhelm von Württemberg, der wegen seiner gegen Napoleon bethätigten deutschen Gesinnung und wegen seiner 1814 in der Schlacht von Montereau bewiesenen zähen Tapferkeit von gar manchem im Süden als der würdigste Träger der deutschen Kaiserkrone angesehen wurde, ging so weit, daß er die äußerst zahmen und maßvollen Forderungen Preußens zum Zweck der Errichtung einer „deutschen Union" als Vorbereitungen zum deutschen Einheitsstaat ansah und diesen im März 1850 in einer Thronrede „als den gefährlichsten Traum von allen" bezeichnete; überall trug man sein Wort herum: „Ich unterwerfe mich keinem Hohenzollern!" Schritt für Schritt wich der König von Preußen vor diesen sich auftürmenden Hindernissen zurück; vergebens mahnten sein vertrautester Ratgeber, der General Joseph v. Radowitz, und, so oft er gefragt

wurde, auch der Thronfolger zur Festigkeit; die „Junker und Pfaffen“, welche sich um die „Neue preußische Zeitung“ (Kreuzzeitung) scharten, suchten den König fortwährend davon zu überzeugen, daß er selber halb von den revolutionären Strömungen beherrscht sei, daß man umkehren, „Buße thun“ und sich mit Oesterreich als dem Hort der konservativen Ideen aussöhnen müsse. Die Haltung des Zaren Nikolaus, welcher in harten Worten den Widerstand seines Schwagers gegen die Wiederherstellung des unter dem Druck der Revolution mit Zustimmung aller Fürsten abgeschafften Bundestags tadelte und der auch durch einen Besuch des Prinzen von Preußen in Warschau und Petersburg im Juni 1850 sich nicht umstimmen ließ, trug sehr viel zur Einschüchterung des Königs bei, und am 29. November 1850 unterzeichnete der neue, der Kreuzzeitungspartei angehörige Minister Otto v. Manteuffel den Vertrag von Olmütz, durch welchen sich Preußen allen Forderungen des Zaren und des österreichischen Ministerpräsidenten, des Fürsten Felix von Schwarzenberg, unterwarf. Zur deutschen Union hatte u. a. auch Kurhessen gehört; dessen Kurfürst Friedrich Wilhelm aber hatte gewaltsam die Verfassung von 1831 aufgehoben, rechtswidrig Steuern eintreiben lassen und gegen den Widerstand seines Volkes den seit Mai 1850 wieder bestehenden, von Preußen aber noch nicht wieder beschickten und auch nicht anerkannten Bundestag um Hilfe angerufen, ohne sich länger an die Union zu kehren. Gleichzeitig waren, im Auftrag des Bundestags, im Süden Bayern und Oesterreicher, und im Auftrag der Union, im Norden Preußen in den Kurstaat eingerückt, jene um dem fürstlichen Tyrannen beizustehen, diese um dem Volke zu seinem Rechte zu helfen; jetzt, da Preußen sich in Olmütz beugte, war die Sache der Kurhessen so gut verloren, wie der Schleswig-Holsteiner; jene mußten sich ihrem Kurfürsten, diese sich dem Dänenkönig unterwerfen. Es war alles verloren, die Sache dieser einzelnen Landschaften wie die der deutschen Einigung; im Mai 1851 erschien auch wieder ein preußischer Gesandter bei dem hergestellten Bundestag; es war der Freiherr Otto v. Bismarck-Schönhausen, bisher ein eifriger Kreuzzeitungsmann, der die Schmach von Olmütz für eine ehrenvolle Umkehr seines Staates ansah, aber sehr bald andere Ansichten gewinnen sollte.

War wirklich nichts anderes möglich gewesen als ein so trauriger Ausgang? Hatten nicht am Ende diejenigen recht, welche den König Friedrich Wilhelm IV. beschuldigten, daß er

auch diesmal wieder, wie im April 1849, in letzter Linie aus Thatenscheu dem entscheidenden Zusammenstoß ausgewichen sei; daß bei ihm auf große Entwürfe immer ein kleinlicher Verzicht folge? In der That gab es manche einsichtige Beurteiler, welche der Ansicht waren, daß es nur des Entschlusses zum Krieg gegen Oesterreich und seine süddeutschen Verbündeten bedurft haben würde, um den Frieden zu erhalten; daß also, was 1866 geschah, 1850 nicht eingetreten sein, der Bürgerkrieg unter den Deutschen wegen der deutschen Verfassung nicht zum Ausbruch gelangt sein würde. So urteilte einer der 1848er Minister des Königs, Camphausen, in einem Briefe an Bunsen; nach seiner Ansicht hatten die Oesterreicher „die Kriegsdrohung bramarbasierend, bittere Angst im Herzen, ausgestoßen," und Preußen hatte ohne Not „den Staub von ihren Füßen geleckt". Aber es ist doch nicht gewiß, ob diese Politiker sich nicht irrten. Oesterreich hatte aus eigener Kraft im Frühling 1849 die Italiener, im Sommer desselben Jahres mit russischer Hilfe die Ungarn besiegt und die schwer bedrohte Einheit seiner Monarchie hergestellt; es blieb noch dafür zu sorgen, daß es nicht aus Deutschland hinausgedrängt wurde, und der Fürst Felix von Schwarzenberg, des moralischen Beistandes von Rußland sicher, des Zuzugs der Süddeutschen gewiß, sollte vor einem Krieg mit Preußen zurückgeschreckt sein, für den 200 000 Mann bereit standen? Von niemand war dies weniger zu erwarten als von ihm, der in echt Kaunitzschem Hasse gegen den Staat Friedrichs des Großen als seine Aufgabe bezeichnet hat: avilir la Prusse, puis la démolir, Preußen zu erniedrigen und hernach es zu zerstören. Auf den äußersten Fall aber war Preußen doch nicht vorbereitet; seit 1815 war aus Sparsamkeitsgründen nichts zur Vermehrung seiner Streitkräfte geschehen, und so war es nicht imstande, ans Schwert zu appellieren. Es wich zurück; es duldete schweigend, daß alles auf den Stand vor dem März 1848 zurückkehrte, daß die Hand des Dänenkönigs schwerer als je auf den Elbherzogtümern lastete, daß die 1848 entstandene deutsche Flotte auf Befehl des Bundestages am 18. August 1852 öffentlich durch den Staatsrat Hannibal Fischer unter den Hammer gebracht und an den Meistbietenden versteigert wurde.

Aber mit Preußen war auch Deutschland unterlegen; was in Preußen patriotisch dachte, empfand die Schmach von Olmütz mit, empfand sie grimmiger sogar als die Schmach von

Tilsit. Darin lag aber auch der Keim einer besseren Zukunft; die Einheit der preußischen und der deutschen Geschicke, längst vorhanden, wurde zum festen Glaubenssatz aller klar denkenden und deutschfühlenden Männer. Der alte Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich war schroffer als je hervorgetreten, und mit Preußen stand und fiel auch der nationale und freie Staat der Deutschen. Wollte man ihn aber aufrichten, so galt es vor allem, das preußische Heer schlagfähig zu machen, was es Ende 1850 nicht gewesen war.

Hier hatte die Arbeit der Patrioten einzusetzen; das sah niemand schärfer ein als der Prinz von Preußen, der im Fall eines Krieges den Oberbefehl über das Heer hatte übernehmen sollen. Seit dem Tage von Olmütz war ihm hell und deutlich vorgezeichnet, was er zu thun hatte.

Zunächst freilich war das Spiel verloren, und für Preußen begann eine achtjährige, von 1851—1858 dauernde Zeit trüber und dumpfer Reaktion, während deren Manteuffel und die Männer der Kreuzzeitung das große Wort führten. Die Verfassung war freilich da, und sie einfach wieder zu beseitigen, wie dies in Oesterreich kurzerhand geschah, ging bei der Ehrlichkeit des Königs und bei der konstitutionellen Gesinnung des Thronfolgers nicht an; aber vermöge einer reaktionär gesinnten Kammer, der sogenannten „Landratskammer“, gelang es doch, unter verfassungsmäßigem Aushängeschild in freiheitswidrigem Sinne zu regieren, alle freie Bewegung zu knebeln und in der evangelischen Kirche und Schule einer Orthodoxie zur Herrschaft zu verhelfen, welche nach dem späteren Urteil des Prinzen von Preußen selbst, der doch strenggläubiger Protestant war und blieb, „mit den Grundanschauungen der evangelischen Kirche nicht verträglich war und sofort in ihrem Gefolge Heuchler hatte;“ in der katholischen Kirche aber ließ man Bestrebungen freien Spielraum, welche, nach demselben Zeugen, „die Religion zum Deckmantel politischer Absichten machten“. Das Ansehen Preußens sank sowohl in Deutschland als im Auslande von Jahr zu Jahr; die Anhänger der erbkaiserlichen Idee, welche 1849 die große Mehrheit des Parlaments für sich gehabt hatte, verminderten sich fortwährend an Zahl; und wie wenig die europäischen Großmächte Preußen noch als vollwichtig ansahen, dafür haben wir erst jüngst einen

sprechenden und beschämenden Beweis in der Anfang 1885 erschienenen Briefsammlung des damaligen sardinischen Ministers, des Grafen Camillo Cavour, gefunden. Im Jahre 1854 hatte Kaiser Napoleon III., welcher 1852, auch als Erbe der Revolution, wie einst sein Oheim Napoleon I., die cäsaristische Verfassung in Frankreich hergestellt hatte, im Verein mit England sich dem Zaren Nikolaus in den Weg geworfen, welcher, trunken von seinen militärischen und diplomatischen Siegen über die abendländische Revolution, die Hand nach dem Goldenen Horn ausgestreckt hatte; in dem „Krimkrieg“ wurde von Engländern, Franzosen, Türken und Sardiniern die russische Kriegsmacht in der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer gebrochen und die Feste Sebastopol wenigstens zur Hälfte mit stürmender Hand genommen; ein Minister-Kongreß (=Zusammenkunft) in Paris führte am 30. März 1856 zum Pariser Frieden, durch welchen die Sicherheit der europäischen Türkei mindestens vorläufig gewährleistet und Rußland vom linken Donauufer, an welchem es schon festen Fuß gefaßt hatte, hinweggedrängt wurde. Es klingt uns heute fast unglaublich, daß Preußen zu so wichtigen Verhandlungen anfänglich gar nicht beigezogen wurde, weil es an dem Kriege keinen Anteil genommen habe, und vor allem war es der österreichische Vertreter, Graf Buol, welcher sich mit allen Kräften dieser Beiziehung Preußens widersetzte. Aber am Ende wollte der französische Minister Walewski doch ohne Preußen nicht abschließen; Otto v. Manteuffel wurde telegraphisch eingeladen und „reiste so eilig ab, daß er nicht einmal seine Koffer recht packte“. In Paris angekommen, mußte der preußische Ministerpräsident lange im Vorzimmer des Kongresses warten, bis ihm endlich fast die Geduld riß, und sollte am Ende das Protokoll einer Sitzung unterschreiben, bei welcher er gar nicht ganz zugegen gewesen war. Das war ihm doch zu stark, er verließ den Saal und Walewski war in Verzweiflung, bis der geistreiche Ausweg gefunden wurde, daß man die betreffende Sitzung, obwohl sie nur eine gewesen war, als zwei behandelte, von denen die eine ohne, die andere mit den Preußen gehalten worden sei; und nun konnte fröhlich unterzeichnet werden.

So behandelte man im europäischen Völkerrate das Preußen der Reaktionszeit. Und bitterer noch als die Thatsache erscheint uns der behaglich ironische Ton, in welchem der Graf Cavour den ganzen Vorfall, „ein rechtes Vorstadt-

theaterstück", in seinen Briefen erzählt. Man merkt ihm an, daß er im stillen dabei dachte, jedermann werde nur so behandelt, wie er es verdiene.

Der Prinz von Preußen trat in den Jahren des Manteuffelschen Regiments naturgemäß in den Hintergrund. Die herrschende „kleine, aber mächtige" Partei wußte sehr gut, daß sie ihn als Gegner zu betrachten hatte; daß er an der Verfassung rechtlich festhielt und nicht bloß des Scheines wegen, und daß ihn die Schmach von Olmütz, das Aufgeben aller Bestrebungen für die Einigung Deutschlands mit Unmut erfüllte. Deshalb war auch eine positive Arbeit des Prinzen am Staatsleben in diesen Jahren ausgeschlossen; er lebte nur seinen militärischen Pflichten und seiner Familie. Was das erste anbetrifft, so veranlaßte ihn sein rheinisches Kommando zur häufigen Residenz in Koblenz; 1854 wurde er dann zum Generalobersten der Infanterie mit Feldmarschallsrang erhoben und erhielt den Oberbefehl über die Bundesfestung Mainz; am Neujahr 1857, kurz ehe er sein 60. Jahr vollendete, durfte er den Tag seiner fünfzigjährigen Zugehörigkeit zur Armee feiern, aus welchem Anlaß er vom König einen Degen, vom Heer einen silbernen Schild, von den Veteranen der Jahre 1813—15 einen silbernen Helm erhielt; auch entsandte der Landtag eine feierliche Abordnung, um ihm namens des Volks Glück zu wünschen. „Ich nehme," sagte der Prinz, „diese Beweise herzlicher Teilnahme mit freudigem Herzen entgegen, weil ich sie als Anerkennung meines guten Willens betrachte, in allen Beziehungen und in jeder Stellung meine Schuldigkeit zu thun; darauf ist mein tägliches Gebet gerichtet."

Das Familienleben des Prinzen ward durch die Verlobung der beiden Kinder gleichzeitig verschönert und einsamer gestaltet, wie dies Elternlos zu sein pflegt. Voran ging die Prinzessin Luise, welche im September 1855, vier Monate nach ihrer Einsegnung, mit dem Erbprinzen Friedrich von Baden das Eheversprechen wechselte, worauf am 18. Januar 1856 die feierliche Verlobung und am 20. September desselben Jahres die Vermählung folgte. Kurz vorher hatten die Eltern mit Sohn und Tochter einen Besuch am englischen Hofe ausgeführt, wobei der Prinz Friedrich Wilhelm und die königliche Prinzessin (princess royal) von England, Viktoria, sich kennen und lieben lernten; im Juli 1857 geschah die Verlobung, am 25. Januar 1858 die feierliche Vermählung in London, wobei die beiderseitigen Eltern des Brautpaars zu-

gegen waren: noch lebte der unvergeßliche „Prinzgemahl" Albert, der Gatte der Königin Viktoria, und auf die Frage des Erzbischofs von Canterbury: „Wer gibt dieses Weib diesem Mann zur Ehe?" trat er vor und führte die geliebte Tochter, der er bald entrissen werden sollte, an den Altar. Der Prinz von Preußen war, als sein Sohn das englische Königskind freite, bereits Großvater, da seine Tochter am 9. Juli 1857 den künftigen Großherzog von Baden, Friedrich Wilhelm, geboren hatte.

Einer aber fehlte an dem Hochzeitsfeste in London, König Friedrich Wilhelm IV. Im September 1857 war er von einem Hirnschlag betroffen worden, von dessen Folgen er sich nicht mehr erholen sollte. Die Fortführung der Regierung war ihm dadurch unmöglich geworden; am 23. Oktober 1857 befahl er seinem Bruder, da er selbst laut ärztlicher Vorschrift sich wenigstens drei Monate aller Geschäfte enthalten sollte, ihn während dieser Zeit „in der oberen Leitung des Staates zu vertreten". Noch dreimal wurde diese Stellvertretung in vorläufiger Weise verlängert; als aber keine ärztliche Behandlung und kein Kuraufenthalt in südlicheren Klimaten eine Besserung der Krankheit herbeiführte, da erging am 7. Oktober 1858 der entscheidende Erlaß des Königs an den Thronfolger, kraft dessen derselbe so lange, bis er selbst die Pflichten seines Amtes wieder erfüllen könne, „die königliche Gewalt in der alleinigen Verantwortlichkeit gegen Gott, nach bestem Wissen und Gewissen, in des Königs Namen als Regent ausüben solle". Sofort wurde der Landtag zu außerordentlicher Sitzung berufen und ihm eine Vorlage wegen Errichtung der „Regentschaft" unterbreitet, welche am 25. Oktober in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser die gesetzliche Bestätigung der Volksvertretung erhielt; schon am 26. Oktober leistete der Prinz von Preußen im weißen Saale des königlichen Residenzschlosses zu Berlin den Eid auf die Landesverfassung, vermöge dessen er „dieselbe fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren" gelobte.

Viertes Kapitel.

Die Jahre der Regentschaft. 1858—1861.

Die konservative oder Kreuzzeitungspartei hatte die Erhebung des Prinzen von Preußen zum Regenten nichts weniger als gern gesehen; denn sie war sich wohl bewußt, daß mit dieser Personalveränderung auch ein Systemwechsel verbunden sei. So konservativ der Prinz naturgemäß auch war, so hielt er die Ansicht doch für durchaus nicht richtig, daß konservative und liberale Grundsätze sich schroff ausschließen. Die Verfassung selbst war nichts anderes als ein Ausgleich dieser Grundsätze; sie hielt die Einherrschaft des Königs fest, aber nicht die Alleinherrschaft; sie stellte ihm die Volksvertretung mit bestimmten, klar umschriebenen Rechten zur Seite; keine Steuer war rechtmäßig, wenn sie nicht vom Parlament genehmigt war; kein Gesetz hatte Gültigkeit, wenn es nicht die Billigung des Landtags erhalten hatte. Der Prinz von Preußen war entschlossen, ehrlich dieser Sachlage gemäß zu regieren und die Rechte des Landtags genau zu achten, wie er andererseits kein Recht der Krone über die Verfassung hinaus preiszugeben gedachte. Dies war aber nicht alles. Die Niederlage von Olmütz mußte wettgemacht werden; Preußen mußte das 1849 und 1850 gescheiterte Werk einer festeren Einigung Deutschlands wieder aufnehmen und durchführen. Mit Manteuffel und seinen Genossen war diese Aufgabe natürlich nicht zu vollbringen; deshalb entließ der Regent gleich nach dem Antritt seines Amtes das alte Ministerium und beauftragte am 5. November seinen Verwandten, den Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Eine bessere Wahl konnte er unter den obwaltenden Umständen nicht treffen, als daß er diesen echten Edelmann an die Spitze der Geschäfte stellte, welcher, obwohl katholischen Glaubens, doch von der vollsten Hingabe für den nationalen deutschen Gedanken erfüllt war und der zum Zeugnis im Dezember 1849 — ebenso wie sein Vetter Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Hechingen — auf seine Souveränität verzichtet und sein Ländchen an Preußen abgetreten hatte. Fast ganz Deutschland jubelte ihm und seinen Amtsgenossen Flottwell, v. Auerswald, v. Schleinitz,

v. Bonin, v. Patow, v. Pückler, v. Bethmann-Hollweg, v. d. Heydt und Dr. Simons als den Vertretern der „neuen Aera" zu und erwartete von ihnen eine feste und doch maßvolle Vertretung der freisinnigen und nationalen Idee. Es versteht sich von selbst, daß es dem Zartgefühl des Regenten nicht leicht fiel, sofort mit der Uebernahme der obersten Gewalt einen Wechsel in den Räten der Krone zu vollziehen, welcher doch eine tiefgreifende Abweichung von den Grundsätzen des Bruders bekundete. Deshalb betonte er auch in seiner Ansprache an das Staatsministerium vom 8. November, daß er mit den neuen Ministern sich darin eins wisse, „daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmer die Rede sein solle; es solle nur die sorgliche und bessernde Hand da angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige. Versprochenes müsse man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen; nicht Versprochenes müsse man mutig verhindern." „Vor allem warne ich vor der landläufigen Redensart, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen. Gerade hierauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Folgerichtigkeit ausspricht, so ist eine Regierung stark, weil sie ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen." Der Regent besprach sodann die Aufgaben, welche den einzelnen Zweigen der öffentlichen Verwaltung gestellt seien, und gab hierbei wertvolle und richtige Andeutungen. So sehr er alles scheinheilige Wesen, alles religiöse Gebaren, das nur Mittel zu selbstsüchtigen Zwecken sei, verwarf, so sprach er doch die Hoffnung aus, daß, je höher man im Staate stehe, man auch das Beispiel des Kirchenbesuchs geben werde; das Unterrichtswesen müsse so geleitet werden, daß Preußen an der Spitze geistiger Intelligenz stehe und durch die Schulen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung die nötige Bildung gewährt werde, ohne diese Klassen über ihren Kreis hinauszuheben. Vor allem bezeichnet es der Regent als notwendig, daß manches im Heerwesen verbessert werde; dazu gehören ruhige politische Zustände und Geld, „und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Augenblicke der Entscheidung den

Erwartungen nicht entspräche." „Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können." Ueber die auswärtigen Dinge äußerte sich der Regent dahin, daß Preußen mit allen Großmächten in freundschaftlichem Vernehmen stehen müsse, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und sich die Hände frühzeitig durch Verträge zu binden. „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungsmitteln, wie der Zollverband es ist. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, folgerichtiges und, wenn es sein muß, thatkräftiges Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist."

Es ist wohl der Mühe wert, diese Ansprache des Regenten im einzelnen zu erwägen. Ueberall zeigt sich ein selbständiger, welterfahrener und doch auf sich selbst ruhender Geist; ein Geist, der nicht die Richtung von anderen empfängt, sondern sie ihnen vorschreibt, der nicht vom Strom der Zeit sich treiben läßt, sondern über ihm steht und ihn zu beherrschen und richtig zu leiten unternimmt. Das ist kein König der neufranzösischen Schablone, der sich bloß zur Zierde des Staatsbaues eignet, der alles Regieren seinen Ministern überläßt und das unterschreibt, was sie ihm als Willen des Parlaments vorlegen. Das Schlagwort des Parlamentarismus: le roi règne, mais il ne gouverne pas, „der König sitzt auf dem Throne, aber er regiert nicht," paßt nicht auf diesen Fürsten. Er ist ganz ein Hohenzoller aus dem Holze des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen, aber einer, in dessen Adern das Blut des 19. Jahrhunderts rollt. Er zieht sein Volk zur Mitwirkung heran; aber er behält das Steuerruder des Schiffes in seiner Hand, überzeugt, daß er für das Geschick des Fahrzeugs Gott verantwortlich ist. Es ist derselbe Mann, wie die Welt ihn später kennen lernte, der noch heute auf dem Thron Barbarossas sitzt, gewissenhaft, klar und fest nach allen Seiten. Es ist eine echt königliche Natur; hier hat nicht der Zufall gewaltet, indem dieser Mann das Scepter ergriff; es hat ihm dasselbe gebührt; er war dazu berufen.

Es war auch hohe Zeit, daß an die Spitze des preußischen Staats ein solcher Mann trat; denn die Schicksale des Weltteils waren in die entscheidende Krisis eingetreten.

Wie Napoleon III. 1856 Rußland gedemütigt hatte, so wandte er sich nunmehr gegen Oesterreich, das ebenfalls der 1814 und 1815 siegreichen Koalition angehört hatte. Wenn der Kaiser selbst nicht gewollt hätte, so würden ihm seine italienischen Bundesgenossen keine Ruhe gelassen haben. König Viktor Emanuel von Sardinien hatte 1855 auf den Rat seines genialen Ministers, des von patriotischer Glut erfüllten Grafen Camillo Cavour, die Belagerer von Sebastopol in einem Augenblick großer Not mit 15000 Mann sehr willkommener Hilfstruppen unterstützt und sich damit ein Anrecht erworben, daß Frankreich und England auf die Klagen des in viele Staaten zerrissenen und unter dem Druck der österreichischen Fremdherrschaft seufzenden Italiens hörten. Im Juli 1858 traf Cavour im Vogesenbad Plombières mit dem Kaiser die entscheidenden Abreden, nach welchen Napoleon bereit war, gegen die später erfolgende Abtretung von Savoyen und Nizza dem König von Sardinien bewaffnete Hilfe gegen Oesterreich zu leisten. Sofort begannen auch die Bestrebungen, sich der Neutralität Preußens zu versichern, ohne welche Frankreich in Oberitalien seine volle militärische Energie nicht entfalten konnte. Auf dem Rückweg von Plombières nach Turin berührte Cavour auch Baden-Baden, wo der Prinz von Preußen gerade weilte, und bemühte sich, ihn für die italienische Sache zu gewinnen; einige Monate nachher suchte der Marchese Pepoli den soeben zum Ministerpräsidenten ernannten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern in Düsseldorf auf, um ihn davon zu überzeugen, daß Preußen und Sardinien-Piemont ganz dieselben Interessen hätten, daß Oesterreich ebenso die deutsche Einheit verhindere wie die italienische; und im Februar 1859 ließ Napoleon dem Regenten Holstein, Hannover und Kurhessen anbieten, falls derselbe Frankreich in der italienischen Sache unterstütze; er griff damit auf Verhandlungen zurück, die er schon 1851 hatte durch seinen Vertrauten Persigny anknüpfen lassen. Auf diese geheimen Unterhandlungen bezog es sich, wenn der Regent am 8. November seinem Ministerium die Weisung erteilte, „daß Preußen sich nicht frühzeitig die Hände durch Verträge binden dürfe". Cavour und der Prinz waren voneinander gegenseitig entzückt; der Minister nahm die Ueberzeugung von Baden mit, daß Preußen seine moralische

Niederlage von 1850, wodurch es fast allen Einfluß in Deutschland verloren habe, zu rächen suchen werde, und der Prinz fand Cavour „gar nicht so revolutionär als man sagt“; einer seiner Minister meinte: „Ganz entschieden, Cavour hat den Prinzen erobert.“ Aber trotzdem war der Prinzregent weit davon entfernt, sich jetzt schon die Hände zu binden und sich „fremden Einflüssen hinzugeben“. Gewiß war er entschlossen, die Scharte von Olmütz auszuwetzen und Preußen seine gebührende Stellung in Deutschland so oder so zu erobern; aber er konnte nicht verkennen, daß sich leicht das Spiel von 1805 und 1806 wiederholen konnte; daß Napoleon zuerst Oesterreich und dann Preußen angriff. Als dann der Krieg herannahte, fanden im April 1859 auch zwischen Wien und Berlin Verhandlungen statt; aber Oesterreich forderte bloß, ohne etwas zu gewähren; es wollte seine Stellung nördlich und südlich der Alpen genau so behaupten, wie sie war; Preußen sollte ein Heer am Rhein aufstellen und so die Franzosen indirekt am Einmarsch in Italien hindern; dafür wurde aber keine Gegenleistung geboten, obwohl für Preußen nicht der Schein einer Pflicht vorlag, für Oesterreichs italienischen Besitz auch nur einen Fuß zu rühren. Nun kam der Krieg, und es kamen die Niederlagen des österreichischen Heeres bei Magenta und Solferino; aber noch behauptete es Venetien, vor welches sich schützend das gewaltige Festungsviereck legte, Peschiera, Mantua, Verona und Cremona; der Kaiser Franz Joseph brauchte nur die Forderung des Prinzregenten zu erfüllen, daß ihm der bedingungslose Oberbefehl über die vier Armeecorps der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands übertragen werde, so brach ein mächtiges Heer an den Rhein auf und die französische Flut in Oberitalien ebbte von dort zurück. Aber Oesterreich fürchtete, daß durch ein solches Zugeständnis Preußen zu viel gewinne; der einmal erteilte, vom Bundestag in keiner Weise abhängige Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte konnte sich bei den gefährlichen Zeiten leicht in einen dauernden verwandeln; so gab Franz Joseph lieber in Italien nach und schloß am 11. Juli 1859 in einer nur einstündigen Unterredung mit Napoleon zu Villafranca einen Waffenstillstand, aus welchem im November der Züricher Friede hervorging. Oesterreich verlor die Lombardei mit Mailand, seinen halben Besitz in Italien, welcher an Viktor Emanuel überging; aber es hatte die Genugthuung, daß es Preußen gar nichts bewilligt hatte. Die Italiener freilich

hielten sich nicht an den Züricher Frieden; sie verjagten ihre sämtlichen Fürsten mit Ausnahme des Papstes, dem die französische Besatzung, welche seit 1849 in Rom lag, diese Stadt mit ihrer Umgebung erhielt; schon am 17. März 1861 nahm Viktor Emanuel den Titel eines „Königs von Italien" an, und kurz ehe der Bismarck Italiens, Camillo Cavour, als einundfünfzigjähriger Mann vor der Zeit dahinschied, es war am 6. Juni 1861, durfte er noch das erste italienische Parlament eröffnen helfen. Die eine der Nationen im Herzen Europas, welche seit Jahrhunderten zerrissen und ohnmächtig gewesen waren, hatte ihre Einheit und Freiheit vom Auslande nahezu völlig erkämpft; es stand zu hoffen, daß die andere ihrem Beispiel folgen würde.

Der Prinzregent war dazu entschlossen; aber es sollte in Deutschland das große Werk ohne die verderbliche Hilfe Frankreichs vollführt werden; es sollte keine deutsche Landschaft gleich Savoyen und Nizza an dem Tage vom Leibe der Nation gerissen werden, wo alle anderen sich zu einem nationalen Staate zusammenschlossen. Wenn dies hohe Ziel der deutschen Einigung ohne Einbuße, wenn es sicher und rasch erreicht werden sollte, so mußte endlich das geschehen, was schon 1850 hätte geschehen sein sollen: das preußische Heer mußte besser organisiert und vermehrt werden. Und selbst wenn man nichts gewollt hätte als nur die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes — man kannte Napoleons Begierde nach dem Besitz Belgiens und des linken Rheinufers; man mußte in der Lage sein, diesem Begehren im Notfall mit dem Schwerte in den Weg zu treten.

Aus diesen Gründen erwuchs der Plan einer „Reorganisation", einer Neuordnung und Verbesserung des preußischen Heerwesens. Seit 1815 war die Zahl der Soldaten um nur 20 000 Mann gesteigert worden, während die Bevölkerung sich verdoppelt hatte; die Folge war, daß der Staat militärisch weit weniger leisten konnte, als sich nach seiner Volkszahl erwarten ließ, und daß im Notfall nicht bloß die Linientruppen, das „stehende Heer", sondern sofort auch die Landwehr zu den Fahnen gerufen werden mußte; so war es 1859 bei der Mobilmachung geschehen, daß in einer Compagnie von 250 Mann nicht weniger als 242 Familienväter sich befunden hatten, deren Angehörige während der Zeit ihrer Einberufung den Gemeinden zur Last fielen. Nun entwarf der Prinzregent

den Plan, die Linientruppen und die zu ihnen gehörige Reserve zu vermehren, um so imstande zu sein, auch ohne Hinzunehmen der Landwehr die gleiche Heeresstärke zu erreichen, wie seither mit der Landwehr. Dabei wurde es dann möglich, die letztere länger zu schonen, was die Rücksicht auf die vielen verheirateten Landwehrmänner dringend gebot; und man war dann auch in der Lage, nicht bloß einen Teil der brauchbaren Rekruten, sondern alle oder doch die weitaus meisten auszuheben und einzuüben; das entsprach offenbar der Forderung möglichster Gleichheit aller Staatsbürger, während seither die schreiendste Ungleichheit geherrscht hatte und viele ganz militärfrei geblieben, andere aber zu dreijährigem Dienste herangezogen worden waren. Mit kurzen Worten: die Heeresreorganisation empfahl sich durch Erwägungen der Staatsklugheit: Preußen mußte befähigt werden zu einem etwa notwendig werdenden großen Krieg, wozu es bislang unfähig war; sie empfahl sich durch Erwägungen der Billigkeit: die jüngeren Altersklassen sollten in stärkerem Maße herangezogen werden als die älteren; endlich empfahl sie sich durch Erwägungen echt demokratischer Natur: alle wehrhaften Jünglinge sollten gleich sein vor dem Gesetz, nicht bloß dem Namen nach, sondern auch in That und Wahrheit. Man berechnete, daß, wenn die Reorganisation durchgeführt wurde, wenn alle dienstfähigen Männer vom 20. bis 27. Jahr in Linie und Reserve eintraten, drei Jahre in die erste, vier in die letztere, daß dann Preußen mit 400 000 Mann ins Feld rücken konnte; und dieses Ergebnis, wozu man seither zwölf Jahrgänge Linie, Reserve und Landwehr nötig gehabt hatte, wurde jetzt mit sieben Jahrgängen ohne die Landwehr erreicht. Diese wurde auf fünf Jahrgänge, vom 28. bis 32. Jahr beschränkt, während die Verpflichtung zu ihr seither bis zum 40. Jahr sich erstreckt hatte. Man konnte im Fall der dringenden Not also auch die Landwehr aufbieten, ohne allzu tief in die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens eingreifen zu müssen. Es ist immer dasselbe Ergebnis: die „Reorganisation“ erhöhte die Schlagfertigkeit Preußens, sie erhöhte also das Gewicht und die Leistungsfähigkeit seiner Politik, und dabei enthielt sie, obwohl sie wegen der Errichtung der Cadres für 117 neue Bataillone und wegen der Schaffung von 18 neuen Reiterregimentern das Budget natürlich erheblich höher belastete, doch auch sehr wesentliche Erleichterungen für das Volk.

Freilich, die „Reorganisation“ erforderte eine Erhöhung

der Militärausgaben, und deswegen wurde sie dem Landtag im Jahr 1860 vorgelegt, damit er die benötigten Summen bewillige. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses entzog sich der Erkenntnis nicht, daß etwas für die Vermehrung des Heeres geschehen müsse; aber sie war der Meinung, daß sich das wünschenswerte Ziel auf eine weniger kostspielige Weise erreichen lasse, wenn man nämlich zwar mehr Soldaten, 60 000 statt nur 40 000, jährlich als Rekruten einstelle, sie aber nach zwei Jahren wieder entlasse; bei einer Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre konnte nach der Meinung der Abgeordneten sowohl die Heeresstärke erhöht als die Steuerkraft des Volkes geschont werden. Für diese Ansicht machte man geltend, daß unter Friedrich Wilhelm III. thatsächlich 20 Jahre lang die Militärverwaltung sich mit einer zweijährigen Dienstzeit begnügt habe; daß also der Beweis erbracht sei, daß auch die Fachmänner eine solche Dienstzeit für ausreichend ansähen; weshalb also dem Lande Lasten aufbürden, welche unnötig seien? Vielleicht haben die Stimmen recht, welche meinen, daß das Ministerium der „neuen Aera“ bei Entfaltung voller Festigkeit die Mehrheit der Kammer doch für das Wehrgesetz gewonnen haben würde, da die Gefahr eines französischen Krieges 1859 doch nahe genug gerückt war; auf alle Fälle zogen die Minister es vor, Zeit zu gewinnen und sich einstweilen bis zum letzten Juni 1861 neun Millionen Thaler zur vorläufigen Unterhaltung der neuen Regimenter bewilligen zu lassen. Der Prinzregent, welcher seit Jahrzehnten allen Militärkommissionen angehört hatte, welcher 1849 als Kritiker der Frankfurter Heeresentwürfe aufgetreten war und den badischen Aufstand niedergeworfen hatte, durfte als befähigt gelten, die ganze Frage mit vollem Verständnis zu beurteilen; die Reorganisation war ohnehin „sein eigenster Gedanke“, den er in langem Nachdenken ausgereift hatte; er war entschlossen, sich nicht bloß an vorläufigen Bewilligungen für den wichtigen Zweck genügen zu lassen, um so weniger, als er feierlich in der Thronrede vom 12. Januar 1860 dem Landtag erklärt hatte: „Es ist nicht die Absicht, mit dem Vermächtnis einer großen Zeit zu brechen. Die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein.“ Um darzuthun, daß die vorläufig getroffenen Einrichtungen notwendig bleibenden Charakter tragen müßten, erteilte der Regent durch einen Erlaß vom 4. Juli 1860, mittels dessen er den Abschluß der Reorganisation ankündigte, den neuen Regimentern

ihre Namen. Der betreffende Erlaß war aus Baden-Baden datiert, wo der Regent vom 14. bis 18. Juni mit Napoleon III. auf dessen Betreiben eine Zusammenkunft gehalten hatte, welcher eine große Anzahl deutscher Fürsten, namentlich die Könige von Bayern und Württemberg, anwohnten; die Zusammenkunft wurde vom Prinzregenten als ein Beweis bezeichnet, daß der Kaiser Napoleon III. die Unversehrbarkeit der deutschen Grenzen anerkenne, ohne welche Grundlage die Zusammenkunft von ihm, dem Regenten, gar nicht angenommen worden wäre. Gleichzeitig aber betonte er die Ehrlichkeit seiner Bestrebungen für eine Reform der deutschen Zustände und sprach die Hoffnung aus, daß die deutschen Fürsten nicht bloß dem Auslande gegenüber zusammenstehen, sondern auch in den inneren Fragen sich dem von Preußen betretenen Weg annähern möchten. Es war ein deutlicher Hinweis darauf, daß Preußen sich nicht auf Kosten Deutschlands mit Napoleon verständigen werde, wozu dieser jeden Augenblick bereit war, daß es aber als Gegenleistung eine haltbare Reform der deutschen Verfassung durch Entgegenkommen der Bundesgenossen erwarte und auf diese Reform nicht verzichte. Die deutsche Frage war nachdrücklich wieder aufgeworfen; um so wünschenswerter war die Eintracht von Volk und König in Preußen selbst.

In dieser vielfach gespannten Lage erfolgte in der Frühe des 1. Januar 1861 der Tod Friedrich Wilhelms IV. Nur aus Rücksicht auf die Neujahrsfreude der Hauptstadt, welche nicht jäh gestört werden sollte, wurde das Ereignis erst am 2. Januar 1861 öffentlich bekannt gegeben. Mit diesem Tage nahm der Prinzregent den Namen König Wilhelm I. an; mit diesem Tage, in einem Alter von fast 64 Jahren, begann er seine eigentliche Regierung, welche heute schon eine Dauer von 25 Jahren erreicht hat. Er war schon ein Greis nach menschlicher Rechnung, und doch stand er erst an der Schwelle seines Ruhms.

Drittes Buch.

König Wilhelm.

1861—1871.

Erstes Kapitel.

Der Kampf um die Heeresreorganisation.

Der Antritt der neuen Regierung in Preußen wurde durch einen allerhöchsten Erlaß vom 7. Januar 1861 dem ganzen Volke in feierlicher und erhebender Weise angekündigt, mit einigen jener Worte voll von der Kraft und Würde, die dem König Wilhelm vor allem eigen war. In der wärmsten und herzlichsten Art gedachte er in diesem „An mein Volk" betitelten Erlaß des heimgegangenen Bruders, „der überall edlen Kräften Anregung gab und deren Entfaltung förderte, der mit freier königlicher Huld dem Lande Einrichtungen gab, in deren Ausbau sich die Hoffnungen desselben erfüllen sollten; der mit treuem Eifer bemüht war, dem gesamten deutschen Vaterlande höhere Ehre und festere Einigung zu gewinnen, und dem ein hervorragender Platz in der glorreichen Reihe der Monarchen gebühre, welchen Preußen seine Größe verdanke." Darauf fuhr der König fort: „Das hohe Vermächtnis meiner Ahnen will ich getreulich wahren; mit Stolz sehe ich mich von einem so treuen und tapferen Volke, von einem so ruhmreichen Heere umgeben. Meine Hand soll das Wohl und das Recht aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten; sie soll schützend und fördernd über diesem reichen Leben walten. Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht; nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten. Treu dem Eide, mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen. Möge es mir unter Gottes gnädigem Beistand gelingen, Preußen zu neuen Ehren zu führen! Meine Pflichten für

Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen muß. Das Vertrauen auf die Ruhe Europas ist erschüttert. Ich werde mich bemühen, die Segnungen des Friedens zu erhalten. Dennoch können Gefahren für Preußen und Deutschland heraufziehen. Möge dann jener Gott vertrauende Mut, welcher Preußen in seinen großen Zeiten beseelte, sich an mir und meinem Volke bewähren und dasselbe mir auf meinen Wegen in Treue, Gehorsam und Ausdauer fest zur Seite stehen. Möge Gottes Segen auf den Aufgaben ruhen, welche sein Ratschluß mir übergeben hat."

Aus diesen Worten klang ein Ton energischen Pflichtgefühls hervor und die Gewißheit des Entschlusses, Preußen und Deutschland endlich auf der Bahn nationaler Reform vorwärts zu bringen. Aber die Grundlagen, auf denen sich der neue Bau erheben mußte, waren die Monarchie und das Heer; beide erschienen in allen Handlungen des Königs aufs engste vereinigt. Schon am 18. Januar wurden die Fahnen, welche den neuen Regimentern verliehen worden waren, am Denkmal Friedrichs des Großen feierlich eingeweiht; es war ein erneutes Zeichen davon, daß der König sich die Reorganisation des Heeres unter keinen Umständen mehr wolle entreißen lassen. Um sodann für die Festigkeit der monarchischen Ordnung Zeugnis abzulegen; um aller Welt kund zu thun, daß die Könige von Preußen ihre Krone von Gottes Gnaden tragen und sie nicht durch irgend einen Volksbeschluß empfangen hätten, welcher auch etwa widerrufen werden könnte; um diesen grundlegenden Gesichtspunkt durchschlagend zur Geltung zu bringen, kündigte der König am 3. Juli an, daß er sich am 18. Oktober 1861 in Königsberg die Krone in Gegenwart der beiden Häuser des Landtags aufsetzen werde, wie dies sein Ahnherr Friedrich I. gethan, und daß diese Krönung von nun an an Stelle der alten Erbhuldigung treten solle. Ausdrücklich hob der Erlaß dies hervor; es sollte in dem Ersatz der Erbhuldigung durch die Krönung und in der Gegenwart des Landtags auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Preußen aus der Zahl der absoluten Königreiche in die der konstitutionellen übergegangen sei. Aber die bereits erregte öffentliche Meinung hatte für das Vermittelnde des ganzen

Aktes keinen Sinn; sie sah nur auf die Erneuerung der pomphaften Krönung, auf das Hervorheben des gottgeordneten Wesens der Monarchie, welches doch ein Recht des Königs war, und verfiel wieder mehr und mehr in eine Verkennung der wahren Absichten des Herrschers zurück. Nur ein betrübender Ausfluß dieser irregeleiteten öffentlichen Meinung war es am Ende, daß am 14. Juli ein Mordanfall auf den König ausgeführt wurde: als er gegen neun Uhr morgens in der Lichtenthaler Allee bei Baden-Baden sich erging, feuerte ein Leipziger Student aus Odessa, Oskar Becker, zwei Terzerolschüsse auf ihn ab, von welchen einer leicht hätte tödlich wirken können. Die Kugel ging durch den Rockkragen des Königs und verletzte die Haut an der linken Seite des Halses, aber glücklicherweise nur leicht. Der Mörder, welcher meinte, den König als das Hindernis der deutschen Wiedergeburt beseitigen zu müssen, büßte seine wahnsinnige That mit der Verurteilung zu 20 Jahren Zuchthaus, eine Strafe, welche ihm bald nachher größtenteils erlassen wurde. Die Krönung aber fand dem Programm gemäß am 18. Oktober in Königsberg mit großen Feierlichkeiten statt; der König nahm die Krone von Gottes Tisch und setzte sie zuerst sich, dann seiner Gemahlin aufs Haupt. Seiner Absicht nach sollte damit bekundet werden, daß die Macht der Könige ihren Ursprung der Gnade Gottes verdanke; diese Macht stammt nicht von einer Menschensatzung her, sie verpflichtet aber ebendamit ihren Träger auch zur Demut gegen Gott und zur Erfüllung seiner Gebote. Es war ein denkwürdiger Akt inmitten einer demokratisierten Welt, welche von den Ideen von 1789 wo nicht beherrscht, so doch stark beeinflußt war; und obwohl der König ausdrücklich der „zeitgemäßen Einrichtungen" gedachte, „mit welchen der Thron umgeben sei," so war die Krönung doch für alle die ein unsympathischer Schritt, welche dem Königtum eine mehr bloß zierende, „dekorative", als eine wirklich einflußreiche oder gar entscheidende Stellung im Staatsleben zuweisen wollten. Unabhängig von solchen Zeitströmungen trat König Wilhelm fest und sicher auf den historischen Boden des preußischen Königtums; im Begriff, durch die Macht dieses Königtums womöglich die deutsche Frage zu lösen, war er der lebendigen Ueberzeugung, daß er von der Macht dieses Königtums nicht das geringste vergeben dürfe, daß es sein Recht wie seine Pflicht sei, den Charakter dieses Königtums unverändert und ungeschwächt zu erhalten, und daß das große Werk der deutschen Reform nur durch den

Einsatz der ganzen moralischen Gewalt der preußischen Krone gelingen könne. Das neue Deutschland sollte sein; aber mit ihm sollte sein das alte Königtum der Hohenzollern, als eine kostbare Mitgift und eines der ersten Bindemittel für die neue Ordnung der Dinge. Viele, welche von Preußen Gutes für Deutschland erhofften, wurden damals der ganzen Bedeutung des Krönungsaktes nicht inne; heute werden wohl die meisten derselben geneigt sein anzuerkennen, daß König Wilhelm, so absonderlich sich die Sache auch ausnehmen mochte, doch etwas Zeitgemäßes that, und niemand wird wohl leugnen, daß er das, was er geleistet hat, nicht geleistet haben würde, wenn ihn nicht die religiöse Auffassung seines Berufes erfüllt, wenn ihn nicht ein Gefühl der höheren Pflicht beseelt hätte, welche nötigenfalls von der Billigung der Menschen, vollends der Masse, absehen kann und auch absieht.

Während dieser Dinge war der Gegensatz zwischen Regierung und Parlament in der Frage der Heeresumgestaltung nicht milder, sondern im Gegenteil immer schroffer geworden. Zwar genehmigte das Abgeordnetenhaus auf das persönliche Eintreten des Ministerpräsidenten, des Fürsten von Hohenzollern, am 31. Mai 1861 noch einmal die Kosten für die Reorganisation auf ein weiteres Jahr; aber zu einer dauernden Genehmigung wollten sich die Abgeordneten nicht verstehen, und bei den Neuwahlen, welche Ende 1861 stattfanden, errang die im Juni 1861 neu gebildete „deutsche Fortschrittspartei in Preußen" einen glänzenden Sieg, so daß sie in der zweiten Kammer den Ton angab. Sofort wurde von der neuen Mehrheit das Kampfesfeld erweitert und auf größere Ausführlichkeit im Budget und auf genaue Verwendung der bewilligten Gelder nur zu den im voraus bezeichneten Zwecken gedrungen, während seither Ersparnisse an einem Posten zu Ausgaben für andere Dinge verwendet worden waren. Darüber trat der Fürst von Hohenzollern vom Amte zurück; das Abgeordnetenhaus wurde im März aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, welche am 6. Mai 1862 stattfanden und nur einen Zuwachs der fortschrittlichen Abgeordneten zur Folge hatten. Wohl erwies sich die Zweite Kammer in Sachen des damals vorgelegten französischen Handelsvertrags, welcher auf freihändlerischer Grundlage ruhte, entgegenkommend und nahm den Vertrag im Juli 1862 mit ungeheurer Mehrheit an; aber im Punkt der Reorganisation war der Standpunkt des Hauses der, daß es dieselbe nur um den Preis der zwei-

jährigen Dienstzeit dauernd genehmigen, anderenfalls aber keinen Pfennig mehr bewilligen wollte. Wenn es nun so weit kam, so mußte die Krone entweder die 1860 geschaffenen Regimenter wieder auflösen, oder der Verfassungskonflikt war da. Am 23. September 1862 wurden in der That die geforderten sechs Millionen Thaler mit 308 gegen 11 Stimmen vom Budget gestrichen; nicht einmal ein volles Dutzend Abgeordnete gab es mehr, welche geneigt waren, die militärische Stärke Preußens als ein absolutes Erfordernis der europäischen Lage gelten zu lassen, hinter welchem alle anderen Rücksichten zurücktreten müßten. Jetzt gab auch der Nachfolger des Fürsten von Hohenzollern, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen, entmutigt seine Entlassung ein; aber bereits war der Mann in Berlin, welcher furchtlos in die Lücke zu treten bereit war. Es war dies der seitherige Gesandte Preußens in Paris, Freiherr Otto v. Bismarck-Schönhausen, der vorher am Bundestag in Frankfurt und dann als Botschafter in St. Petersburg seine politischen Erfahrungen gesammelt hatte und nun als siebenundvierzigjähriger Mann ins Kabinett trat. Am 23. September übernahm er den Vorsitz im Staatsministerium, und am 9. Oktober das Auswärtige Amt, nachdem der Graf Bernstorff dasselbe abgegeben hatte.

Die Berufung Bismarcks an die Spitze der Geschäfte wurde von dem Abgeordnetenhause und der öffentlichen Meinung als ein Schlag ins Gesicht empfunden. Man kannte ihn nur aus seinem Auftreten im Vereinigten Landtag, wo er ein Verfechter junkerlicher Grundsätze gewesen war und wohl mit Nachdruck beteuert hatte, daß er stolz darauf sei, ein Junker zu sein. Auch Olmütz noch war ihm nicht im Lichte einer furchtbaren nationalen und preußischen Niederlage erschienen, sondern als eine Rückkehr Preußens zu den konservativen und antirevolutionären Grundsätzen. Dann aber hatte sich in ihm eine tiefe Wandlung vollzogen. Als preußischer Gesandter am Bundestag hatte er die österreichische Politik aus nächster Nähe beobachten gelernt; er hatte sich überzeugt, daß das Kartell nicht mehr gehalten wurde, vermöge dessen seit 1815 Preußen sich in den Fragen der großen Politik an Oesterreich angeschlossen hatte, wofür ihm in innerdeutschen Angelegenheiten freier Spielraum zugestanden worden war. Jetzt ging die Hofburg darauf aus, Preußen auf allen Gebieten Schach zu bieten, seine Bewegungen überall zu überwachen und lahm zu legen; das avilir la Prusse, puis la démolir (S. 73)

war der unverrückbare Leitstern der Wiener Staatskunst. Wie Bismarck dies erkannte, da wallte derselbe preußische Stolz in ihm auf, welcher seiner Zeit ihn zum Gegner der 48er Revolution gemacht hatte; er wurde aus einem Anhänger des Zusammengehens mit Oesterreich ein Gegner desselben, nicht sowohl weil er, als weil Oesterreich sich geändert hatte, und es erwuchs in ihm jene Stimmung, vermöge deren er bei einer Parade einem Erzherzog auf die spöttische Frage, ob er alle seine Orden vor dem Feinde erhalten habe, blitzschnell antwortete: „Jawohl, kaiserliche Hoheit; alle hier in Frankfurt, alle vor dem Feinde!“ So hatte er seit Jahren bei jeder Gelegenheit geraten, Preußen solle sich hüten, für Oesterreich jemals die Kastanien aus dem Feuer zu holen, nicht 1855 im Krimkrieg, noch weniger 1859 im italienischen Krieg; und seine Warnungen waren nicht unbeachtet geblieben. In den leitenden Kreisen war man längst auf den schneidigen Diplomaten aufmerksam geworden und hatte ihn von Stufe zu Stufe befördert; indem aber jetzt König Wilhelm ihn telegraphisch aus dem Seebade Biarritz nach Berlin berief und ihm die oberste Leitung der Politik anvertraute, bewies er jene Gabe, welche Macaulay so besonders an Ludwig XIV. rühmt, die Gabe, den richtigen Mann aus der Masse herauszufinden und zur richtigen Zeit an den richtigen Ort zu stellen. Bismarck und der Kriegsminister v. Roon, welcher seit Dezember 1859 dem Kabinett angehörte, wurden von jetzt ab die vornehmsten Träger der königlichen Politik.

Es war doch nicht ganz richtig, wenn die öffentliche Meinung in Preußen und Deutschland der Berufung Bismarcks vor allem den Sinn zuschrieb, daß derselbe ausschließlich die Grundsätze der königlichen Gewalt zu verteidigen bestimmt sei. Mindestens lag ihm und seinem königlichen Herrn jeder Gedanke daran fern, etwa die preußische Verfassung wieder aufzuheben und wieder absolut zu regieren. Wohl war der König überzeugt, daß die alten, 1849 besiegten Feinde sich wieder zum Sturmlaufe rüsteten und die Krone ihrer Rechte entkleiden wollten; aber er war entschlossen, nicht über die Verteidigung hinauszugehen und an der Verfassung treu nach allen Seiten hin festzuhalten; Bismarck vollends hatte sich in vertraulichen Briefen dahin ausgesprochen, daß die Konservativen doch selber das Parlament in Preußen nicht mehr missen möchten und also kein Grund vorliege, weshalb sie eine ähnliche Einrichtung für Deutschland bekämpfen sollten; man

konnte, so war seine Ansicht, ein recht konservatives deutsches Parlament schaffen und doch selbst bei den Liberalen noch Dank dafür ernten. Seine Berufung entsprang viel mehr dem doppelten Wunsche des Königs, erstlich freilich einen Mann zu haben, welcher den Uebergriffen des Parlaments tapfer und pflichttreu widerstehe, welcher sich aber zugleich zur Inangriffnahme einer deutschen Reformpolitik eigne. Dazu bedurfte man nicht eines starrsinnigen Reaktionärs, sondern eines Mannes, welcher nicht davor zurückschreckte, die Nation selbst zur Mitarbeit aufzurufen und mit ihrer Hilfe das Ziel zu erstreben, und vor allem eines Mannes, welcher von österreichischen Voreingenommenheiten frei war, welcher entschlossen war, für Olmütz Rache zu nehmen und, wenn es anging, auf friedlichem Wege, anderenfalls aber auch durch das Schwert jenen engeren Bund in Deutschland aufzurichten, welcher 1849 schon eine kurze Zeit bestanden hatte. Mit einem Wort, Bismarck ward berufen als zuverlässiger Royalist und als Vertreter einer deutsch-preußischen Politik; beide Eigenschaften aber mußten sich in einer Persönlichkeit vereinigen, wenn das Ziel erreicht werden sollte, dem der König nachstrebte.

Niemand sah klarer ein als der neue Ministerpräsident, daß die Lösung der ihm gestellten Aufgabe durch ein Einvernehmen mit dem Abgeordnetenhaus wesentlich erleichtert werden mußte. Er verhielt sich deshalb durchaus nicht ablehnend gegen die Mehrheit; er war sogar erbötig, einige Mitglieder derselben in das Kabinett zu ziehen, wenn dieselben bereit waren eine energische preußische Politik zu unterstützen. Schon lagen auch seitens des Königs Beweise vor, daß er nicht von engherzigen Ansichten befangen war; im Juli 1861 hatte er das neue Königreich Italien anerkannt, was in Wien große Entrüstung hervorrief, und in Kurhessen, wo der Tyrann Friedrich Wilhelm die Verfassung von 1831 nicht in Kraft setzen wollte, wurde gerade im Herbst 1862 durch schneidiges Auftreten Preußens, welches selbst zwei Armeecorps auf Kriegsfuß setzte und durch einen Feldjäger in Kassel ein Ultimatum überreichen ließ, dem lange mit Füßen getretenen Recht endlich zum Sieg verholfen. Aber freilich, von einer Forderung konnte und durfte Bismarck nicht abgehen Wer die österreichische Politik seit 1849 kannte, der konnte nicht daran zweifeln, daß sie gutwillig Preußen in Deutschland keine Fortschritte machen lassen würde; man mußte gerüstet sein mit dem Schwert den Knoten zu zerhauen, und deshalb war

die Heeresreorganisation das A und das O der Bismarckschen Staatskunst. Gerade über diesen Punkt aber wurde eine Verständigung nicht erzielt; die Vergangenheit Bismarcks nahm die Abgeordneten gegen ihn ein; ihm wollte man am wenigsten neue Machtmittel anvertrauen, da man sich von ihm nur eines schlechten Gebrauches derselben versah; alle Aeußerungen seitens des verfemten Mannes, aus welchen seine neue Auffassung der deutschen Situation hervorklang, wurden für frivole Redensarten ohne tieferen Hintergrund angesehen; man traute ihm eine nationale Politik nicht zu, und sein Wort, daß die deutsche Einheit nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, wie man es 1848 und 1849 versucht habe, sondern nur durch Blut und Eisen hergestellt werden könne, wurde lediglich als Ausfluß einer herzlosen, wenig bundesfreundlichen Gesinnung angesehen und verrufen. So wurde der Landtag schon am 13. Oktober 1862 geschlossen und das Ministerium regierte ohne eigentliches Budgetgesetz, weil eine Vereinbarung zwischen Regierung, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus über den Etat fürs nächste Jahr nicht zustande gekommen war. Das Herrenhaus hatte den Etat einschließlich der Kosten für die Reorganisation bewilligt, das Abgeordnetenhaus ohne dieselben; die Regierung machte nun die Ansicht von der „Lücke“ in der Verfassung geltend, nach welcher Ansicht der König befugt war, dann, wenn eine Vereinbarung über den Etat nicht erzielt war, die Leistung der notwendigen Abgaben zu befehlen, bis die Vereinbarung zustande komme; denn stillstehen könne die Staatsmaschine einmal nicht, und wo die Verfassung kein Heilmittel biete, da trete derjenige Rechtszustand aushelfend wieder ein, der vor Erlaß der Verfassung gegolten habe.

Es war der Regierung unmöglich, die Mehrheit der Kammer zu erschüttern; auch die socialistische Arbeiterpartei, welche damals Ferdinand Lassalle ins Leben rief und welche ihre Angriffe unter dem Beifall der konservativen Presse vor allem gegen das besitzende Bürgertum, die „Bourgeoisie“, und die von diesem Bürgertum getragene Forschrittspartei richtete, vermochte noch keine Wahlerfolge zu erringen; der konservative preußische „Volksverein“, welcher 1861 im Gegensatz zum Fortschritt gegründet worden war, hatte kein besseres Glück; seine Adressen, in welchen er der Krone unverbrüchliche Treue bezeugte und den Fortschritt als Feind aller Ordnung in Staat, Kirche und Familie anklagte, fanden keinen Widerhall in den Massen. Unsäglich litt unter diesem Konflikt

das redliche und ehrliche Gemüt des Königs, welcher die Kluft zwischen sich und seinem Volke täglich tiefer werden sah und sich doch in seinem Gewissen gebunden fühlte, nicht zu weichen. Ein Wort des Königs genügt, um seinen Seelenzustand in klarem Lichte zu zeigen: als der gut königliche Rheinländer Beckerath es wagte, bei einer Audienz die Trauer des Landes über den unseligen Konflikt zur Sprache zu bringen, da erwiderte ihm der König: „Traure ich denn nicht? Ich schlafe keine einzige Nacht!" Aber diese düstere Stimmung machte ihn in dem Entschlusse, die Heeresreorganisation nicht fahren zu lassen, keinen Augenblick wankend; er trat ohne Furcht mit seiner ganzen Person für die schwer gefährdete Sache ein; er empfing alle Abordnungen konservativer Vereine und hörte ihre schroffe Sprache gegen den Fortschritt mit Wohlgefallen an; er gab selbst seine Zustimmung zu der Preßverordnung vom 1. Juni 1863, laut welcher die Verwaltungsbehörden das Recht erhielten, regierungsfeindliche Zeitungen nach zweimaliger Verwarnung sowohl wegen einzelner Artikel, als wegen ihrer Gesamthaltung zu unterdrücken. Der Groll im Volke stieg dadurch auf eine unglaubliche Höhe; Bismarcks Name wurde selbst auf süddeutschen Universitäten als Hundename mißbraucht, und dem König gingen Warnungen von Paris und London aus zu, daß die geheimen Gesellschaften der radikalen Partei ihn als Freiheitsverächter für vogelfrei erklärt hätten. Er vernahm diese Botschaft mit aller Kaltblütigkeit. „Mein Leben steht in Gottes Hand", war seine Antwort. „Er war," so erzählt sein Vorleser Louis Schneider, „so wenig ängstlich, daß es die damaligen Flügeladjutanten, die nicht den Tagesdienst hatten, für ihre Pflicht hielten, immer gerade zu der Stunde spazieren zu reiten, in welcher der König spazieren fuhr."

Es war hohe Zeit, daß die Gemüter, welche sich hüben wie drüben immer mehr verbitterten, allmählich auf andere Dinge abgelenkt wurden. In den Kreis rein preußischer Erörterungen und Streitigkeiten fiel auf einmal die deutsche Frage herein. Nicht sofort, aber stetig wirkte sie eine Klärung unter den Geistern; sie war schärfer denn ein zweischneidig Schwert; sie schied Herzen und Nieren, und sie machte Bismarcks keckes Wort wahr: „Ich weiß die Zeit nahe, in welcher ich als der populärste Mann in Preußen gelten werde!"

Zweites Kapitel.

Direktorium, Delegiertenparlament und polnischer Aufstand.

Es war eine merkwürdige Fügung der Umstände, daß zur gleichen Zeit, da in Preußen die Regierung und Volksvertretung in scharfer Gegnerschaft einander gegenübertraten, sich in Oesterreich, dem alten Bollwerk der Reaktion, ein Umschwung vollzog und ein liberales Kabinett an die Spitze der Staatsverwaltung gestellt wurde. Die Gegner Preußens erhielten dadurch eine außerordentlich günstige Position; sie hatten eine vortreffliche Gelegenheit, den Freisinn des wiedergeborenen Oesterreichs in Gegensatz zu dem freiheitsfeindlichen System Preußens zu stellen und die Bevölkerung namentlich in Süddeutschland für den Gedanken einer Reform der deutschen Verfassung durch Kaiser Franz Joseph zu erwärmen. Auch die leitenden Staatsmänner in Wien selbst wurden mit ähnlichen Hoffnungen erfüllt, und schon im Sommer 1862 fanden Besprechungen zwischen ihnen und den deutschen Mittelstaaten statt, welche die Verbesserung der deutschen Zustände zum Ziele nahmen. Aber freilich ergab sich alsbald, daß ohne Preußen keinen Schritt vorwärts zu kommen war, und auf Befragen antwortete noch Graf Bernstorff, daß sich Preußen überhaupt auf eine Erweiterung der Befugnisse des Bundestags nicht einlassen werde; solange zwei Großmächte im Bunde seien, bleibe ein wirklicher Fortschritt unmöglich, und deshalb sei das Bestreben Preußens nach wie vor darauf gerichtet, einen kleineren Kreis von Staaten enger mit sich zu verbinden, und wenn der günstige Augenblick dazu gekommen sei, so werde es diesen Staaten Vorschläge über eine gemeinsame Leitung des Heerwesens und der Vertretung gegenüber vom Auslande machen. Diese Erklärungen wurden, sobald Bismarck an Bernstorffs Stelle getreten war, noch viel deutlicher. Der neue Minister sprach sich dem österreichischen Botschafter Karolyi gegenüber ebenso freimütig aus, wie er dies gegen das Abgeordnetenhaus gethan: das Verhältnis der beiden Großstaaten, sagte er, müsse entweder besser oder schlechter werden; der Zustand, der seit Olmütz herrsche, die Ueberstimmung Preußens durch Mehrheiten im Frankfurter

Bundestag, der feindliche Einfluß Oesterreichs in Hannover und Kurhessen, müßten ein Ende nehmen; schon jetzt bezeichnete Bismarck als die einzig zum Ziele führende Lösung der deutschen Wirren den Zustand, welcher 1866 angebahnt und 1879 vollendet wurde; Oesterreich müsse seinen Schwerpunkt nach Ofen-Pest verlegen, d. h. es müsse seinen Einfluß nach Osten, über die slavische Welt, ausdehnen, nicht nach Westen, nicht über Deutschland; falls es Preußen die Leitung Deutschlands überlasse, so verhieß er dem Kaiserstaate die treue Bundeshilfe Preußens in allen europäischen Verwickelungen; anderenfalls werde Preußen bei dem nächsten großen Kriege auf die Seite der Gegner Oesterreichs treten. Karolyi mag diesen offenen Erklärungen wenig Gewicht beigelegt haben; die zunehmende Zerklüftung im Inneren Preußens schien den Staat zu jeder thatkräftigen Politik nach außen unfähig zu machen; so wagte Kaiser Franz Joseph im Sommer 1863 eine Art von diplomatischem Handstreich. Obwohl König Wilhelm ihm persönlich bei einer Zusammenkunft im Bad Gastein über seine abweichende Ansicht keinen Zweifel gelassen hatte, lud der Kaiser doch alle deutschen Fürsten, also auch den König von Preußen, auf den 16. August 1863 nach Frankfurt am Main zu einer gemeinsamen Beratung über einen umfänglichen Reformentwurf ein, welcher an die Spitze der deutschen Nation nicht einen Kaiser, sondern ein mehrköpfiges „Direktorium" stellte, in welchem Oesterreich den Vorsitz führen sollte, und statt eines direkt gewählten deutschen Parlaments nur eine Versammlung von „Delegierten", d. h. Abgeordneten der einzelnen Landtage, in Vorschlag brachte. Der ganze Fürstentag war auf eine Art von Ueberrumpelung Preußens abgesehen; man wollte den Entwurf rasch annehmen lassen, ihn so zu sagen unter Dach und Fach bringen, und hoffte dann auf nachträglichen Beitritt Preußens. Aber man kannte die Festigkeit des Königs nicht; er und sein erster Ratgeber waren weit entfernt, von dem Grundgedanken zu lassen, daß Deutschland nur unter Ausschluß Oesterreichs in gedeihlicher Weise reorganisiert werden könne, und noch weniger waren sie geneigt, eine so unwürdige Rolle zu spielen, daß sie sich Beschlüssen, an welchen sie keinen Teil nehmen zu wollen vorher erklärt hatten, nachträglich unterworfen hätten. So merkwürdig waren die Stellungen verschoben, daß derselbe Minister und derselbe König, welche überall als verbissene Feinde der Volksfreiheit verschrieen wurden, welchen man mit Mordanschlägen drohte,

das österreichische Delegiertenparlament ausdrücklich als den wahren Bedürfnissen und Interessen der deutschen Nation nicht genügend bezeichneten; ein solches Parlament von „Bundesabgeordneten" sei durch seinen Ursprung schon auf die Vertretung von Einzelinteressen, nicht des Gesamtwohls, hingewiesen; die Bürgschaft für eine Geltendmachung der nationalen Interessen könne nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung gefunden werden; nur eine solche Vertretung werde für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem gesamten Deutschland zu gute komme.

Die feste Haltung des Königs, welcher sich auch durch eine erneute, von allen Fürsten ausgehende, von König Johann von Sachsen persönlich nach Baden-Baden überbrachte Einladung zur Anteilnahme an dem Fürstentag nicht erschüttern ließ, trug ihre Früchte; der ganze Versuch Oesterreichs, durch rasches Drauflosgehen seine Ideen von deutscher Reform im Handumdrehen zu verwirklichen, schlug fehl; der Fürstentag blieb ohne Ergebnis, da etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen sich verneinend äußerte, und ohne Preußen, dessen Rat man mißachtet hatte, ohnehin nichts durchzuführen war. Aber so glücklich auch der Sturm auf Preußens Stellung in Deutschland abgeschlagen war, so erfolgreich die von dem König gebilligte Politik Bismarcks die Bahn für die Zukunft frei erhalten hatte — auf das preußische Volk machte dieses Meisterstück politischer Folgerichtigkeit und passiven Widerstandes noch keinen Eindruck. Das Ministerium appellierte im September 1863 vom Abgeordnetenhause direkt ans Volk; aber die im Oktober vollzogenen Wahlen verschärften nur die Lage; die Konservativen wuchsen zwar auf gegen 40 an, aber nicht durch Verminderung der Fortschrittspartei, welche ihre Wahlkreise behauptete, sondern auf Kosten der gemäßigten Mittelpartei; das neue Abgeordnetenhaus zerfiel noch mehr als das aufgelöste in zwei sich schroff gegenüber stehende, an Zahl aber sehr ungleiche Teile. Nach wie vor blieb die Ansicht bestehen, daß Bismarck noch das Verderben der Monarchie sein werde und daß der König, der ihn halte, in beklagenswerter Weise verblendet sei. In Wahrheit aber war die Verblendung damals auf Seite des Volks und seiner Vertreter, und zwar in solchem Maße, daß auch die Politik des Königs den gegen Rußland aufgestandenen Polen gegenüber als total verfehlt bezeichnet wurde; man konnte es

nicht verstehen, daß Bismarck sich in dieser Sache auf Seite Rußlands stellte und militärische Vorbereitungen an der Grenze traf, und doch hatte er dazu die triftigsten Gründe. Es kam in erster Linie in Betracht, daß bei dem etwaigen Gelingen des Aufstandes nur eines mit Sicherheit zu erwarten stand, daß nämlich das neuerstandene Polen suchen würde, die polnischen Unterthanen Preußens samt den in sie eingesprengten Deutschen zu sich herüberzuziehen; dann aber galt es, sich die Erkenntlichkeit Rußlands und seine wohlwollende Neutralität für den Fall zu sichern, daß Preußen die Klinge mit Oesterreich kreuzte. Nächstliegende und entferntere Interessen drängten zu einer freundlichen Haltung gegen Rußland, und trotz der Verstimmung des Pariser und Londoner Kabinetts, trotz der gegenteiligen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses vom Februar und März 1863 hielt der König auch hier an seiner viel angefochtenen und doch weitsichtigen Politik fest und erleichterte dadurch den Sieg Rußlands über die Aufständischen, und er sicherte sein Land damit vor sofortigen und vor künftigen Gefahren.

Drittes Kapitel.

Die Befreiung von Schleswig-Holstein.

Kaum war die Erregung, welche sich an die im zweiten Kapitel geschilderten Vorgänge geknüpft hatte, etwas geschwunden, so trat ein Ereignis ein, welches in ganz Deutschland die Gemüter aufs tiefste bewegte. Als Friedrich der Große im Oktober 1740 den Tod Kaiser Karls VI. vernahm, durch welchen die Erbfolge im Staate Oesterreich in gewissem Sinne eine offene Frage wurde, da erbleichte er und es war ihm nach seinem eigenen Zeugnis zu Mute, als ob das Schicksal ihn rufe; ganz ähnlich war die Wirkung auf die deutsche Nation, als der Telegraph überallhin die Nachricht verbreitete, daß König Friedrich VII. von Dänemark am 15. November 1863 verschieden sei. Damit wurde die schleswig-holsteinische Frage auf die Tagesordnung gesetzt, und sie war die Schicksalsfrage der deutschen Nation.

Schon im August 1850 hatten die europäischen Großmächte außer Preußen im ersten „Londoner Protokoll“ die

sogenannte „Gesamtstaatsverfassung“ Dänemarks anerkannt, nach welcher die eigentlich dänischen Lande einerseits und die Elbherzogtümer andererseits einen Staat bilden sollten; und im Mai 1852 wurde durch das zweite „Londoner Protokoll“ unter Zustimmung Preußens bestimmt, daß im Fall des Ablebens Friedrichs VII. die Nachfolge in der Herrschaft über den Gesamtstaat dem Prinzen Christian von Glücksburg — als dem Schwiegersohn der nächstberechtigten Schwester Christians VIII., der Landgräfin Charlotte von Hessen — zustehen solle. Die volle Gültigkeit fehlte freilich dieser Abkunft; sie war wohl von den Großmächten und auch von dem Haupte der in Schleswig-Holstein nach Friedrich VII. erbberechtigten Linie, nämlich vom Herzog Christian von Augustenburg, anerkannt worden, nicht aber von dessen Sohn, dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, und nicht vom deutschen Bund, dessen Glied zwar nicht Schleswig, wohl aber Holstein und Lauenburg waren. Die Dinge lagen also dergestalt, daß durch den Tod Friedrichs VII. eine äußerst schwierige Frage in Fluß kam; die Großmächte allerdings waren verpflichtet, den „Protokollprinzen“ als Christian IX. in Dänemark und in den Elbherzogtümern anzuerkennen; niemand aber konnte dies dem Prinzen Friedrich und dem deutschen Bunde zumuten. Zwar wer in Dänemark die Krone trage, das entzog sich natürlich ihrer Beeinflussung; die Dänen mochten sich zum König setzen, wen sie Lust hatten; aber um so entschiedener durfte Friedrich fordern, daß ihm der Besitz von Schleswig-Holstein nicht vorenthalten werde, daß deren durch den Tod Friedrichs VII. zerrissener Zusammenhang mit Dänemark auch dauernd gelöst bleibe. Dem deutschen Bunde aber stand wenigstens eine Stimme in Sachen seiner Glieder Holstein und Lauenburg zu; Schleswig aber, über das er seine Befugnisse nicht ausdehnen konnte, genoß des durch alte Urkunden verbrieften und versiegelten Rechts, mit Holstein „up ewig ungedeelt“ (= auf ewig ungeteilt) zusammen zu sein; sein Schicksal ließ sich von dem Holsteins nicht trennen; Holstein zog das nördliche Bruderland so zu sagen mit sich.

Gerade an diesem Punkt aber setzten nun seit Jahren die Bestrebungen der Dänen zur Erweiterung ihrer Macht ein. Anfänglich hatte in Kopenhagen diejenige Partei die Macht allein in Händen gehabt, welche an dem Gesamtstaat festhielt, und im Oktober 1855 hatte sie eine Gesamtstaatsverfassung ins Leben gerufen, laut deren die drei Herzogtümer geradezu

in Dänemark einverleibt werden und ein Reichsrat als Gesamtparlament bestehen sollte, in welchem neben 47 dänischen Vertretern 25 gewählte und 8 vom König ernannte Abgeordnete für die Herzogtümer sitzen sollten; d. h. einer dänischen Mehrheit von 47 + 8 = 55 Mitgliedern standen dann die 25 deutschen in hoffnungslosester Minderheit gegenüber. So hatte es in der Thal nicht einmal das Londoner Protokoll gemeint; vielmehr hatte dieses gewisse Vorbehalte zu Gunsten der Selbständigkeit der Herzogtümer gemacht. Die Entrüstung über die Oktoberverfassung war denn auch so groß in ganz Deutschland, daß der Bundestag den Dänen mit „Exekution“, d. h. mit bewaffneter Austreibung aus Holstein und Lauenburg drohte; und so hob Friedrich VII. die Verfassung wenigstens für Holstein und Lauenburg im November 1858 wieder auf. Man überzeugte sich in Kopenhagen, daß man nicht wohl imstande sein werde, den ganzen Bissen auf einmal zu verschlingen; man änderte also den Feldzugsplan, und statt der von dem Minister Hall geleiteten Gesamtstaatspartei erlangten die sogenannten „Eiderdänen“ Oberwasser, welche von der Ansicht ausgingen, daß man die Lande südlich des Eiderflusses, Holstein und Lauenburg, nur in losem Bande mit Dänemark halten, dafür aber das zu einem Drittel dänische Schleswig mit seinen 170 Quadratmeilen und 450000 Einwohnern vollständig mit Dänemark vereinigen und es „danisieren“, d. h. dänisch machen solle. Zwar stand dem auch das Londoner Protokoll im Wege, welches, wie gesagt, auch für Schleswigs Selbständigkeit gewisse Bürgschaften enthielt; aber der deutsche Bund hatte in dieser Sache staatsrechtlich keine Stimme, und von den Großmächten, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet hatten, befürchtete man in Kopenhagen keine namhaften Hindernisse. Zwei Tage vor dem Tode Friedrichs VII., am 13. November 1863, nahm der dänische Reichsrat mit 41 gegen 16 Stimmen den nun auch von Hall vertretenen „eiderdänischen“ Verfassungsentwurf an, welcher auch Holstein insoweit in Abhängigkeit von Dänemark hielt, daß die holsteinischen Truppen sollten nach Dänemark verlegt werden dürfen und daß über sie dänische Offiziere den Oberbefehl führen sollten.

In dieser Lage der Dinge trat der Tod Friedrichs VII. ein, des letzten Mannes, welcher nach zweifellos feststehendem Rechte zugleich König von Dänemark und Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg gewesen war. Gerade da, als

die deutschen Herzogtümer durch eine günstige Fügung rechtlich dem Bande mit Dänemark entschlüpften, sollten sie durch eine mit einseitiger Gewalt geschaffene Verfassung in ein neues, dauerndes Verhältnis zu Dänemark gebracht werden. Man konnte es den Dänen nicht verdenken, wenn sie den heißen Wunsch hatten, ihre an sich nicht große Macht durch Festhaltung der Herzogtümer zu vermehren, wenn sie namentlich ihre 150 000 Volksgenossen im nördlichen Schleswig nicht fahren lassen und nicht unter deutsche Herrschaft geraten lassen wollten, was in dem etwa 320 Quadratmeilen und eine Million Menschen umfassenden Staat Schleswig-Holstein notwendig geschehen mußte. Aber ebensowenig konnte man es dem deutschen Volke zumuten, daß es mit gekreuzten Armen zusah, wie 300 000 seiner wackersten Stammesgenossen auf alle Weise bedrängt wurden, wie ein Volk von anderthalb Millionen Menschen es unternahm, einen so erheblichen Bruchteil eines Volkes von 40 Millionen mit Gewalt seines nationalen Wesens zu entkleiden. Die Sache Schleswig-Holsteins war seit Jahren die populärste, die es in Deutschland gab; das Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen" wurde zum Nationalliede; als Friedrich von Augustenburg nach dem 15. November sich als rechtmäßigen Herrn der Herzogtümer aufthat und sich an die Bestätigung nicht kehrte, welche Christian IX., dem unwiderstehlichen Antrieb der dänischen Nation weichend, der Verfassung vom 13. November erteilt hatte — da begrüßte ganz Deutschland den neuen Herzog mit den wärmsten Sympathien, und auf Antrag von Preußen und Oesterreich verhängte der Bund die „Exekution" und ließ durch 10 000 Sachsen und Hannoveraner Holstein und Lauenburg besetzen. Ohne Kampf wichen die Dänen im Dezember 1863 hinter die Eider zurück, sich mit der Hoffnung schmeichelnd, daß sie das Land nördlich dieses Flusses, der Absicht der in Kopenhagen herrschenden Partei gemäß, behaupten würden.

Soweit war in Deutschland alles einig, Fürsten und Völker, Großmächte und kleinere Staaten. Nun aber begann die Meinungsverschiedenheit. Hunderte von Volksversammlungen und eine imposante Zahl deutscher Volksvertreter forderten kurzer Hand, daß man die Dänen auch aus Schleswig verjage und dann Friedrich VIII. als Herzog über die vereinten Lande bestelle. Auch das preußische Abgeordnetenhaus nahte sich am 18. Dezember 1863 dem Throne mit einer Adresse, welche den Rücktritt Preußens vom Londoner Protokoll

und die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg forderte. Der König dachte ohne Frage im wesentlichen nicht anders als sein Volk; er beteuerte in seiner Antwort, daß er den festen Willen habe, das deutsche Recht in den Herzogtümern zu wahren, daß er auch entschlossen sei, für die berechtigten Ziele, welche Preußen dabei zu erstreben habe, erforderlichen Falls mit den Waffen einzustehen, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß man den Verträgen völkerrechtlich Achtung schuldig sei; man dürfe von ihm nicht erwarten, daß er willkürlich und ohne Beachtung der Beziehungen Preußens zu den anderen Staaten von dem 1852 abgeschlossenen Vertrag sich lossage. In diesen Worten lag deutlich das Programm des Königs angedeutet, welches nun Bismarck mit voller Meisterschaft durchführte: das nationale deutsche Recht sollte kräftig gewahrt, dabei aber ein internationaler Rechtsbruch vermieden werden, welcher ein sehr schlimmes Beispiel gegeben und die anderen Staaten gereizt haben würde, von denen namentlich England nur mit Neid und Scheelsucht den Versuch der Deutschen beobachtete, im eigenen Lande an Nord- und Ostsee wieder Herren zu werden.

Das sicherste Mittel, eine Einmischung des Auslandes fern zu halten, war ohne Frage das, daß man demselben keinen rechtlichen Anlaß zum Eingreifen bot und daß die deutschen Großmächte in dieser wichtigen Frage Schulter an Schulter standen. So warf Bismarck mit einer jener verblüffenden Wendungen, an welche er später die Welt gewöhnen sollte, auf einmal den Wagen herum und suchte mit Oesterreich, dessen deutscher Politik er soeben erst ein völliges Fiasko bereitet hatte, in der schleswigschen Frage eine Verständigung. In der That ging der Minister Rechberg auf seine Vorschläge ein, einmal um in dieser populären Frage nicht hinter Preußen zurückzubleiben, und dann den Satz bedenkend: qui a compagnon, a maître, wer einen Begleiter hat, der hat einen Herrn; wenn Oesterreich mit Preußen ging, so wahrte es sich seinen Einfluß auf Preußens Maßnahmen. So richteten beide Mächte an Dänemark die nachdrückliche Forderung, die Verfassung vom 13. November als im Widerspruch mit den Verträgen aufzuheben, und als das neu gebildete eiderdänische Ministerium Monrad nicht darauf einging, wurde durch ein preußisch-österreichisches Heer unter Feldmarschall Wrangel im Februar 1864 Schleswig besetzt, was die 30000 Dänen dem über doppelt so starken Feinde gegenüber nicht hindern konnten;

und am 18. April 1864 nahmen die Preußen unter der Anführung des Prinzen Friedrich Karl, welcher der Sohn des Prinzen Karl und also ein Neffe des Königs war, die starken Düppeler Schanzen mit stürmender Hand, wobei die Dänen 120 Geschütze und 5000 Mann einbüßten. Die kriegerischen Vorgänge erlitten nun eine sechswöchentliche Unterbrechung, indem die Westmächte auf der Londoner Konferenz vom April bis Juni 1864 eine Vermittlung versuchten, während Rußland, dank der preußischen Politik beim polnischen Aufstand, sich jeden Drucks auf die deutschen Mächte enthielt. Diese gingen fortwährend mit großer Mäßigung vor und waren, wenn sie auch das Londoner Protokoll als durch den Krieg zerrissen bezeichneten, doch geneigt, wenn Schleswig-Holstein zu einem Staate vereinigt werde, eine Personalunion desselben mit Dänemark zuzulassen, also Christian IX. als Herzog anzuerkennen; allein die Dänen wollten von einem so lockeren Bande nichts wissen, worauf die beiden Mächte die Einsetzung Friedrichs VIII. als einzige noch mögliche Lösung bezeichneten; der Vorschlag, Schleswig zu teilen, welcher an sich am meisten für sich gehabt hätte, enthielt bei der bunten Mischung der deutschen und dänischen Bevölkerung große Schwierigkeiten und wurde deshalb von beiden beteiligten Seiten abgelehnt. Ohne Ergebnis ging die Konferenz am 26. Juni auseinander, und am 29. schon überschritten die Preußen unter Friedrich Karl die Meerenge zwischen Düppel und der Insel Alsen und jagten die Dänen mit einem Verlust von 4000 Mann und fast 100 Kanonen nach der Insel Fünen hinüber; bald hernach wurde auch Jütland von den Preußen und Oesterreichern besetzt und auf dem Vorgebirg Skagen die Fahnen der Sieger aufgepflanzt. Noch niemals waren die Deutschen soweit nach Norden vorgedrungen, da der Dänenkrieg Kaiser Ottos I. lediglich der Sage angehört.

Christian IX., der persönlich an dem ganzen Unglück am wenigsten schuldig war, mußte jetzt fürchten, daß die Dänen in ihren letzten Schlupfwinkeln, auf den Inseln Fünen und Seeland, angegriffen werden würden; diese Furcht war um so begründeter, als die dänische Flotte sich der wenn auch kleinen Seemacht Preußens und Oesterreichs durchaus nicht überlegen zeigte. Am 12. Juli schon bat der besiegte Fürst um Frieden, und am 1. August wurde derselbe vorläufig, am 30. Oktober endgültig, und zwar in Wien, abgeschlossen; Christian IX. trat darin alle drei Herzogtümer an Preußen

und Oesterreich bedingungslos ab. Seit 1772 war das Gebiet Deutschlands nicht mehr vergrößert worden, soviel gerechte Gelegenheit auch sich dazu seither geboten hatte; jetzt war endlich wieder ein nationaler Sieg errungen, ein zu fünf Sechsteln deutsches Land war von dem fremden Joche befreit, unter dem es so lange geseufzt hatte.

Es war nicht statthaft erschienen, daß König Wilhelm in diesem ruhmreichen Kriege selber seine Scharen angeführt hatte, wie es nach dem Vorgang von 1849 wohl erwartet worden war. Politische Gründe hatten ohne Zweifel dagegen entschieden; Preußens König konnte, wie die Dinge lagen, nur in einen solchen Krieg ausziehen, in welchem er allein Preußens Heer anzuführen hatte, nicht aber in einem solchen, in dem auch Truppen seines österreichischen Verbündeten mitkämpften. Um so mehr war es dem König Bedürfnis, nach dem ersten herrlichen Sieg über den tapferen Feind seinem heldenmütigen Heere selbst seinen Dank auszusprechen. Deshalb brach er auf die Nachricht vom Fall der Düppler Schanzen sofort auf und reiste, überall von den Schleswig-Holsteinern mit Begeisterung begrüßt, nach der Halbinsel Sundewitt, in welcher Düppel gelegen ist, und hielt hier am 22. April eine große Parade über die Regimenter ab, welche vier Tage vorher den blutigen Sieg erstritten hatten. Dabei versammelte er die Offiziere und die mit Orden ausgezeichneten Unteroffiziere um sich und dankte ihnen „für ihre außerordentlichen Leistungen, für die bewundernswerte Ausdauer bei den gehabten unendlich großen Strapazen", und erwähnte mit derselben Anerkennung „die umsichtige vorzügliche Führung der Truppen"; den Rendsburgern aber sagte der König, „daß er seine Truppen gesandt habe, um die Rechte dieser Lande auszufechten; sie kämpfen für eine heilige Sache, und er hoffe, daß dieselbe zu einem guten, alle befriedigenden Ende geführt würde."

Viertes Kapitel.

Der Vertrag von Gastein.

Wenn man sich auf den Standpunkt des europäischen Völkerrechts stellte, so war nunmehr folgende Schlußfolgerung unanfechtbar. Das Londoner Protokoll vom Mai 1852 hatte

den jetzigen König Christian IX. als den rechtmäßigen Thronfolger in Schleswig-Holstein so gut als in Dänemark anerkannt. Nun war dieser König, weil er die mit ebendiesem Protokoll nicht in Einklang stehende Verfassung vom November 1863 nicht hatte zurücknehmen wollen, von zwei Unterzeichnern dieses Protokolls, Preußen und Oesterreich, mit einem völkerrechtlich wohlbegründeten Kriege überzogen, besiegt und genötigt worden, im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 auf alle seine Ansprüche hinsichtlich der drei Elbherzogtümer zu Gunsten der beiden Sieger zu verzichten. Folglich waren diese beiden Sieger in Kraft des Kriegsrechts im Besitz der vielumstrittenen Landschaften und konnten deren Geschick nach ihrem Ermessen bestimmen.

Das war nun freilich eine Ansicht, die in Deutschland und in Schleswig-Holstein im besonderen gar nicht geteilt wurde. Die öffentliche Meinung war vielmehr so gut wie einmütig darin, daß sie den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als den einzig berechtigten Thronfolger ansah, dessen Recht durch nichts erschüttert oder in Zweifel gezogen werden könne; selbst der 1859 gegründete und von dem Hannoveraner Rudolf v. Bennigsen geführte „Nationalverein", welcher die erbkaiserliche Fahne vom Jahr 1849 wieder entfaltet hatte, trat für diese Lösung der schwierigen Frage ein. Die Theorie, daß der Wiener Friede ein Recht Preußens und Oesterreichs auf die drei Herzogtümer begründe, wurde fast allgemein verworfen; „dadurch würde nur an die Stelle der Willkür und der Vergewaltigung von seiten Dänemarks die Willkür der Großmächte gesetzt, und dies dürfe ein ehrliebendes Volk nicht mit Stillschweigen hinnehmen."

Nun waren König Wilhelm und sein erster Ratgeber auch durchaus nicht gemeint, der Einsetzung des Augustenburgers, eines persönlich sehr ehrenwerten und auf seine Weise auch patriotisch denkenden Mannes, unter allen Umständen entgegenzutreten. Wohl aber wollten sie derselben nur unter gewissen Bedingungen ihre Zustimmung geben. Unter allen deutschen Nordlanden ist keines, das an die Bedeutung Schleswig-Holsteins auch nur von ferne heranreichte; denn nur dieses hat an beiden Meeren, an Nord- und Ostsee, teil; kein anderes deutsches Land besitzt einen so herrlichen, von der Natur selbst bereiteten, sicheren und tiefen Hafen, wie den von Kiel, in welchem auch die größten Schiffe bis hart an die Stadt selbst heranzukommen vermögen. Deshalb hängt

die Meeresstellung der deutschen Nation großenteils vom Besitz dieses Landes ab, und die Wichtigkeit und Gunst der Lage Schleswig-Holsteins wird noch dadurch gesteigert, daß es möglich ist, mit nicht allzu großen Schwierigkeiten und Kosten*) unter Benützung des Laufes der Eider einen Kanal herzustellen, welcher Nord- und Ostsee verbindet und so der deutschen Flotte in der eisfreien Zeit es ermöglicht, auf dem kürzesten Wege, unabhängig von den dänischen Meerengen, aus dem einen Meer ins andere zu gelangen; dadurch ist sie imstande, je nachdem ein Feind die Häfen der Ost- oder die der Nordsee bedroht, an jedem Punkt, wo es not thut, geschlossen zu erscheinen, und ist der Notwendigkeit überhoben, zu diesem Zweck Meere zu durchfahren, welche Dänemark jederzeit sperren kann und in denen jährlich etwa zwanzig deutsche Schiffe untergehen.

Nun war es klar, daß an einer so wichtigen Stelle nicht ohne weiteres ein neuer Mittelstaat geschaffen werden durfte, wenn man das nationale Interesse hoch hielt. Ein solcher Mittelstaat war einmal nicht reich genug, um die unvergleichliche Gunst der Lage Schleswig-Holsteins auszunützen, d. h. aus Kiel einen Kriegshafen im großen Stile zu machen und den Nord-Ostseekanal zu bauen. Dann hatten fast alle europäischen Mächte nur mit offener Mißgunst den Uebergang der Herzogtümer an Deutschland mitangesehen; die Hoffnung, das Geschehene rückgängig zu machen, wurde nur dann erstickt, wenn die eroberten Lande in enge Beziehung zu derjenigen Großmacht traten, welche weitaus das meiste zu ihrer Gewinnung gethan hatte und welche allein, der Lage der Sache nach, für ihre Behauptung einstehen konnte, nämlich zu Preußen. Gewiß nicht bloß preußische, sondern hervorragende deutsche Interessen forderten gebieterisch, daß jenes enge Verhältnis geschaffen und Preußen in die Lage versetzt werde, *den lange für Deutschland brach liegenden Acker endlich zu bestellen, den vergrabenen Schatz zu heben.*

Von dieser Ansicht aus forderte König Wilhelm, daß der Erbprinz vor seiner Einsetzung in einen Vertrag mit Preußen willige, durch welchen er die Ufer des Alsensundes mit Sonderburg und Düppel, die Feste Friedrichsort am Aus-

*) Die Vorlage über den Bau des Kanals, welcher anfangs November 1885 dem Bundesrat zuging, veranschlagte die Kosten desselben auf 156 Millionen Mark.

gang des Kieler Hafens und einige Punkte an dem letzteren und die Mündungen des zu bauenden Nord-Ostseekanals an Preußen abtreten und in Rendsburg eine preußische Besatzung aufnehmen sollte; außerdem sollte Schleswig-Holstein in den Zollverein treten; seine Posten und Telegraphen sollten mit denen Preußens verbunden werden; die preußische Militärgesetzgebung sollte sofort in ihrem ganzen Umfange in den Herzogtümern in Kraft gesetzt werden und alle Soldaten sollten dem König von Preußen den Fahneneid schwören. Das waren allerdings für den damaligen Stand der deutschen Fürstenrechte sehr harte Forderungen; mit unbarmherziger Energie wurden damit die Grundlinien eines neuen Zustandes gezeichnet, in welchem die seitherige, großenteils aus dem nationalen Unglück erwachsene Selbständigkeit (Souveränität) der deutschen Fürsten zu Gunsten der Centralgewalt und im Interesse der nationalen Wohlfahrt sehr wesentlich verkürzt wurde. Man wird es wohl verstehen können, daß der Erbprinz, das lockende Ideal voller Souveränität vor Augen und getragen von dem wohl gegründeten Bewußtsein seines guten Rechtes, keine Geneigtheit verspürte, auf solche Vorschläge, welche Bismarck ihm am 1. Juni 1864 persönlich auseinandersetzte, einzugehen; er war der erste, an welchen eine solche Zumutung erging, und er wollte eben nicht der erste sein, der seine Macht zu Gunsten, wie es ihm schien, des specifisch preußischen Ehrgeizes opfern sollte. So antwortete er zögernd, hinausschiebend, berief sich auf die notwendige Zustimmung der schleswig-holsteinischen Stände; man überzeugte sich bald in Berlin, daß man mit ihm nicht ans Ziel kommen werde, und brach seit dem Abschluß des Wiener Friedens demgemäß alle Verhandlungen mit ihm ab; König Wilhelm suchte mit der einzigen Macht, welche außer ihm ein gleichwertiges Recht an die Herzogtümer hatte, sich zu verständigen, mit Oesterreich; der Erbprinz sollte bald empfinden, daß seine ablehnende Haltung, so begreiflich sie in menschlicher Hinsicht war, doch nicht klug, nicht weitsichtig gewesen war, und daß er besser gethan hätte, sich mit derjenigen Macht zu verständigen, welche trotz allen diplomatischen Schwierigkeiten die Dinge so zu leiten gewußt hatte, daß die Herzogtümer ohne irgend einen gewaltsamen Bruch auch der lästigsten europäischen Verträge glücklich befreit worden waren.

Es entsprach zunächst der durch den Wiener Frieden geschaffenen Lage — und auf sie stützte sich von da ab Preußen

vor allem — daß die 10000 Mann Sachsen und Hannoveraner, welche seit Dezember 1863 als Bundesexekutionstruppen in Holstein standen, daraus entfernt wurden; denn nach Bismarcks Meinung hatte die Exekution durch die Beendigung des Krieges ihren Zweck verloren; und deshalb drang er auf den Abmarsch der Truppen, welcher auch in der That am 1. Dezember 1864 vom Bundestag auf den gemeinsamen Antrag von Oesterreich und Preußen beschlossen wurde; einige Tage später übernahmen die Beauftragten der Großmächte die Regierung Holsteins. Nun aber begannen die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten. Preußen meldete selbst Ansprüche auf einzelne Teile der Herzogtümer an; außer ihm erhob auch der Großherzog von Oldenburg solche mit großem Nachdruck; wogen auch diese beiden Ansprüche rechtlich nicht schwer neben denen des Erbprinzen, ja nach der öffentlichen Meinung in Deutschland gar nichts, so hatte ihre Geltendmachung doch zur Folge, daß die seither als ganz unzweifelhaft angesehene und von den Großmächten auf der Londoner Konferenz im Mai 1864 selbst anerkannte Berechtigung des Hauses Augustenburg einigermaßen erschüttert wurde. Oesterreich wäre in der That bereit gewesen, den Erbprinzen im Stiche zu lassen und die Herzogtümer an Preußen abzutreten, aber nur unter der Bedingung, daß Preußen ihm dafür durch Südschlesien Ersatz gewährte; eine Bedingung, welche König Wilhelm mit aller Entschiedenheit zurückwies. Infolgedessen spitzte sich die Lage bald bedrohlich zu; der neue österreichische auswärtige Minister Graf Mensdorff-Pouilly, welcher im November 1864 an Rechbergs Stelle getreten war, forderte im Dezember die Einsetzung des Erbprinzen und lehnte die am 22. Februar 1865 von Bismarck amtlich aufgezählten Forderungen, welche dieser Einsetzung unbedingt vorangehen müßten, Anfang März gänzlich ab. Mit rücksichtsloser Gewalt machte jetzt Preußen von seinen auf dem Wiener Frieden beruhenden Souveränitätsrechten in den Herzogtümern Gebrauch und wies mißliebige Zeitungsschreiber ohne viel Umstände aus Schleswig-Holstein aus, es Oesterreich überlassend, nach seinem Gutdünken von der gleichen Befugnis Gebrauch zu machen. Im Sommer 1865 war die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der beiden Großmächte außerordentlich nahe gerückt, und Bismarck war der Meinung, daß Preußen nichts Besseres thun könne als sofort die Entscheidung zu suchen. Zwar war im Inneren des Staates

der Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung noch keineswegs ausgeglichen; das Abgeordnetenhaus war der Ansicht, daß auch ohne die kostspielige Reorganisation das Heer siegreich gewesen sein würde, und lehnte fast alle Vorschläge des Ministeriums, mochte ihr innerer Wert sein, welcher er wollte, schon um deswillen ab, weil es das Ministerium um jeden Preis stürzen und durch ein nach seiner Meinung deutscher gesinntes, freisinniges ersetzen wollte; ja so erbittert war die Stimmung im Volke, daß z. B. Stettin sich weigerte, den Kronprinzen bei einem Besuche feierlich zu empfangen, und Königsberg, obwohl von alters her Krönungsstadt und von König Wilhelm mit neuem Glanze umgeben, am Geburtstag des Monarchen Beflaggung und Beleuchtung der Häuser unterließ. Aber der Minister durfte darauf rechnen, daß die Treue des Heeres von allen politischen Wühlereien unberührt feststand und daß im Fall eines Kriegs auch der preußische Patriotismus lebendig und kräftig genug sein werde, um allen Parteihader sofort verstummen zu machen: das Ansehen Preußens war in Europa und besonders in Deutschland durch den erfolgreichen dänischen Krieg und die 1864 trotz aller Gegnerschaft siegreich durchgesetzte Erneuerung des deutschen Zollvereins auf weitere zwölf Jahre bei allen Einsichtigen ungemein gewachsen; es hatte sich gezeigt, was dieser Staat bei einer zweckbewußten Leitung vermochte, und selbst der fortschrittliche Präsident Grabow hatte im Abgeordnetenhause die Schmach von Olmütz als gesühnt bezeichnet. Andererseits war Oesterreich gerade damals in einer sehr traurigen Verfassung; im Staatshaushalt zeigte sich ein Ausfall von 80 Millionen Gulden, und das seither befolgte sogenannte centralistische System, dessen Vertreter seit Dezember 1860 der Ministerpräsident Schmerling war und das darauf ausging alle Völker von Oesterreich-Ungarn in ein einheitliches Ganzes zusammenzufassen, war am Ende seines Könnens angelangt; gerade im Juli 1865 berief der Kaiser Franz Joseph das „Dreigrafenministerium" Belcredi, Larisch und Mensdorff-Pouilly und hob die Reichsvertretung einstweilen auf, bis mit Ungarn, das sich gegen jede Verschmelzung mit Oesterreich hartnäckig sträubte, eine Verständigung erzielt sei. Ein so in einer tiefgreifenden inneren Krisis befindlicher Staat, dessen Bedrängnisse weit schwererer Art waren als die Preußens, schien nicht widerstandsfähig zu sein; von Frankreich drohte auch keine Gefahr, weil sich Napoleon III. mit Mexiko in

einen unabsehbaren Krieg eingelassen hatte; es bedurfte nur der Zustimmung König Wilhelms, so wurde das Schwert zu einer voraussichtlich raschen Entscheidung aufgerufen. Es wäre in der That besser gewesen, wenn der König sich jetzt schon dem Rate seines Ministers gefügt hätte; der Krieg wäre dann das geworden, als was Bismarck ihn gegenüber dem bayerischen Minister von der Pfordten damals bezeichnete: ein Duell zwischen Preußen und Oesterreich, an dem sich zu beteiligen die anderen deutschen Staaten gar keine Zeit mehr gehabt hätten. Aber König Wilhelm war der Gedanke eines Bürgerkriegs — so faßte man überall einen preußisch-österreichischen Zusammenstoß auf — unerträglich; er wollte diesen Fall, wenn irgend möglich, vermieden wissen, und so wurde am 14. August 1865 noch einmal ein Ausgleich vereinbart, der sogenannte Gasteiner Vertrag, durch welchen Preußen immerhin erhebliche Schritte in der Richtung seiner Endziele machte. Um die Anlässe zu Reibereien zu vermeiden, wurde unter Festhaltung der gemeinsamen Souveränität die Verwaltung von Schleswig vorläufig an Preußen, die von Holstein an Oesterreich übergeben; dann wurde der Hafen von Kiel, der zu einem Bundeshafen gemacht werden sollte, unter preußisches Kommando gestellt und Preußen ermächtigt, ihn einstweilen zu befestigen; endlich trat Franz Joseph Lauenburg, auf das der Erbprinz Friedrich keinerlei Ansprüche besaß, gegen zwei und eine halbe Million dänischer Reichsthaler an den König Wilhelm ab, womit ein von dem Ländchen selbst schon früher offiziell ausgesprochener Wunsch in Erfüllung ging. Als Tag des Inkrafttretens des Vertrags und der Auflösung des noch bestehenden gemeinsamen Oberkommandos über beide Landschaften wurde der 15. September bestimmt; an eben diesem Tage erhob König Wilhelm den Freiherrn v. Bismarck in den Grafenstand.

Fünftes Kapitel.

Der böhmische Krieg.

Der Graf Bismarck täuschte sich keinen Augenblick darüber, daß das Abkommen von Gastein den „Riß nur verklebte“ und

daß über kurz oder lang die Krisis sich erneuern würde. Seine Meinung war gerade deshalb gewesen, daß man die Entscheidung, vor die man doch gestellt werden würde, nicht hinausschiebe, sondern den günstigen Augenblick für sie benutze. Wenige Monate gingen ins Land, und der alte Gegensatz lag wieder offen zu Tage: Preußen wollte sich, im eigenen und im gesamtdeutschen Interesse, seine militärische Stellung in den Herzogtümern so oder so sichern, und Oesterreich wollte dies nur zugeben, wenn ihm dafür durch ein Stück von Schlesien Ersatz geleistet werde; da dies nicht in Aussicht stand, so unterstützte sein Statthalter in Holstein, Freiherr v. Gablenz, die Augustenburgische Partei ebenso systematisch, wenn auch nur indirekt, wie der preußische Statthalter in Schleswig, Freiherr Edwin v. Manteuffel, sie bekämpfte; derselbe ging so weit, daß er dem Erbprinzen drohte, er werde ihn auf den ausdrücklichen Befehl des Königs verhaften lassen, wenn er in Schleswig sich, was in Eckernförde geschehen war, als rechtmäßigen Herzog begrüßen lasse. Da eine Vorstellung, welche Bismarck am 20. Januar 1866 über das Gebaren des Freiherrn v. Gablenz nach Wien gelangen ließ, eine ihn nicht befriedigende Antwort fand, so erklärte er schon am 7. Februar dem österreichischen Gesandten Karolyi, daß er das herzliche Einvernehmen mit Oesterreich, wie es seit dem dänischen Kriege bestanden habe, als gelöst ansehe und Preußen mit Oesterreich nicht schlimmer, aber auch nicht besser stehe als mit jeder anderen Macht.

Offen lag die ganze Schicksalsschwere der schleswig-holsteinischen Frage vor; der alte Gegensatz Preußens und Oesterreichs, welcher seit Friedrich II., also seit 1740, die deutsche Geschichte beeinflußte, oft sie beherrschte, hatte sich an dieser Frage aufs neue entzündet. Der Teil brachte das Ganze in Fluß; ohne eine Lösung der Hauptentzweiung konnte an der Elbe kein Schritt nach vorwärts gemacht werden. Man kann mit einem derben, aber anschaulichen Gleichnis Deutschland einem Wagen vergleichen, an den vorn und hinten ein Roß gespannt ist, von denen jedes nach anderer Richtung zieht. So bitter es das deutsche Gemüt ankommen mochte — hier mußte durchgegriffen, hier mußte ein Pferd abgelöst werden, wenn der Wagen nicht im Sumpfe stecken bleiben sollte. Welches Pferd allein geeignet war, den Wagen herauszuziehen, darüber konnten sich auch unter den Zeitgenossen die Einsichtigen nicht täuschen. So sehr im deutschen Süden der

engere landsmannschaftliche und religiöse Zusammenhang auch für Oesterreich sprach, so blieb Preußen für die Mehrheit der Nation doch national und religiös der allein mögliche Führer. In Oesterreich zählten die Deutschen, auch abgesehen von Ungarn und seinen Nebenländern, nicht ganz 40 Prozent der Bevölkerung; in Preußen stand das deutsche Element dem polnischen mit 90 Prozent gegen 10 gegenüber. Sollte Deutschland jemals ein nationaler Staat werden, so mußte es von dem Zusatz von acht Millionen Tschechen und Slovenen, welche zu Oesterreich gehörten, befreit bleiben; Oesterreich mußte also, da eine Loslösung seiner deutschen Bestandteile von den slavischen schon geographisch nicht möglich war, ausscheiden aus dem Deutschen Bunde. Es mochte das mit Rücksicht auf die reich begabten und gemütvollen deutschen Stammesgenossen in dem Donaureiche als eine harte Notwendigkeit auch in Deutschland selbst empfunden werden; aber eine Notwendigkeit blieb es darum doch. Die Lösung, welche das Frankfurter Parlament 1849 der Nation als sein politisches Testament hinterlassen hatte, trat wieder als einzig heilsame in den Vordergrund, und König Wilhelm, der damals (S. 64) seinen Glauben an die Richtigkeit des betretenen Weges ausgesprochen hatte, ward nunmehr berufen, diesen Weg zu bahnen.

Nun gab es noch eine Nation in Europa, welche in gleicher Lage war wie die deutsche, welche auch durch Oesterreich von der Vollendung ihrer nationalen Wiedergeburt abgehalten wurde: es war dies die italienische. Noch standen die Truppen des Kaisers Franz Joseph in Venedig und im Festungsviereck, und solange sie dort standen, bildeten sie eine fortgesetzte schwere Drohung für den Bestand Italiens, das dadurch zu kolossalen, unabsehbar lange dauernden Ausgaben für Heer und Flotte genötigt und an den Rand des finanziellen Ruins gebracht wurde. Es war nun natürlich, daß Preußen sich an das schicksalsverwandte Volk wandte und daß nach langen Schwankungen unter Zustimmung Napoleons III., welcher im Trüben zu fischen hoffte, am 8. April ein auf drei Monate berechnetes Waffenbündnis Italiens und Preußens gegen Oesterreich zu dem Zwecke abgeschlossen wurde, Venetien für Italien und ein ähnlich bevölkertes Stück von Oesterreich für Preußen zu gewinnen. Wie bitter ist damals dieses Bündnis getadelt worden, und wie wenig war ein solcher Tadel berechtigt. Man warf Preußen vor, daß es sich verräterischerweise mit dem Auslande gegen den deutschen Bruder-

staat Oesterreich verbunden habe; ein Gerede das entweder von größter Thorheit oder von ebenso großer Heuchelei zeugt. Von Verrat hätte man doch nur sprechen dürfen, wenn König Wilhelm den Italienern deutschredende Gebiete als Lohn des Bundes verheißen hätte; er versprach ihnen aber nur, was ihnen nach dem Rechte jeder Nation auf Freiheit und Selbständigkeit gebührte, jenes Venedig, das 1849 einen Heldenkampf ohnegleichen gegen Oesterreichs Fremdherrschaft gekämpft hatte, und verweigerte ihnen selbst Welschtirol, dessen Zusammenhang mit Oesterreich nicht viel älter und enger war als der von Venedig. Nein! der Bund Preußens und Italiens im Jahr 1866 ist vor dem höchsten Richterstuhl, vor dem nationaler Moral, durchaus gerechtfertigt; beide Länder erhoben sich vereint gegen diejenige Macht, welche wie ein Alp die nationale Entwickelung nördlich und südlich der Alpen daniederhielt und gutwillig nicht einen Fußbreit wich, und das für Deutschland gefährliche Ausland war nicht Italien, sondern das mehr slavische als deutsche Oesterreich, das die Deutschen hindern wollte, endlich „zur Nation sich zu bilden".

Mit dem Abschlusse des italienischen Bündnisses kam der Stein mehr und mehr ins Rollen. Gleich am Tage nachher, am 9. April, beantragte Preußen beim Bundestag die Einberufung einer aus allen Teilen Deutschlands gewählten Versammlung, um mit ihrer Hilfe die Bundesverfassung neu zu gestalten; nur bei einer solchen Versammlung finde sich die „ausgleichende und treibende Kraft des nationalen Geistes," durch welche die partikularistischen Gegensätze überwunden werden könnten; als Grundlage für die Wahl wurde das allgemeine Stimmrecht bezeichnet, welches von der preußischen Regierung „für das konservative Princip förderlicher" erachtet wurde „als irgend ein anderer auf künstlichen Kombinationen (Zusammensetzungen) beruhender Wahlmodus". Der Antrag erregte in Deutschland nur Verblüffung; kein Mensch versprach sich von einer Regierung, welche im Januar 1866 selbst die Redefreiheit der Abgeordneten angetastet und unter staatsanwaltliche Verfolgung gestellt hatte, ein ehrliches Eingehen auf die etwaigen Wünsche eines deutschen Parlaments; wieder verblendete der unglückselige innere Konflikt in Preußen die Blicke aller für die hohen nationalen Ziele, welchen König und Minister unter rücksichtsloser Niederwerfung allen Widerstandes zustrebten. Bereits wurde auf seiten Oesterreichs infolge entscheidender Beratungen vom 7. bis 13. März gerüstet;

seit 28. März war auch in Preußen die Kriegsbereitschaft angeordnet, und bei den Verhandlungen über Abrüstung wollte Oesterreich wohl in Böhmen, nicht aber in Italien seine Streitkräfte herabsetzen, ein Angebot, das ihm natürlich jeden Augenblick verstattet hätte, die Regimenter vom Po an die Elbe zu werfen. Auch ein europäischer Kongreß, den zuerst der italienische Minister Lamarmora, dann Napoleon III. und England anregten und der über die Herstellung befriedigender Zustände in Italien und Deutschland beraten sollte, wurde dadurch vereitelt, daß Kaiser Franz Joseph nur dann denselben beschicken wollte, falls keine der eingeladenen Mächte einen Gebietszuwachs erhalte. Wenn er Venetien verlor, so sollte er dafür von Preußen Schlesien erhalten, wofür Preußen dann Schleswig-Holstein nehmen mochte; Italien aber sollte, da es ja auch keinen Zuwachs erhalten durfte, etwa dem Papste den Kirchenstaat zurückgeben, dessen größten Teil es ihm 1860 entrissen hatte. Auf diese Bedingung hin erklärte Frankreich den Kongreß für gescheitert, einmal weil eine Veränderung der Landkarte, wie sie Oesterreich im Sinne trug, ohne Gewalt gar nicht durchführbar erschien, und dann weil bei dem gemachten Vorbehalt Frankreich selbst zu kurz kam, das gegen Abtretung des Landes zwischen Rhein und Mosel (ohne Koblenz und Mainz) in Berlin seine bewaffnete Hilfe in Aussicht gestellt hatte.

Oesterreich aber that nun am 1. Juni den entscheidenden Schritt, der eine friedliche Lösung unmöglich machte: es stellte die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestag anheim, dessen Entschließungen von seiner Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei, und ermächtigte gleichzeitig den kaiserlichen Statthalter Gablenz, die holsteinische Ständeversammlung einzuberufen. Damit war der Gasteiner Vertrag, ohne daß er vorher gekündigt worden wäre, einseitig in der verletzendsten Form zerrissen; Oesterreich hatte sich von aller Rücksicht auf Preußens Mitbesitz in den Herzogtümern losgesagt und, um die deutschen Mittelstaaten vollends zu sich herüberzuziehen, denselben die Entscheidung, d. h. die Ueberstimmung Preußens, in die Hand gegeben. Der König Wilhelm, dem die Abneigung des größten Teils seines Volks gegen einen Bürgerkrieg wohl bekannt war, der diese Abneigung selber aus Herzensgrund teilte, hatte sich seither immer noch gegen eine rückhaltlose kriegerische Wendung gesträubt; Graf Bismarck hat selbst bezeugt: „Es hat mich furchtbare

Kämpfe gekostet den König zu überzeugen, daß wir schlagen müssen." Der italienische Gesandte Barral hörte ihn „mit bewegter Miene, die Hand auf dem Herzen, einen Ausdruck von Trauer in der Stimme" beteuern: „Ich habe ein reines Gewissen." Aber jetzt war keine andere Wahl mehr möglich; derselbe König, der zum Prinzen Friedrich Karl noch acht Tage vorher gesagt hatte: „Ich bin ein alter Mann und bald 70 Jahr; wie soll ich jetzt noch an Krieg denken? Ich will nichts mehr als meinem Volke den Frieden lassen, wenn ich sterbe!" derselbe König schwankte jetzt nicht mehr eine Sekunde, als ihm von Oesterreich aus, „dessen Kaiser er gebeten hatte, wie man nur bitten kann," mit einem neuen Olmütz gedroht wurde. Sofort erhielt General v. Manteuffel Befehl, die Preußen auf Grund des Wiener Friedens zustehenden Souveränitätsrechte in Holstein zu wahren und nicht zu dulden, daß Oesterreich die Landesversammlung einseitig berufe. Am 7. Juni rückte Manteuffel in Holstein ein, worauf Gablenz unter Protest nach Hannover zurückwich und Oesterreich am 11. in Frankfurt den Antrag stellte, alle nicht zu Preußen gehörigen Bundestruppen schleunig zu mobilisieren (auf Kriegsfuß zu setzen) und „der von Preußen unternommenen Selbsthilfe Einhalt zu thun." Der Antrag wurde, da Preußen selbst nicht abstimmte, mit sieben gegen sechs Stimmen angenommen; wenn die offizielle Angabe die Mehrheit auf neun Stimmen bezifferte, so war dagegen zu sagen, daß über diese zwei weiteren Stimmen, die sich auf je mehrere kleine Staaten verteilten, volle Klarheit nicht herrschte, weil Bückeburg gar nicht und Braunschweig für Preußen abstimmte und damit die Mehrheit in den beiden in Frage stehenden Kurien (Stimmkörper) selber unentschieden blieb; nur durch einen Akt gewaltsamen Entscheids wurden auch diese Stimmen als bejahend gerechnet. Am Ende kam auf diese Rechtsverletzung bei der Abstimmung nicht viel an, so sehr sie auch der brutalen Art entsprach, mit welcher sich Graf Mensdorff über den Vertrag von Gastein weggesetzt hatte. Der preußische Gesandte v. Savigny erklärte darauf Preußens Austritt aus dem Deutschen Bunde, da dessen vertragsmäßige Grundlage nun hinfällig geworden sei und an seiner Stelle eine neue Form der deutschen Einheit gesucht werden müsse. Darauf verließ er den Saal; am 12. Juni wurden die Gesandten gegenseitig abberufen; der Krieg war da.

Wer diese Tage miterlebt hat, der weiß, daß damals alle

Patrioten südlich vom Main in tiefe Trauer gestürzt wurden. Man sah hier in König Wilhelm und Bismarck nicht die nationalen Staatsmänner, welche endlich, nachdem jahre- und jahrzehntelang der Worte genug gewechselt worden, zur kühnen, allein Erlösung verheißenden That schritten; man sah in ihnen mit hartnäckiger, wenn auch durch den Verfassungskonflikt und dessen oft abstoßende Einzelheiten begreiflich gemachter Verblendung nur schroffe Reaktionäre und Gegner aller Volksrechte, und Bismarck im besonderen traute man zu, daß er, unfähig, den inneren Frieden herzustellen, sich tollkühn in einen auswärtigen Krieg stürze, wie ein verzweifelter Spieler, welcher am Ende alles, was er hat, auf eine Karte setzt. Daß das Spiel aber für Oesterreich günstig stehe, daß es sich Italiens hinter dem sicheren Festungsviereck leicht erwehren und im Verein mit ganz Süddeutschland, mit Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau sich Preußen weit überlegen zeigen werde; daß namentlich sein Heerwesen sich besser als das preußische bewähren werde — das war eine weit verbreitete Annahme, welche, durch verschiedene scheinbare Gründe gestärkt, die Anhänger der österreichischen Führerschaft, die sogenannten Großdeutschen, mit Frohlocken, die Freunde Preußens aber mit banger Sorge erfüllte; was sollte, so fragten wir uns damals, aus Deutschland werden, wenn jetzt die numerische Uebermacht obsiegte, wenn auf Olmütz ein neues Jena folgte und durch Bismarcks Leichtsinn das einzig sichere Werkzeug der deutschen Einheit für den Notfall, das preußische Heer, zertrümmert wurde? Dann mußten am Ende Frankreichs Plane reifen und Preußen, um nur sich selbst zu retten, das linke Rheinufer opfern; statt der Einheit hatten wir dann die Zerstückelung des Vaterlandes; statt vorwärts zu kommen, waren wir weit zurückgeworfen.

Niemals vielleicht haben sich Millionen von Menschen in einem größeren Irrtum befunden als damals, und doch — wer wollte leugnen, daß das Los jedes Krieges ungewiß ist und im Hintergrunde alle jene Gefahren lauerten? Es kam deshalb vor allem auf rasches Handeln an, damit diejenigen, welche sich im Verlaufe des Streites denselben zu nutze machen wollten, keine Zeit dazu erhielten. Aber auch in der größten Eile vergaß König Wilhelm die billige Rücksicht nicht, die er seinen seitherigen Bundesgenossen schuldete: Preußen mußte sich auf Norddeutschland verlassen können, aber mehr war auch nicht nötig; deshalb richtete Bismarck schon am 15. Juni

ein Ultimatum an Sachsen, Hannover und Kurhessen, in welchem er von diesen Staaten, die vier Tage vorher zu Frankfurt mit Oesterreich gestimmt hatten, keineswegs etwa ein Zusammengehen mit Preußen forderte, sondern für jetzt lediglich Herabsetzung ihrer Heere auf den Friedensstand und für später Annahme eines engeren Bundes mit Preußen; am Kriege selbst gegen Oesterreich sich zu beteiligen, mutete er ihnen nicht zu. Gegenüber gewissen, auch neuerdings oft wiederholten Behauptungen der welfischen Partei ist es nützlich, an dieses Ultimatum vom 15. Juni zu erinnern; indem alle drei Regierungen durch die Bundestreue zum Festhalten an der Kriegsbereitschaft verpflichtet zu sein erklärten, lehnten sie Preußens maßvolle Vorschläge ab und überlieferten sich völkerrechtlich den Wechselfällen des Krieges. Siegte Oesterreich, so wurde allerdings das vorlaute Wort eines süddeutschen Ministers: „Wehe den Besiegten!“ an Preußen zur Wahrheit; ging die Sache aber anders, so konnte man in Dresden, Hannover und Kassel sich der gleichen Folgerung logischerweise nicht wohl erwehren.

Kaum war die Ablehnung des preußischen Ultimatums erfolgt, so drangen die Preußen, welche sich in völliger Marschbereitschaft befanden, am 16. Juni in Hannover, Hessen und Sachsen ein. Während alle Welt vergeblich auf ein mindestens ebenso rasches Vorgehen der Oesterreicher wartete, wurden alle drei Länder binnen wenigen Tagen von den Angreifern besetzt; am 18. Juni wurden die drei Hauptstädte Dresden, Kassel und Hannover gleichzeitig eingenommen; der Kurfürst von Hessen-Kassel mußte als Gefangener nach Stettin gehen, und der blinde König Georg von Hannover sah sich trotz des am 27. Juni gelieferten siegreichen Gefechtes bei Langensalza bald auf allen Seiten umstellt und am 29. zur Ergebung gezwungen, infolge deren er selbst samt seinem Sohne nach Oesterreich entlassen, sein Heer aber aufgelöst wurde. Noch vor der Entscheidung hatte ihm König Wilhelm abermals Frieden gegen die im Ultimatum angebotenen Bedingungen zugesichert; wieder war der Hannoveraner der Ablehnende gewesen. Ende Juni war ganz Norddeutschland in den Händen der Preußen oder mit ihnen im Bunde; der erste, welcher seine Truppen zu ihnen stoßen ließ, war der dem Werk einer nationalen Wiedergeburt eifrig zugethane Herzog Ernst von Koburg-Gotha. Nach 13 Tagen war das politische Ziel, dessen Erreichung König Wilhelm zunächst allein ins

Auge fassen konnte, nämlich die Vereinigung Norddeutschlands unter Anführung von Preußen, thatsächlich erreicht; es galt jetzt, dieses Ziel durch Siege über die Oesterreicher und die Süddeutschen möglichst rasch sicherzustellen.

Es bedurfte zweier Heeresabteilungen, um den doppelten Feind zu bekämpfen. Die Oesterreicher, an deren Spitze auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers der seither nur als Corpsführer bewährte Feldzeugmeister Benedek getreten war, zählten in Böhmen, über das sie nicht hinauskamen, 247000 Mann, wozu noch 22000 Sachsen unter Kronprinz Albert stießen. Ihnen stellten sich drei preußische Heere entgegen: Die Elbarmee unter Herwarth v. Bittenfeld, 46000 Mann stark; dann die erste Armee unter Prinz Friedrich Karl, dem Neffen des Kaisers, gegen 110000 Streiter; endlich die zweite Armee, 150000 Mann, über die der Kronprinz Friedrich Wilhelm den Befehl übernahm. Die Süddeutschen hatten gegen 90000 Mann aufgeboten, von denen über die Hälfte Bayern waren; zu ihnen stießen auch 5000 Nassauer und 7000 Kurhessen, so daß die Gesamtzahl der Gegner Preußens auf dem westlichen Kriegsschauplatze etwa 100000 Mann betragen mochte. Ihnen standen nicht ganz 50000 Mann entgegen, die sogenannte „Mainarmee", deren Oberbefehl zuerst Vogel v. Falckenstein, seit Mitte Juli aber Edwin von Manteuffel führte. Der mangelnde innere Zusammenhang unter den süddeutschen Truppen schien es zu rechtfertigen, daß man ihnen kaum die Hälfte ihrer eigenen Zahl entgegenstellte; dann aber galt es, soviel als möglich Streitkräfte auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz zu vereinigen, und das war der böhmische. Wenn hier rasch durchschlagende Erfolge erzielt wurden, so waren die Süddeutschen nicht mehr zu fürchten, so blieben vor allem auch die Dänen, welche der 1864 erlittenen Schläge grimmig gedachten, und die Franzosen ruhig.

Auf das böhmische Kriegstheater begab sich auch König Wilhelm, welcher am 18. Juni in einer äußerst herzlichen und ergreifenden Ansprache sich „An sein Volk" gewendet und ihm zugerufen hatte: „Das Vaterland ist in Gefahr! Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngeren, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr; wohin wir in Deutschland schauen, sind

wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens! Aber in meinem Volke lebt der Geist von 1813. Unsere Gegner täuschen sich, wenn sie wähnen, Preußen sei durch innere Streitigkeiten gelähmt. Dem Feinde gegenüber ist es einig und stark; dem Feinde gegenüber gleicht sich aus, was sich entgegenstand, um demnächst in Glück und Unglück vereint zu bleiben. Wir müssen fechten um unsere Existenz; wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe hinabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuen. Gott mit uns!"

Am 30. Juni verließ der König mit dem großen Hauptquartier Berlin, um sich zur Uebernahme des gesamten Oberbefehls dem Heer des Prinzen Friedrich Karl anzuschließen, welches die Vereinigung zwischen der Elbarmee und der zweiten Armee darstellte und von Zittau aus in Böhmen eingedrungen war. Der König reiste zu einem schon in vollem Siege begriffenen Heere; Herwarth und Prinz Friedrich Karl hatten sich vereinigt und die feindlichen Scharen unter Clam-Gallas in einer Reihe von siegreichen Treffen bis über Gitschin hinaus vor sich hergetrieben, während auch der Kronprinz, der von Glatz aus in Böhmen einmarschiert war, die ihm entgegenstehenden Armeecorps bei Trautenau, Nachod und Skalitz überwältigt und bei Königinhof die Fühlung mit den zwei anderen Heeren hergestellt hatte. In acht Tagen waren von den sieben österreichischen Armeecorps fünf besiegt worden, dazu auch die Sachsen. 40 000 Mann hatte Benedek verloren und mit ihnen das Vertrauen auf den Sieg; was er etwa durch seine überlegene Artillerie voraus hatte, das brachte die Ausrüstung des preußischen Fußvolks mit dem Zündnadelgewehr und die weit überlegene Führung der preußischen Armee wieder mehr als herein. So war die Lage günstig genug gestaltet, als König Wilhelm in Gitschin eintraf; am

Morgen des 1. Juli bat Benedek den Kaiser Franz Joseph telegraphisch, er möge Frieden schließen, da sonst die Vernichtung des Heeres drohe, Frieden um jeden Preis. Die Antwort aber war: er möge im Kampfe ausharren.

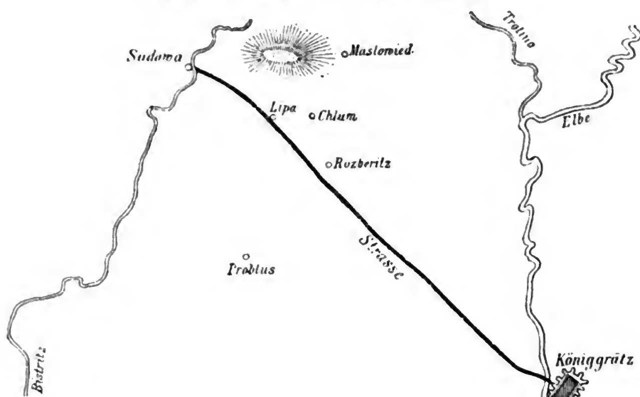
In der That war es für Kaiser Franz Joseph moralisch unmöglich, jetzt vom Kriege zurückzutreten. In Italien hatte sein Vetter Albrecht den König Viktor Emanuel in der mörderischen Schlacht bei Custozza am 24. Juni besiegt; es mußte in Böhmen notwendig noch einmal versucht werden, ob man nicht unter Ausnutzung vorteilhafter Stellungen eine Wendung des Kriegsglückes herbeiführen könnte.

Demgemäß nahm Benedek mit noch etwa 230 000 Mann seine Aufstellung westlich der Festung Königgrätz bei den Dörfern Masloweb, Chlum, Lipa und Problus, so daß er den Fluß Bistritz vor sich, die Elbe aber im Rücken hatte; seine nördliche Flanke deckte der in die Elbe fließende Bach Trotina gegen einen etwaigen Angriff seitens des Kronprinzen. Als Prinz Friedrich Karl von dieser Aufstellung erfuhr, beschloß er sofort, den Feldzeugmeister am 3. Juli anzugreifen und bat den Kronprinzen um die Mitwirkung der Garde oder noch anderer Teile seines Heeres. Nach Gitschin, wo sich der König noch befand, überbrachte sein Generalstabschef Voigts-Rhetz selbst die Botschaft, daß die ganze feindliche Heeresmasse in der Nähe versammelt sei; der König wollte es gar nicht glauben, daß Benedek sich zur Schlacht stelle, den Rücken gegen einen großen Fluß gelehnt, wodurch er freilich vor Umgehung gesichert war, im Fall einer Niederlage aber sein Heer am Rückzug aufs äußerste behindert sein mußte. Es war doch so, und angesichts der Möglichkeit, durch kühnes Drauflosgehen einen entscheidenden Erfolg zu erringen, entschloß sich König Wilhelm unter Zustimmung seines genialen Generalstabschefs Hellmuth v. Moltke, dem Prinzen freie Hand zu lassen und am 3. Juli mit allen verfügbaren Streitkräften den Feind zu fassen. Nachts elf Uhr war Voigts-Rhetz in Gitschin eingetroffen, um zwei Uhr früh hatte der Kronprinz schon den Befehl seines Vaters, an der Schlacht teilzunehmen; morgens um halb acht Uhr fiel seitens der Truppen des Prinzen Friedrich Karl schon der erste Schuß gegen den Feind, welcher, der Stärke seiner Aufstellung sicher, sich mit Löwenmut gegen die Preußen zur Wehr setzte.

Wunderbar, wie sehr die Schlacht von Königgrätz oder Sádowa der von Belle-Alliance oder Waterloo ähnlich ist. Wie

dort Wellington sich fünf Stunden lang allein gegen Napoleon I. schlug, des Eingreifens Blüchers jeden Augenblick gewärtig, so rang hier Friedrich Karl über sechs Stunden allein gegen Benedek; aber wenn Wellington an Zahl hinter seinem Gegner kaum zurückblieb und vor ihm die starke Verteidigungsstellung voraus hatte, so verfügte der Prinz über nicht mehr als 150 000 Mann, Benedek aber über das Anderthalbfache, und dieser nahm Stellungen ein, welche äußerst schwer zu erstürmen waren. An manchen Punkten, so am Wald von Masloved auf dem linken Flügel, wo Fransecky mit den Thüringern

Plan der Schlacht von Königgrätz.



stand, um Fühlung mit den herannahenden Heersäulen des Kronprinzen zu gewinnen, fochten die Preußen einer gegen vier; Herwarth v. Bittenfeld war zwar auf dem rechten Flügel schon um acht Uhr an der Bistritz angekommen, brauchte aber vier Stunden, um seine Truppen über den Fluß zu schaffen; erst um zwei Uhr konnte er angreifen, und zwischen ein und zwei Uhr standen die Dinge so bedrohlich, daß im Hauptquartier ernstlich der Gedanke erwogen ward, die Schlacht abzubrechen und das Fußvolk unter dem Schutz der Reitermassen zurückzuziehen. Aber in demselben Augenblick, da Herwarth die Hochebene vom Flußthal her erstieg, das Dorf Problus erstürmte und die österreichischen Batterien zum Abzuge zwang,

welche hier an der Seite der Sachsen mit furchtbarem Erfolg gekämpft hatten, in eben diesem Augenblick erschien das zur Armee des Kronprinzen gehörige Gardecorps und nahm das Dorf Chlum, das den Schlüsselpunkt der Benedekschen Aufstellung im Norden bildete; schon setzten sich die Preußen auf der Straße fest, die (südlich von Chlum) von Sadowa über Rozberitz nach Königgrätz führt, und bedrohten die Rückzugslinie des großen Heeres. Der dicke Nebel, welcher den ganzen Tag gedauert hatte, war dem Feldzeugmeister hinderlich gewesen, den Anmarsch des Feindes von Norden her, dessen er freilich gewärtig sein mußte, rechtzeitig wahrzunehmen und Chlum zu sichern; jetzt war es zu spät; um halb fünf Uhr gab er den Befehl zum Rückzuge. In diesem Augenblick setzte sich König Wilhelm an die Spitze einer Reiterschar, um die Verfolgung zu eröffnen; bei Lipa begegnete er den Garden. „Der Jubel," schrieb er am anderen Tage an die Königin Augusta, „der ausbrach, als die Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur anderen und überall das nicht enden wollende Hurrarufen. Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen!" Unter den Augen des Monarchen kam es noch zu einem fürchterlichen Reitergefecht, da die braven österreichischen Kürassiere und Ulanen es unternahmen, das weichende Fußvolk zu beschützen; sie wurden von den preußischen Gardedragonern, Ziethen-Husaren und Hohenloheschen Ulanen gänzlich überrannt und haufenweise niedergestreckt. So drang das preußische Fußvolk bis zum Thalrande der Elbe vor, wo es von jenseits des Flusses mit Granaten beworfen wurde; auch der König geriet in dieses Feuer, ohne die Gefahr zu beachten, bis ihn Bismarck wiederholt bestürmte, den Ort zu wechseln. Wie der König zuerst lächelnd sagte: „Wo soll ich denn aber als Kriegsherr hinreiten, wenn mein Heer im Feuer steht?" da entgegnete der Minister: „Als Major habe ich Euer Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rat zu erteilen; als Ministerpräsident, von welchem das preußische Volk seinen König fordern wird, bin ich aber verpflichtet, Euer Majestät zu bitten, sich nicht auf diese Weise ernster Gefahr auszusetzen." Nun ritt der König in langsamem Trab zurück; weil aber dabei die Gefahr noch andauerte, so erhob sich Bismarck im Sattel und gab mit dem Absatz seines

schweren Reiterstiefels dem Roß des Königs einen so derben Stoß, daß dasselbe einen Satz machte und rascher dahineilte. Der König stutzte, begriff aber die Absicht, in der sein Minister sich diese Freiheit genommen, und schwieg. Abends acht Uhr traf er noch mit seinem Sohne zusammen, dem er sofort den Orden pour le mérite (= für das Verdienst) übergab. Die Thränen stürzten dem Thronfolger aus den Augen; Vater und Sohn waren überwältigt von der Wucht des Augenblicks, in welchem der erstere den Fuß auf das besiegte Oesterreich setzte und eines Sieges teilhaftig war, wie er seit Leuthen nicht mehr errungen worden war und wie er die Geschicke Preußens und Deutschlands umgestalten mußte; wovon dann naturgemäß der Erbe der Krone die Früchte zu genießen berufen war.

Denn das war die Wahrheit, was die Wiener Blätter am 4. Juli schrieben: „Unsere Nordarmee existiert nicht mehr!“ Obwohl der Sieg lange nicht in dem Maße ausgenützt wurde, wie einst der von Waterloo, so war doch das Heer Benedeks ins Mark getroffen; es hatte über 4000 Tote, 14 000 Verwundete, 4000 Vermißte und 20 000 Gefangene verloren, also zusammen 42 000 Mann, fast ein Fünftel seines Bestandes; dazu fielen 174 Kanonen und 11 Fahnen in die Hände der Sieger, die ihrerseits den großen Erfolg mit einem Verluste von nur 1800 Toten und 7000 Verwundeten bezahlten.

Die Schlacht entschied aber auch den Krieg. Benedek wich nach Olmütz zurück und sandte nur einen Teil seines Heeres direkt nach Wien, zum Schutze der Hauptstadt, auf welche auch die Sieger alsbald in dichten Haufen vordrangen. Vergebens trat Kaiser Franz Joseph am 5. Juli Venetien an Napoleon III. ab und bat ihn um Vermittlung bei Italien; König Viktor Emanuel begriff, daß er nach der Niederlage von Custozza Venedig nicht als Almosen oder gar als Lohn schnöden Verrats an Preußen annehmen dürfe, und setzte den Krieg fort; die Heerscharen, welche Erzherzog Albrecht aus Italien nach Norden führte, kamen nicht so zeitig an die Donau, daß sie Wien hätten retten können. Schon sahen die preußischen Vortruppen zur Nachtzeit die erleuchteten Fenster der Kaiserstadt, schon war deren Fall so gut wie gewiß, als sich Kaiser Franz Joseph entschloß in den Hauptpunkten nachzugeben und so einen fünftägigen Waffenstillstand, vom 22. bis 27. Juli zu erlangen, während dessen dann der vorläufige

Friede zu Nikolsburg in Mähren abgeschlossen wurde. Es war nicht die Ansicht aller in der Umgebung des Königs, daß man jetzt die Waffen niederlegen solle. Berauscht von den ungewöhnlichen Erfolgen eines nur fünfwöchentlichen Feldzuges, forderten viele, daß man den Sieg vollkommen ausnütze, Wien besetze und dem Kaiser den Frieden nur gegen erhebliche Landabtretungen gewähre; noch war ja ein Teil Schlesiens österreichisch, und Nordböhmen enthielt eine meist geschlossene deutsche Einwohnerschaft. Es war ein hohes Verdienst des Königs, Bismarcks und, wie aus sicheren Zeugnissen geschlossen werden darf, auch Moltkes, daß sie sich solchen Plänen versagten und nüchtern die Sachlage so ansahen, wie sie war. Frankreich war von dem Schlage von Sádowa so hart getroffen wie Oesterreich selbst; mit Grimm fühlte es, daß der unerwartet rasche und gründliche Sieg Preußens die politische Gestalt des Weltteils verändere, daß eine preußisch-deutsche Macht in dessen Herzen erstehen werde, welche dem Uebergewicht des französischen Kaiserreichs ein Ziel setzte. Noch hoffte Napoleon III., in Güte sein „Trinkgeld", wie es Bismarck höhnisch nannte, zu erhalten und etwa Mainz und das Land zwischen Nahe und Rhein für sich herauszuschlagen; wenn ihm dies nicht gelang, so war als gewiß anzunehmen, daß er Oesterreich zu fernerem Widerstand ermuntern und ihm späterhin mit den Waffen beistehen werde. Es galt also, womöglich mit Oesterreich rasch sich zu vergleichen, um sofortige Gefahren von Deutschland abzuwehren; aber auch der Zukunft mußte man gedenken. „Es konnte nicht im Interesse Preußens und Deutschlands liegen," sagt das Generalstabswerk, „den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen"; oft genug (S. 99) hatten preußische Stimmen laut gesagt, daß man gerne Oesterreichs ehrlicher Bundesgenosse sein wolle, wenn es Preußens Stellung in Deutschland anerkenne; jetzt war die Zeit da dies zu bethätigen. Zwang man den Kaiser Franz Joseph zu Gebietsabtretungen, „so mußte ein Stachel zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte;" forderte man aber von ihm nichts, „was der Ehre und Macht Oesterreichs eine Wunde schlug," so war die Wiederherstellung eines aufrichtigen Freundschaftsverhältnisses mit ihm recht wohl wieder möglich. Nie hat eine weisere Politik unsere Geschicke bestimmt als im Juli 1866. „Nur was notwendig, nicht was begehrenswert war," faßten der König und seine vornehmsten Räte ins Auge und schlugen so Brücken zu Oesterreich hinüber, welche im

Anfang nicht beachtet, aber 1879 in einem schicksalsschweren Augenblicke deutscher und österreichischer Geschichte beiderseits mit vollem Verständnis und Einverständnis betreten wurden.

Demnach verpflichtete sich Oesterreich in dem Nikolsburger Präliminarfrieden, welcher schon am 23. August 1866 in den endgültigen Frieden von Prag verwandelt wurde, erstlich zur Anerkennung der Auflösung des Deutschen Bundes; zweitens willigte es ein, daß Deutschland sich ohne Beteiligung Oesterreichs neu gestalte, und zwar so, daß die Staaten nördlich vom Main mit Preußen einen engeren Bund schlossen; die südlich dieses Flusses gelegenen Staaten sollten einen selbständigen Bund für sich bilden, dessen „nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde" späterer Vereinbarung beider Bündnisse vorbehalten bleiben sollte. Drittens trat Oesterreich alle seine Rechte auf Schleswig-Holstein an Preußen ab, mit der Maßgabe, daß die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark fallen sollten, falls deren Einwohner in freier Abstimmung diesen Wunsch äußerten. Viertens bezahlte Oesterreich bar 20 Millionen Thaler als Kriegsentschädigung, und fünftens gab es seine Zustimmung zu allen Gebietsveränderungen, die Preußen in Norddeutschland vornehmen werde; nur Sachsen sollte erhalten bleiben; dagegen wurden auf Grund dieses Paragraphen Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preußischen Monarchie vereinigt. Die preußischen Heere sollten binnen drei Wochen vom Austausch der Urkunden ab das Gebiet des Kaiserstaates räumen.

Dem Frieden mit Oesterreich folgte bald auch der mit den süddeutschen Staaten nach. Die „Mainarmee" hatte gegen dieselben entschiedene Erfolge errungen; am 16. Juli war Frankfurt am Main besetzt und zur Strafe für seine preußenfeindliche Haltung mit einer äußerst harten Kriegssteuer belegt worden, die indessen wegen der nachfolgenden Einverleibung der bis dahin freien Stadt in Preußen nicht eingetrieben wurde; in einer Reihe siegreicher Gefechte wurden die Bayern, Württemberger und Badener geworfen und am 2. August Würzburg durch die Truppen Manteuffels eingenommen. Nun machte ein Waffenstillstand auch hier dem nutzlosen Kriege ein Ende, und die süddeutschen Staaten schickten Gesandte nach Nikolsburg, um hier über Frieden zu verhandeln. Nichts konnte der Förderung ihrer nationalen Empfindungen dienlicher sein, als die Haltung, welche Anfang August Napoleon III. und König Wilhelm einnahmen. Ohne Rücksicht auf die Hilfe-

gesuche, die Hessen, Württemberg und Bayern an ihn gerichtet hatten, ließ der Kaiser am 6. August durch seinen Botschafter Benedetti Mainz samt Rheinhessen und der Rheinpfalz als „Entschädigung" für Frankreich fordern; andernfalls sei Krieg. „Dann ist Krieg," sagte Bismarck auf Befehl seines königlichen Herrn, der, obwohl die Franzosen keine Scholle preußischen Bodens verlangten, doch entschlossen war, lieber sofort den französischen Krieg an den österreichischen zu reihen, als seine oftmals wiederholten feierlichen Verheißungen zu brechen, kraft deren er die Pflege „der nationalen Interessen Preußens und Deutschlands" als seine Aufgabe ansah. Vor der Entschlossenheit Preußens wich der Kaiser ohnmächtig zurück; sein weiterer, allem Recht ins Gesicht schlagender Entwurf, das ganz schuldlose Belgien samt Luxemburg mit Frankreich zu vereinigen, wurde von Bismarck ebenfalls abgelehnt, da Preußen dadurch mit England verfeindet werden würde. Nirgends hatte die „Trinkgelderpolitik" (la politique du pourboire) Erfolg; ohne ein deutsches Dorf zu opfern, hatte Preußen das so oft vergeblich in Angriff genommene Werk der deutschen Einigung in der Hauptsache beendigt, während Italien den Gewinn der Lombardei allein mit der Abtretung Savoyens und Nizzas an Frankreich hatte bezahlen müssen.

Die süddeutschen Staaten aber sahen ein, daß ihre Existenz fortwährend in Frage stand, wenn sie nicht statt des Schutzes, den ihnen der alte, nun gesprengte Bund in freilich nur halb genügender Weise geboten hatte, einen anderen erlangten. Der bayerische Minister v. der Pfordten bezeugte dem Grafen v. Bismarck, als dieser ihm von der Ablehnung der französischen Gelüste Kunde gab, mit tiefer Bewegung seinen Dank und seine Anerkennung der deutsch-patriotischen Gesinnung, welche der viel angefeindete preußische Minister der Begehrlichkeit der Welschen gegenüber bethätigt hatte, und es kam nicht bloß zum Abschluß der Friedensverträge zwischen Württemberg, Baden und Bayern am 13., 17. und 22. August, sondern auch zur Aufrichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen dem Süden und Norden, wonach beide Teile einander gegenseitig die Unverletzlichkeit ihres Gebietes verbürgten; im Kriegsfall sollten sie einander gegenseitig mit ihrer vollen Kriegsmacht unterstützen, alle Truppen aber unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen stehen. Der Vertrag wurde vorläufig geheim gehalten, ohne Zweifel, um dem Kaiser Napoleon die dürftige Genugthuung und den kargen Trost zu

lassen, daß Deutschland wenigstens nicht sofort seine Einigung gegen das Ausland erlangt habe und daß es anscheinend nun in zwei Teile gespalten war, von denen wenigstens der südlich vom Main gelegene ein Gegenstand französischer Beeinflussung werden mochte. Hätten die Franzosen sofort erfahren, daß Deutschland in demselben Zeitpunkt, wo es durch die Mainlinie in zwei Teile gespalten zu sein schien, eine festere militärische Einheit gewonnen hatte, als es sie seit Jahrhunderten besessen, so würden sie sich noch mehr als die eigentlichen „Besiegten von Sádowa“ vorgekommen sein, als dies ohnehin der Fall war.

Am 3. September folgte der Abschluß des Friedens mit Hessen-Darmstadt, am 21. Oktober der mit Sachsen nach; wie den Süddeutschen, so wurde auch den Sachsen nur eine Kriegsentschädigung auferlegt; Hessen aber mußte außerdem die Landgrafschaft Homburg abtreten, welche es kürzlich durch Erbschaft gewonnen hatte; ähnlich hatte auch Bayern einige von preußischem Gebiet eingeschlossene Grenzorte in Thüringen herauszugeben, deren Umfang aber nur zehn Quadratmeilen betrug, so daß also dem Königreich mit seinen fast 1400 Quadratmeilen kein merklicher Abbruch geschah. Auch diese Mäßigung Preußens war wohl berechnet und patriotisch; die deutschen Staaten, mit denen es Verträge schloß, sollten an „Ehre und Macht“ nicht verkürzt werden und sich sofort nicht als Besiegte, sondern als Bundesgenossen fühlen.

Sechstes Kapitel.

Der norddeutsche Bund.

Noch ehe der Krieg ausgebrochen war, hatte König Wilhelm am 9. Mai die Auflösung des Abgeordnetenhauses befohlen, in der Erkenntnis, daß dasselbe unter Umständen und in Stimmungen gewählt worden war, die jetzt nicht mehr maßgebend waren. Die Neuwahlen, die unter dem Donner von Königgrätz sich vollzogen, bestätigten diese Ansicht; die konservative Partei verdreifachte etwa die Zahl ihrer Sitze und trat mit 140 Mann ins neue Haus ein, während die Fortschrittspartei auf nicht viel über die Hälfte dieser Zahl

herabsank. Wenn es nun nach dem Willen der äußersten Rechten gegangen wäre, so würde der König den Sieg über die auswärtigen Feinde zur Vernichtung der Verfassung benutzt haben. In gewissem Sinne wäre ja der Augenblick dazu günstig gewesen. Wenn je ein Jahr mit lauter Stimme den Wert und den Segen eines starken Königtums gepredigt hat, das unabhängig von den parlamentarischen Parteien sich erhält, das im Notfall auf eigene Verantwortlichkeit handelt und dem das Wohl des Staates oberstes Gesetz ist, so ist das Jahr 1866 dieses Jahr gewesen. Allen klar lag es vor Augen, daß das Parlament sich über fünf Jahre der Heeresreorganisation widersetzt hatte, ohne welche doch die militärische Kraftentfaltung von 1866 nicht möglich gewesen wäre, der die Heere Oesterreichs und seiner Verbündeten erlagen, vor der das begehrliche Frankreich knirschend zurückwich. Ebenso unzweifelhaft war es, daß das Parlament die geniale auswärtige Politik des Grafen Bismarck so sehr als nur möglich erschwert hatte und der Sturz dieses Ministers sein Hauptziel all die Jahre daher gebildet hatte. In beiden Fällen hatte der König die größere Einsicht bewiesen; er hatte die Reorganisation nicht rückgängig gemacht, er hatte den größten Staatsmann, den Deutschland je gehabt, gegen die wütendsten Angriffe der übergroßen Mehrheit des Abgeordnetenhauses gehalten. Die Politik des Königs war durch die Ereignisse gerechtfertigt, die des Abgeordnetenhauses war widerlegt worden. War es da zu verwundern, daß die Zahl derer nicht gerade klein war, die sagten: „Das Parlament hat sich als Einrichtung schlecht bewährt; wenn wir einen König gehabt hätten, der sich vor dem Parlament gebeugt und ihm den Willen gelassen hätte, so würden wir noch in dem Elend des Bundestags und des ewigen Streits zwischen Oesterreich und Preußen drinnen stecken; die Grundlage zum nationalen Staat, die im böhmischen Krieg errungen worden ist, wäre heute noch nicht gelegt. Solche Lagen des Staats können wiederkehren, und es kann ein schwächerer König als Wilhelm I. da sein: deshalb fort mit dem Parlament!“

Der König und sein oberster Ratgeber dachten nicht so. Sie sahen ein, daß man das neue Deutschland nicht gründen konnte ohne die volle Mitwirkung der Nation, und sie vertrauten, daß die Nation nicht immer Abgeordnete erwählen werde, welche ihre Hauptaufgabe in der Oppositionsmacherei um jeden Preis erblickten. Unmittelbar aus dem Kriege

kommend, mit dem frischen Lorbeer von Königgrätz geschmückt, bot König Wilhelm dem Abgeordnetenhause die Friedenshand. In der Thronrede, mit welcher er am 5. August 1866 die Sitzung des Landtags eröffnete, gestand er offen und ehrlich ein, daß über den Staatshaushalt eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht habe herbeigeführt werden können und daß deshalb die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden seien, der gesetzlichen Grundlage entbehren, welche die Verfassung vorschreibe. Wenn die Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt habe, so sei dies aus pflichtmäßiger Ueberzeugung geschehen, daß dieses Verhalten durch die Rücksicht auf die Existenz des Staates geboten war; sie suche aber um Indemnität nach, d. h. um nachträgliche Gutheißung des Staatshaushalts, und hoffe, daß dieselbe vom Landtag ausgesprochen und damit der innere Streit für alle Zeit zum Abschluß gebracht werde. Zwar widersetzte sich fast die Hälfte der Fortschrittspartei diesem Gesuch, dessen Hochherzigkeit doch in die Augen sprang; aber mit übergroßer Mehrheit wurde dasselbe am 3. September von der zweiten Kammer genehmigt: 230 Mitglieder stimmten mit Ja, nur 75 mit Nein; das Herrenhaus vollends gab seine einhellige Zustimmung, und so war als eine weitere Frucht des böhmischen Kriegs die Herstellung des inneren Friedens in Preußen erreicht. Das Siegel wurde auf dieses Versöhnungswerk gedrückt, als das Abgeordnetenhaus für die Reorganisation 41½ Millionen Thaler als fortlaufende Ausgaben bewilligte und so die hart angefochtene Neugestaltung des Heeres anerkannte. Wenige Tage nachher wurde — am 18. Dezember — der Staatshaushalt für 1867 mit allen gegen fünf Stimmen genehmigt, was seit fünf Jahren nicht mehr erlebt worden war, und auch die Regierung stimmte demselben zu, obwohl sie gern für das Heer noch ein paar Millionen Thaler mehr als regelmäßige Ausgaben durchgesetzt hätte; sie wollte aber, wie Bismarck sagte, „ihre Achtung vor den Beschlüssen des Hauses und vor dessen Budgetrecht bethätigen".

Niemand gereichte dieser Ausgleich zu größerer Befriedigung als dem König, der seit 1848 seine Aufgabe vornehmlich darein gesetzt hatte, die Rechte des Volks mit denen der Krone in Einklang zu bringen (S. 62). Die Aufrichtung des inneren Friedens erleichterte auch die Lösung der anderen Aufgaben, welche dem preußischen Staate noch oblagen. Es

war dies die Verschmelzung der neuen Provinzen Hannover, Nassau, Kurhessen, Frankfurt und Schleswig-Holstein mit den alten; dann die Errichtung des norddeutschen Bundes, welcher Oesterreich im Prager Frieden zugestimmt hatte, und der weitere Ausbau dieses Bundes; endlich die Anknüpfung eines nationalen Bandes mit den Süddeutschen.

Was erstlich die Verschmelzung der neuen Provinzen mit den alten betraf, so wünschte der König durch Gewährung bedeutender Geldsummen die entthronten Fürsten mit den neuen Zuständen wo möglich auszusöhnen und sie zu einem Verzicht auf ihre Throne zu bewegen; aber nur der Herzog von Nassau ging im September 1867 auf einen Vertrag ein, welcher ihm einige Schlösser und 15 Millionen Gulden zuwies; die Verhandlungen mit dem König Georg von Hannover und dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen scheiterten aber am Ende gänzlich und die ihnen bewilligten Gelder wurden einstweilen mit Beschlag belegt, und der König von Hannover unterhielt in verschiedenen Städten Frankreichs militärisch organisierte Trupps, welche zusammen die „Welfenlegion" genannt wurden; er ließ in deutschen und französischen Blättern gegen Preußen hetzen und rechnete offenkundig auf einen französischen Angriff gegen das Werk von 1866, wie zu allem Ueberfluß erst wieder 1885 durch Abdruck einiger Briefe des Königs an seine Agenten erhärtet worden ist. Um so mehr war die Regierung in Berlin bemüht, die Provinzen selbst zu gewinnen; die Anhänglichkeit derselben an ihre früheren Herrscher wurde ihnen vom König nicht bloß nicht verübelt, sondern vermöge seines ritterlichen Sinnes geradezu als Lob angerechnet; durch Zuziehung von Vertrauensmännern der Provinzen bei der Beratung ihrer Einfügung in den Gesamtstaat und durch Gewährung von Provinzialfonds, für deren Verwendung die Provinziallandtage zuständig waren, wurden in der That die meisten der „Neupreußen" allmählich mit der Einverleibung ausgesöhnt, die ja ohnehin doch als eine nationale Notwendigkeit sich darstellte. Wie sehr der König selbst sich dafür interessierte, daß in den neuen Provinzen nicht gewaltthätig verfahren, sondern den Wünschen der Einwohner Rechnung getragen werde, dafür zeugt sein Wort an den treuen hessischen und deutschen Patrioten Oetker aus Anlaß der Hoftafel vom 16. August 1867: „Leider ist in Hessen manches angeordnet worden, das notwendig wieder abgestellt werden muß;" und nur dem persönlichen Eingreifen des Königs ist

es zu danken gewesen, daß der kurhessische Staatsschatz von fünf bis sechs Millionen Thalern dem Lande gerettet wurde*). In ähnlicher Weise erhöhte der König auch für die Stadt Frankfurt die Summe von zwei Millionen Thalern, die ihr vom Staat für abzutretende Gebäude geboten waren, auf drei Millionen und befahl die Uebernahme der Kriegssteuer auf Rechnung der preußischen Staatsschuld.

Noch rascher vollzog sich die Gründung des Norddeutschen Bundes. Bereits im August 1866 wurden die Staaten, welche an Preußens Seite kämpften, also die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Oldenburg und Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Koburg-Gotha und Altenburg, die Fürstentümer Waldeck, Detmold, Bückeburg, Reuß jüngere Linie, Rudolstadt und Sondershausen, sowie die drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, zum Abschluß eines vorläufigen Bundes auf ein Jahr und zur Teilnahme an Verhandlungen über eine Bundesverfassung eingeladen; die damals noch im Kriegszustand mit Preußen befindlichen vier Staaten, das Königreich Sachsen, das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, das Herzogtum Meiningen und das Fürstentum Reuß ältere Linie, traten nach erfolgtem Frieden ebenfalls dieser Abkunft bei, Darmstadt allerdings nur für seine nördlich vom Main gelegene Provinz Oberhessen. Am 9. Februar 1867 wurde der Entwurf einer Bundesverfassung von allen Regierungen gutgeheißen und nun der Beratung eines lediglich zu diesem Zweck gewählten „Reichstages“ unterbreitet, welcher in seiner großen Mehrheit der gemäßigt konservativen und gemäßigt liberalen Richtung angehörte und also von Herzen bereit war, im Einvernehmen mit den Regierungen eine Verfassung zustande zu bringen. Wie sehr dieser Geist des Entgegenkommens im Volke an Boden gewonnen hatte, das hatte sich noch vor Ablauf des großen Jahres 1866 gezeigt: am 24. Oktober 1866 waren 24 Mitglieder aus der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses ausgetreten, unter ihnen Twesten, Forckenbeck, Lasker, und hatten die „nationalliberale Partei“ gestiftet, deren Bestrebungen deutlich aus ihren Namen erhellten: sie wollten die Einheit der Nation auf liberaler Grundlage nach besten Kräften fördern. Wohl gab es im Laufe der Beratungen mehrmals harte Zusammenstöße; die

*) Siehe Adam Pfaff, Zur Erinnerung an Friedrich Oetker. Gotha 1883, S. 159.

Grundsätze, welche Bismarck namens der Regierungen vertrat, waren nicht immer auch die der Volksvertreter; namentlich über die Frage, ob die Reichstagsmitglieder Diäten (= Tagegelder) erhalten sollten oder nicht, und über die andere, ob die Heeresstärke von je einem Mann auf je hundert Seelen dauernd bewilligt werden sollte oder nur auf eine gewisse Frist, schien lange ein Einvernehmen so gut wie unmöglich zu sein. Aber am Ende siegte doch der nationale Geist über den Eigensinn der Partei; die Mahnung Bismarcks, „Deutschland in den Sattel zu setzen, reiten werde es schon können“, schlug durch, und am 16. April wurde die Verfassung ohne Diäten und mit Genehmigung der Heeresstärke „bis zu weiterer gesetzlicher Regelung“ vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen; 230 Ja standen gegen nur 53 Nein; und am 17. April erklärte Bismarck namens der 22 verbündeten Regierungen, daß auch sie die Verfassung so gutheißen, wie sie aus der Schlußberatung des Reichstags hervorgegangen sei. Damit war ein gewaltiger Fortschritt gelungen; zum erstenmal, seit wir etwas von deutscher Geschichte wissen, bildete die große Mehrzahl der Deutschen eine wirkliche lebendige Einheit, in höherem Grade sogar, als dies unter unseren großen Kaisern der Fall gewesen war. In Krieg und Frieden standen alle Bundestruppen zu Wasser und zu Lande unter dem Befehl des Königs von Preußen, welcher die erbliche Würde eines Bundespräsidenten bekleidete; die Gesetzgebung sollte für Zölle und Steuern, Posten- und Telegraphen, Handelssachen, Rechnungswesen und für das Heer gemeinschaftlich sein und durch den Bundesrat und den Reichstag geübt werden. Der erstere war bestimmt, als Vertretung der Regierungen zu dienen; er zählte 43 Stimmen, von welchen bloß 17 auf Preußen kamen, obwohl es seit den Einverleibungen von 19 auf fast 24 Millionen Einwohner gewachsen war und ihm also von den 30 Millionen Menschen des ganzen Bundesgebiets vier Fünftel angehörten; aber der Bund sollte ein ehrlicher Bundesstaat sein, kein Einheitsstaat, und somit durfte Preußen nicht in die Lage versetzt werden, seine schwächeren Bundesgenossen gegen deren Willen zu überstimmen; Sachsen erhielt also vier, Schwerin und Braunschweig zwei, alle anderen Staaten je eine Stimme. Der Reichstag sollte aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehen, und zwar sollte durchschnittlich auf 100 000 Seelen oder etliche 20 000 Wähler ein Abgeordneter kommen. Alle Gesetze bedurften der

Genehmigung dieser Volksvertretung, ohne deren Zustimmung auch keine Ausgabe gesetzliche Gültigkeit haben sollte; überdem wurde dem Reichstag das Recht der Initiative zugestanden, vermöge dessen er befugt war, von sich aus Gesetzesentwürfe zu beantragen. Die Geschäfte des Bundes leitete der Bundeskanzler, der vom Bundespräsidium ernannt wurde und dessen Namensunterschrift zu allen Gesetzen erforderlich war; natürlich wurde zum ersten Inhaber dieses geschäfts- und verantwortungsvollen, aber auch einflußreichen Amtes der Graf Bismarck erhoben, dessen Popularität jetzt ebenso groß war, wie vor dem böhmischen Krieg seine Verhaßtheit; Beweis dafür gibt u. a. die Thatsache, daß der König ursprünglich nur einigen Generalen, die sich besonders verdient gemacht hatten, aus den Kriegsentschädigungen ein Staatsgeschenk (Dotation) zuwenden wollte, daß aber der Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß, auch den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck in die Liste aufzunehmen, weil er die auswärtige Politik so erfolgreich geleitet habe.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes befriedigte diejenigen nicht, welche mehr auf den regelrechten Aufbau einer Verfassung, auf ihre Uebereinstimmung mit den Modeansichten der herrschenden Staatsrechtslehre Gewicht legten, als auf die Befriedigung des nächstliegenden praktischen Bedürfnisses. Aber alle, welchen das letztere die Hauptsache war, mußten gestehen, daß die vereinbarte Verfassung, welche nach ihrer Genehmigung durch die einzelnen Landtage am 1. Juli 1867 in Kraft trat, ihrem Zweck vollauf genügte; sie ermöglichte den weiteren Ausbau des Norddeutschen Bundes, sie sicherte die Rechte der einzelnen Regierungen und die der Volksvertretung und befriedigte so die Ansprüche aller in Frage kommenden öffentlichen Gewalten. In vier arbeitsvollen Sitzungsperioden „brachte der erste Reichstag,“ wie ihm König Wilhelm am 26. Mai 1870 bei dem Schluß seiner Thätigkeit bezeugen durfte, „die wesentlichsten Bestimmungen der Verfassungsurkunde in Gestalt organischer Gesetze in dem politischen und bürgerlichen Leben des Volkes zur Geltung;“ das gemeinsame Bürgerrecht (Indigenat), das allen Gliedern des Bundes zugesichert war, wurde durch Gesetze über die Freiheit der Niederlassung, des Erwerbs von Grundbesitz, des Gewerbebetriebs praktisch verwirklicht; die Vertretung des Bundes nach außen wurde organisiert durch Errichtung von Gesandtschaften und Konsulaten und durch Schaffung einer

Bundesflagge mit den Farben Schwarzweißrot; die auf dem Verkehr noch lastenden Fesseln und Schranken wurden durch eine Reihe von Gesetzen gegen Zinsbeschränkungen, Schuldhaft und Lohnarrest aufgehoben, in einer so radikalen Weise freilich, daß bald auch bittere Klagen über die „falschen Freiheiten“ laut wurden; demselben Zweck wirtschaftlicher Freiheit diente das Gesetz über die Bildung von Aktiengesellschaften, das Handelsgesetzbuch und die Wechselordnung; von ganz besonderer Bedeutung war der 1870 vereinbarte Erlaß eines für das ganze Bundesgebiet gemeinsamen Strafgesetzbuchs, in welches nach harten Kämpfen der Regierungen mit der herrschenden liberalen Strömung auch die Todesstrafe für die Fälle absichtlichen Mords und des Mordversuchs gegen fürstliche Häupter aufgenommen ward. Das Wehrwesen wurde im ganzen Bunde nach den preußischen Grundsätzen eingerichtet und namentlich auch die Anfänge zu einer norddeutschen Flotte gemacht; am 17. Juni 1869 wohnte König Wilhelm der Einweihung des nach ihm genannten Kriegshafens Wilhelmshaven am Jahdebusen an und dankte seinen Bundesgenossen, namentlich dem Großherzog von Oldenburg, für ihr „Entgegenkommen in deutschem Sinne“ bei der Gründung dieses wichtigen Bollwerks der Nation.

Mittlerweile hatten sich auch die Beziehungen zum deutschen Süden in einer zwar nur langsamen, aber doch nicht unerfreulichen Weise weiter entwickelt. Wir wissen, daß die Hauptsache schon im August 1866 geschehen war, indem die Süddeutschen im Zusammenhang mit den Friedensverträgen auch Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norden aufrichteten. Waren dieselben anfänglich noch mit Rücksicht auf die Gereiztheit der Franzosen geheim gehalten worden, so forderte die Rücksicht auf die nationale Sicherheit im Frühjahr 1867 ihre Bekanntgebung. Damals nämlich hatte Napoleon III., um doch einen Nutzen von der Zertrümmerung des alten deutschen Bundes zu haben, mit dem König der Niederlande, Wilhelm III., ein Abkommen vereinbart, nach welchem derselbe das Großherzogtum Luxemburg, das zwar ein Glied des Zollvereins, aber nicht des Norddeutschen Bundes war, gegen 90 Millionen Franken an Frankreich abtreten sollte; dieses würde damit 47 Quadratmeilen, 200 000 Seelen und eine starke Festung gewonnen haben, in welcher Preußen auf Grund eines mit allen Großmächten abgeschlossenen und noch in Kraft stehenden Vertrags vom 3. November 1815 eine Be-

satzung unterhielt. So wenig deutsch gesinnt auch die luxemburgische Bevölkerung war, so gehörte sie doch zum deutschen Stamme, hatte ein Glied des deutschen Bundes ausgemacht, war noch im Zollverein und hatte eine deutsche Besatzung; vier Gründe, welche genügten, die öffentliche Meinung in Deutschland gewaltig gegen die Vereinigung des Landes mit Frankreich aufzuregen. Auch im Süden, wo man das Ausscheiden Oesterreichs als einen nationalen Verlust ansah, wollte man von weiteren Einbußen Deutschlands nichts wissen, und um den Franzosen beizeiten darzuthun, daß sie im Kriegsfall es nicht bloß mit dem Norden, sondern mit ganz Deutschland zu thun haben würden, schritt man zur Veröffentlichung der Schutz- und Trutzverträge. Die Luxemburger Frage wurde dann auf einer Konferenz in London am 11. Mai 1867 dahin erledigt, daß das Land bei seinem seitherigen Herrscherhause verblieb — also nicht an Frankreich fiel —, aber für einen neutralen Staat erklärt wurde, infolgedessen die Preußen die Stadt Luxemburg räumten und dieselbe ihrer Mauern und Festungswerke beraubt wurde. Frankreichs Absichten waren also vereitelt worden; aber auch Preußen hatte dem Frieden ein Opfer gebracht, was von seinen Gegnern im Süden freilich nur als ein Zeichen mehr dafür verwertet wurde, daß es Frankreich gegenüber die Unversehrbarkeit der alten deutschen Bundesgrenzen nicht zu wahren vermöge; die Hoffnungen der verbissensten dieser Gegner aber, daß es zu einem großen Kriege kommen und Preußen unterliegen werde, waren für diesmal vereitelt; König Wilhelm reiste am 5. Juni mit seinem Sohne und dessen Gemahlin zum Besuch der Weltausstellung nach Paris und verweilte dort gleichzeitig mit seinem Neffen, dem Zaren Alexander II. von Rußland, neun Tage; und im Juli stattete auch die Königin Augusta dem französischen Kaiserpaar einen Besuch ab.

Die Knüpfung des „nationalen Bandes“ zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Süden, das im Prager Frieden vorhergesehen war, wurde durch die friedliche Gestaltung der europäischen Lage sehr erleichtert; am 8. Juli 1867 wurde in Berlin ein Zollbund zwischen Nord und Süd vereinbart, welcher die Fortdauer des Zollvereins, der durch den Krieg des Vorjahres gesprengt worden war, auf zehn weitere Jahre verbürgte und außerdem bereits eine Gesamtverfassung für ganz Deutschland, wenn auch vorläufig nur für das Zollwesen, ins Leben rief; denn für diesen Zweig der öffentlichen

Verwaltung traten dem Norddeutschen Bundesrat und Reichstag einfach Vertreter der süddeutschen Regierungen, bezw. Bevölkerungen hinzu; in den ersten entsandten Bayern 6, Württemberg 4, Baden 3 und Hessen-Darmstadt für seine südmainischen Landesteile 2 Räte, während der Reichstag, um als „Zollparlament" dienen zu können, durch 48 bayerische, 17 württembergische, 14 badische und 6 südhessische Abgeordnete verstärkt wurde, so daß seine Zahl von 297 auf 382 Mitglieder sich erhöhte. Freilich fielen die Wahlen zu diesem Zollparlament, das am 27. April 1868 eröffnet wurde, für die nationale Sache nicht sehr erfreulich aus; aus Bayern kamen zu zwei Dritteln Ultramontane, welche dem Anschluß des Südens an den Norden durchaus widerstrebten, und in Württemberg gar vermochte nicht ein einziger Kandidat der „deutschen Partei" durchzudringen; aber es blieb doch eine Thatsache von gewaltiger Bedeutung, daß sich zum erstenmal seit 1849 wieder eine, wenn auch in ihren Befugnissen sehr beschränkte, gesamtdeutsche Volksvertretung zusammenfand, und daß es diesmal nicht in revolutionärer Erregung geschah, sondern auf Grund einer vorher von den Regierungen vereinbarten und von den Landtagen des Südens, wenn auch nach hartem Kampfe genehmigten Verfassung; auch das war bedeutsam und wies die Pfade für die Zukunft, daß diese Versammlung in Berlin als dem jetzt feststehenden Mittelpunkte Deutschlands zusammentrat. In der gemeinsamen Arbeit der Parlamentsmitglieder schliffen sich manche Gegensätze ab, die vorher fast unüberwindlich geschienen hatten; das Wehrwesen wurde im Süden, wie es durch die Schutz- und Trutzverträge notwendig bedingt war, auf gleichem Fuß wie im Norden organisiert, namentlich überall die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und der Loskauf und die Stellvertretung abgeschafft, durch welche sich seither die Söhne der reicheren Klassen dem Heeresdienst entzogen hatten. Als in Württemberg zu Anfang 1870 durch die „Volkspartei" eine mächtige Agitation eingeleitet wurde, welche auf Einführung des Milizwesens mit höchstens einjähriger Dienstzeit abzielte, entließ König Karl I. zwar im März 1870 den Kriegsminister Wagner, welcher jede Herabsetzung des Kriegsbudgets für unthunlich erklärte, wenn man nicht den Verträgen zuwider weniger leisten wolle als Norddeutschland; aber weit entfernt, die Verträge anzutasten oder ihre Tragweite abzuschwächen, berief der König den Obersten v. Suckow ins Kriegsministerium, dessen

Standpunkt grundsätzlich derselbe war wie der Wagners, der aber durch Verminderung der Reiterei eine halbe Million Gulden sparen zu können erklärte, und ersetzte den der Volkspartei genehmen Kultminister Golther durch den seitherigen Kanzler der Universität, Geßler. In Bayern gelang es zwar den „Patrioten", wie sich die Ultramontanen nannten, im Februar 1870 den trefflichen Minister Fürst Chlodwig von Hohenlohe (den nachmaligen Botschafter in Paris und jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen) zum Rücktritt zu zwingen; allein der junge König Ludwig hielt ebenfalls an den Verträgen mit Treue fest, ließ über seine Mißbilligung der preußenfeindlichen Strömungen keinen Zweifel aufkommen und würde den Anträgen der Patrioten und der Volkspartei, die Dienstzeit des Fußvolks auf acht Monate herabzusetzen, entschieden sich widersetzt haben, wenn nicht ohnehin die Ereignisse des Juli 1870 alle solche frevelhafte Versuche unwissender und anmaßender Dilettanten, am Heerwesen herumzumäkeln und es zu verschlimm-bessern, glücklicherweise vereitelt hätten. Alles in allem verharrten die Süddeutschen in ihrer im August 1866 eingenommenen Stellung; der Südbund, den zu schließen sie berechtigt waren, kam nicht zustande, weil er doch einer Leitung bedurft hätte und Württemberg, Baden und Hessen sich Bayern nicht unterordnen wollten, dem doch allein die Führung zufallen konnte, weil es allein etwa doppelt so groß war, als die drei andern Staaten zusammen. Ebensowenig aber kam es zum Eintritt in den Nordbund, den ein schwäbischer Fanatiker „richtiger den Mordbund" titulierte; dem widerstrebten in Bayern und Württemberg Volk und Regierung, und Baden allein, dessen Minister Mathy im November 1867 namens des wackeren Großherzogs Friedrich den Anschluß an den Norden in Berlin beantragte, wurde vom Bundeskanzler Bismarck zurückgewiesen; er wollte nach seinem eigenen Ausdruck „die Sahne nicht von der Milch abschöpfen, damit der Rest nicht sauer würde". Als der treue Mathy die halb ablehnende, halb vertröstende Antwort von Berlin erhielt, da zitterte ihm, wie sein treuer Freund Gustav Freytag erzählt, zum erstenmal in seinem Leben die Hand; das Papier, welches er darin hielt, sank auf den Tisch; aber er erhielt seine Selbstbeherrschung sogleich wieder und sagte: „Wir thun doch unsere Pflicht."*) Möglich, daß die steigende Heftigkeit der ultra-

*) G. Freytag, Karl Mathy, S. 416.

montan-demokratischen Bewegung auch die anderen Fürsten des Südens, deren ehrliche deutsche Gesinnung keinem Zweifel unterlag, bald zu entschiedeneren Maßregeln getrieben hätte; höhnend hatte das Organ der Volkspartei in Württemberg, der „Beobachter“, schon ausgerufen, die Gründung des Südbundes koste höchstens einige Kronen, und der Tag müsse kommen, wo die Monarchien ebenso mit Geld abgelöst würden, wie die anderen mittelalterlichen Feudalrechte. Ein Kampf der süddeutschen Fürsten mit dem roten und schwarzen Radikalismus nahte offenbar heran; aber ehe er zum Ausbruch gelangte, erfolgte ein anderer, weit gewaltigerer Zusammenstoß, durch den die ins Stocken geratene Lösung der gesamtdeutschen Frage mit einem Schlage herbeigeführt wurde, und durch den König Wilhelm das geworden ist, als was ihn die Bürger der treuen württembergischen Stadt Geislingen bei seiner 1867 unternommenen Reise in den Süden wohl als die ersten begrüßt hatten: der durch den gemeinsamen Willen der Fürsten und Völker Deutschlands gekürte Kaiser der Deutschen.

Siebentes Kapitel.

Die Ursachen und die Veranlassung des Krieges mit Frankreich.

Wir wissen aus der früheren Darstellung, daß man in Paris durch den Gang des böhmischen Krieges in hohem Grade enttäuscht worden war. Napoleon III. und seine Räte hatten darauf gerechnet, daß die deutschen Mächte sich in einem längeren Kriege gegenseitig zerfleischen und schwächen würden und daß dann Frankreich den Frieden vermitteln und sich dabei ein Stück deutschen Gebiets als Lohn abtreten lassen würde. Statt dessen war der Krieg schon in der Mitte der dritten Woche seiner Dauer durch den glorreichen Sieg der Preußen bei Sádowa entschieden worden, und zwar so gründlich, daß selbst das mit Preußen verbündete Italien trotz seiner Niederlagen zu Wasser und zu Lande, bei der Insel Lissa und bei Custozza, im Friedensschluß (Oktober 1866) in den Besitz des heiß erstrebten Venetiens gelangt war. Als dann Frankreich versucht hatte, für sich, trotzdem es lediglich

nichts geleistet, ein „Trinkgeld“ in Gestalt des Landes zwischen Nahe und Rhein herauszuschlagen, war es von König Wilhelm kurzerhand zurückgewiesen worden und hatte die Ablehnung ruhig hinnehmen müssen, da seine durch einen unglücklichen und schmählichen Krieg in Mexiko geschwächten Streitkräfte nicht imstande gewesen wären, den Preußen mit Erfolg die Spitze zu bieten. Vergeblich hatte dann Napoleon sein lüsternes Auge auf Belgien geworfen; vergeblich hatte er durch ein Kaufgeschäft wenigstens Luxemburg erwerben wollen, um so die Stimme derer zu übertönen, welche ihm mit grimmigem Hohne vorhielten, Sadowa sei eigentlich eine Niederlage der französischen Politik, und Deutschlands auch nur halb vollzogene Einigung habe zur Folge gehabt, daß Frankreich vom ersten Rang auf den zweiten oder gar dritten herabgedrückt worden sei. Er hatte die Erfahrung machen müssen, daß König Wilhelm nicht zu haben war für einen gänzlich rechtlosen Angriff auf Belgien, und daß der Nationalstolz der Deutschen so mächtig sich zu regen anhub, daß er sich kaum in die Neutralisierung eines Landes finden konnte, welches bis 1866 ein Glied des deutschen Bundes gewesen war und das Bismarck bloß deshalb nicht zum Beitritt zum norddeutschen Bunde aufgefordert hatte, weil er den König der Niederlande, der für Deutschland keine Sympathien hatte und für uns doch stets ein fremder Fürst war und blieb, nicht in ein auf so innigen Beziehungen beruhendes Bundesverhältnis hereinziehen wollte, wie es 1867 zwischen den Fürsten und den freien Städten Norddeutschlands aufgerichtet wurde.

Napoleon III. empfand alle diese Mißerfolge seiner Vergrößerungspolitik aufs bitterste. Nicht daß er persönlich auf die Einigung der deutschen Nation mit Scheelsucht geblickt hätte; er war es ja gewesen, welcher 1859 für Italien und 1863 für Polen das „Recht der Nationalitäten“ geltend gemacht hatte, und was er diesen Völkern zugestanden hatte, konnte er, der einst selbst dem geheimen Bunde der italienischen Patrioten, den „Carbonaris“, angehört hatte, den Deutschen unmöglich verweigern. In seiner seltsam gemischten Natur war zudem auch ein idealer Zug; er stand, was die unparteiische Anerkennung des Rechts fremder Völker anlangte, höher als die große Mehrzahl der Franzosen, namentlich als der Geschichtsschreiber seines Oheims Napoleons I., Adolf Thiers, welcher die Einheit Italiens und Deutschlands fortwährend als ein schweres Unglück für Frankreich bezeichnete. Aber

neben dieser Regung eines natürlichen Gerechtigkeitsgefühls machte sich doch bei dem Kaiser vor allem die Rücksicht auf sein eigenes Interesse und auf das seines jungen, im März 1856 geborenen Sohnes geltend; er wünschte an Ansehen bei den Franzosen nichts zu verlieren, und deshalb erstrebte er irgend einen greifbaren Gewinn an Land und Leuten. Wohl priesen die von ihm beeinflußten Federn die Vorteile, welche der böhmische Krieg auch für Frankreich gebracht; zersprengt sei der eiserne Gürtel, so verkündete im September 1866 der Minister Lavalette, mit dem bisher der Deutsche Bund und seine beiden Großmächte Frankreich umspannt hätten; dahin sei der Bund von 1813, welcher Oesterreich, Preußen und Rußland bislang noch geeinigt, und Frankreich könne endlich hoffen, Verbündete in Europa zu finden, während es seither vereinzelt gewesen, und gegenüber dem raschen Wachstum der Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Rußland, das im Jahre 1900 100 Millionen Einwohner zählen werde, müßten die Völker Mitteleuropas überhaupt zusammenhalten. Niemand ließ sich durch diese Sprache täuschen, in der es neben manchem Wahren nicht an Widersprüchen und Zweideutigkeiten fehlte; die Republikaner, welche ihr Haupt mit wachsender Kühnheit wieder erhoben, und die Anhänger der gestürzten Königsfamilien Bourbon und Orleans schärften der Nation in allen Tonarten ein, daß Napoleon III. schwere Fehler gemacht habe, welche Frankreichs „rechtmäßigen Einfluß in Europa" aufs äußerste gefährdeten, und gaben als Losung aus: „Rache für Sádowa!" Bei manchen mochte der Ruf aus der ehrlichen Ueberzeugung entspringen, daß Frankreich entweder das Schwert ziehen oder von seiner tonangebenden Stellung in Europa freiwillig zurücktreten müsse; bei den meisten war es bloß darauf abgesehen, den Kaiser in Mißkredit zu bringen und am Ende in ein kriegerisches Abenteuer hineinzutreiben, das im Falle des Gelingens einen Zuwachs des französischen Staatsgebiets, im Falle des Mißlingens aber den Sturz des Kaisertums verhieß; von einer ähnlichen Berechnung, wie sie 1792 die girondistischen Republikaner zum Nachteil Ludwigs XVI. angestellt hatten, ließen sich die inneren Gegner Napoleons III. leiten.

Ihr leichtfertiges und verdammliches Treiben, das den Parteiinteressen zuliebe den Frieden Europas und die Wohlfahrt des eigenen Landes aufs Spiel setzte, hatte auch Erfolg. Der Kaiser persönlich würde zunächst den Versuch vorgezogen

haben, den französischen Einfluß mit dem deutschen friedlich auszugleichen; die Ansicht, als ob Deutschlands Aufgang schlechterdings Frankreichs Niedergang sein müsse, als ob deshalb ein Waffengang beider Staaten auf Leben und Tod unvermeidlich sei und Frankreichs Sieg dann die Zertrümmerung des Norddeutschen Bundes bedeuten müßte; — diese Ansicht hegte der Kaiser selbst wenigstens nicht schlechthin, so verbreitet sie auch in ganz Europa sein mochte. Aber die Wühlereien seiner Gegner nahmen ihm jede Möglichkeit jenen friedlichen Ausgleich auch nur zu versuchen; er begann eine Reform der französischen Heereseinrichtungen ins Werk zu richten und durchdrang sich allmählich mit dem Gedanken eines Krieges gegen die Deutschen, ohne den das erschütterte Ansehen seiner Regierung nicht wiederhergestellt werden zu können schien; und so kam es, daß wesentlich infolge der inneren Lage Frankreichs die deutschen Pessimisten völlig Recht behielten, welche von Anfang an gesagt hatten: der Beginn der nationalen Einigung Deutschlands werde den Krieg mit Frankreich über kurz oder lang herbeiführen; Deutschland müsse sich, um ein von den studentischen Gewohnheiten entlehntes Bild zu gebrauchen, als jüngste Großmacht „herauspauken“, ehe es von den älteren Genossen als ebenbürtig anerkannt werde. Im tiefsten Grunde aber hat der bekannte Gelehrte David Friedrich Strauß die Wahrheit getroffen, wenn er in einem seiner Briefe an den französischen Mitforscher Ernest Renan erklärte: Der Krieg werde seitens der Deutschen gegen Ludwig XIV. geführt. In Wahrheit hätten alle diejenigen, welche in Paris zum Kriege drängten, nichts ausgerichtet, wenn nicht in der französischen Nation noch der Geist Ludwigs XIV. gelebt hätte, jenes Königs, welcher mit allen Mitteln, mit List, Bestechung und Gewalt, nach der Herrschaft Frankreichs in Europa gestrebt hatte. König Wilhelm und Graf Bismarck haben es nach 1871 bewiesen, daß sie durchaus nicht darauf ausgingen, Frankreich zu demütigen und seine berechtigte Stellung in Europa anzufechten; in Frankreich aber dachte man hinsichtlich Deutschlands freilich nicht so; man wollte durchaus Hammer sein, in der Meinung, daß man sonst Amboß werden müsse; für ein friedliches und ehrlich freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland hatte man kein Verständnis, und deshalb war freilich der Zusammenstoß unvermeidlich, an dessen Beschleunigung dann der Parteigeist und die persönliche Selbstsucht erfolgreich arbeiteten.

Fast drei Jahre waren seit dem Siege bei Sádowa ins Land gegangen, und immer hatte sich das Wetter, das seit langem am politischen Himmel stand, nicht entladen. Da nahmen die inneren Verhältnisse Frankreichs eine Wendung, welche die seitherige Grundlage des Kaisertums bedrohte. Bei den Wahlen im Mai 1869 wurden auf 292 Abgeordnete zwar 200 sogenannte „Mameluden" gewählt, d. h. unbedingte Anhänger der Regierung, und nur 40 Republikaner, aber etwa 50 bis 60 von der sogenannten „dritten Partei" (tiers-parti), welche zwar das Kaisertum erhalten, aber es mit freisinnigeren Einrichtungen umgeben wollte; das Schlagwort dieser Partei war „das freisinnige Kaisertum" (empire libéral), und ihr Wortführer war Emil Ollivier, der selbst im Departement des Var gewählt worden war. Infolge dieser neuen Parteibildung gewährte Napoleon freisinnige Zugeständnisse, übertrug an Ollivier den Vorsitz im Ministerium und ließ im April 1870 die neue Verfassung im Senate genehmigen und dann dem Volk zur Bestätigung vorlegen; denn vom Volk hatte er 1852 seine Gewalt empfangen; nur dem Volk stand es zu, endgültig zu entscheiden, ob diese Gewalt in ihrem alten Umfang zu belassen oder ob sie zu beschränken sei. Am 8. Mai wurde die allgemeine Abstimmung vorgenommen, und etwas über 7 Millionen Wähler stimmten mit Ja, fast 1½ mit Nein. Die große Mehrheit war also für die Vorschläge des Kaisers und für sein Verbleiben an der Spitze des Staats auch unter den neuen Verhältnissen; aber auch die Minderheit war nicht gering, welche das liberale Kaisertum und das Kaisertum überhaupt verwarf, und drei Thatsachen vermehrten das Gewicht dieser Minderheit: einmal hatten die kaiserlichen Beamten überall kräftig auf die Wählerschaft eingewirkt; deren Abstimmung war nicht frei vor sich gegangen, sonst würde die Mehrheit kleiner gewesen sein; dann hatten alle große Städte außer Straßburg überwiegend mit Nein gestimmt; in Paris hatten die „Ja" nur die Zahl von 111 000 erreicht, die „Nein" die von 156 000; endlich hatten vom Heere und von der Flotte, die den demokratischen Grundvoraussetzungen des napoleonischen Cäsarismus gemäß auch zur Abstimmung aufgerufen worden waren, fast 52 000 Mann, ein Siebentel der Gesamtzahl, eine ablehnende Stimme abgegeben.

Gerade dem letztern Umstand nun wurde von allen Seiten eine große Wichtigkeit beigemessen. Die Republikaner froh-

lockten, daß der Geist der Opposition auch ins Heer eingedrungen sei, daß also die festeste Säule des Kaiserreichs zu wanken beginne; sie erregten Volksaufläufe vor denjenigen Kasernen, deren Besatzung großenteils mit Nein abgestimmt haben sollte, und hofften, freilich gänzlich vergebens, das Militär zur Teilnahme an diesen Aufständen mitfortreißen zu können. Aber auch der Kaiser selbst wurde durch diese Anzeichen von Unzufriedenheit im Heere lebhaft beunruhigt. Er sah darin den Beweis nicht sowohl davon, daß das Heer sich den freisinnigen Ansichten zuwende, als davon, daß es von dem freisinnigen Kaisertum nichts wissen wolle, dem Ollivier so und so oft in Wort und Schrift die Aufgabe zugewiesen hatte, den Frieden, vor allem mit Deutschland, zu erhalten und sich lediglich auf die Entwickelung der französischen Freiheiten und auf die Pflege des nationalen Wohlstandes zu beschränken. Der Kaiser nahm an, daß seine Soldaten von der Aussicht wenig entzückt seien, die sich ihnen auf eine Zeit trägen Friedens eröffnete; er bedachte, daß zu allen Zeiten das französische Volk für kriegerischen Ruhm besonders empfänglich gewesen war, daß keine Regierung mehr dem öffentlichen Geiste entsprach, als die, welche dieses Bedürfnis jeweils in angemessenen Pausen befriedigte, und er entschied sich, dem nationalen Wesen nachzugeben und durch einen, wie er hoffte, glücklichen Krieg den wankenden Bau des zweiten Kaiserreichs zu stützen. Auf dieser Bahn trieb ihn vor allem seine Gemahlin Eugenie vorwärts, welcher die Aeußerungen zugeschrieben werden: „Unser Sohn wird nicht Herrscher werden, wenn man Sádowa nicht ungeschehen macht“; „dies ist mein Krieg, mein Krieg für mich; ich brauche ihn.“

Eine Gelegenheit zum Bruch mit Preußen bot sich natürlich so bald dar, als man ernstlich anfing sie zu suchen. Die Spanier hatten im September 1868 die Königin Isabella (die Mutter des am 25. November 1885 gestorbenen König Alfons XII.) verjagt und boten die erledigte Krone zuerst dem Vater des Königs von Portugal, dann dem Herzog Thomas von Genua, dem Sohn Viktor Emanuels I., endlich dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern an, welcher der Sohn Karl Antons (S. 78) und der Bruder des Fürsten Karl von Rumänien war. Die ersten Anfragen bei dem Prinzen erfolgten schon Ende 1869; aber erst nach längeren Verhandlungen und auf wiederholtes Drängen der Spanier hin erklärte sich Leopold im Juni 1870 bereit, die Krone anzunehmen und am 4. Juli

beschloß auf dies hin der spanische Ministerrat, ihn dem spanischen Reichstag, den „Cortes", zur Wahl vorzuschlagen. Man hätte denken sollen, daß Napoleon III. dieser Wahl ebenso kaltblütig entgegengesehen hätte wie König Wilhelm; denn einmal war Prinz Leopold mit den Bonapartes weit näher verwandt, als mit dem König von Preußen, und dann war nichts gewisser, als daß er in Spanien eine dornenvolle Aufgabe vorfinden würde, welche vor allem darin bestand, in dem fremden Lande sich einiges Zutrauen und einigen persönlichen Anhang zu erwerben. Dies konnte nur geschehen, wenn er sich so rasch als möglich zum Spanier machte und den Deutschen abstreifte; „denn," so sagte schon der Italiener Guicciardini vor mehr als 300 Jahren, „die Spanier sind sehr hochmütig, und es scheint ihnen, daß keine Nation sich mit ihnen vergleichen könne; sie lieben die Fremden wenig und sind im Verkehr mit ihnen sehr ungehobelt." Das hatte Karl V. seinerzeit erfahren; als er so unvorsichtig war Spanien durch Niederländer regieren zu lassen, hatte er einen gewaltigen Aufstand gegen sich heraufbeschworen. Solche Spuren mußten schrecken; indem Prinz Leopold die Thronbewerbung annahm, war er auch naturgemäß entschlossen sich mit Leib und Seele an Spanien zu ergeben und als Spanier zu handeln; er durfte nicht daran denken, etwa die Geschäfte Preußens in Madrid besorgen zu wollen, wenn er sich dort überhaupt halten wollte.

Dies war so klar als der Tag; unbefangene französische Stimmen*) haben es selbst hervorgehoben, daß auf alle Fälle Napoleon III., wenn ihm die Bewerbung des Prinzen Leopold mißfiel, sich lediglich an diesen und an die spanische Regierung wenden durfte; von ihr ging der Gedanke aus, sie hatte ihn eventuell fallen zu lassen; Preußen als Staat, als Großmacht, hatte mit der ganzen Sache lediglich noch gar nichts zu thun gehabt, und als König Wilhelm persönlich im Juni 1870 von dem Erbprinzen um seinen Rat angegangen worden war, hatte er abgemahnt.

Trotzdem hielt Napoleon III. diesen Fall für eine „gute Gelegenheit", Preußen ins Unrecht zu setzen und mit ihm anzubinden. Einer der „Mameluken", Cochery, Abgeordneter des Loiret, erhielt einen Wink und brachte schon am 6. Juli eine Anfrage wegen der Kandidatur Hohenzollern ein, worauf der Minister des Auswärtigen, der Herzog von Gramont, als-

*) So Hippolyte Magen, histoire du second empire, S. 457.

bald in unglaublich herausfordernder Weise antwortete. „Die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes verpflichtet uns nicht, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt und so die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringt. Um das Eintreten dieser Möglichkeit zu verhindern, zählen wir gleichzeitig auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volks. Wenn es aber anders sein sollte, so werden wir unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Im Senat gingen die Anhänger der Regierung so weit, daß sie sofortigen Krieg mit Preußen verlangten; man stellte das Ansinnen an den Kaiser, daß er keine Vermittelung irgend einer Macht zulasse, und man führte diese Sprache, weil man wußte, daß sie dem Sinne des Kaisers gemäß war, der den Anschein haben wollte, als ob er nicht schiebe, sondern geschoben werde; deshalb mußte sich auch die ganze von der Regierung abhängige Presse in den frechsten Herausforderungen Preußens ergehen.

Da nahm die ganze Angelegenheit eine Wendung, die den Frieden zu verbürgen schien. Am 12. Juli erklärte Fürst Karl Anton von Hohenzollern gleichzeitig in Madrid und bei dem spanischen Gesandten in Paris, daß sein Sohn die spanische Kandidatur aufgegeben habe; und namens seiner Regierung machte dieser Gesandte, Olozaga, dem Herzog von Gramont die Mitteilung, „daß der Prinz von Hohenzollern in Zukunft nicht mehr ihr Thronkandidat sei noch wieder sein werde". Napoleon III. faßte die Tragweite dieser Erklärungen, so heißt es, in die Worte zusammen: „Das bedeutet den Frieden; ich bedaure es; denn die Gelegenheit war gut." Aber das Bedauern erzeugte sofort auch den Wunsch, die entfliehende Gelegenheit doch festzuhalten. Das Benehmen der Deutschen erschien so furchtsam-nachgiebig, daß man in Paris fortwährend an Uebermut zunahm. Während in Frankreich sofort der Geist Ludwigs XIV. sich regte, während der „Moniteur" schon erklärte, daß man nur dann Frieden halten dürfe, wenn Preußen seine Soldaten aus Mainz entferne, seine Bündnisse mit den Südstaaten auflöse und Nordschleswig an Dänemark abtrete; während Granier von Cassagnac, einer der frechsten Klopffechter der kaiserlichen Partei, höhnend rief: „Unser Kriegsgeschrei bleibt ohne Antwort; die Echos des deutschen Rheines sind noch stumm; hätte Preußen mit uns gesprochen wie wir mit ihm, wir wären schon längst auf dem Marsch;" — während alles dessen verhielt sich die deutsche

Presse noch durchaus kaltblütig, weil niemand es für möglich hielt, daß Frankreich unter so fadenscheinigen Vorwänden den Krieg vom Zaun brechen werde. Auch König Wilhelm und seine Regierung hatten bisher alle Zumutungen Frankreichs mit Würde und Festigkeit, aber ohne Erregung, mit vollkommenster Höflichkeit abgelehnt; der König war im Bad Ems in Nassau, Bismarck weilte auf seinem Gute in Varzin in Hinterpommern, die Regierung erklärte, die ganze Frage der hohenzollernschen Thronkandidatur gehe sie nichts an, und als der französische Botschafter Benedetti den Befehl erhielt, von Wildbad nach Ems zu gehen und von dem König das Verbot für den Prinzen Leopold zu fordern, daß er je die Krone Spaniens annehme, da hatte der König am 9. Juli ruhig geantwortet, er könne dem Prinzen weder dies verbieten noch es ihm erlauben; er war nicht aufgebraust in königlichem Zorn, was ihm niemand hätte verdenken können; er hatte den Botschafter nach dessen eigenem Zeugnis durchaus höflich behandelt. Offenbar bangte dem Sieger von Sádowa vor den Legionen des französischen Cäsars; er war entschlossen, auszuweichen, sich selbst etwas bieten zu lassen, um dem Krieg zu entgehen; also galt es, ihn an die Wand zu drängen, so daß ihm nur die Wahl blieb, sich schmachvoll zu beugen oder das Schwert doch zu ergreifen, wie man in Paris wähnte, mit zitternder Hand.

Deshalb wurde Benedetti telegraphisch noch am 12. Juli angewiesen, dem König eine neue, doppelte Forderung vorzulegen: erstlich, er solle sich verpflichten, daß er künftig keinem Mitglied der hohenzollernschen Familie gestatten werde, als Thronbewerber in Spanien aufzutreten; zweitens, er solle ein Entschuldigungsschreiben abfassen und darin aussprechen, er habe der Ehre der französischen Nation nicht zu nahe treten wollen und schließe sich dem Verzicht des Erbprinzen Leopold auf die Bewerbung auch seinerseits an. Man ließ also die Erklärung des Königs gänzlich unbeachtet, nach welcher er überhaupt nicht befugt war, dem Prinzen in dieser Frage Vorschriften zu machen; man wollte den König zwingen, sich selbst ins Gesicht zu schlagen, und Gramont gab im Gespräch mit dem preußischen Botschafter v. Werther als Grund dieser Zumutung an, die erregte öffentliche Meinung Frankreichs müsse beschwichtigt werden. Es braucht in der That keiner weiteren Worte, um die Frechheit dieser Anforderungen zu kennzeichnen; gewiß hat Konstantin Bulle recht, wenn er in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“ (II 716) sagt, daß sich

selbst der erste Napoleon so etwas kaum in den Zeiten seines größten Uebermutes erlaubt habe. Benedetti verschärfte die Herausforderung noch, indem er sie an einem Orte dem König vortrug, der sich nicht für amtliche Mitteilungen eignete. Als er am 13. Juli früh morgens den König auf der Promenade in Ems traf, entledigte er sich seines Auftrags, allerdings zunächst nur desjenigen Teils, der sich auf das Versprechen des Verbots einer künftigen Hohenzollernkandidatur bezog. Als König Wilhelm sich weigerte, dieses Versprechen zu geben, wiederholte der Botschafter nochmals die Forderung, worauf ihm der Monarch erwiderte, daß er ein solches Versprechen weder geben könne noch wolle, daß auch ein öffentlicher Spaziergang nicht der Ort für solche Verhandlungen sei, und ihn verabschiedete. Aber Benedetti hatte damit noch nicht genug. Kaum war er zu Hause angekommen, so empfing er einen erneuten telegraphischen Befehl des Ministers Gramont, auf der Ableistung des Versprechens zu bestehen; er unternahm also den dritten Versuch und forderte durch Vermittelung des Flügeladjutanten, Fürst Radziwill, mittags zwei Uhr in derselben Sache abermals eine Audienz. Darauf erhielt er abends sechs Uhr nach Beendigung der Hoftafel den endgültigen Bescheid: „Der König billige die Entsagung des Prinzen Leopold in demselben Umfange, wie er dessen Kandidatur gebilligt habe; er lehne es entschieden ab, über das verlangte Versprechen noch weiter zu verhandeln; was er heute morgen über diesen Punkt gesagt, sei sein letztes Wort in dieser Sache; alle weiteren Verhandlungen hätten von jetzt ab durch die Ministerien (von Paris und Berlin) zu gehen."

Wer jene schwülen Julitage des Jahres 1870 erlebt hat, der weiß, daß ein wahrer Alp von dem deutschen Volke genommen wurde, als Bismarck durch ein zunächst an die deutschen Regierungen gerichtetes Telegramm aller Welt mitteilte: „Der König hat es abgelehnt den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und hat demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Von dem ersten Augenblick an, wo die Regierung des Kaisers Napoleon eine innere spanische Angelegenheit zur Streitfrage mit Preußen gemacht hatte, war man im deutschen Volke der Meinung gewesen, daß man der rohen Ungebühr mit schroffem Stolze entgegentreten müsse; das versöhnliche Verhalten des Königs, der Rücktritt des Prinzen Leopold waren von der öffentlichen

Meinung bereits als Demütigungen empfunden worden; man wünschte, daß nach dem derben Sprichwort gehandelt werde: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“ Namentlich in Süddeutschland erwachte sofort der nationale Stolz in vollster Kraft, und man fürchtete hier, der König von Preußen könne gerade mit Rücksicht auf den Süden und dessen vielfach angezweifelten Patriotismus vor einer wenn auch noch so berechtigten Abweisung der Benedettischen Forderung zurückschrecken. Als aber die Botschaft von den Vorgängen in Ems durch die deutschen Lande flog, da war diese Sorge geschwunden; überall hatte man das Gefühl, daß der König gerade an dem Punkt, wo seine Ehre und die Ehre der von ihm vertretenen Nation in Frage gestellt wurden, den Welschen ein unzweideutiges: „Bis hierher und nicht weiter!“ zugerufen hatte. Aber das wußte man auch sofort, daß die Abweisung des Botschafters notwendig den Krieg bedeute, daß die Franzosen ganz offenbar es auf diesen Ausgang der Sache angelegt hatten, und man war entschlossen, diesen Krieg mit ganzem Ernst und ganzer Kraft aufzunehmen und durchzufechten. Vier lange Jahre hatte man das Wetter am Himmel stehen sehen und öfters hatte man das Grollen des Donners von fern her gehört; man atmete auf, daß der Sturm endlich losbrach und die Atmosphäre sich zu reinigen begann.

An sich freilich lag in dem Benehmen des Königs gegen Benedetti nichts, was die Franzosen direkt zum Kriege drängte. Der Botschafter hat selbst im Jahre 1871 zu seiner Rechtfertigung ein Buch herausgegeben: „Meine Sendung in Preußen,“ in welchem er mit dürren Worten erklärt: „Es hat in Ems weder einen Beleidiger gegeben noch einen Beleidigten.“ Zu allem Ueberfluß hatte der König am 14. Juli, als er von Ems nach Koblenz fuhr, dem Botschafter eine Abschiedsaudienz im Bahnhofsalon von Ems gewährt, um dem Vertreter des Kaisers gegenüber es an der erforderlichen Höflichkeit in nichts fehlen zu lassen. Die französischen Minister aber, von denen auch Ollivier jetzt alle Friedensgedanken gänzlich von sich geworfen hatte, erklärten am 15. Juli in der Kammer, daß Benedetti jenem Telegramm Bismarcks zufolge beleidigt worden sei, daß die Würde Frankreichs jeden weiteren Sühneversuch verbiete und das Heer sofort auf Kriegsfuß gesetzt werden müsse. Mit unsinnigem Jubel wurde diese Erklärung von den Abgeordneten angehört; es war vergebens, daß die Opposition ihre Pflicht in vollem Maße that, daß sie den Beweis

einer Beleidigung des Botschafters für nicht erbracht erklärte, daß eins ihrer Mitglieder, Emanuel Arago, die denkwürdigen Worte dem Ministertisch zuschleuderte, welche allen Streit über den eigentlichen Friedensstörer von 1870 unnötig machen: „Das steht fest, wenn Sie Krieg machen, so geschieht es deshalb, weil Sie ihn durchaus wollen!“ Auf die Warnungen von Thiers, daß die Regierung ein Spiel spiele, von dem das Leben von Tausenden und vielleicht das Geschick des ganzen Landes abhänge, antwortete Ollivier die berüchtigten und unvergeßlichen Worte: „Von heute ab beginnt für mich und meine Amtsgenossen eine große Verantwortlichkeit, und wir übernehmen sie mit leichtem Herzen!“ Um halb sechs abends wurde die Sitzung abgebrochen, um neun Uhr wieder eröffnet; auf die Frage, ob Frankreich auch zum Krieg bereit sei, erwiderte der Kriegsminister Leboeuf, der Nachfolger des gestorbenen Niel: „Wir sind erzbereit, bis zum letzten Gamaschenknopf, und haben vor den Preußen acht Tage Vorsprung.“ So wurden sofort die von Ollivier vorläufig geforderten 50 Millionen Franken mit allen Stimmen gegen 16 bewilligt, und schon am 19. Juli übergab der französische Geschäftsträger Lesourd die Kriegserklärung in Berlin. So unerhört war die ganze Art, mit der Napoleon III. diesen Krieg überstürzend herbeiführte, daß die Kriegserklärung Frankreichs das erste und letzte Schriftstück war, welches in der ganzen Angelegenheit amtlich dem Grafen Bismarck übergeben ward!

Was in aller Welt hatte den an sich durchaus nicht kriegerischen Kaiser zu einem solchen Vorgehen bewogen? Wir wissen, daß er durch die sich häufenden Schwierigkeiten seiner inneren Lage dahin gebracht worden war, den Krieg als ein Rettungsmittel für sich und seine Dynastie anzusehen; aber stieg ihm nicht auch der Gedanke auf, daß der Ausgang der Kriege unberechenbar ist, daß die eisernen Würfel auch gegen ihn entscheiden könnten? Gewiß kamen ihm diese Zweifel; aber dreierlei Umstände flößten ihm dann immer wieder die Zuversicht auf den Sieg ein.

Der erste Umstand war in den Thatsachen gegründet: das französische Fußvolk war seit 1868 mit dem Chassepotgewehr ausgerüstet, das durch große Tragweite und gerade Flugbahn dem Zündnadelgewehr fast ebenso überlegen war, wie dieses das österreichische Vorderladergewehr im Jahre 1866 übertroffen hatte. Auf größere Entfernungen sank das Zündnadelgewehr gegenüber dem Chassepot zur Bedeutung eines

bloßen Stockes herab, und die Vorräte, über welche der Kaiser verfügte, waren so groß, daß auf jeden Fußsoldaten des Heers drei Chassepots kamen. Jetzt hatte man noch diesen Vorteil, in einigen Jahren konnte Preußen ihn ausgeglichen haben; also war es Zeit, ihn zu nutzen.

Die zwei anderen Berechnungen aber waren trügerisch. Napoleon III. hoffte auf Hilfe seitens der Oesterreicher und der Italiener, und auf den Abfall der Süddeutschen.

Zu der ersteren Ansicht hatte der Kaiser einigen Grund; denn Franz Joseph hatte sich noch nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß die Entscheidung von Sádowa eine endgültige und Oesterreich auf immer seines deutschen Einflusses beraubt sei; bei einer Zusammenkunft in Salzburg hatten er und Napoleon im August 1867 wenigstens in den allgemeinsten Umrissen auch ihr Verhältnis zum Norddeutschen Bunde besprochen, und ein Zusammengehen, wobei Frankreich dann auch Oesterreich gegen russische Uebergriffe auf der Balkanhalbinsel schützen sollte, war in Aussicht genommen worden; 1868 und 1869 waren diese Verhandlungen wieder aufgenommen worden, ohne aber zu einem eigentlichen Bündnis zu führen; im Juni 1869 wurden sie vertagt und durch die Briefe, welche Napoleon, Franz Joseph und Viktor Emanuel wechselten, wurde nichts als ein höflicher Abschluß erzielt. Der entscheidende Punkt, an welchem der in Aussicht genommene Schutzvertrag scheiterte, „der sich sollte leicht in einen Angriffsvertrag verwandeln lassen,“ war die römische Frage*). Oesterreich, dessen äußere Politik der frühere sächsische Minister v. Beust leitete, wollte nur dann mit Frankreich abschließen, wenn Italien mitthue; sonst, fürchtete man, werde Bismarck die Italiener wieder wie 1866, diesmal aber unter für sie günstigeren militärischen Aussichten, gegen Oesterreich ausspielen; Italien aber stellte die Bedingung, daß die 12 000 Mann starke französische Besatzung aus Rom zurückgezogen und ihm selbst die Besitznahme der ewigen Stadt unter gewissen Umständen gestattet werde. Zu diesem Zugeständnis aber war Napoleon III. nicht zu bringen; er wollte den letzten Rest der weltlichen Macht der Päpste nicht vollends zerfallen lassen, weil er sich vor der klerikalen Partei, vor dem Einfluß der

*) Siehe die Enthüllungen des Prinzen Jerome Napoleon Bonaparte in der Revue des deux mondes vom 1. April 1878, und die Mitteilungen des Gesandten Rothan ebenda, 1. Dezember 1884.

katholischen Geistlichkeit auf das französische Landvolk fürchtete und, wenn ihn von links die Republikaner, von rechts die Ultramontanen in die Enge trieben, bei den Wahlen seine Stellung eine fast hoffnungslose werden mußte. Rothan versichert, daß es einflußreiche Leute in der Nähe des Kaisers gab, welche sagten: „Lieber sollen die Preußen nach Paris kommen als die Italiener nach Rom!“ Ohne dieses Zugeständnis aber durfte Viktor Emanuel seinem Volke keinen Krieg an der Seite Frankreichs vorschlagen, solange dies seinen Arm schützend über Pius IX. hielt und Italien seine naturgemäße Hauptstadt zu gewinnen verhinderte; ohne Italiens Beitritt aber war auch Oesterreich nicht zu haben, um so weniger, als Beust wohl wußte, daß fast alle Deutsch-Oesterreicher einen Bund mit Frankreich gegen Deutschland verabscheuten und die liberale und deutsche Mehrheit des Wiener Reichsrats nur durch einen Bund, welcher sich mit gegen das Papsttum richtete, vielleicht auf andere Gedanken zu bringen war. So stand Napoleon beim Ausbruch des Kriegs noch allein; aber er kannte den Preis, für welchen 100 000 Italiener sofort zu haben waren, und im Notfall konnte er ihn zahlen. Vorläufig freilich wollte er ihn noch nicht zahlen, und so begann er den Krieg nur mit seinen eigenen Kräften. Beust versicherte ihn, daß der Kaiser Franz Joseph die Sache Frankreichs als seine eigene ansehe und innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu deren Sieg beitragen werde; aber die Grenzen dieser Möglichkeit waren für den Augenblick so enge gezogen, daß Oesterreich gar nichts that, um so mehr, als der Zar von Rußland offen zu Preußen neigte.

War sonach die Hoffnung auf fremde Unterstützung, soweit sie von außerdeutschen Mächten kommen sollte, sehr schwach, so war sie vollends eitel, soweit sie auf den Abfall der Süddeutschen sich gründete. Durch manche kurzsichtige und liebedienerische Agenten war der Kaiser über die wahre Stimmung der Süddeutschen getäuscht worden; diese Agenten hatten aus den lärmenden Kundgebungen der Demokraten und Ultramontanen, die in den letzten Jahren gegen Preußen gerichtet worden waren, die Ueberzeugung geschöpft, daß die Masse des Volkes so denke, und dies war grundfalsch. Man mochte die Preußen nicht recht leiden, weil ihre strammere Art der süddeutschen Behaglichkeit nicht zusagte, vielfach auch, weil man sie gar nicht recht kannte; aber man war himmelweit von dem Gedanken entfernt, die Preußen im Stich zu lassen,

wenn diese von den Welschen angegriffen wurden; vollends war die Rechnung falsch, daß Frankreich auf die süddeutsche Hilfe zählen dürfe. Der Graf v. St. Vallier in Stuttgart und Benedetti in Berlin hatten dem Kaiser die Wahrheit nicht vorenthalten; letzterer hatte nach Paris geschrieben: „Man möge für einen Kriegsfall nicht die mindeste Hoffnung auf die Partikularisten des Südens setzen; Preußen sehe in einem Kampf mit Frankreich fast das sicherste Mittel, die Einheit der Nation mit einem Schlage zu vollenden, und beim Losbruch eines solchen Kampfes würden die hartnäckigsten Partikularisten nichts thun können, als vor den Massen sich zu verkriechen, die einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen als eine Bedrohung ihres Vaterlandes ansehen würden; und sollte dann das Waffenglück auf seiten der Deutschen sein, so würden die Ansprüche gerade dieser Massen keine Grenzen mehr kennen.“

Jetzt zeigte sich, wie recht diese Warner gehabt hatten. Zwar telegraphierte der aller deutschen Gesinnung bare Dr. Sigl, der Redacteur des Münchener „Vaterland“, noch am 17. Juli nach Paris, daß die „Patrioten“ keinen Kreuzer für den Krieg bewilligen würden, und der Stuttgarter „Beobachter“ trat auch jetzt noch, nach den unerhörten Vorgängen in Ems, für Neutralität ein; aber die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung rechtfertigte Wort für Wort die Voraussage, welche Benedetti über sie abgegeben hatte. Diejenigen, welche in dieser furchtbaren Krisis der Nation stumpf und unempfindlich blieben und vom Deutschen nichts hatten als den Namen, waren tote Männer und wurden an manchen Orten öffentlich beschimpft; König Ludwig von Bayern soll es niemals vergessen werden, daß er ohne Zögern schon am 16. Juli befahl, seine zwei Armeecorps zu mobilisieren; ähnlich verfuhren die anderen Herrscher Süddeutschlands; am 19. Juli zeigte sich, daß auch die Münchener „Patrioten“ nicht alle vom Schlage der Sigl, Jörg, Huttler, Westermayer waren; mit 101 gegen 47 Stimmen bewilligte die Kammer, deren Mehrheit den „Patrioten“ angehörte, die geforderten 18 Millionen Gulden für den französischen Krieg.

Am gleichen Tage hatte König Wilhelm einen Gang gethan, welcher in seiner Art einzig dasteht. Den 19. Juli 1810, also vor 60 Jahren, war seine Mutter, die Königin Luise, auf Schloß Hohenzieritz verschieden, verzehrt von dem Jammer um das gebrochene Vaterland. Jetzt stand ein neuer

Waffengang mit demselben Volke bevor, dem Preußen einst bei Jena erlegen war. Der damals ein dreizehnjähriger Knabe gewesen, war jetzt ein Greis von 73 Jahren; der Waffenlärm, der seine Jugend erfüllt hatte, erneute sich in seinem Alter. Einst hatte die Mutter die Hoffnung ausgesprochen, „daß sich Preußens Schutzgeist auf ihre Söhne niederlassen werde," und hatte sie ermahnt, „den verdunkelten Ruhm ihrer Vorfahren von Frankreich zurückzuerobern". Der letzte, entscheidende Kampf stand bevor. König Wilhelm hatte vor vier Jahren auf den böhmischen Schlachtfeldern den Grund zur deutschen Einheit gelegt; jetzt erhob sich der vielhundertjährige Feind, um den halb vollendeten Bau des deutschen Staates wieder in Trümmer zu schlagen und uns zurückzuwerfen in die alte Schande, das alte Elend. Da ging der König, am Grabe der längst verklärten Mutter zu beten und ihren Segen herabzuerflehen auf sich, sein Heer, seine treuen Verbündeten in Nord und Süd. Als er zurückkam, überreichte ihm Graf Bismarck die soeben, mittags ein Uhr, eingetroffene Kriegserklärung Frankreichs, und der König erneuerte jetzt den Orden, mit welchem 1813 alle Tapferen gleichermaßen bedacht worden waren, den des Eisernen Kreuzes.

Um die Mittagsstunde desselben 19. Juli war der Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede durch den König eröffnet worden, hart ehe derselbe an das Grab seiner Mutter ging. Diese Thronrede ist ein Meisterstück patriotischer Gesinnung und männlicher Beredsamkeit, kraftvoll, aber schlicht und ferne von allem Uebertriebenen.

„In Ihnen wie in uns," sprach der König namens seiner selbst und seiner Verbündeten, „wird die Ueberzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht war und daß, wenn wir gegenwärtig diese Volkskraft zum Schutze unserer Unabhängigkeit aufrufen, wir nur dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorchen. Die spanische Thronkandidatur eines deutschen Prinzen, deren Aufstellung und Beseitigung die verbündeten Regierungen gleich fern standen und die für den Norddeutschen Bund nur insofern von Interesse war, als die Regierung jener uns befreundeten Nation daran die Hoffnung zu knüpfen schien, einem vielgeprüften Lande die Bürgschaften einer geordneten und friedliebenden Regierung zu gewinnen, hat der Regierung des Kaisers der Franzosen den Vorwand

geboten, in einer im diplomatischen Verkehre seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben, auch nach Beseitigung jenes Vorwandes, mit jener Geringschätzung des Anrechts der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Herrscher Frankreichs ähnliche Beispiele bietet.

„Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat . . . . Je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit.

„Wir werden nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Der Reichstag erwiderte auf diese denkwürdigen Worte mit der schwungvollen Versicherung, daß das deutsche Volk von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen sich auf den Ruf seiner einmütig zusammenstehenden Fürsten erhoben habe und daß kein Opfer ihm zu schwer sei. Sonst wurde fast nichts gesprochen; es galt, die Vorlage der Regierungen, die ein Anlehen von 120 Millionen Thalern für den Kriegszweck forderten, so rasch als möglich zu erledigen; nicht Worte, Thaten waren jetzt die Losung. Schon am 21. Juli, nach nur zweitägigem Beisammensein, war das Anlehen in allen drei gesetzlichen Lesungen einstimmig bewilligt — die zwei Socialdemokraten Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung, da sie das Geld für den Krieg weder gewähren noch es verweigern könnten — und der Reichstag wurde von seinem Präsidenten Simson mit einem Hoch auf den „ober-

sten Bundesfeldherrn der Deutschen, König Wilhelm von Preußen", geschlossen.

Während nun der Aufmarsch der deutschen Heere an der Westgrenze erfolgte, führte Bismarck einen wuchtigen diplomatischen Streich gegen die Regierung Napoleons III. Am 25. Juli veröffentlichte die große Londoner Zeitung „Times" den Entwurf des geheimen Vertrags, laut dessen der Kaiser im August 1866 Preußens Mitwirkung zur Einnahme von Belgien in Anspruch genommen hatte. Die Wirkung dieser Enthüllung war gewaltig; England traf Vorkehrungen, Belgien nötigenfalls mit den Waffen zu schützen, und Lord Malmesbury nannte im Oberhaus jenen von Benedettis Hand geschriebenen Entwurf „ein entsetzliches Aktenstück". Ueberall in Europa aber ward die Einsicht vorbereitet, daß Deutschland im Fall seines Sieges berechtigt sein werde, einem so frechen Räuber die Krallen zu stutzen, und daß gerade dieses Verfahren in der That den Worten der Thronrede nach dazu dienen werde, „den Frieden Europas dauernd zu sichern."

Achtes Kapitel.

Der deutsche Einheitskrieg gegen Frankreich.

Als die Franzosen den Krieg mit so empörender Rücksichtslosigkeit vom Zaune brachen, da war man in Deutschland überall der Ansicht, daß dies auf ihre völlige Kriegsbereitschaft hindeute. Gleichwohl war dies nicht der Fall; vielmehr vollzog sich der Aufmarsch der deutschen Truppen, dank der in allem einzelnen schon im Frieden vorbereiteten „Mobilmachung", mit solcher Schnelligkeit, daß binnen 14 Tagen alle Streitkräfte der Deutschen vollkommen schlagfertig an der Grenze standen und König Wilhelm am 31. Juli zum Heer abreisen konnte, um den Oberbefehl über alle deutschen Truppen zumal zu übernehmen. Die Zahl der zum Eindringen in Frankreich bestimmten Soldaten belief sich auf etwa 500 000, die nach einem von Moltke schon 1868 entworfenen Plane in drei Heere eingeteilt wurden.

Die erste Armee bestand aus den Preußen, Rheinländern und Westfalen, dem I., VII. und VIII. Armeecorps, zählte etwa 85 000 Mann und war dem Oberbefehl des Generals

der Infanterie v. Steinmetz unterstellt. Sie bildete den rechten Flügel und stand an der Saar bis in die Gegend von Saarlouis.

Die zweite Armee bestand aus der Garde und folgenden Armeecorps: dem II. (Pommern), III. (Brandenburger), dem IV. (Preußisch-Sachsen), dem IX. (Schleswig-Holsteiner und Hessen-Darmstädter), dem X. (Hannoveraner, Oldenburger und Braunschweiger) und dem XII. (Königreich Sachsen). Diese sieben Armeecorps zählten etwa 220000 Mann und wurden von dem Prinzen Friedrich Karl angeführt, welcher den Rang eines Generals der Kavallerie bekleidete; bei diesem befand sich auch das Hauptquartier des Königs selbst und der große Generalstab unter Leitung des Grafen Moltke.

Zu der dritten Armee, die gegen 200000 Mann stark war, gehörten das V. Corps (Posen und Liegnitz), ferner das VI. (Schlesien außer Liegnitz), das XI. (Preußisch-Hessen, Nassau, thüringische Staaten) und alle süddeutschen Truppen, nämlich die zwei bayerischen Corps, die württembergische und die badische Division. Befehlshaber war der General der Infanterie Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen, dem diese Stellung schon am 20. Juli zur großen Freude der Süddeutschen übertragen war, deren Herzen der ritterliche Fürst im Sturm eroberte. Er hatte den linken Flügel bis nach Rastatt hin zu bilden, während die zweite Armee das Centrum darstellte und aus der Pfalz gegen Saargemünd vorrücken sollte.

Ein Teil der norddeutschen Streitkräfte, etwa 90000 Mann, blieb vorläufig in der Heimat zurück, um im Verein mit der jungen, 47 Fahrzeuge starken norddeutschen Flotte die Küsten der Ost- und Nordsee gegen einen etwaigen Landungsversuch der Franzosen zu decken. Den Oberbefehl über diese Truppen führte der General Vogel v. Falckenstein; die Ereignisse auf dem westlichen Kriegsschauplatz brachten es aber mit sich, daß die französische Flotte unter Bouët-Villaumez nichts Ernstliches unternehmen konnte, sondern bald heimberufen wurde; auch die Dänen, auf deren Mitwirkung Napoleon III. gehofft hatte, verhielten sich ruhig, und die deutsche Kriegsleitung konnte bald die Mehrzahl jener anfänglich zurückgehaltenen Regimenter nach Frankreich nachrücken lassen.

Den deutschen Streitkräften hatten die Franzosen nur eine bedeutend geringere Truppenzahl entgegenzustellen, die überdies lange Zeit brauchten, bis sie sich mit allem Nötigen

ausgerüstet hatten; statt „erzbereit“ zu sein, wie der ebenso zuversichtliche als unfähige Kriegsminister Leboeuf gesagt hatte, waren die Franzosen vielmehr hinsichtlich aller wesentlichen Erfordernisse zur Verpflegung und Ausrüstung des Heeres im Rückstande; es fehlte an allem, an Speck, Reis und Brot, an Zelten und Decken, an Leuten für das Gepäck, Feldbäckern und Krankenpflegern. Die Truppen selbst kamen mit Mühe zusammen. Der Plan war, 150000 Mann in Metz, 100000 in Straßburg zu vereinigen und beide Massen bei Maxau über den Rhein zu führen; wenn man den Süddeutschen das Messer an den Hals setzte, glaubte man sie immer noch von der Verbindung mit dem Norden loslösen zu können, die sie ja doch, wenn sie anders vernünftig waren, als den Anfang des Endes ihrer Selbständigkeit ansehen mußten! So hartnäckig saß dieser thörichte Gedanke im Kopf des Kaisers fest, daß er ihn auch jetzt noch zur Grundlage seines Kriegsplanes machte; daß zwischen 1806 und 1870 eine Kluft sich aufthat, wollte dem Neffen des Begründers des Rheinbundes nicht in den Sinn.

Die Aufklärung brachte ihm, dessen Truppen von allen deutschen Städten nur Saarbrücken besetzen konnten, gleich der 4. August. Tags zuvor war von König Wilhelm, der sein Hauptquartier in Mainz aufgeschlagen hatte, der allgemeine Befehl zum Vormarsch erteilt worden. Die dritte Armee hatte die Ehre des Vortritts, und zwar sollten es die Bayern von der Division Bothmer sein, also gerade süddeutsche Regimenter, welche morgens halb neun Uhr den ersten Schuß thaten und die Stellung des französischen Generals Abel Douay bei W e i ß e n b u r g im Elsaß angriffen; Bayern und Preußen nahmen die Stadt und den Geisberg im Sturme, Douay fiel und von seinen 9000 Mann wurde der vierte Mann getötet oder gefangen. „Gott sei gepriesen für die erste glorreiche Waffenthat!“ telegraphierte der König an seine Gemahlin, „er helfe weiter!“ Und er half weiter. Am 6. August griff der Kronprinz die 45000 Mann, mit welchen der Marschall Mac Mahon sich bei dem Dorfe W ö r t h in einer sehr starken Stellung hinter dem Sauerbach aufgestellt hatte, an, und abends halb fünf Uhr waren alle Franzosen nach tapferstem Widerstand in wilde Flucht geworfen, wobei sie 9000 Gefangene, 1 Adler, 4 Fahnen der algierischen Fußtruppen, der „Turkos“, 28 Kanonen und 5 Kugelspritzen (Mitrailleusen) verloren; leider hatten die siegreichen

Preußen, Bayern und Württemberger etwa 10 600 Mann, darunter fast 500 Offiziere, an Toten und Verwundeten eingebüßt. Aber das Heer Mac Mahons existierte vorläufig nicht mehr; der rechte Flügel der französischen Kriegsmacht war fast vernichtet. Und nicht viel besser erging es am gleichen Tage dem linken Flügel unter General Frossard. So vorteilhaft seine Stellung auf den Spicherer Höhen hinter Saarbrücken auch war, so überlegen seine Streitkräfte auch an Zahl den Rheinländern unter Kameke waren, sie wurden trotzdem aus ihren uneinnehmbar scheinenden Bergen hinausgejagt und verloren etwa 1500 Gefangene; auf dem Schlachtfelde bivouakierten die erschöpften Sieger, für welche neu eintreffende Bataillone den Vorpostendienst übernehmen mußten.

Die Hiobsposten vom 6. August schlugen gleich Wetterstrahlen ins französische Hauptquartier; in drei Tagen hatten die Legionen des Cäsars drei Niederlagen erlitten, waren etwa 27 000 Mann verloren worden; dahin war der Ruhm Mac Mahons, verwelkt seine Lorbeeren vom Krimkrieg und vom italienischen Feldzug, zu schanden geworden die halbwilden Turkos, von deren barbarischem Schlachtenmut sich die Pariser so viel versprochen; und wenn am Geisberg und bei Wörth die zweifellose ziffernmäßige Uebermacht auf Seiten der Deutschen gewesen war, die freilich durch die furchtbare Stärke der Stellungen Douays und Mac Mahons ausgeglichen worden war, so hatten bei Spichern nicht die steilen Berge, welche die Rheinländer unter dem mörderischen Feuer der Chassepots hinanklimmen mußten, und nicht die Ueberzahl den General Frossard vor der Niederlage bewahren können. Die Zuversicht von Führern und Soldaten begann zu wanken; der Kaiser gab den Befehl zum Rückzug, zuerst gar nach Chalons, dann, als man zur Besinnung kam, nach Metz. In Paris hatte man am 6. auf die Nachricht, Mac Mahon habe gesiegt und den Prinzen Friedrich Karl mit 25 000 Mann gefangen, sich toller Freude hingegeben und alle Häuser beflaggt; kaum war es geschehen, so erscholl der Schreckensruf: „Weg mit den Fahnen! Die Nachricht ist falsch!“ Und am 7. las man an allen Straßenecken die Bestätigung der Niederlagen des vorigen Tages: „Der General Mac Mahon hat eine Schlacht verloren; der General Frossard hat nach zweistündigem Kampf seine Stellungen verlassen, der Feind steht auf unserem Boden!“ Der Kaiser aber ermahnte sein Volk, „fest zu bleiben“, und die Kaiserin, welche so großen Anteil

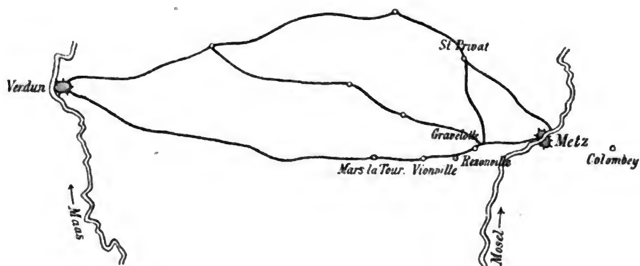
an den verhängnisvollen Beschlüssen genommen, verkündigte: „Ihr werdet mich als die erste in der Gefahr sehen, um das Banner von Frankreich zu verteidigen!“ Um die Ratlosigkeit, die sich der Masse zu bemächtigen drohte, zu beschwören und um das Gefühl zu verbreiten, daß alle notwendigen Maßregeln unverweilt getroffen werden würden, berief die Kaiserin die Kammern erst auf den 11., dann schon auf den 9. August ein; als sich eine stürmische Opposition gegen Ollivier und seine Amtsgenossen erhob, die durch Prahlereien mit den vorhandenen zwei Millionen Streitern den zermalmenden Eindruck der Niederlagen zerstreuen wollten, da wurde der Graf Palikao an die Spitze eines neuen Kabinetts gestellt, das sofort Paris selbst in den Stand setzte, einer Belagerung zu widerstehen und alle Deutschen mit brutaler Härte aus Frankreich austrieb, während man in Deutschland die daselbst lebenden Franzosen völlig unbehelligt ließ. Napoleon III. aber wurde durch seine eigenen Minister so gut wie abgesetzt; auf ihr Andringen mußte er den Oberbefehl an Bazaine übertragen und durfte doch das Heer nicht verlassen; er wurde ausdrücklich ersucht, nicht nach Paris zurückzukehren, wo seine Ankunft leicht das Zeichen zum Aufstand geben konnte, sondern auf dem Kriegsschauplatz zu verbleiben, wo seine Gegenwart moralisch vielleicht noch etwas nützen mochte. Eine Woche nach dem Ausbruch des Krieges war dessen Urheber bereits seinem Sturze nahe, und man fragte sich bereits, ob selbst ein Sieg über die Deutschen ihm die Herrschaft noch länger erhalten könne, ob er nicht auf alle Fälle unmöglich geworden sei und das Kaisertum sich nur erhalten lasse durch die Abdankung des Kaisers und die Uebertragung der Gewalt an seinen noch nicht fünfzehnjährigen Sohn, den Prinzen Louis!

Allein dieser Sieg, auf den man hoffte, als Bazaine in Metz, Mac Mahon in Chalons wieder Posto gefaßt hatten, wurde nicht errungen. Während der Kronprinz sich des unteren Elsaßes bemächtigte, Straßburg durch die badische Division unter General v. Beyer einschließen ließ und durch die Vogesen auf Chalons vordrang, nahmen Steinmetz und Prinz Friedrich Karl Metz zum Ziel ihrer Operationen. Als der General von der Goltz am 14. August wahrnahm, daß sich der Feind hinter die furchtbaren Forts von Metz zurückzog, da griff er ihn sofort bei Colombey-Nouilly an, und wenn auch Bazaine den Mittelpunkt seiner Stellung behauptete, so haben doch fünf preußische Brigaden der ersten

Armee fünf französische Divisionen aus den festesten Punkten vertrieben und den Rückmarsch des Feindes um einen kostbaren Tag verzögert; der harte Verlust von fast 5000 Mann, der den der Franzosen um etwa 1400 Mann überstieg, war doch nicht vergeblich. Mittlerweile hatte die zweite Armee unter Friedrich Karl die Mosel südlich von Metz überschritten, und als Bazaine am 16. den Rückzug westwärts gegen die Maas antrat, versperrten ihm die Brandenburger unter Konstantin v. Alvensleben bei den Dörfern Vionville und Mars la Tour den Weg, und trotz aller Uebermacht konnten die Franzosen den Feind aus diesen Dörfern nicht vertreiben. Hier war es, wo die preußische Reiterei, nur um dem aufs äußerste ermüdeten und zusammengeschossenen Fußvolk Luft zu machen, zum direkten Angriff gegen das mit den weittragenden Chassepots bewaffnete feindliche Fußvolk und gegen die Geschütze der Franzosen verwendet wurde; die Magdeburger Kürassiere, deren Uniform Graf Bismarck trug, und die altmärkischen Ulanen überritten mittags ein Uhr ein Treffen Fußvolk, dann eine Batterie, dann ein zweites Treffen Fußvolk und jagten die hinter diesen stehenden Batterien ebenfalls in die Flucht; erst als die tapferen Männer auf 3000 feindliche Reiter stießen, wandten sie um und durchbrachen in wildem Ritt, unter verzweifeltem Ringen, die Scharen des Feindes, die sich inzwischen wieder gesammelt hatten, zum zweitenmal. Als sie bei den Ihren wieder anlangten, waren von 800 Reitern, welche den Angriff unternommen hatten, nicht viel über 400 noch vorhanden; aber die Franzosen zogen aus dem wuchtigen Vorstoß der Deutschen den falschen Schluß, daß dieselben in starker Anzahl zur Stelle seien, und wagten ihrerseits keinen Angriff auf diesem Punkt mehr; und als die Hannoveraner und ein paar rheinische und hessische Regimenter eintrafen, war der Tag insofern für die Deutschen gewonnen, als die südliche der zwei von Metz nach Verdun an der Maas führenden Straßen endgültig dem Feinde verlegt war.

Noch aber war für Bazaine die nördliche Straße, welche bei Gravelotte abzweigt und über St. Privat führt, frei; wenn sie nicht auch gesperrt wurde, so waren die furchtbaren Opfer des 16. August — fast 16 000 Mann — umsonst gebracht. Deshalb wurden im Laufe des 17. August die noch unversehrten Armeecorps herangezogen und der König eilte selbst auf das Schlachtfeld, von der Meinung ausgehend, daß der Feind sich bereits auf dem Rückmarsch nach Verdun befinde.

Bazaine aber hatte aus dem furchtbaren Kampfe des 16. August, wo er über 17 000 Mann eingebüßt hatte, die ganz irrige Ansicht geschöpft, daß ihm die Deutschen mit gleicher Macht entgegengestanden seien, während thatsächlich stundenlang die vier- und fünffache Uebermacht auf seiner Seite gewesen war. Für die folgenden Tage nahm er deshalb, und dies mit einigem Grund, an, daß der Feind ihm überlegen sein werde, und beschloß demgemäß, in einer seiner Ansicht nach uneinnehmbaren Stellung den Angriff der Deutschen abzuwarten, sie gründlich zurückzuschlagen und dann seinen Marsch an die Maas unbehelligt fortzusetzen. So fanden die deutschen Späher, daß das ganze französische Heer, gegen 200 000 Mann alter,



erprobter Soldaten zählend, sich von Gravelotte bis St. Privat aufgestellt hatte, in der Front durch die Schlucht des Mancebaches gedeckt, im Rücken durch die Forts vor Metz des Rückzugs auf alle Fälle versichert. Es galt also deutscherseits, in der Schlacht von Gravelotte und St. Privat, die am 18. August mittags zwölf Uhr begann, die Stellung Bazaines zu nehmen und ihn nach Metz hineinzuwerfen; die Front des deutschen Heeres, die bisher nach Norden gerichtet war, wurde nach Osten umgebogen, und nach furchtbarem Ringen, das bis in die Nacht hinein dauerte, die Entscheidung dadurch herbeigeführt, daß abends sieben Uhr die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert und die Garden das Dorf St. Privat mit Sturm nahmen, dem sich anderthalb Stunden vorher die Garden allein trotz allen Todesmutes nicht hatten nähern können, weil die Franzosen aus starken und gedeckten Stellungen ein geradezu vernichtendes Feuer ihnen entgegensandten. König Wilhelm befand sich auf dem rechten deutschen Flügel,

welcher am Ende sich in den Besitz von Gravelotte setzte und bei einbrechender Dunkelheit noch einen letzten Vorstoß gegen den weichenden Feind richtete, der mittels Bajonettangriffs zum Ziele führte. „Bei diesem Vorstoß,“ erzählt der König selbst in einem Brief an seine Gemahlin, „fehlten die historischen Granaten von Königgrätz für mich nicht, aus denen mich diesmal Minister v. Roon entfernte;“ im Gefolge des Königs wurde an diesem Tage der Rittmeister v. Buddenbrock an der Hand verwundet. Um halb neun Uhr abends verstummte überall der Lärm des Kampfes, in welchem über 20 000 deutsche Krieger außer Gefecht gesetzt worden waren. „Der König,“ so wird berichtet, „saß nach der Schlacht neben einer Gartenmauer diesseits von Rezonville; unmittelbar neben ihm brannte eine große Wollspinnerei, die nächste Umgebung mit ihrem unheimlichen Lichte erhellend; an seiner Seite befanden sich des Königs Bruder, Prinz Karl, der Großherzog von Weimar, der Erbgroßherzog von Mecklenburg, Graf Bismarck, v. Roon und Graf Dönhoff. Nach dem Siege dachte man auch an Erquickung; ein nicht ferne haltender Marketender wurde herangeschleppt. Der König trank aus einem abgebrochenen Tulpenglase; Bismarck kaute vergnüglich an einem großen Stück Kommisbrot. Die Nacht brachte der greise König in einem Bauernhause zu, in einem Raum, dem er die Benennung ‚Stube‘ beilegte, auf dem Gestell eines Krankentransportwagens liegend, das Haupt auf den Kissen seines Wagens; der Körper des Königs war nur in den Mantel gehüllt.“

Die Bedeutung des Sieges bezeichnete der König in dem Telegramm, das er abends neun Uhr an die Königin Augusta richtete und das Graf Bismarck beim trüben Schein eines Wachtfeuers niederschrieb, mit den Worten: „Die französische Armee ist in neunstündiger Schlacht vollständig geschlagen, von Paris mit ihren Verbindungen abgeschnitten und gegen Metz zurückgeworfen.“ Noch machte man sich auf einen Versuch Bazaines gefaßt, am 19. den Kampf zu erneuern und den Weg nach Westen sich frei zu machen; die Pommern und die Westfalen standen bereit, am anderen Morgen sofort dem Ansturm der Franzosen zu stehen. Aber diese befanden sich unter dem Eindruck ihrer Niederlage; in der Nacht räumten sie ihre noch behaupteten Stellungen, so Moscou und Point du Jour, und zogen sich hinter die Festungswerke von Metz zurück. Prinz Friedrich Karl aber umklammerte alsbald diese mächtige Feste auf allen Seiten; es galt, das Errungene fest-

zuhalten, den Feind nicht mehr ausbrechen zu lassen und am Ende Metz gerade durch seine Ueberfüllung mit Truppen zur Uebergabe zu zwingen.

In 14 Tagen hatten die Deutschen sechs Schlachten gewonnen; ein feindliches Heer war zersprengt, das andere umlagert; Frankreichs Aussichten standen schon jetzt verzweifelt. Die bösen Nachbarn Deutschlands, Oesterreich und Dänemark, hielten ihr Schwert weislich in der Scheide; der Versuch, den Napoleon jetzt machte, Italien durch seinen Vetter Jerome, den Schwiegersohn Viktor Emanuels, zur Teilnahme am Kriege zu bestimmen und ihm Rom preiszugeben, kam zu spät. Wohl waren fast 15000 deutsche Streiter gefallen und 43000 lagen verwundet in den Lazaretten; aber der Gewinn, der mit solchen Opfern erreicht worden, war auch gewaltig; wenn Bazaine nicht befreit wurde, war der Krieg auf alle Fälle für die Franzosen verloren und Deutschland war im Besitz derjenigen Lande, welche die öffentliche Meinung schon jetzt mit steigendem Nachdruck als Siegespreis forderte: des Elsaß und Deutsch-Lothringens.

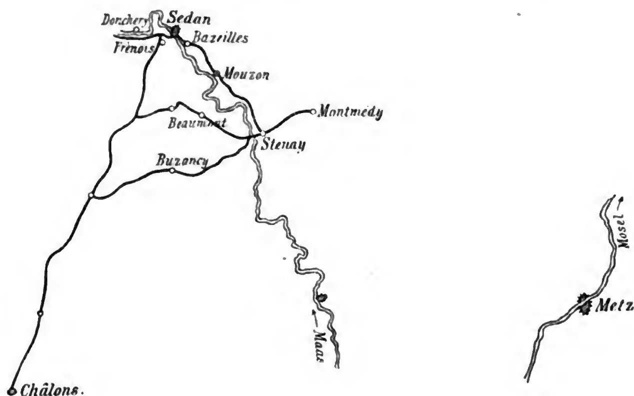
Vorläufig war also Metz der Punkt, wo sich das Schicksal des Krieges entscheiden zu sollen schien, und es ist begreiflich, daß das Ministerium Palikao, das überhaupt eine große Energie im Aufbieten von Streitkräften und Ansammeln von Vorräten entfaltete, in Bazaines Befreiung seine Hauptaufgabe erkannte; der Plan, das Heer von etwa 130000 Mann, das Mac Mahon in Chalons gesammelt hatte, nach Paris zu ziehen und hier dem Feind die Spitze zu bieten, wurde rasch aufgegeben, und als Bazaine am 22. August nach Reims meldete, er werde sich in der Richtung von Sedan zwischen Maas und belgischer Grenze durchschlagen, so antwortete Mac Mahon sofort, daß er ihm bis Montmedy entgegenrücken werde, brach von Chalons am 24. auf, wo hinter ihm die ersten Ulanen vom Vortrab des Kronprinzen einrückten, und marschierte nach Nordosten. Alsbald änderte die dritte Armee ebenfalls ihre Richtung, da es unter allen Umständen verhütet werden mußte, daß Mac Mahon und Bazaine den Prinzen Friedrich Karl zwischen zwei Feuer nahmen; und von Metz her war bereits Kronprinz Albert von Sachsen mit der neugebildeten, aus drei Armeecorps bestehenden, vierten oder Maasarmee im Anmarsch, um die Belagerer von Metz vor einem Angriff vom Rücken her zu schützen. Dem Kronprinzen von Sachsen, welcher seine eigenen Landeskinder, die preußische

Garde und das IV. Armeecorps anführte und über 70 000 Mann zu Fuß und 16 000 Reiter verfügte, schloß sich auch das Hauptquartier an; König Wilhelm verlegte am 26. August dasselbe nach Clermont in den Argonnen. Als Mac Mahons aus Reitern bestehender Vortrab am 27. August bei Buzancy von den Sachsen geworfen wurde, erkannte der Marschall, daß der Weg nach Metz nicht mehr frei sei und beschloß, den ganzen waghalsigen Plan, durch welchen er sich selbst in offenbare Gefahr, abgeschnitten zu werden, brachte, fallen zu lassen und umzukehren; aber von Paris erhielt er telegraphisch den Befehl, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und unter keinen Umständen mit dem Kaiser, der sich rechtzeitig von Metz nach Chalons zu Mac Mahon begeben hatte, nach Paris zurückzugehen; denn das würde die Revolution daselbst entfesseln!

So wurde der Marschall aus politischen Gründen genötigt, eine militärische Operation auszuführen, welche er innerlich verurteilte; er setzte den Marsch gegen Montmedy fort und suchte zu diesem Zweck die Maas zu überschreiten; allein die vierte Armee war vor ihm da, besetzte den Paß, der bei Stenay über den Fluß führt, und ließ dem Feinde nur den Weg über Mouzon offen; ehe aber die gesamte Masse der Franzosen über den Strom setzen konnte, wurden sie am 30. August von den Bayern unter von der Tann, den Sachsen und den Thüringern bei Beaumont überfallen — denn die Heere der beiden Kronprinzen hatten jetzt miteinander Fühlung gewonnen — und mit einem Verlust von 5000 Mann bei Mouzon über die Maas gedrängt. Jetzt sah Mac Mahon mit vollkommener Deutlichkeit ein, daß er nicht mehr nach Montmedy und Metz durchbrechen konnte; ja er war schon von den Deutschen so umstellt, daß er nur zwischen Uebergabe und dem Uebertritt nach Belgien wählen konnte, wenn es ihm nicht gelang, die Feinde in einer Schlacht aufs Haupt zu schlagen und sich so Luft zu machen.

Zu diesem Zweck wählte er nun mit einem anerkennenswerten Scharfblick die in seiner Lage günstigste Stellung: er versammelte sein Heer auf der inselartigen Hochebene, welche um die Festung Sedan durch die Maas und die Bäche von Givonne im Norden, von Illy im Osten gebildet wird. Die deutsche Heeresleitung entwarf nun den Plan, ihn am 1. September von Süden her, bei Bazeilles, durch die Bayern in der Frühe angreifen zu lassen, während rechts von diesen die Sachsen und die Garde in den Kampf eingriffen und allmäh-

lich mit den Hessen und den Posenern Fühlung gewannen, die unterhalb von Sedan die Maas überschritten und so den Ring um den Feind geschlossen hatten; einem etwaigen Ausbrechen desselben nach Westen sollten sich die Württemberger, unterstützt durch massenhafte Reiterei und Artillerie, bei Donchery entgegenwerfen: nicht weit von ihnen, bei Frénois, hielt König Wilhelm mit Moltke, Bismarck und Roon und leitete das Ganze der umfassenden Operationen. Die Lage der Franzosen wurde trotz ihrer zähen Gegenwehr von Stunde zu Stunde düsterer; Mac Mahon war schon kurz vor sechs Uhr



früh durch einen bayerischen Granatsplitter verwundet worden, und der Oberbefehl war laut einer Verfügung des Kriegsministers, die vorsorglich für einen solchen Fall erlassen war, an den General v. Wimpffen übergegangen. Es war fünf Uhr abends, als die von allen Seiten nach Sedan hineingeworfenen Franzosen, die vergeblich nach Südosten durchzubrechen versucht hatten, auf Befehl des Kaisers selbst eine weiße Fahne aufzogen, um der Beschießung der Stadt und damit der Vernichtung zu entgehen. Im Namen des Kaisers, welcher vergeblich sich im dichten Gewühl des Kampfes dem Tode ausgesetzt hatte, erschien der General Reille abends sieben Uhr vor König Wilhelm und übergab ihm folgenden berühmt gewordenen Brief: „Mein Herr Bruder! Da ich nicht inmitten meiner Truppen sterben konnte, so bleibt mir nichts übrig als

meinen Degen in die Hände Eurer Majestät zu legen. Ich bin Eurer Majestät guter Bruder. Sedan, 1. September 1870. Napoleon." Auf dies antwortete der König: „Mein Herr Bruder! Indem ich die Umstände bedaure, unter welchen wir uns begegnen, nehme ich den Degen Eurer Majestät an und bitte Sie, einen Ihrer Offiziere benennen zu wollen, der von Ihnen mit Vollmacht versehen ist um über die Uebergabe des Heeres zu verhandeln, das sich unter Ihren Befehlen so tapfer geschlagen hat. Von meiner Seite habe ich den General v. Moltke zu diesem Zweck bezeichnet. Ich bin Eurer Majestät guter Bruder. Vor Sedan, 1. September 1870. Wilhelm."

Die Nacht brach vollends herein, während noch über die Bedingungen der Uebergabe zwischen Moltke und Wimpffen verhandelt wurde. Man legte sich deutscherseits die Frage vor, ob man nicht das Ehrgefühl des besiegten Heeres, das mannhaft gegen sein Geschick gerungen hatte, so weit schonen könne, daß man ihm das Los der Gefangenschaft erspare und es etwa nach dem nahen Belgien übertreten lasse; aber nach reiflicher Ueberlegung kamen Bismarck und Moltke zu dem Ergebnis, daß bei der Unsicherheit der politischen Lage in Frankreich, wo der Zusammenbruch des Kaisertums fast mit Sicherheit vorauszusehen war, nichts anderes übrig bleibe als sich auf den Fall, wie er vorlag, zu beschränken und die Früchte des Sieges für Deutschland auf alle Fälle sicherzustellen; dann mochten die Franzosen zusehen, welche Schlüsse sie aus der nun geschaffenen Gesamtlage ihres Vaterlandes ziehen wollten. Es war vergeblich, daß Napoleon selbst am 2. September früh sechs Uhr zu Bismarck nach Donchery fuhr und sich bemühte, von ihm günstigere Bedingungen zu erlangen, namentlich den Uebertritt nach Belgien; weil er sich als Gefangener außer stande erklärte, über Frieden zu verhandeln, so hielt auch Bismarck ganz folgerichtig an der rein militärischen Behandlung der Sache fest und bestand auf der völligen Ergebung des Heeres. So wurde denn der Vertrag daraufhin abgeschlossen; um zwölf Uhr empfing König Wilhelm aus den Händen Bismarcks und Moltkes die betreffende Urkunde und begab sich nach dem Schloß Bellevue zwischen Donchery und Sedan, wo er etwa um zwei Uhr mit dem gefangenen Kaiser eine viertelstündige Unterredung hatte. Er fand Napoleon „gebeugt, aber würdig in seiner Haltung und ergeben;" seinerseits begegnete er dem Mann, welcher so schwer von Gottes Hand niedergeworfen war, mit so ritterlicher Güte, daß der

Kaiser zu Thränen gerührt wurde. Am 3. September trat derselbe die Reise nach dem Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel an, das ihm König Wilhelm als Aufenthalt angewiesen hatte; an demselben herrlichen Orte, wo sein Oheim, König Jerome von Westfalen, sechs Jahre lang, von 1807—1813, in Lust und Freude Hof gehalten hatte, weilte er nun als Gefangener des Fürsten, dessen Vater dereinst an Jerome sein halbes Reich hatte abtreten müssen; und vom Feinde wenigstens wurde er mit der Achtung behandelt, die dem Unglück gebührt, während sein eigenes Volk ihn jetzt, da er besiegt und gefangen war, mit Kot bewarf und von sich stieß, während es an dem Kriege selbst schuldiger war als der Kaiser.

Es war ein ungeheurer Erfolg, der von den Deutschen errungen worden war. Statt Bazaine zu befreien und die deutschen Heere wieder hinter Mosel und Vogesen zurückzuwerfen, war Mac Mahon selbst in sein Verderben gestürzt; ein Heer von 124 000 Mann war binnen eines Tages teils verwundet und getötet, teils gefangen worden; denn in der Schlacht selbst ergaben sich 21 000 Franzosen, in der Stadt 83 000; 3000 waren gefallen, 14 000 verwundet, 3000 entkamen nach Belgien und wurden dort entwaffnet; die Zahl der erbeuteten Geschütze belief sich auf 558. Dem gegenüber kam der deutsche Verlust von 460 Offizieren und 8500 Mann in der That fast nicht in Betracht. Aber der äußere Erfolg wurde noch in seinem Wert erhöht durch zwei Umstände innerlicher Art: erstlich hatten Nord- und Süddeutsche gleichen Anteil an dem durchschlagenden Erfolg; namentlich die Bayern hatten sich mit Ruhm bedeckt; und zweitens wurde es überall als ein Beweis von Vorhandensein einer höheren Macht, einer gerechten Weltregierung empfunden, daß der Kaiser, welcher seinem Botschafter nach Ems geschrieben hatte: brusquez le roi! behandeln Sie den König grob! nun seinen Degen in die Hand des Mißachteten gelegt und seine Gnade angerufen hatte. Ja, das ist das Einzigartige des Tages von Sedan, daß durch ihn die Waffenbrüderschaft von Nord und Süd die Bluttaufe empfing, daß aus dieser Einheit der herrlichste Sieg hervorwuchs und der Krieg gegen das kaiserliche Frankreich mit einer dramatischen Scene abschloß, in der sich das Walten sittlicher Mächte abspiegelte. „Welch' eine Wendung" schrieb der fromme König an seine Gemahlin, „durch Gottes Führung!"

Aber freilich, zu Ende war der Krieg auch mit diesem

gewaltigen Siege noch nicht. In Paris wurde am 4. September die Regierung des Kaisers durch einen Volksaufstand gestürzt; die Kaiserin Eugenie floh mit ihrem Sohne nach England, und an Stelle der Monarchie trat nun die Republik. Die „Regierung der nationalen Verteidigung" traf sofort alle Anstalten, den Krieg fortzusetzen, falls die Deutschen nicht damit zufrieden sein würden, daß das Kaisertum durch ihre wuchtigen Streiche zertrümmert worden war und sie nicht alsbald nach Hause heimkehren würden. Auf deutscher Seite war man auf diese Wendung der Dinge völlig gefaßt; sofort nach dem Siege wurde der Vormarsch auf Paris angeordnet, und dem Rundschreiben des neuen Ministers des Auswärtigen, Jules Favre, setzte Bismarck am 16. September ein anderes entgegen, in welchem offen ausgesprochen war, daß Deutschland den Frieden nur gegen Abtretung von Straßburg und Metz gewähren werde; die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlange Schutz gegen die Wiederkehr der französischen Bedrohungen und Vergewaltigungen, und dieser Schutz werde nur durch den Uebergang dieser Ausfallspforten Frankreichs in deutschen Besitz erreicht. Bei diesem Standpunkte der beiden kriegführenden Teile waren die Verhandlungen, welche Jules Favre am 19. und 20. September im Schloß Ferrières bei Paris mit Bismarck pflog, natürlich ergebnislos; die Franzosen gaben die Losung aus: „Kein Zoll unseres Gebiets und kein Stein von unseren Festungen darf abgetreten werden!" und muteten den Deutschen zu, daß sie nach einem Verlust von 67 000 Mann sich mit einer Kriegsentschädigung von etwa einer Milliarde Franken wieder hinter den Rhein zurückziehen sollten. So nahm denn der Krieg seinen Fortgang; Paris wurde seit 19. September in seinem ganzen kolossalen Umfang durch die Heere der beiden Kronprinzen umlagert, war aber zum äußersten Widerstande entschlossen, in der Hoffnung, daß „Europa die Vernichtung Frankreichs nicht zugeben" und die in Tours errichtete „Außenregierung" die Hauptstadt durch rasch zu schaffende neue Heere entsetzen werde.

Aber beide Hoffnungen erwiesen sich am Ende als eitel. Zwar bereiste Adolf Thiers Ende September und Anfang Oktober die Höfe von London, Petersburg, Wien und Florenz und suchte dieselben, sei es zu gebieterischer Vermittlung, sei es zu bewaffneter Hilfeleistung zu veranlassen; aber er richtete nirgends etwas aus, und Viktor Emanuel, welcher im Juli noch gegen die Preisgebung Roms zum Bund mit dem Kaiser-

reich bereit gewesen war, hatte sofort nach Sedan zugegriffen und die von der französischen Besatzung nach der Schlacht von Wörth eilig geräumte ewige Stadt am 20. September mit Waffengewalt erobert; soeben schickte er sich an, unter dem Jubel der Römer dort seinen Einzug zu halten und zu residieren; kaum zwei Monate, nachdem Papst Pius IX. von dem vatikanischen Konzil für unfehlbar („infallibel“) erklärt worden war, sah er sich des letzten Restes seiner weltlichen Herrschaft beraubt und war ein länderloser Mann.

Die Regierung in Tours, deren Seele der erst 34jährige Rechtsanwalt Leon Gambetta war, arbeitete nun freilich aus allen Kräften daran, durch Einberufung der zahlreichen alten Soldaten des Kaiserreichs und durch Bewaffnung der wehrfähigen Mannschaften neue Heere aus dem Boden zu stampfen; und was Gambetta leistete, ist auch von deutscher Seite in vollstem Maße anerkannt worden; er stellte täglich im Durchschnitt 5000 Mann auf die Beine und versammelte allein an der mittleren Loire binnen sechs Wochen 180 000 Mann mit einer massenhaften Artillerie und einer sogar über Gebühr starken Reiterei. Allein ehe diese Heere marschieren konnten, verstrich eben doch eine Frist von einigen Wochen, und in der Zwischenzeit fiel zuerst Toul am 23. September, dann **Straßburg**, das am 27. September abends neun Uhr kapitulierte und an demselben 30. September von den Deutschen besetzt wurde, an dem es im Jahre 1681, also vor 189 Jahren, französische Besatzung hatte einnehmen müssen.

König Wilhelm hatte am 5. Oktober sein Hauptquartier in Versailles aufgeschlagen, an dem Sitze der glanzvollen Hofhaltung Ludwigs XIV., und wie alles Dichten und Trachten der Franzosen darauf abzielte, Paris zu befreien, so war es das vornehmste Anliegen des Königs, die Hauptstadt so lange mit eisernem Ring umklammert zu halten, bis die Lebensmittel für die fast 2 000 000 Menschen darin versiegt sein würden; an einen Sturm auf die von dem General Trochu verteidigte Riesenstadt, vor welche sich schützend ein Kranz von 16 Forts legte, konnte nicht gedacht werden; betrug doch die Zahl der Bewaffneten in Paris eine halbe Million, darunter immerhin gegen 200 000 Mann Linientruppen und Mobilgarden (Landsturmtruppen), mit welchen ein tüchtiger Führer immerhin etwas leisten konnte: die Zahl der Belagerer aber belief sich auf nie mehr als 200 000 Mann! Es war deshalb von entscheidender Wichtigkeit zu verhindern,

daß jemals ein französisches Entsatzheer der Stadt so nahe kam, daß es den Belagerten die Hand bieten konnte; deshalb wurde ein deutsches Heer unter dem Großherzog von Mecklenburg nach Orleans an die Loire, ein anderes unter Werder gegen Besançon entsandt, um die Vorstöße von Lyon her aufzufangen. Im Anfange aber errang das Heer, welches Gambetta an der Loire versammelte, einen Erfolg; es zwang den tapferen bayerischen General von der Tann am 8. November Orleans wieder zu räumen und drängte ihn, der nur über 19 000 Mann verfügte, durch fast vierfache Uebermacht am folgenden Tag bei Coulmiers zurück. Aber gerade als die Gefahr für das Belagerungsheer vor Paris dringend zu werden schien, trat der längst erwartete Fall von Metz ein: Bazaine, welcher wiederholt sich durchzuschlagen versucht hatte — so in der zweitägigen Schlacht bei Noisseville am 31. August und 1. September — wurde durch den Mangel an Lebensmitteln gezwungen, sich am 27. Oktober mit 173 000 Mann dem Prinzen Friedrich Karl zu ergeben. Der Tag von Sedan war damit noch übertroffen; der Raub Heinrichs II. von Frankreich war nun auch wieder herbeigebracht; Deutschland hatte die einst in trüber Zeit verlorenen zwei gewaltigen Bollwerke, welche Bismarck in seinem Rundschreiben vom 16. September gefordert hatte, nun in seinem Besitze. Für den Augenblick aber war das Wichtigste dies, daß das mächtige Heer, das etwa zehn Wochen Metz umlagert hatte, für die Bekämpfung der republikanischen Heere verfügbar wurde. Die erste Armee wurde unter General Edwin v. Manteuffel nach dem Norden von Frankreich gesandt, wo sie Rouen besetzte und die Franzosen unter Faidherbe hinter die Somme zurückwarf; mit der zweiten Armee aber brach der Prinz Friedrich Karl sofort nach der Loire auf, um dem General von der Tann und dem Großherzog von Mecklenburg beizustehen. Nach blutigen Schlachten gegen die französischen Feldherrn Aurelle de Paladine und Chanzy eroberte der Prinz am 5. Dezember Orleans zurück und besetzte bald hernach Tours, so daß die „Außenregierung" nach Bordeaux fliehen mußte. So war die Hoffnung der Pariser zerronnen, daß der um sie gelegte Gürtel von außen her zersprengt würde; und auch der große Ausfall, den General Trochu am 30. November nach Südosten gegen die Württemberger und Sachsen mit großen Streitkräften unternahm, um der Loirearmee womöglich die Hand zu bieten, schlug fehl; zwar

nahm General Ducrot die Dörfer Champigny und Brie den Sachsen ab, weil er ihnen eine zehnfache Macht entgegenstellen konnte; aber das Dorf Villiers hielten die tapferen Schwaben mit vielbewundertem Heldenmute fest, und am 2. Dezember wurden die Franzosen von ihnen, den Sachsen und Pommern aus den zwei Tage vorher erstürmten Stellungen wieder verjagt und nach Paris hineingeworfen.

Trotzdem hielten die Pariser noch aus; zwar begann schon eine große Teuerung der Lebensmittel, welche, als Vorläuferin des gänzlichen Mangels, auch das Ende der ganzen Belagerung in absehbarer Zeit in Aussicht stellte; aber trotzdem durfte man in der Stadt von Ergebung noch nicht reden. So schritt König Wilhelm zu dem letzten Mittel, zu dem gewaltige Vorbereitungen erforderlich gewesen waren: aus kolossalen Festungsgeschützen, die mit unsäglicher Mühe aus Deutschland herbeigeschafft waren, begann am 5. Januar die Beschießung der Stadt Paris selbst und der Forts, während gleichzeitig Prinz Friedrich Karl gegen Chanzy vorging, ihn am 12. Januar bei Le Mans gänzlich schlug und sein Heer zersprengte; es verlor allein an Gefangenen 24 000 Mann. Die Hoffnung der Franzosen war aber bereits auf ein anderes Heer gerichtet: als sie vor den andringenden Heersäulen des Prinzen aus Tours weichen mußten, sandte Gambetta den General Bourbaki mit dem rechten Flügel der Loirearmee nach dem Osten, wo General von Werder seither die Festung Belfort umlagert und Vorstöße nach Burgund bis Dijon und Nuits gemacht hatte. Bourbaki sollte Belfort befreien, die Verbindungen der deutschen Heere mit der Heimat unterbrechen und womöglich in Süddeutschland einfallen. Hart am Ende des Krieges drohte dem Großherzogtum Baden noch ein feindlicher Einfall; aber eben deshalb wehrten sich die unter Werders Befehlen stehenden Badener und Preußen in der dreitägigen Schlacht am Bache Lisaine vom 15. bis 17. Januar 1871 mit verzweifelter Tapferkeit und zwangen ihrer 43 000 die 150 000 Franzosen zum Rückzug; eine Heldenthat, welche von König Wilhelm den größten der Geschichte beigezählt worden ist. „Werders Truppen," sagt Konstantin Bulle, „hatten das Aeußerste geleistet, was man von Menschen verlangen kann. Mindestens zwei Drittel hatten auch nachts unter den Waffen gestanden, zum Teil ohne Holz, Stroh oder Feuer bivouakiert, seit vier, fünf Tagen nichts Warmes gegessen und überdies vielfach nur schmale Portionen bekommen." Dafür trug ihre Tapfer-

keit auch die reichsten Früchte: als das französische Heer nach vergeblich verlorenen drei Tagen auf Besançon zurückwich, war der zur Hilfe entsandte Manteuffel mit den Pommern und Westfalen schon so nahe herangekommen, daß er ihm den Weg nach Süden verlegen konnte, während Werder von Norden her drängte; und so zwangen die Deutschen am 1. Februar das ganze noch 85 000 Mann starke feindliche Heer zum Uebertritt in die Schweiz. Nun war auch Belforts Geschick entschieden; am 15. Februar wurde es von den Deutschen besetzt. Schlag erfolgte seit Mitte Januar auf Schlag: am 17. mußte Bourbaki vor Werder weichen, am 19. wurde im Norden General Faidherbe von dem tapferen Feldherrn Göben bei St. Quentin vernichtend aufs Haupt geschlagen und der letzte Ausfall der Pariser, welcher mit 100 000 Mann nach Westen hin gegen Versailles ausgeführt wurde, gänzlich zurückgewiesen. Damit war auch die Widerstandskraft der Stadt erschöpft. Längst aßen die ärmeren Klassen Fleisch von Hunden, Katzen, Ratten und Mäusen; die Regierung mußte den Brotanteil, der den Bedürftigen aus öffentlichen Vorratskammern gereicht wurde, schon Mitte Dezember auf etwas über ein halbes Pfund (300 Gramm) für den Tag einschränken: jetzt drohten die letzten Vorräte zu versiegen. So begab sich Favre am 23. Januar abends zu König Wilhelm nach Versailles, wo nach dreitägigen Verhandlungen ein Waffenstillstand vereinbart wurde, kraft dessen sich Paris mit all seinen Hunderttausenden von Bewaffneten ergab und die Außenforts von den Deutschen besetzt wurden. Aus dem Waffenstillstand ging der vorläufige Friede vom 26. Februar hervor, den eine neu gewählte französische Nationalversammlung in Bordeaux am 1. März genehmigte; an demselben Tag zogen aber 30 000 Mann deutscher Truppen aller Stämme in Paris ein und besetzten den Stadtteil vom Triumphbogen bis zu den elyseischen Feldern, der rechts von der Seine liegt; es sollte den Franzosen vor Augen geführt werden, wie vollständig sie unterlegen waren, damit sie sich davor hüteten, daß deutsche Truppen etwa gar zum viertenmal in einem Jahrhundert in ihre Hauptstadt einziehen. Am 10. Mai 1871 schlossen dann Bismarck und Favre den endgültigen Frieden zu Frankfurt am Main ab, durch welchen Frankreich sich verpflichtete, in Gemäßheit der vorläufigen Abmachungen Elsaß und ein Stück von Lothringen, mit Straßburg und Metz, aber ohne Belfort, an Deutschland abzutreten und fünf Milliarden Kriegsentschädigung zu bezahlen.

So war denn der große Krieg zu einem glanzvollen Abschlusse gekommen. Das erste Mal war es seit Jahrhunderten gewesen, daß die Deutschen in voller Eintracht, mit gesamter Volkskraft und unter einem Oberbefehl in den Krieg gezogen waren; und diese Eintracht hatte sich über alle Begriffe belohnt und bewährt. Was Frankreich in der Zeit von 1552 bis 1681 den uneinigen Deutschen durch schlaue Staatskunst und überlegene Gewalt entrissen hatte, das war in sechs Monaten von den geeinten Deutschen wieder zurückerobert worden. Aber unser Volk hatte nicht bloß den auswärtigen Feind, es hatte sich selbst bezwungen; es hatte seine altüberlieferte Neigung zur Uneinigkeit, zu innerer Zerspaltung und Zerklüftung besiegt, und im November 1870 waren von den leitenden Ministern Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens die Verträge abgeschlossen worden, laut deren die vier Südstaaten sich mit dem Norddeutschen Bunde zu einem Bundesstaat vereinigten, welcher den Namen „Deutsches Reich“ führen und an dessen Spitze die Könige von Preußen als erbliche Kaiser stehen sollten; König Ludwig von Bayern hatte am 3. Dezember durch einen an den König Wilhelm und seine Mitfürsten gerichteten Brief die Annahme dieses alten stolzen Titels durch „Preußens Heldenkönig“ beantragt und am 18. Januar 1871 hatte der König im Spiegelsaal (galerie des glaces) zu Versailles in Gegenwart von gegen 40 deutschen Fürsten, von Abordnungen der in Frankreich stehenden deutschen Regimenter und von den Vorständen des norddeutschen Reichstags feierlich erklärt, daß er die ihm einmütig von den Fürsten und freien Städten dargebotene Kaiserwürde für sich und seine Nachkommen annehme. In der gleichzeitig „an das deutsche Volk“ gerichteten Ansprache verhieß Kaiser Wilhelm I., daß er „in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder schützen, den Frieden wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands verteidigen wolle“. „Uns aber und unseren Nachfolgern,“ so schloß die ergreifende Ansprache, „wolle Gott verleihen allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!“

Viertes Buch.

Kaiser Wilhelm.

1871—1888.

Erstes Kapitel.

Die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reichs.

Es kann nicht wunder nehmen, daß die europäischen Völker die Versicherung, mit welcher Kaiser Wilhelm sein Amt antrat, im ganzen mit etwas ungläubigen Ohren vernahmen. Es war noch nicht fünf Jahre her, daß die Welt Deutschland als einen „geographischen Begriff" ohne innere Einheit und Zusammenhalt angesehen hatte; in dieser kurzen Zeit hatte sich das deutsche Volk unter der Leitung des Königs von Preußen und seiner Ratgeber und Feldherren zu einem machtvollen Ganzen zusammengeschlossen und alle seine Feinde niedergeworfen. Es war nur begreiflich, daß man fürchtete, dieser gewaltige Aufschwung möchte den Deutschen die Sinne verwirren und sie, welche Schleswig und Holstein, Elsaß und Lothringen wieder herbeigebracht hatten, dazu treiben, auch andere Länder, die einst zum deutschen Reichsverband gehört hatten, wie die Niederlande und die Schweiz, zurückzuerobern. So verhielten sich die europäischen Völker lange Zeit mißtrauisch gegen Deutschland; die Franzosen vollends, welche für ihr leichtfertiges Kriegsunternehmen zwar schwer, aber doch nur nach Gebühr gezüchtigt worden waren, knirschten vor Wut und hatten keinen anderen Gedanken, als durch rasche Abzahlung der fünf Milliarden die deutschen Truppen, die einstweilen noch in Frankreich standen, aus ihrem Lande zu entfernen und durch Herstellung ihrer zerstörten Heeresrüstung sich auf den Tag der Rache vorzubereiten. 50 Jahre, weissagte einmal Moltke im deutschen Reichstag, würden hingehen, ehe Deutschland, das in Europa nicht beliebt sei, es mit seiner Sicherheit vereinbar finden werde, sein Heer zu verringern.

So standen die Dinge im Jahr 1871. Nach anderthalb Jahrzehnten aber hatte sich die Lage dermaßen umgestaltet, daß weithin in der Welt auf Deutschland sich alle Blicke richteten, wenn es galt, den bedrohten Frieden aufrecht zu

erhalten; daß man von uns die Rettung Europas vor einem allgemeinen Kriegsbrande regelmäßig erwartete; daß ein englisches Blatt zu Anfang 1885 dem damaligen Minister Gladstone zurief: Sine Germania nulla salus! Ohne Deutschland gibt es kein Heil!

Diese Veränderung in der Gesinnung des Weltteils ist die Frucht der starken und weisen Politik Kaiser Wilhelms und seines Reichskanzlers, des 1871 zum Fürsten erhobenen Ministers v. Bismarck. Napoleon III. hatte 1852 verkündigt: Das Kaiserreich ist der Friede! und hatte in 18 Jahren viermal Krieg geführt, gegen Rußland, Oesterreich, Mexiko und Deutschland. Aber die Verheißung Kaiser Wilhelms vom 18. Januar ist Wahrheit geworden; in 17 Jahren hat keine deutsche Frau mehr um den im Kriege gefallenen Gatten geweint, keine mehr aus diesem Grunde das Trauergewand angezogen. Nur so lange hat Kaiser Wilhelm das Schwert geschwungen, bis er ein einiges Volk um sich sah, bis die Hindernisse unserer nationalen Entwickelung beseitigt waren, bis die uns einst geraubten, zu unserer Sicherheit notwendigen Grenzmarken für uns wieder gewonnen waren. Seit dieser Zeit ruht das Schwert von Düppel und Alsen, von Sadowa und Sedan in der Scheide; auf ein kriegerisches Jahrzehnt sind anderthalb friedliche gefolgt.

Nicht immer freilich schien der Friede erhalten werden zu können.

Im Anfang drohte ihm Gefahr nur von Frankreich her. Im September 1873 war das Gebiet der Republik von den letzten deutschen Regimentern geräumt worden, nachdem die gewaltigen Hilfsquellen des Landes und sein dadurch bedingter Kredit es ermöglicht hatten, daß die kolossale Kriegsentschädigung bis dahin teils bar, teils in guten Wechseln an das Deutsche Reich entrichtet wurde. Diese rasche Erfüllung der finanziellen Verbindlichkeiten aber erzeugte bei den Franzosen das Gefühl, daß sie trotz allem und allem den armen und armseligen Deutschen überlegen seien und daß sie Deutschland selbst ohne Krieg ruinieren könnten, wenn sie nur fortführen, es durch große Militärausgaben zu zwingen, daß es selbst unverhältnismäßige Summen auf sein Heer verwende. Und wie man so in Paris voll arger Gedanken gegen Deutschland war, so war man anderseits überzeugt, daß auch in Berlin eine ähnliche Gesinnung herrsche und die Militärpartei fortwährend an dem Kaiser treibe, daß er aufs neue über Frank-

reich herfalle und dessen sich wieder bildende Streitmacht im Keim vernichte, ehe sie Deutschland schaden könne. Im Mai 1875 gab die Berliner Zeitung „Die Post" der allgemeinen Unsicherheit durch einen Artikel: „Ist Krieg in Sicht?" Ausdruck, und im April und Mai 1877 — wie später im September 1886 — reiste Kaiser Wilhelm als achtzigjähriger Greis selbst nach Straßburg und Metz, um dadurch darzuthun, daß Deutschland diese Lande um jeden Preis behaupten werde, und beantwortete die Anhäufung französischer Truppen an der Grenze mit ähnlichen Maßregeln in dem „Reichslande". Aber dank der besonnenen und festen Haltung der deutschen Staatskunst und dem Respekt vor unserem stets scharf und schneidig gehaltenen Schwerte blieb der Friede doch ungestört, und durch die gemeinsamen Interessen, welche beide Völker in der orientalischen Frage gegenüber von Rußland, in der kolonialen gegenüber von England hatten, vollzog sich 1878 und 1884 sogar eine bemerkenswerte Annäherung der früher so feindseligen Nationen, welche darin gipfelte, daß im November 1884 Frankreich und Deutschland gemeinschaftlich alle zivilisierten seefahrenden Völker zu der sogenannten „Kongokonferenz" einluden, welche bis Februar 1885 in Berlin tagte und durch eine „Generalakte" die Bedingungen festsetzte, unter welchen allein inskünftige rechtsgültige Gebietserwerbungen an dem großen Kongostrom in Westafrika und in Afrika überhaupt gemacht werden dürften; Kriegen aus kolonialer Eifersucht sollte dadurch möglichst vorgebeugt werden. Freilich wurde in Paris das Ministerium Ferry im März 1885 — teilweise gerade wegen seiner „preußischen" Haltung — gestürzt, und die Beziehungen der beiden Nationen nahmen wieder eine schlimmere Gestalt an, so daß im Jahr 1887 der Friede wiederholt bedroht erschien. Am Leipziger Reichsgericht folgten sich eine Reihe von Hochverratsprozessen gegen französische Spione; ein Polizeikommissär zu Pagny, Schnäbele, wurde im April 1887, als an diesen Verrätereien beteiligt, auf deutschem Boden verhaftet und nur auf direkten Befehl des Kaisers wieder freigelassen, weil es den Anschein gewinnen konnte, als ob bei seiner Verhaftung deutscherseits eine nicht statthafte List angewandt worden sei. Damals sollen im französischen Ministerrat 6 Stimmen gegen und 5 für den Krieg gewesen sein, falls Schnäbele nicht entlassen werde. Auch im September 1887 erregte wieder ein Zwischenfall die Gemüter: ein französischer Treiber Brignon wurde bei Raon sur Plaine

am Fuß des Donon von einem deutschen Soldaten Kaufmann, welcher Brignon und seine Genossen für Wilderer hielt, tödlich verwundet, weil die Angerufenen dem Ruf nicht standen. Der Kaiser bewilligte sofort der Witwe Brignons eine Entschädigung von 50000 Mark, und der Friede, obwohl fortwährend unsicher, blieb thatsächlich auch diesmal erhalten.

Wenn sich die Gefahr für den Frieden in den letzten zwei Jahren unleugbar gesteigert hat, so trägt daran der Umstand die Schuld, daß in dieser Zeit die alte Freundschaft zwischen Preußen und Rußland (S. 16. 30. 37. 40. 101) sich allmählich gelockert hat und schließlich, wenigstens russischerseits, in bittere Feindschaft umgeschlagen ist. Ohne die Aussicht auf die Hilfe Rußlands würden die Franzosen es wohl überhaupt nicht wagen, uns wieder anzugreifen; diese Aussicht ist seit Jahr und Tag im beständigen Wachsen. Noch 1870 war Rußland entschieden auf unserer Seite gestanden und hat damals teilweise Oesterreichs zuwartende Haltung veranlaßt. Nun brachen aber schon 1875 in den türkischen Grenzprovinzen Bosnien und der Herzegówina Aufstände der christlichen Bevölkerung gegen die Türken aus, an welchen sich zunächst die Fürstentümer Serbien und Montenegro, endlich aber Rußland selbst beteiligte. Im Juni 1877 überschritten die Heere des Zaren Alexander II., des Sohnes der preußischen Königstochter Charlotte (S. 37), die Donau, und nach einem wechselvollen Kriege drangen sie Anfang 1878 bis unter die Mauern von Konstantinopel vor, so daß der Sultan Abdul Hamid im März in den vorläufigen Frieden von San Stefano willigen und fast seine gesamten europäischen Besitzungen abtreten mußte; aus der Hauptmasse derselben sollte ein etwa drei Millionen Einwohner zählendes Fürstentum Bulgarien gebildet werden, das von der Donau bis ans Aegäische Meer reichen und nur noch dem Namen nach vom Sultan, in Wahrheit vom Zaren abhängig sein sollte; sein Umfang betrug beinahe 100000 Quadratkilometer, kam also annähernd etwa dem von Bayern, Württemberg und Baden gleich.

Gegen diesen Frieden erhob nun aber England, wo damals die konservative Partei, die „Tories“, am Ruder waren, entschiedenen Einspruch; der Minister Disraeli oder Lord Beaconsfield (sprich: Bihknsfihld) erklärte, daß die Regierung Ihrer Majestät der Königin Viktoria (S. 77) es nicht dulden könne, daß der Sultan fast ganz aus Europa verdrängt und die russischen Vorposten bis hart vor Adrianopel und damit

Konstantinopel vorgeschoben würden; die englische Flotte segelte durch die Meerenge der Dardanellen, die Europa von Asien scheidet, und legte sich vor Konstantinopel, um nötigenfalls diese Stadt zu beschützen; auf der Insel Malta im Mittelmeer wurden 30 000 Mann europäischer und indischer Soldaten angehäuft, welche nur des Winkes harrten, sich einzuschiffen und dem Sultan beizuspringen. Monatelang schien ein englisch-russischer Krieg, ein „Kampf des Walfischs mit dem Bären", fast unvermeidlich, und wer wollte sagen, was für einen Umfang dieser Krieg annehmen, wen er in seine Kreise ziehen würde? Es war offenbar eine alle Welt aufs nächste angehende Aufgabe, diesen Krieg womöglich zu verhüten. Deshalb war auch der Kaiser eifrig bemüht, eine Vermittelung zwischen den beiden nebenbuhlerischen Mächten eintreten zu lassen, und am 13. Juni 1878 trat in Berlin ein von den auswärtigen Ministern der sechs Großmächte Deutschland, Oesterreich, Rußland, England, Frankreich und Italien und von dem Vertreter des osmanischen Reiches beschickter Kongreß zusammen, wobei Bismarck nach seinem eigenen geflügelten Worte als „ehrlicher Makler" den Frieden zustande zu bringen suchte. Naturgemäß war dies nur zu erreichen, wenn sowohl der Russe Gortschakow als auch Beaconsfield Wasser in ihren Wein gossen und von ihren Ansprüchen einiges aufgaben. Wirklich ließen sich beide bereit finden, Opfer zu bringen. Rußland fühlte sich zu einem neuen Kriege mit England, das sowohl in der Ostsee als im Schwarzen Meer mit weit überlegenen Flotten auftreten konnte, nicht stark genug, und England seinerseits war ebenfalls bereit, zur Vermeidung des auf alle Fälle langwierigen und kostspieligen Krieges das Mögliche zu thun. So willigte Rußland in die Zweiteilung Bulgariens, dessen nördlicher Teil mit Sofia, etwa 63 000 Quadratkilometer mit zwei Millionen Einwohnern zählend, ein tributpflichtiges Fürstentum mit einer erblichen Dynastie werden sollte, während der südliche Teil unter dem Namen Ostrumelien als eine „autonome", d. h. sich selbst regierende Provinz des türkischen Reichs eingerichtet werden sollte; an ihrer Spitze sollte ein alle fünf Jahre vom Sultan unter Zustimmung der Großmächte neu zu ernennender „Generalgouverneur" oder Statthalter stehen; die Provinz sollte nicht bis ans Aegäische Meer sich erstrecken, und war in diesem verringerten Umfang 35 000 Quadratkilometer groß und zählte nicht ganz eine Million Einwohner. So war der Sultan instandgesetzt, sich in Europa zu behaupten, wenn er

nur ernstlich gewillt war, den ihm verbliebenen Teil der Balkanhalbinsel in eine bessere Verfassung zu bringen und ihn so verteidigungsfähig zu machen. Auf Grund eines mit Rußland im Januar 1877 abgeschlossenen Geheimvertrages wurde sodann Oesterreich vom Kongreß ermächtigt, die türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegówina zu besetzen und dort die Ordnung herzustellen; es erhielt damit den beherrschenden Einfluß im Westen der Halbinsel und stand auf der für seinen und den deutschen Handel so wichtigen Straße nach Saloniki, dem alten Thessalonich, was freilich weder den Russen noch den Engländern genehm war, die beide allein die Erbschaft des „kranken Mannes“ in Konstantinopel anzutreten wünschten. Für seine mannigfachen Verzichte wurde aber Rußland dadurch entschädigt, daß es Bessarabien, das ist das Land an den Donaumündungen nördlich vom Flusse, und in Asien ein Stück von Türkisch-Armenien mit dem Hafen Batum und der starken Feste Kars erhielt. Alle diese Abmachungen wurden von dem Kongreß gutgeheißen und derselbe am 13. Juli feierlich geschlossen, wobei der österreichische Minister Graf Andrassy dem Fürsten Bismarck namens aller Beteiligten für seine treffliche Leitung den wärmsten Dank aussprach.

An diesem Dank nahm freilich der russische Minister Gortschakow nur äußerlich gezwungen teil; innerlich verließ er Berlin voll Groll gegen Deutschland, dessen vermittelnder Haltung er die Schuld daran beimaß, daß Rußland in dem „Berliner Frieden“ so weit hinter den Frieden von San Stefano hatte zurückweichen müssen. Seit Jahrzehnten hatten die Kabinette von St. Petersburg und Berlin zusammengehalten, und beide hatten ihren Vorteil davon gehabt; Rußland war 1863 infolge der preußischen Unterstützung des polnischen Aufstandes Meister geworden (S. 101) und hatte im Herbst 1870 die Bestimmungen des Pariser Friedens (S. 75) zerrissen, welche ihm verboten, im und am Schwarzen Meer Streitkräfte zu unterhalten; Preußen aber hatte 1866 und 1870 durch die freundschaftliche Haltung Alexanders II. wesentlich leichtere Arbeit gehabt. In Petersburg aber dachte man nicht daran, daß die Rechnung sich ausglich; man erwog nicht, daß vor allem die Maßlosigkeit, die man im Frieden von San Stefano bewiesen, zu der halben Niederlage in Berlin geführt hatte; man stellte sich, als ob Preußen einseitig aus dem Bündnis mit Rußland Vorteile gezogen und nun mit

schnödem Undank dafür gelohnt habe. Es begann ein solches Liebäugeln mit Frankreich, das aber klugerweise sich sehr spröde verhielt, ein solches Drohen und Zürnen in der russischen Presse, daß man in Deutschland ernstlich an die Möglichkeit eines russischen Angriffs dachte und eine Verhütung desselben höchstens noch von der Innigkeit der persönlichen Freundschaft erwartete, welche die Kaiser Wilhelm I. und Alexander II., den Oheim und den Neffen miteinander verband, und in einem Besuch, den Kaiser Wilhelm seinem Neffen anfangs September in Alexandrowo machte, aufs neue zum Ausdruck kam. In dieser Lage brachte Bismarck den Kaiser Wilhelm nicht ohne große Schwierigkeit zu einem bedeutsamen Schritte: im September 1879 begab sich der Reichskanzler nach Wien, wohin Kaiser Franz Joseph, seine Jagden in Steiermark sofort unterbrechend, selbst gekommen war, und schloß mit Oesterreich ein Schutzbündnis ab, laut dessen sich beide Staaten gegen einen russischen Angriff Beistand gelobten. Nur bitter ungern, nur weil Bismarck anderenfalls sein Amt nicht fortführen zu können erklärte, willigte Kaiser Wilhelm in ein Bündnis, das zwar rein auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war, das aber doch seine Spitze gegen den Staat seines ihm so werten Neffen richtete. In Deutschland aber und in Oesterreich erweckte die Nachricht von diesem Bündnis einen gewaltigen Jubel; vergessen war der Krieg von 1866, vergessen Sadowa, und gerade die damalige gründliche Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Preußen hatte, das empfand man überall, erst diesen engen, ehrlichen und rückhaltlosen Bund ermöglicht, welcher namentlich im katholischen Süddeutschland außerordentlich wohlthuend berührte und die seit 1866 noch da und dort geflissentlich offen gehaltenen Wunden rasch vollends verharschen ließ. Der „Zweikaiserbund" aber erwies sich als festes Bollwerk des europäischen Friedens; vor seinen zwei Millionen Soldaten trugen alle Kriegslustigen an Newa und Seine begründete Scheu, und als der edle, menschenfreundliche Zar Alexander II. im März 1881 von den russischen Umsturzmännern so jämmerlich gemordet ward und sein Sohn Alexander III. den Thron bestieg, da ließ sich auch dieser zunächst noch von der Ueberzeugung leiten, daß nur im Anschluß an seinen Großohm Kaiser Wilhelm sein Heil liege, nicht in einem Krieg mit den deutschen Mächten, und die Zusammenkunft der drei Kaiser in dem russischen Grenzstädtchen Skiernewicze that im September 1884 aller

Welt dar, daß die drei „Ostmächte" sich im Einvernehmen befanden, und der deutschen Staatskunst es gelungen war, dem Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich, welche in ihrem Streben nach Konstantinopel und Saloniki so leicht aneinander geraten können, noch einmal seine Schärfe zu nehmen; ja es scheint, daß daselbst das sogenannte „Dreikaiserverhältnis" für dritthalb Jahre aufgerichtet und eine friedliche Begleichung der Gegensätze vereinbart wurde. Allein eine neue Lage schufen die bulgarischen Wirren, welche mit der gewaltsamen Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens am 18. September 1885 begannen, ein Jahr nachher zur Gefangennahme und zum Rücktritt des ritterlichen Fürsten Alexander I. führten und auch durch die Wahl des Prinzen Ferdinand von Koburg-Kohary zum Fürsten Bulgariens (Juli 1887) nicht abgeschlossen wurden. Rußland hatte den Sturz Alexanders I. im August 1886 durch bezahlte Verräter herbeigeführt und verweigerte später dem Prinzen Ferdinand seine Anerkennung, weil in beiden Persönlichkeiten sich die Unabhängigkeit des Bulgarenvolkes verkörperte, von dem Rußland völlige Unterwürfigkeit als eine selbstverständliche Dankesschuld erwartete. Weder England noch Oesterreich konnten aber zugeben, daß Rußland die bulgarische Nation mit dem Schwerte gefügig mache, und weil Deutschland im äußersten Fall Oesterreichs Rücken deckte, so richtete sich der ganze Groll des russischen Volkes gegen die Deutschen, obwohl die deutsche Regierung sich in der bulgarischen Sache als gar nicht unmittelbar beteiligt ansah und also Rußlands Wünsche hiebei nicht kreuzte. Der einflußreichste russische Zeitungsschreiber, Katkoff, vertrat bis zu seinem im Juli 1887 erfolgten Tode trotz all seines Abscheus gegen das „gottesleugnerische, umstürzlerische Frankreich" doch den Gedanken eines russisch-französischen Bündnisses, wenn auch nur zu dem einzigen Zwecke der Niederwerfung des Deutschen Reiches, und Zar Alexander III. wurde mehr und mehr in diese Strömung hineingezogen, so daß selbst zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg eine fühlbare Erkältung eintrat.

In dieser Sachlage gelang es Bismarck, auch Italien in das Friedensbündnis hereinzuziehen, das bereits mit Oesterreich bestand; der Besuch, den der italienische Ministerpräsident Francesco Crispi am 3. Oktober 1887 bei Bismarck in Friedrichsruhe abstattete, besiegelte die Aufrichtung des „Dreibundes" (Tripelallianz), durch welchen Italien seinerseits eine

Rückendeckung gegen das nach Alleinherrschaft im westlichen Mittelmeer strebende Frankreich erhielt. Alle drei Mächte verpflichteten sich, nach Kräften den Frieden zu wahren, welcher ihren gegenwärtigen Besitzstand verbürgt, und eine Störung des Friedens nötigenfalls gemeinsam abzuwehren. Durch dieses Zusammenhalten der drei mitteleuropäischen Großmächte ward ein Bollwerk aufgeworfen, zu dessen Niederlegung auch die gemeinsame Macht Rußlands und Frankreichs nicht ausreichte, und ein etwa trotzdem unternommener Angriff seitens dieser beiden Staaten müßte fast notwendig zu dem eigenen Verderben ausschlagen.

Noch in einem dritten Fall schien die Ruhe und der Friede Deutschlands bedroht zu sein; aber auch dieser Fall nahm einen friedlichen Ausgang. Infolge der wachsenden Bevölkerung des Deutschen Reichs, welch etrotz starker Auswanderung jährlich um über eine halbe Million sich vermehrt, ergab sich immer mehr die Notwendigkeit, neue Absatzgebiete für den deutschen Gewerbsfleiß zu erschließen und so für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen; wenn das, was der deutsche Handwerker mit fleißiger und kunstfertiger Hand erschafft, in solchen Gebieten Absatz findet, welche kein ähnlich entwickeltes Gewerbe besitzen, so vermag er selbst zu leben, den sonst die inländische Konkurrenz erdrückt, und den Abnehmenden erwächst auch ihrerseits Segen. Nur dann aber werden solche Absatzgebiete sicher sein, wenn sie im weiteren Sinn zum Deutschen Reiche gehören und also eine Unterbindung des deutschen Handels mit ihnen durch Einführung von Eingangszöllen nicht möglich ist. Schon seit Jahren suchte deshalb der „Deutsche Kolonialverein“ unter der Leitung des Fürsten Hermann v. Hohenlohe-Langenburg für die Erwerbung von deutschen Kolonien, d. h. Niederlassungen in überseeischen Ländern, direkt und indirekt zu wirken, und unternehmende deutsche Kaufleute setzten sich durch Verträge mit eingeborenen Fürsten in Besitz großer Landstrecken in Afrika; sie hofften dadurch Absatz für deutsche Erzeugnisse gewinnen und hinwiederum die Erzeugnisse der heißen Länder in diesen selbst direkt ankaufen zu können, ohne der kostspieligen und umständlichen Vermittlung Englands und Hollands ferner zu bedürfen. Als es so weit war, als man ermessen konnte, daß sowohl der deutsche Handel als der deutsche Gewerbsfleiß im Lauf der Zeit sich großen Nutzen von diesen Kolonien versprechen durften, da griff die kaiserliche Regierung nach ihrer Weise

mit schneidiger Thatkraft ein, und vom Juli 1884 bis Oktober 1885 wurden zuerst Angra-Pequena, das Eigentum des Bremer Kaufherrn Lüderitz, dann große Striche an der Küste von Guinea, namentlich am Abhang des 14000 Fuß hohen „Götterberges“ Kamerun, wo die Hamburger Wörmann, Jantzen und Thormählen sich angekauft hatten; weiter das Gebiet von Sansibar an bis zu den großen Seen in Ostafrika, endlich das „Kaiser Wilhelmsland“ auf Neu-Guinea und die Marschallsinseln unter den Schutz des Reiches gestellt, deutsche Beamte für Kamerun ernannt und durch deutsche Kriegsschiffe die von aufständischen Negern im Dezember 1884 gestörte Ordnung daselbst aufrecht erhalten; auch wurden seit Sommer 1885 deutsche Postdampferfahrten nach Ostasien und dem australischen Inselmeer eingerichtet. Binnen eines halben Jahres war das Deutsche Reich aus einem rein festländischen Staat eine die Welt umspannende Kolonialmacht geworden; die Besitzungen der „Deutschen ostafrikanischen Gesellschaft“ und der „Gesellschaft für Neu-Guinea“ umfaßten gleich anfangs je 250000 Quadratkilometer und übertreffen heute den Umfang des Deutschen Reichs um ein Vielfaches. Wenn die Kaufleute, welche diese Gebiete erworben haben, sie unter dem mächtigen Schutz des Reiches mit deutscher Thatkraft und Zähigkeit ausbeuten, so darf mit Grund erwartet werden, daß diese Kolonien für uns ebenso eine unversiegliche Quelle des Reichtums werden, wie dies die englischen und holländischen Kolonien für die betreffenden Mutterländer sind; nur dann würde diese Hoffnung trügen, wenn unsere Kaufleute der kindlichen Meinung lebten, daß allein in den Kolonien der Satz nicht gelte, daß ohne sauren Schweiß hienieden nichts Großes errungen wird. Im Zusammenhang mit dieser kolonialen Entwickelung, deren verheißungsvolle Anfänge zu schauen dem greisen Kaiser Gott noch vergönnt hat, wurde am 24. August auch die im Großen Ocean gelegene, 600 Eilande zählende Inselgruppe der Karolinen von unserem Kanonenboot „Iltis“ in Besitz genommen und auf der größten Insel, auf Yap, die deutsche Flagge entfaltet. Dagegen erhoben aber die Spanier, welche vor mehreren Jahrhunderten die Inseln entdeckt hatten, ohne sie aber thatsächlich jemals in Besitz genommen zu haben, den leidenschaftlichsten Einspruch, und nur der festen und besonnenen Haltung des leider dann am 25. November 1885 viel zu früh abgerufenen Königs Alfons XII., welcher im September 1883 den Kaiser Wilhelm besucht und dann, von dem Pariser Pöbel deshalb

beschimpft, den Gegenbesuch des Kronprinzen erhalten hatte, und noch mehr der außerordentlichen Mäßigung Deutschlands war es zu danken, daß die Angelegenheit nicht durch die Waffen, sondern durch die Vermittlung des Papstes Leo XIII. erledigt wurde und zwar so, daß Spanien die Inseln behalten, Deutschland aber daselbst Handelsfreiheit genießen sollte und eine Schiffs- und Kohlenstation einrichten durfte, auf welches Recht aber Kaiser Wilhelm bald nachher Verzicht leistete. Durch die Besetzung der nahen Marschallsinseln wurde für uns die Station auf den Karolinen überflüssig, und der Königin Christine von Spanien, welche für ihren im Mai 1886 geborenen Sohn die Regentschaft führt, erwuchs aus dem von Deutschland gegebenen Freundschaftsbeweis eine wichtige moralische Kräftigung ihrer schweren Stellung. In allen kolonialen Fragen ist die Regierung Kaiser Wilhelms mit ebensoviel Vorsicht als kühner nationaler Gesinnung, mit ebensoviel Rücksicht auf die deutschen Interessen als gewissenhafter Schonung fremden Rechts vorgegangen; durch eine Reihe von Verträgen mit England, Frankreich und Portugal wurde in Afrika, Neu-Guinea und Polynesien durchweg eine genaue Regulierung der deutschen und fremden Interessenkreise vorgenommen, welche Hader ausschließen und die gemeinsame Kulturarbeit der europäischen Völker in den Barbarenländern sicherstellen sollten; auch hierin trägt das Verfahren durchaus den gleichen Stempel, welcher die ganze Politik des Kaisers kennzeichnet. Ja, Deutschland hat durch die Berufung der Kongo-Konferenz und durch die Behandlung der Karolinenfrage ein leuchtendes Beispiel davon gegeben, wie wenig die Zeit seines vorwiegenden Einflusses im Rate der Völker eine eiserne Zeit ist, wie es vielmehr sein ganzes Gewicht dafür einzusetzen gewillt ist, daß alle großen und alle kleinen Streitfragen unter den gesitteten Völkern nicht durch Blut geschlichtet werden, sondern durch friedliche Verständigung „in Minne und Recht“.

Zweites Kapitel.

Die innere Entwickelung des Reichs.

Als Kaiser Wilhelm am 18. Januar 1871 seine Ansprache an das deutsche Volk richtete, das in seiner Person sozusagen die Verkörperung seiner jungen, auf 100 Schlachtfeldern er-

kämpften Einheit erblickte, da „war es Frühling geworden in Deutschland", in noch schönerem Sinne, als dies 1868 im Zollparlament der wackere bayerische Abgeordnete Joseph Völk gemeint hatte. Der Geist der Zwietracht schien gebannt und machtlos; mit einmütigem Sinn gingen die Regierungen und das Parlament daran, das Reich auszubauen, und so schwierig auch oft diese Aufgabe sich im einzelnen gestaltete, so gelang es doch lange Zeit, jedesmal die entgegenstehenden Standpunkte zu vermitteln und etwas Positives zustande zu bringen. Die Reichstage von 1871—1874 und von 1874—1877 hatten eine aus den gemäßigten Liberalen und den gemäßigten Konservativen bestehende geschlossene Mehrheit, und so wurde, um nur das Wichtigste hervorzuheben, die Einheit des Verkehrslebens durch Einführung von gleicher Münze, gleichem Maß und Gewicht vollendet, 1876 durch die Justizgesetze ebenso das Rechtswesen einheitlich gestaltet und 1874, 1880 und 1887 der Bestand des Reichsheers im Frieden auf je sieben Jahre („Septennat") in der Weise sichergestellt, daß bis 1881 jährlich 401000, bis 1880, der gewachsenen Volkszahl entsprechend, 427000, bis 1894 endlich 468000 Mann unter den Fahnen gehalten werden sollten. Die Treue, mit welcher Kaiser Wilhelm und sein erster Ratgeber, Fürst Bismarck, die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Bundesglieder achteten, trug ihre reiche Frucht; mehr und mehr schwand das Mißtrauen, mit welchem an manchen Stellen doch der Eintritt ins Reich vollzogen worden war, und 1882 konnte Bismarck geradezu sagen, daß die Dynastien „national geworden" seien und eine zuverlässigere Stütze der deutschen Einheit bildeten als der Reichstag. Um so sorglicher war der Kaiser darauf bedacht, daß alle diejenigen Rechte der Einzelstaaten, welche nicht laut der Verfassung ans Reich abgetreten waren, so streng als möglich geachtet würden; deshalb ließ er, als die am 5. März 1884 neu begründete „deutsch-freisinnige Partei" in ihrem Programm verantwortliche Reichsministerien forderte, namens Preußens gegen die Forderung einer solchen Einrichtung Protest einlegen, weil dadurch die Bedeutung des Bundesrats, d. h. der verfassungsmäßige Einfluß der Einzelstaaten, geschädigt werden würde; und als am 1. Dezember 1885 die Mehrheit des Reichstags in einer Interpellation die Anforderung an die Reichsregierung richtete, Maßregeln gegen die Ausweisung eingewanderter Polen aus den östlichen Provinzen Preußens zu treffen, da erklärte der Kaiser in einer feierlichen

Botschaft an den Reichstag, daß eine solche Reichsregierung, welche besagte Ausweisungen hindern könnte, gar nicht existiere, und daß es gegen die Verfassung des Reichs sei, anzunehmen, daß das Reich schlechthin die Ausübung der Landeshoheit in den einzelnen Staaten beaufsichtigen dürfe; dies sei nur soweit der Fall, als die Reichsverfassung dies ausdrücklich festsetze.

Im Reichstag hatte sich freilich seit 1877 eine immer merklichere Veränderung vollzogen. Die konservativ-liberale Mehrheit, welche die beiden ersten Reichstage aufwiesen, wurde bei den Wahlen vom Januar 1877 und (nach der Auflösung des Reichstags) vom Juli 1878 geschwächt und 1881 gänzlich vernichtet. Die Wahlen vom 28. Oktober 1884 brachten zwar die Stärke der drei regierungsfreundlichen Fraktionen, der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, von 120 wieder auf 160 Mann, zeigten also immerhin eine Wendung zum Besseren an; aber die sechs Oppositionsparteien der Ultramontanen, Deutschfreisinnigen (bis 1884 „Fortschrittler"), Sozialdemokraten, Demokraten, Polen und elsaß-lothringischen Protestler verfügten doch noch über 240 Abgeordnete, also eine erdrückende Mehrheit, und ersetzten den Verlust an Zahl durch vermehrte Feindseligkeit gegen die Regierung, welche nur noch durch die Wucht der von ihr vertretenen Grundsätze überhaupt etwas im Parlament durchzusetzen vermochte.

Wie erklärt sich diese Wandlung?

Der Reichskanzler hat darauf im März 1885 eine Antwort gegeben, welche in den weitesten Kreisen einen mächtigen Widerhall wachrief. „Vor Gott und der Geschichte" klagte er den Geist der Parteisucht und der Sonderbündelei, welcher schon so viel Unheil in Deutschland gestiftet hat, an, daß das herrliche, 1866 und 1870 geschaffene Werk wieder gefährdet und seine Grundlagen unterwühlt würden. Dieser Parteigeist, den Bismarck mit einer Anspielung auf die altdeutsche Göttersage mit dem bösen Gott Loki verglich, habe es verstanden, den dummen Hödur, d. h. den urteilslosen Wähler, sich zu nutze zu machen, daß er den herrlichen Frühlingsgott Baldur, d. h. das junge aufblühende Deutsche Reich, zu Grunde richte. Gewiß ist in diesen Worten der wunde Punkt getroffen; so berechtigt auch viele Klagen über verfehlte Gesetze, über Uebelstände im sittlichen und politischen Leben sein mochten — ihnen würde bei allseitiger heißer, überwallender Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterland nicht allzuschwer abzuhelfen gewesen sein; aber nur zu sehr gewöhnte man sich, namentlich

seitens der Fraktionen des Reichstags, wieder daran, die eigenen Ansichten und Forderungen rücksichtslos zu betonen und das gemeinsame Wohl in zweite Linie zu stellen. An dieser Schuld nehmen alle Parteien teil; „da ist keiner," kann man sagen, „der rein wäre, auch nicht einer". Auch die Regierung hat ihre Fehler gemacht und mag manchmal ohne die notwendige und kluge Rücksicht auf bestehende spezielle Interessen, Meinungen und Wünsche vorgegangen sein; aber im großen und ganzen wird ihr die spätere Geschichtschreibung, dessen sind wir gewiß, das Zeugnis ausstellen, daß sie die beste Regierung gewesen ist, welche Deutschland bis jetzt je gehabt hat, daß sie stets die gesamten Interessen der Nation ins Auge faßte und dieselben ohne Menschenfurcht, aus dem Geiste pflichtmäßiger Auffassung ihres Berufes heraus, wahrzunehmen bestrebt war. In dieser Handlungsweise prägt sich wieder derselbe Geist furchtloser sittlicher Energie aus, welcher die Persönlichkeit des Kaisers überhaupt bezeichnet.

Die Hauptgründe der wachsenden Unzufriedenheit, welche sich in den oppositionellen Wahlen Luft machte, sind in dem sogenannten Kulturkampf und in den sozialen Mißverhältnissen zu suchen.

Der Kampf zwischen der katholischen Kirche und dem nationalen Staat ist in Deutschland uralt; er erfüllt die Geschichte unserer großen Kaisergeschlechter des 12. und 13. Jahrhunderts, und er hat zum Zerfall unserer nationalen Einheit und Macht viel beigetragen, obschon vor allem deshalb, weil die Päpste den Geist der Sonderbündelei zu Hilfe zu rufen und ihm Befriedigung zu gewähren verstanden. Die Thatsache, daß 1871 die wiederhergestellte Kaiserwürde an ein protestantisches Herrscherhaus kam, rief in katholischen Kreisen ein Mißbehagen wach, so sehr man auch auf dieser Seite anerkennen mußte und auch anerkannte, daß gerade die Hohenzollern ihren katholischen Unterthanen von jeher mit der pflichtmäßigen Unparteilichkeit begegnet waren, welche das königliche Amt erfordert. Aber die Einigung der zu zwei Dritteln protestantischen deutschen Nation war an sich ein Ereignis, welches das Schwergewicht in Europa zu Ungunsten des katholischen Einflusses zu verschieben drohte; es war wohl begreiflich, daß man päpstlicherseits nicht wünschte, daß dieses Reich, „die Hochburg der Ketzerei", sich allzusehr befestige. Unter einer Bedingung freilich wäre man bereit gewesen, ihm allen möglichen Vorspann zu leisten: wenn Kaiser Wilhelm

hätte die Hand bieten wollen, die Italiener wieder aus Rom zu verdrängen. Als man aber sah, daß der Kaiser — trotzdem Viktor Emanuel im Jahr 1870 zu Frankreich geneigt hatte — doch durchaus abgeneigt war, in die inneren Verhältnisse Italiens diplomatisch oder gar militärisch einzugreifen — da ging man zur scharfen Opposition über. Als Bismarck aus dem französischen Kriege heimkehrte, fand er die „Mobilmachung einer Partei" vor, indem die große Mehrzahl der katholischen Abgeordneten sich zu einer eigenen Partei, der des „Zentrums", zusammengeschlossen hatte, welches unter der Führung des früheren hannöverschen Ministers Windthorst stand und nicht bloß die besonderen katholischen Interessen, sondern auch die des deutschen Partikularismus unter seinen Schutz nahm, und zwar die des berechtigten ebensogut wie des unberechtigten. Es war sehr bezeichnend, daß die bayerischen „Ultramontanen", die 1870 kein Geld für den Krieg gegen Frankreich hatten bewilligen wollen, im Zentrum bereitwillige Aufnahme fanden, und daß die katholische Geistlichkeit in Posen und Westpreußen eifrig daran mitarbeitete, das dortige polnische, weil zugleich katholische, Element zu verstärken und die Schuljugend zu „polonisieren". Gerade dieser Umstand gab zu Anfang 1872 Anlaß zum Beginn des Kampfes zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche. Der Minister v. Mühler wurde durch Falk ersetzt, die Schulaufsicht überall in der Monarchie der Geistlichkeit abgenommen und weltlichen Beamten übertragen, und dann in den „Maigesetzen" 1873 und 1875 die Grenzlinien der kirchlichen Machtvollkommenheit gegenüber der Staatsgewalt mit aller Schärfe gezogen, die Vorbildung der Geistlichen neu geregelt, die Bedingungen ihrer Anstellung und Absetzung festgestellt u. dgl. Auch das Deutsche Reich wurde einigermaßen in den Kampf hereingezogen, und Bundesrat und Reichstag beschlossen 1872 die Verbannung der Jesuiten aus dem Reich und 1875 die Einführung der Zivilehe, wozu freilich sowohl der Kaiser als der Reichskanzler vermöge ihrer streng christlichen Gesinnung nur sehr schwer ihre Einwilligung erteilt hatten. Der kirchlich-politische Kampf war im Grundsatz durchaus berechtigt gewesen; in vielen Stücken hatte sich die ultramontane Partei, welche sich anmaßte, namens aller Katholiken zu sprechen, auf Kosten des Staatswohls Einfluß und Macht verschafft, welche ihr, deren Wesen in einer eigentümlichen Verquickung religiöser und politischer Zwecke besteht,

notwendig wieder entrissen werden mußten. Aber es ist nicht zu leugnen, daß nicht bloß die Regierung den Bogen überspannte und öfters mit Härte in das innere kirchliche Leben eingriff, sondern daß auch fast alles, was in Deutschland kirchenfeindlich und gottesleugnerisch dachte, an dem Kampfe sich beteiligte, den Professor Virchow, ein Hauptführer der Fortschrittspartei, als „Kulturkampf", d. h. als Kampf der Aufklärung gegen die Finsternis, bezeichnete; es entstand in der Presse eine solche Hetze gegen das Papsttum, Kirchentum und selbst gegen christliche Rechtgläubigkeit, daß allmählich jedes religiöse und jedes feiner fühlende Gemüt abgestoßen werden mußte. Die Festigkeit, womit das katholische Volk diesen Angriffen trotzte und die Zahl der zum Zentrum gehörigen Abgeordneten allmählich von 60 auf 100 erhöhte, hatte unter diesen Umständen etwas Imponierendes, wenn es auch schwer zu beklagen ist, daß durch diese religiöse Agitation zugleich die Sache des Partikularismus gekräftigt wurde und die fanatisierten katholischen Wählermassen oft zu Zwecken aufgeboten wurden, die mit der Religion nicht das geringste zu thun hatten. Im Jahre 1878 hatte der Kampf seinen Höhepunkt überschritten; als der streitbare Papst Pius IX. starb, welcher 1873 in seinem Briefwechsel mit dem Kaiser die oberste kirchliche Gewalt „über alle Getauften" beansprucht hatte, und als ihm der hochgebildete, würde- und maßvolle Leo XIII. nachfolgte, kam es zu Verhandlungen zwischen Preußen und der Kurie, in deren Verlauf die „Maigesetze" bis auf wenige Trümmer beseitigt wurden. Vor allem wurden die verwaisten Bischofsstühle von Trier, Limburg, Münster, Paderborn und Köln wieder besetzt und eine regelmäßige Seelsorge in den katholischen Gemeinden wieder ermöglicht, was dem Kaiser bei seinem persönlichen und religiösen Standpunkt besonders am Herzen gelegen war. Dann wurde die Erziehung der künftigen Priester wieder den Bischöfen überlassen und die Strafgewalt der geistlichen Oberen wieder nahezu von der Aufsicht durch den Staat befreit. Bestehen blieb im wesentlichen nur die Pflicht der Kirche, die ordentlichen Pfarrstellen nicht ohne vorhergehende Anzeige der in Aussicht genommenen Personen bei der Staatsgewalt zu besetzen; diesen Gesamtzustand erklärte aber dann Papst Leo XIII. im Jahr 1887 ausdrücklich als einen solchen, welcher den Zugang zum Frieden eröffne. Verschwiegen darf nicht werden, daß auch auf protestantischer Seite sehr frühe schon gegen den Kulturkampf,

der eine Schädigung der Religion und Sittlichkeit im Gefolge habe, angekämpft wurde, und die im Reichstag gegen 80 Mann zählende „deutschkonservative“ Fraktion Schulter an Schulter mit dem Zentrum die Abänderung der ganzen Maigesetzgebung betrieb. Die katholische Kirche hat nunmehr die Aufgabe, zu zeigen, daß sie den mit so viel Mühe geschaffenen Friedenszustand ehrlich und voll als solchen anerkennt und die redlichen Absichten, von welchen sich der Kaiser und seine Räte haben leiten lassen, mit ebenso loyaler Haltung erwidert. Der Einfluß der ultramontanen Gegner, welche die katholische Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen lassen und schon auf neue Kampfesziele sinnen, muß von der Kirche selbst gebrochen werden, in ihrem Interesse und in dem der deutschen Nation, wenn nicht nach kurzem falschem Frieden der Streit bitterer als vorher wieder entbrennen soll. An dem guten Willen, Frieden zu halten, ist seitens mehrerer der neuen Bischöfe nicht zu zweifeln; sie werden aber auch den Beweis zu erbringen haben, daß sie nicht bloß den guten Willen besitzen, sondern auch die erforderliche Kraft, um die Demagogen zu meistern, die im Sommer 1885 dem in Sachen des Universitätsstudiums der Theologen nachgiebigen Bischof Drobe von Paderborn zuzurufen sich erdreisteten: „Herunter mit einem solchen Bischof!“

Noch tiefer als selbst der Kulturkampf hat die *soziale* Frage in unsere Entwickelung eingegriffen.

Seit es Menschen gibt, sind sie nicht, wie Träumer glauben, einander von Natur gleich gewesen, sondern vielmehr sind sie von jeher an körperlichen und geistigen Gaben voneinander sehr verschieden gewesen. Eine Folge davon war, daß sie teils herrschten, teils beherrscht wurden, daß sie teils arm blieben, teils zu Reichtum gelangten. In den neueren Zeiten ist aber dieses Mißverhältnis aus verschiedenen Gründen vielfach schreiender geworden als je; das bewegliche Kapital vereinigte sich oft in den Händen weniger, welche dadurch mächtig wurden und die Schwächeren ausbeuten konnten; sie nahmen sie in ihren Dienst und bezahlten ihnen nur so viel Lohn, als durchaus unumgänglich war, um überhaupt noch Arbeiter zu erhalten. Gleichzeitig steigerte sich aber auch das Selbstgefühl der Arbeitermassen, die der Kraft inne wurden, welche ihre Zahl ihnen verlieh, und die durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch die Möglichkeit erlangten, die Leitung des Staats zu beeinflussen. So entstand die Sozial-

demokratie zu Anfang der 60er Jahre, deren erster Führer Lassalle (S. 96) war. Sie strebte danach, den Arbeitern durch Staatshilfe eine Besserung ihrer Lage zu verschaffen; von Staats wegen sollten alle „Produktionsmittel“, namentlich also Fabriken und Maschinen, den Arbeitern übergeben und der Gewinn aus der gemeinsamen Arbeit gleichmäßig unter die Arbeiter verteilt werden; auch zu allen Genüssen der Bildung, zu den höheren Schulen u. s. w. sollte diesen der unentgeltliche Zutritt eröffnet und so die Unterschiede der Stände allmählich eingeebnet werden. Natürlich ist eine so tiefgreifende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse ohne gewaltsamen Umsturz nicht durchführbar, und so gewannen in der sozialistischen Partei immer mehr diejenigen die Oberhand, welche die Revolution predigten, gegen Thron und Altar donnerten und erst dann eine erfreuliche Weltordnung für möglich hielten, „wenn am Darm des letzten Pfaffen der letzte König hängt“. Lange Zeit ließ man in Deutschland diese Wühler, von denen einzelne durchgängige Güter-, ja Weibergemeinschaft forderten, ruhig gewähren, weil man glaubte, diese unsinnigen Ansichten würden sich rasch genug selbst abnutzen. Es mußte das teuerste Blut fließen, das es in Deutschland gibt, das des Kaisers, bis man sich zur Abwehr aufraffte.

Es war am Sonnabend den 11. Mai 1878, daß der Kaiser nachmittags halb vier Uhr mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden (S. 76), von einer Spazierfahrt im offenen Wagen nach Hause zurückkehrte. Als er das Brandenburger Thor passiert hatte und etwa in der Nähe der russischen Botschaft sich befand, feuerte ein verkommener Mensch namens Hödel zwei Schüsse gegen ihn ab, welche aber glücklicherweise nicht trafen. Aber wenige Wochen nachher, es war am 2. Juni 1878 — der Kaiser fuhr wieder mittags drei Uhr im Wagen durch die Straße Unter den Linden — wiederholte ein Dr. philos. und Landwirt Nobiling den Mordversuch, und es gelang ihm leider, durch einen Schuß, den er aus dem Hause Nr. 18 abgab, den Kaiser zu treffen. Da Nobiling, um desto sicherer sein Ziel zu erreichen, sein Doppelgewehr mit Schroten geladen hatte, so erhielt der greise Monarch, welcher damals schon über 81 Jahre zählte, etwa 30 Wunden am Gesicht, am Kopf, an beiden Armen und im Rücken. Angeschossen wie ein Wild wurde der Sieger von Sedan, der Einiger Deutschlands in seinen Palast getragen, und so bedenklich sein Zustand (namentlich bei seinem hohen

Alter) auch war, so gab er doch selbst jetzt mehr Sorge um die Pflichten seines erhabenen Berufes und um seine Angehörigen kund, als um sein eigenes Leben. Aber Gottes schirmende Hand war sichtlich über den Fürsten ausgestreckt, der in drei Kriegen unverletzt geblieben war und nun durch diejenigen auf Leben und Tod hingestreckt dalag, von denen sich das am wenigsten geziemte: durch Angehörige des von ihm geeinigten und mit so viel Hingebung, Milde und Gerechtigkeit regierten Volkes. Nachdem der Kronprinz ein halbes Jahr die Regentschaft geführt hatte, konnte der Kaiser, welcher in Teplitz, Gastein, Baden-Baden und Wiesbaden seine Gesundheit hergestellt hatte, am 5. Dezember 1878 wieder in das jubelnde Berlin einziehen und die Regierung wieder übernehmen.

Die Wirkung dieser beiden Mordversuche auf das deutsche Volk war ungeheuer. So sehr auch die Blätter der Sozialdemokraten jeden Zusammenhang ihrer Partei mit den beiden Attentätern leugneten — von denen Hödel am 16. August enthauptet wurde, Nobiling aber am 10. September an den Folgen eines Schusses starb, den er sich sofort bei seiner Verhaftung beigebracht hatte — die allgemeine, bei Hödel durch dessen eigene Angaben bestätigte Ansicht war die, daß die sozialdemokratische Wühlerei für die grausigen Vorgänge verantwortlich sei; denn wer in aller Welt konnte darauf verfallen, einen 81jährigen Fürsten zu morden, der seinem Volke nur Gutes gethan, als derjenige, welcher einen allgemeinen Umsturz anstrebte? Wenn auch die anfängliche Meinung, als ob ein umfassendes Komplott der sozialistischen Partei vorliege, welche zuerst Hödel, dann Nobiling vorgeschickt habe, durch Thatsachen nicht erhärtet wurde, so war und ist doch nicht zu leugnen, daß die sozialistische Wühlerei im letzten Grunde an beiden greulichen Thaten schuldig ist, und die Erklärung des „Sozialistenpropheten“ Karl Marx in London, „daß die sozialistischen Lehren so wenig mit diesem Königsmord zu schaffen hätten als mit dem Untergang des Panzerschiffs ‚Großer Kurfürst‘ oder mit dem Zusammentritt des Berliner Kongresses“, suchte den wahren Sachverhalt, vor dem wohl den redlicheren Sozialdemokraten selber graute, geschickt zu verschleiern.

Die öffentliche Meinung forderte zunächst scharfe Maßregeln gegen die revolutionäre Agitation, und der Reichstag, welcher nach Hödels Attentat noch solche Maßregeln abgelehnt

hatte, wurde aufgelöst; bei der Neuwahl erfuhren die Konservativen eine erhebliche Verstärkung, und am 19. Oktober 1878 nahm der Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen das zwei Tage nachher in Kraft tretende Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" an, durch welches die Vereine der Sozialisten aufgelöst, ihre Presse verboten, ihre ganze äußere Organisation zerstört und an den Hauptpunkten der Agitation, in Berlin, Hamburg und Leipzig, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes für zulässig erklärt wurde. Das Gesetz wurde zunächst für zweiundeinhalb Jahre, bis 31. März 1881, erlassen, aber später wiederholt, bis 1883, 1886, 1888 und 1890, verlängert. Man war aber gleich bei dem Erlaß des Gesetzes sich der Pflicht bewußt, nicht bloß groben Exzessen der Sozialisten vorzubauen, sondern auch die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen und so die Quellen der Unzufriedenheit und der revolutionären Wühlerei thunlichst zu verstopfen; und diese Ueberzeugung mußte nur an Stärke gewinnen, als bei den Reichstagswahlen von 1881 und 1884 kein Schwinden, sondern vielmehr ein Anwachsen der sozialistischen Bewegung zu bemerken war. Indessen war die Wirkung des Ausnahmegesetzes doch die, daß es die Sprache der Sozialisten mäßigte, sie zu gesetzlicher Haltung zwang und so den besonneneren Teil innerhalb der Partei kräftigte, während freilich der radikale Teil sich den „Anarchisten" anschloß und bei der Einweihung des Niederwalddenkmals im September 1883 einen neuen, aber nicht zur Ausführung gelangten Mordversuch gegen den Kaiser in Scene setzen wollte. Die Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter, von welchen sich die kaiserliche Regierung eine günstige Wirkung auf die Lage und Stimmung derselben versprach, betrafen vor allem die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle im Fabrikbetrieb und ihre Unterstützung in Krankheitsfällen; und nach langen Verhandlungen mit dem Reichstag wurden beide Zwecke durch Vereinbarung von Gesetzentwürfen in dieser Richtung 1883 und 1884 erreicht. Anfangs heftig bekämpft, hatten sich beide Gedanken, welche Bismarck mit einem lang nachhallenden Wort als Ausfluß des „praktischen Christentums" bezeichnete, am Ende fast allgemeiner Zustimmung zu erfreuen und erlangten im Parlament, trotz dessen oppositioneller Zusammensetzung, beide sehr bedeutende Mehrheiten. So darf man hoffen, daß auch das nächste Ziel, die Errichtung einer Alters- und Invalidenversorgung für die Arbeiter, am Ende erreicht werden wird.

An dieser ganzen Arbeit nahm der greise Kaiser selbst den wärmsten und lebendigsten Anteil, in einer Weise, wie dies höchstens noch von der Reorganisation des Heeres gesagt werden kann. Friedrich der Große hatte sich seinerzeit als „den König der armen Leute“ bezeichnet und damit den Hohenzollern die Aufgabe zugewiesen, nicht bloß mit scharfem, wuchtigem Schwert den Staat nach außen zu schirmen, sondern auch dessen innere Schäden emsig zu heilen und dafür zu sorgen, daß dieser Staat nicht bloß fordert, sondern auch gibt, daß er die Wohlfahrt aller seiner Unterthanen, auch der ärmsten, als sein Ziel ansieht. Wilhelm I. ist vollkommen in diese Spuren getreten, und die Nachwelt wird ihm den doppelten Ehrenkranz nicht versagen, der dem siegreichen Feldherrn und dem „Kaiser der Armen“ gebührt. Als der im Oktober 1881 neu gewählte Reichstag am 17. November dieses selben Jahres erstmals zusammentrat, da richtete der Kaiser an ihn als Empfangsgruß jene denkwürdige Botschaft, welche für alle Zeiten ein Ehrendenkmal jener echt volksfreundlichen Gesinnung des ersten Kaisers im neuen Deutschen Reich sein wird. „Schon im Februar haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den H i l f s b e d ü r f t i g e n g r ö ß e r e S i c h e r h e i t u n d E r g i e b i g k e i t d e s B e i s t a n d e s, a u f d e n s i e A n s p r u c h h a b e n, z u h i n t e r l a s s e n. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.“ Und als später der Reichstag in der Beratung der Unfallversicherung nicht recht vorwärts kam, erließ der Kaiser am 14. April 1883 eine zweite Botschaft, in welcher er die Notwendigkeit von Reformen zum Wohl der Arbeiter abermals nachdrücklich hervorhob und unter Hinweis auf seine 86 Jahre mit den rührenden Worten schloß: „Die für wirksame Re-

formen erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe Unsere in der Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Absichten eine praktische Bethätigung auch nur so weit erhalten, daß sie bei den Beteiligten volles Verständnis und infolgedessen auch volles Vertrauen finden. Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten Uns daher, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange Gott Uns Frist gibt zu wirken. Darum wollen Wir dem Reichstage durch diese Unsere Botschaft von neuem und in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen." Die Botschaft mit ihrem ergreifenden Herzenston ist denn auch nicht ohne den begehrten Erfolg gewesen.

Wenn die erwähnten Gesetze den Arbeitern direkt zu gute kommen, so ist mittelbar ihre Lage auch durch den neuen Zolltarif gebessert worden, der am 12. Juli 1879 vom Reichstag mit 217 gegen 117 Stimmen genehmigt wurde und „zum Schutz der nationalen Arbeit", welche durch die seither fast freie Einfuhr ausländischer Fabrikerzeugnisse und Bodenfrüchte in schwere Not geraten war, mäßige Zölle einführte. Auch dem Reich als solchem wurde durch diese „Schutzzölle" und die „Finanzzölle" auf Kaffee, Erdöl u. s. w. eine reiche Steuerquelle erschlossen, wodurch es in die Lage kam, an die Einzelstaaten erhebliche Summen herauszuzahlen. Abgeschlossen war freilich die Reform der Steuern noch lange nicht, und der Entwurf, das Tabakmonopol einzuführen und dadurch, unter Entschädigung aller Fabrikanten und Tabakarbeiter, etwa 150 Millionen Mark jährlich zu gewinnen, ging zwar im Bundesrat dank der Unterstützung, die Preußen namentlich bei Württemberg fand, durch, wurde aber im Reichstag am 14. Juni 1882 mit 276 gegen 43 Stimmen verworfen. Ein ähnliches Los hatte im März 1886 ein auf Einführung des Branntweinmonopols gerichteter Entwurf, von welchem die Regierung sogar den doppelten Ertrag von dem des Tabakmonopols herausrechnete.

Dagegen trat in der Steuerfrage, wie überhaupt in der ganzen inneren Politik, im Jahr 1887 eine Wendung ein, welche den oben S. 191 geschilderten, unerquicklichen Zu-

ständen ein Ende bereitete. Im November 1886 beantragte die Regierung mit Rücksicht auf die Rüstungen der Russen und Franzosen und die Unsicherheit der Weltlage eine Erhöhung des Friedensstandes unseres Heeres von 441 000 auf 468 000 Mann; der Reichstag aber verschleppte zuerst die dringliche Angelegenheit bis nach Neujahr und lehnte dann am 14. Januar 1887 mit 183 gegen 154 Stimmen die Vorlage in ihrem Hauptpunkte, der siebenjährigen Dauer dieser Erhöhung, ab und erklärte sich zur Verwilligung der geforderten Heeresstärke nur für drei Jahre bereit. Der Kaiser war von dieser Verbissenheit und diesem Mangel an Patriotismus bei der Nationalvertretung so schmerzlich berührt, daß ihm die Thränen kamen. Aber der protestantische Teil des deutschen Volkes bewies, als nun der Reichstag aufgelöst wurde, größeres Verständnis für den Ernst der Weltlage und für sein eigenes Wohl, als seine seitherigen Vertreter. Am 21. Februar wurde ein Parlament gewählt, in welchem die drei nationalen Parteien wieder eine feste Mehrheit von 223 Stimmen gegen 174 Oppositionelle besaßen. Schon am 9. März wurde das dritte „Septennat" mit der kolossalen Mehrheit von 223 gegen 48 Stimmen angenommen, und im Juni wurden zwei Gesetze über Erhöhung der Branntwein- und Zuckersteuer genehmigt, durch welche der Reichskasse 96, bezw. 40 Millionen Mark jährlich mehr zufließen werden; und so wird der Not der Reichsfinanzen ein Ende gemacht sein.

Der Kaiser folgte den Verhandlungen des neuen Reichstags mit freudiger Teilnahme, weil durch dieselben die Festigkeit des Reiches erneute Bürgschaften gewann. Als er am 22. März die Glückwünsche zu seinem 90. Geburtstage empfing, da äußerte er: „Der neue Reichstag sei das schönste Geburtstagsgeschenk, das ihm das deutsche Volk hätte machen können". Auch die Opposition blieb von dem kräftigen nationalen Hauche, welcher durch Deutschland wehte, nicht unberührt. Sie genehmigte auch ihrerseits die für Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres und Vaterlandes geforderten 320 Millionen Mark im Mai 1887 einstimmig; und als der Kaiser dem Reichstag ein neues Wehrgesetz vorlegen ließ, welches Landwehr und Landsturm neu organisierte und die Heranziehung aller waffenfähigen Deutschen bis zum 45. Jahre ermöglichte, wodurch wir im nächsten Krieg um 700 000 Mann stärker sein werden: da erlebte das Vaterland einen der stolzesten Tage seiner Geschichte. Am 6. Februar 1888 nahm der

Reichstag nach einer gewaltigen Rede Bismarcks („wir Deutsche fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt") das Wehrgesetz ohne alle Erörterung einstimmig an, auf Antrag des Zentrumsführers Freiherrn von Franckenstein, und am 9. Febr. wurde ebenso einmütig und ohne alle Beratung die Summe von 278 Millionen Mark zur Durchführung des Wehrgesetzes verwilligt. Es war eine Kundgebung nationaler Opferwilligkeit, welche auf dem ganzen Erdenrund gewürdigt ward.

Drittes Kapitel.

Des Kaisers Ende. Seine Persönlichkeit und seine geschichtliche Bedeutung.

Der Kaiser hatte bis ins Jahr 1888 herein sich einer körperlichen Rüstigkeit erfreut, welche für seine Jahre außerordentlich genannt werden muß. Zwar litt er zuweilen, namentlich wenn Erkältung vorausgegangen war, an einem Blasenleiden, womit bedeutende Schmerzen im Unterleib verknüpft waren; aber jedesmal erholte er sich wieder mit geradezu wunderbarer Spannkraft, und die Quellen von Ems und Gastein erprobten alljährlich an ihm ihre heilenden Wirkungen. Selbst ein schwerer Anfall des Leidens im Frühjahr 1885 und ein zweiter im Juni 1887, welchen der Kaiser bei Eröffnung der Arbeiten am Nordostseekanal sich durch eine Erkältung an Bord des Flaggenschiffs zuzog, wurden glücklich überwunden; im September 1885 wohnte der Kaiser den Manövern der Württemberger und Badener, im September 1886 denen des 15. Armeekorps bei Straßburg, endlich im September 1887 denen der Pommern an und ward überall, auch im Elsaß, von dem begeisterten Jubel des Volkes empfangen. Seine großartige und zugleich milde Persönlichkeit zwang selbst dem bayerischen Preußenfeind Dr. Sigl Worte der Verehrung ab.

Auch innerhalb seiner Familie erlebte Wilhelm I. im letzten Jahrzehnt seines Lebens manchen freudenvollen Tag. Am 11. Juni 1879, ein Jahr nach dem Mordanfall des Dr. Nobiling, beging er mit seiner erlauchten Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit; und am 6. Mai 1882 durfte er den Urenkel in die Arme schließen, welcher einst, so Gott will, des Reiches Krone tragen wird. „Vier Kaiser" hat das Bild, das in

jedem deutschen Hause gekannt ist, auf einem Blatt vereinigen können: den Kaiser Wilhelm I. selbst, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dessen Sohn Wilhelm und dessen Erstgeborenen; es stellte die Blüte unseres Reiches sinnbildlich dar in der Blüte seines Kaiserhauses. Aber die Freude sollte nach fünf Jahren verhüllt werden von schwerem Leide. Der Kronprinz, vor dessen stahlvoller Männlichkeit sich der Tod fürchten zu müssen schien, erkrankte im Januar 1887 an einem Halsleiden, das am 11. November von den Aerzten als Krebs erkannt wurde und am 9. Februar den Luftröhrenschnitt notwendig machte. Fern von der Heimat, in San Remo an der Riviera, mußte sich der Erbe der deutschen Krone dieser Operation unterziehen. Jäh traten nebeneinander die einstimmige Bewilligung des Wehrgesetzes durch die gesamte Volksvertretung und die traurige Kunde aus der Villa Zirio. Das schwere Leiden des einzigen Sohnes war zu viel für den greisen Vater; unter Thränen fand ihn eines Nachts sein treuer Leibarzt Dr. von Lauer aufrecht im Bette sitzend und sich sehnend nach dem geliebten Sohn. Als Ende Februar auch noch des Kaisers Liebling, sein Enkelkind Prinz Ludwig von Baden, plötzlich in blühender Jugend hinweggerafft wurde, da war die Widerstandskraft des fast 91jährigen Monarchen erschöpft. Eine Erkältung am 3. März warf ihn aufs Krankenlager; am Abend des 6. nahm sein Befinden eine schlimme Wendung; tiefer, fast endloser Schlaf wechselte mit unruhigen Stunden; am Morgen des 9. März, 32 Minuten nach 8 Uhr, ist Kaiser Wilhelm sanft entschlafen. Noch am Tag vorher bezeugte er dem Reichskanzler, wie dieser vier Stunden nach dem Eintritt des Todes dem Reichstag mit vor Schmerz erstickter Stimme mitteilte, daß die in den letzten Zeiten so herrlich hervorgetretene Einigkeit aller Fürsten, Völker und Parteien Deutschlands ihm große Stärkung und Freude in allem Leid bereitet hätten. Die letzten Worte aber, welche die Umgebung von ihm vernahm, galten dem fernen Sohne; seinen „armen Fritz" wünschte er noch einmal umarmen zu dürfen. Statt dessen aber stand am Sterbebette sein jugendlich blühender Sohn Prinz Wilhelm; neben ihm saß in ihrem Stuhle die kranke Kaiserin Augusta, welche die Hand des Gemahls mit der ihren umschlossen hielt, bis das Ende eintrat. Die Züge des Kaisers waren auch im Tode noch mild und freundlich.

Ein Leben von fast 91 Jahren ist nunmehr zum Abschluß gelangt, dessen Spuren in der deutschen Geschichte nicht werden

verwischt werden. Die den Kaiser als jungen Mann kannten, wissen die männliche Kraft seines Auftretens, die Stattlichkeit seiner äußeren Erscheinung, die gewinnende Güte seines Benehmens, die frühzeitige Festigkeit seines Willens und die Schärfe seiner Einsicht nicht genug zu rühmen; und diese Eigenschaften haben die Jahre bei ihm nicht vertilgt, sondern nur noch gereift und geläutert. Er wurde geboren in einer Zeit, da Preußens ganze Lage reich an Gefahren und im ganzen noch so unfertig war, als die Lage der deutschen Nation selbst. Die Geschicke beider waren aufs engste verflochten, und das Jahr der Schlacht bei Jena war auch das Jahr, da das alte Reich zerbrochen ward, und der Rheinbund, die häßlichste Frucht deutscher Schwäche und deutscher Selbstsucht, ins Leben trat. Der Prinz Wilhelm hat diese Zeiten miterlebt; und er sollte es sein, der binnen weniger Jahre das neue preußische Heer, den Norddeutschen Bund und mittels des deutschen Heeres das erneute Reich schuf. Und der Mann, der im Herzen Europas den starken nationalen Staat der Deutschen erstehen ließ, erwies sich als eine mächtige Schutzwehr auch für den Frieden des Weltteils. Der englische Minister Lord Salisbury verkündete die Thatsache der deutsch-österreichischen Allianz vom 7. Oktober 1879 mit den Worten: „Denen, welche am Frieden Europas und an der Unabhängigkeit der Nationen ein Interesse haben, möchte ich zurufen: Großes Heil ist der Welt widerfahren!“ Wohl war manches Volk in Europa, das damals über jene Allianz im Inneren ungehalten war; heute ist sie doch der Eckstein des politischen Systems, auf dem die Wohlfahrt der Völker beruht; selbst einstige Gegner scheinen versöhnt, und die Welt glaubt, weil sie es in schweren und in erhebenden Stunden erfahren hat, daß das Deutsche Kaiserreich der Friede ist.

Diesem Reiche hat aber Kaiser Wilhelm, soweit Menschenwitz die zukünftigen Dinge voraussehen kann, seinen Stempel in doppelter Hinsicht aufgeprägt.

Wenn noch im Jahr 1848 in Deutschland eine starke und vielfach ehrlich patriotische Partei vorhanden war, welche das Heil nur in der Republik sah, so ist heute der Satz unanfechtbar: dieses Reich wird monarchisch sein, oder es wird nicht sein. Hätte König Wilhelm nicht seinen monarchischen Beruf im vollsten Ernste erfaßt, hätte er den entscheidenden Ratschlag in schwerer Stunde nicht stets selbst im Innern sich erkämpft und auf eigene Verantwortung gehandelt, sondern sich einem schwankenden Rohre gleich vom Windhauch der öffent-

lichen Meinung beugen lassen, so würde er das preußische Heer nicht reorganisiert und die Kriege nicht unternommen haben, die Schleswig-Holstein befreiten und der deutschen Nation ihre Selbstbestimmung eroberten. Deshalb hat der König, welcher nach Königgrätz Indemnität für seine innere Politik nachsuchte, doch stets sein Recht auf persönliche Regierung aufrecht erhalten und noch in dem Erlaß vom 4. Januar 1882 gegenüber den neu sich hervorwagenden Bestrebungen nach „parlamentarischer Regierung" betont, „daß sein Recht, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, durch die Verfassung nur eingeschränkt, nicht aufgehoben sei; daß alle Handlungen der Regierungen Akte des Königs bleiben, die nur von den Ministern unterzeichnet und vertreten würden, nicht aber von ihnen selbst ausgehen." Vielleicht wird schon eine nahe Zukunft lehren, daß diese monarchische Morgengabe, welche der erste Kaiser dem jungen Reiche mitbrachte, die stärkste und wertvollste Bürgschaft für dessen gedeihliche Entwickelung bietet.

Diese Auffassung der monarchischen Gewalt aber als einer auf ewigen Grundlagen ruhenden wurzelt selbst in einem religiösen Boden. Kaiser Wilhelm betrachtet sich als König von Gottes Gnaden, der seine Würde von Gott empfangen hat, ihm dafür Dank schuldet und ihm in erster Linie Rechenschaft dafür zu legen gehalten ist. Diese religiöse Grundanschauung beherrscht des Kaisers ganzes Leben; ihr verleiht er bei jeder Gelegenheit ungeschminkten Ausdruck, und daß „dem Volke die Religion erhalten bleibe", ist eine seiner Hauptsorgen; im Sterben noch sprach er: meine Augen haben den Heiland gesehen, und erquickte sich am 23. Psalm. Wenn das deutsche Volk nach dem Sinn seines ersten Kaisers sich entwickelt, so wird das Deutsche Reich nicht die Heimstätte des Unglaubens werden, sondern die der Gottesfurcht und damit der edlen Gesittung.







Reichskanzler
Fürst Bismarck.

1815—1885.

Von

Wilhelm Müller,

Professor in Tübingen.

Erstes bis fünfzehntes Tausend der Jubiläumsausgab

Oktav. 15 Bogen mit Porträt.

In illustriertem Umschlag geh. M. 1. —, in Leinen geb. M. 1. 50.

Inhalt: Jugend- und Wanderjahre 1815—1847. — Bismarck als A geordneter in den Jahren 1847—1851. — Bismarck als Diplomat 1851—18 — Bismarck als Ministerpräsident 1862—1867. — Bismarck als Bund kanzler 1867—1871. — Reichskanzler Fürst Bismarck 1871—1885.

Verlag von Carl Krabbe in Stuttgart.

